

Stenographisches Protokoll

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 18. November 1975

Tagesordnung

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976

Anneliese Albrecht (S. 276), Dkfm. Gorton (S. 280), Babanitz (S. 283), Dr. Halder (S. 288) und Dr. Gruber (S. 294)

Zuweisung (S. 299)

Inhalt

Nationalrat

Trauerkundgebung anlässlich des Ablebens des Abgeordneten Öfenböck (S. 206)

Personalien

Krankmeldung (S. 207)

Geschäftsbehandlung

Präsident Benya zur Fragestunde (S. 207)

Fragestunde (1.)

Bundeskanzleramt (S. 207)

Wuganigg (21/M)

Dr. Mock (11/M); Dr. Broesigke, Wille, DDr. König
Meißl (1/M); Pfeifer, Dr. Lanner, Melter

Dr. Ermacora (12/M); Dr. Neisser

Soziale Verwaltung (S. 211)

Dr. Schranz (22/M); Dr. Schwimmer, Melter,
Dallinger

Melter (5/M); Pansi, Dr. Kohlmaier

Inneres (S. 215)

Dr. Ermacora (14/M); Dipl.-Ing. Hanreich, DDr.
Hesele

Dr. Bauer (15/M); Dipl.-Vw. Josseck, DDr. König

Gesundheit und Umweltschutz (S. 217)

Samwald (23/M)

Wissenschaft und Forschung (S. 218)

Dr. Wiesinger (18/M); Dipl.-Ing. Hanreich, Dr.
Reinhart, Dr. Blenk

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 221 und S. 299)

Verhandlungen

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976
(2 und Zu 2 d. B.)

Redner: Dr. Taus (S. 221), Bundesminister Dr.
Androsch (S. 228), Dr. Broesigke (S. 233), Dr.
Tull (S. 238), Dr. Keimel (S. 243), Dipl.-Ing.
Hanreich (S. 249), Wille (S. 255), Dipl.-Ing. Dr.
Zittmayr (S. 259), Melter (S. 263), Dr.
Schnell (S. 268), Dr. Marga Hubinek (S. 272),

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

19: Änderung des Bundesgesetzes über sozial- und
wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen
(S. 221)

24: Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Griechenland und der Türkei andererseits beim Weiterversand von Waren aus Österreich

25: Abkommen mit Ungarn über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben

26: Konsularvertrag mit Bulgarien

34: Abkommen mit Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

35: Abkommen mit Bulgarien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

36: Änderung des Postgesetzes

37: Änderung des Fernmeldegebührengesetzes

38: Vertrag mit Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (S. 221)

Bericht

über die XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen und die VI. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, BM f. Auswärtige Angelegenheiten (III-6) (S. 221)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Haider, Dr. Halder, Dr. Kohlmaier, Anton Schlager und Genossen betreffend Abänderung und Ergänzung des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes (3/A)

Dr. Fiedler, Dr. Schwimmer, Graf, Dr. Mussil, Staudinger, Dr. Frauscher und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen (4/A)

Dr. Mussil, Pfeifer, Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Haider und Genossen betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes vom 26. März 1969 betreffend eine Abgabe auf bestimmte Stärkezeugnisse (5/A)

Anfrage der Abgeordneten

Modl, Kokail, Rechberger und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Aufschließungsvorhaben im weststeirischen Kohlengebiet (4/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Minkowitsch, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Trauerkundgebung

Präsident: Hohes Haus! (*Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.*) Mit tiefer Erschütterung mußten wir am Sonntag, dem 16. November 1975, die Nachricht vom Ableben unseres Kollegen, des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Ofenböck, zur Kenntnis nehmen. Wir trauern mit seiner Witwe und drei Kindern um den Verstorbenen.

Mit Josef Ofenböck ist wieder ein Abgeordneter in Ausübung seiner Mandatspflicht einem tragischen Schicksal zum Opfer gefallen.

Möge die Kette der Unfälle mit tödlichem Ausgang eine Mahnung vor allem an das Gewissen jener sein, die sich stets negativ darüber äußern, daß Politiker in Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben so viel unterwegs sein müssen, und wollen sie dabei bedenken, welch physischer und psychischer Mühen es bedarf, den örtlich oft sehr differenzierten Verpflichtungen nachzukommen und die verschiedenen Entfernungen bei jedem Wetter, ob wochen-, sonn- oder feiertags, egal zu welcher Tages- oder Nachtstunde, bewältigen zu müssen.

Josef Ofenböck wurde am 4. April 1919 in Katzelsdorf an der Leitha in Niederösterreich geboren, besuchte dort die Volks- und Hauptschule und erlernte den Beruf des Schriftsetzers. Von 1939 bis 1945 war Josef Ofenböck beim Militär. Im Jahre 1946 trat er in den niederösterreichischen Landesdienst ein, im Jahre 1956 erfolgte seine Ernennung zum Bürodirektor der Bezirkshauptmannschaft Wiener Neustadt.

Großes politisches Engagement bekundete Josef Ofenböck zunächst in verschiedenen Funktionen auf Gemeindeebene. Er wurde 1955 Mitglied des Gemeinderates seines Geburtsortes, vier Jahre später Hauptbezirksobmann des ÖAAB in Wiener Neustadt. Das Interesse für die soziale Wohlfahrt seiner Mitmenschen führte Josef Ofenböck zu verschiedenen Tätigkeiten auf dem Gebiete der Sozialversicherung; so fungierte er als Mitglied des Überwachungsausschusses der niederösterreichischen Gebietskrankenkasse und als Beisitzer des Schiedsgerichtes der Sozialversicherung für Niederösterreich.

Abgeordneter Josef Ofenböck war ein zutiefst musischer Mensch, allgemein galt er als ausgezeichneter Musiker. Sein besonderes Interesse galt aber dem Sport. Er setzte sich nicht nur für den Leistungssport, sondern vor allem auch für eine Intensivierung des Breitensportes in unserem Lande ein.

Am 30. März 1966 wurde Josef Ofenböck als niederösterreichischer Abgeordneter in den Nationalrat gewählt. Im Laufe seiner parlamentarischen Tätigkeit bekleidete er Funktionen eines Mitgliedes des Unterrichtsausschusses, des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe, des Verfassungsausschusses und des Sonderausschusses betreffend die Rundfunkreform sowie eines Ersatzmitgliedes im Bautenausschuß, im Geschäftsordnungsausschuß, im Handelsausschuß, im Gesundheitsausschuß und im Ständigen gemeinsamen Ausschuß gemäß § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes. Ferner unterstützte Abgeordneter Ofenböck durch viele Jahre die Tätigkeit des Klubordners seiner Fraktion.

Als beredter Anwalt sportlicher Interessen der Jugend erwies sich Abgeordneter Ofenböck sowohl im Plenum des Nationalrates wie in dessen Ausschüssen. Als aktiver Sportler setzte er ein Beispiel dafür, daß man in jedem Lebensalter an sportlichen Tätigkeiten teilnehmen kann.

Abgeordneter Ofenböck war ein volksverbundener und populärer Politiker, dessen Ausführungen oft zur Entschärfung ernster Debatten beitrugen. In seiner letzten Rede im Plenum des Nationalrates am 29. April 1975 führte er unter anderem aus, daß es nicht mehr so sei, daß der Sport sozusagen die nur körperlich wohlgebildeten Menschen anzuziehen vermag, die dann Leistungen erbringen können, sondern daß Intelligenz und körperliche Eignung heute untrennbar Voraussetzungen für eine Entwicklung seien, die wir in Österreich nicht unbedacht lassen dürfen.

Josef Ofenböck genoß nicht nur bei seinen Gesinnungsfreunden und Fraktionskollegen, sondern auch bei allen Andersdenkenden persönliches Ansehen und Sympathie. Der Verlust, der uns durch seinen Tod getroffen hat, beschränkt sich keineswegs auf eine Seite dieses Hauses.

Der Nationalrat wird Kollegen Ofenböck stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Sie, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, haben sich zum Zeichen der Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ich werde diese Kundgebung dem Stenographischen Protokoll der

Präsident

heutigen Sitzung einverleiben lassen. (*Die Anwesenden verharren in trauerndem Gedenken und nehmen danach ihre Sitze wieder ein.*)

Die Amtlichen Protokolle der 3. Sitzung vom 11. November und der 4. Sitzung vom 12. November 1975 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tonn.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Hohes Haus! Es ist dies die erste Fragestunde, die nach den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung durchzuführen sein wird. Ich möchte dies zum Anlaß nehmen, einige Hinweise beziehungsweise dringende Ersuchen auszusprechen:

Eine der wichtigsten Neuerungen für die Fragestunde besteht bekanntlich darin, daß nicht nur der Fragesteller – wie schon bisher – nach Beantwortung der Anfrage bis zu zwei Zusatzfragen stellen kann, sondern daß danach auch andere Abgeordnete, jedoch höchstens drei, berechtigt sind, je eine weitere Zusatzfrage zu stellen. Das Geschäftsordnungsgesetz 1975 sieht vor, daß jede Zusatzfrage in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen muß und so wie diese nur eine konkrete Frage enthalten darf. Die Geschäftsordnung verwendet hier also nicht wie in anderen Fällen den Ausdruck „inhaltlicher Zusammenhang“, sondern den strengeren „unmittelbarer Zusammenhang“.

Überdies ist nun auch in der Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehen, daß die Beantwortung „so kurz und konkret zu erfolgen“ hat, „wie es die Anfrage zuläßt“.

Ich bitte also, sowohl auf Seite der Fragesteller als auch auf Seite der Beantworter diese neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung striktest einzuhalten. Nur dadurch wird es möglich sein, die von der Geschäftsordnung angestrebte Verlebendigung des Dialogs zwischen Volksvertretung und Regierung zu verwirklichen und gleichzeitig auch eine entsprechende Anzahl von Fragen während einer Stunde zu erledigen.

Bundeskanzleramt

Präsident: Wir kommen zur 1. Anfrage. Es ist die des Herrn Abgeordneten Wuganigg (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler. In dessen Vertretung

wird Herr Staatssekretär Dr. Veselsky antworten.

21/M

Wann ist voraussichtlich neuerlich mit der Einbringung einer Regierungsvorlage betreffend ein Datenschutzgesetz im Nationalrat zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Veselsky:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Vorbereitung der neuen Regierungsvorlage betreffend ein Datenschutzgesetz – es ist die zweite – wird voraussichtlich Ende Jänner 1976 abgeschlossen sein.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg:** Herr Staatssekretär! Sie haben vorhin „voraussichtlich“ gesagt. Was heißt in diesem Zusammenhang „voraussichtlich“ (*Heiterkeit bei der ÖVP*), und wird sich dieser neue Entwurf eines Datenschutzgesetzes hinsichtlich der Verwendung personenbezogener Daten nur auf elektronische Datenbanken beziehen oder werden sämtliche Datenbanken einbezogen werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. **Veselsky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe den Ausdruck „voraussichtlich“ deshalb verwendet, weil die Berücksichtigung der Beratungsergebnisse der letzten Regierungsvorlage durch das Parlament die Frage aufwirft, ob ein neuerliches Begutachtungsverfahren notwendig sein wird oder nicht.

Die Vorbereitung für die Regierungsvorlage wird Ende Jänner abgeschlossen sein. Ob es allerdings zu einer Vorlage an das Parlament kommen wird, hängt davon ab, ob ein neuerliches Begutachtungsverfahren notwendig sein wird.

Zum zweiten. Die Frage, ob es sich um ein Datenschutzgesetz handeln wird, das sich ausschließlich auf elektronisch gesteuerte Daten bezieht, beantworte ich mit einem Nein, denn wir glauben, daß die Schutzwürdigkeit darüber hinausgeht und daß wir, wie schon im letzten Regierungsentwurf ausgeführt wurde, bestrebt sein müssen, diesen Schutz auch jenen Daten angedeihen zu lassen, die nicht elektronisch gespeichert sind, sondern ähnlich verarbeitet werden.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg:** Herr Staatssekretär! Darf ich Sie folgendes fragen: Werden jene

Wuganigg

Rechte des Staatsbürgers, die sich aus dem Datenschutz ergeben, durch ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht geschützt werden?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Veselsky: Herr Abgeordneter! Der Regierungsentwurf aus dem Jahre 1974, der dem Parlament zugeleitet worden war, verzichtete absichtlich darauf, einen verfassungsrechtlichen Schutz der Persönlichkeitsphäre aufzunehmen, und zwar aus der Überlegung, daß dieser Schutz weiter angelegt werden müßte, als es bei der Abfassung dieses Gesetzes eigentlich berücksichtigt werden könnte. Überdies ist ja durch Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention ein hinreichender Schutz gegeben.

Präsident: Eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur 2. Frage. Es ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Mock (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

11/M

Hat das Statistische Zentralamt Berechnungen darüber angestellt, welche Auswirkungen die von der Regierung durch Steuer-, Tarif-, Gebühren- und Preiserhöhungen ausgelöste Teuerungswelle auf den Preisindex haben wird?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Das Statistische Zentralamt hat einige Berechnungen angestellt, kann aber die exakten Berechnungen erst dann vornehmen, wenn die entsprechenden Tariferhöhungen vorgenommen werden, genauer bekannt sind. Jedenfalls aber wurde festgestellt, daß die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 18 Prozent zum 1. Jänner 1976 einen Einfluß von 0,8 Prozent auf den Verbraucherpreisindex haben wird.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Mock: Herr Bundeskanzler, glauben Sie nicht, daß es bei einer so außergewöhnlichen Teuerungslawine, wie sie durch die Erhöhung der Tarife und durch die Anhebung der Mehrwertsteuer ausgelöst wird, zur ordentlichen Geschäftsführung der Bundesregierung gehören würde, vom Statistischen Zentralamt nicht nur einige Berechnungen anstellen zu lassen, sondern sämtliche beabsichtigte Erhöhungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf den Preisindex prüfen zu lassen.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter, es gehört zur Regel, daß bei derartigen Tariferhöhungen, ehe sie geplant, ehe sie durchgeführt werden, vom zuständigen Ressortminister die entsprechenden Schätzungen unter Zuhilfenahme der vorhandenen Unterlagen durchgeführt werden; auch nach Rückfrage beim Statistischen Zentralamt. Jedesmal wird eine derartige Schätzung angestellt.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Mock: Herr Bundeskanzler, Sie haben vorhin auch festgestellt, daß weitere Berechnungen des Statistischen Zentralamtes erst durchgeführt werden können, wenn die Tariferhöhungen erfolgt sind. Sie haben jetzt von Schätzungen gesprochen. Ich darf die Frage wiederholen: Sind Sie nicht der Auffassung, daß es im Hinblick auf die außergewöhnliche Bedeutung einer Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent und im Hinblick auf eine außergewöhnliche Reihe von zusätzlichen Tarifanhebungen angebracht gewesen wäre, daß das Statistische Zentralamt, das mit hervorragenden Experten der Statistik, der Wirtschaftspolitik und der Betriebswirtschaftslehre besetzt ist, voll umfänglich die Auswirkungen dieser Tarif- und Steuerlawine prüft, und zwar vor der endgültigen Entscheidung im Rahmen der Bundesregierung oder im Rahmen des Parlaments.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter, ich möchte nochmals wiederholen, daß das Statistische Zentralamt bei der Beurteilung einer geplanten Tariferhöhung herangezogen wird. Das gilt zum Beispiel im gegenwärtigen Zeitpunkt bei der von den verschiedenen Gesellschaften geforderten Erhöhung der Strompreise. Im Hinblick auf die zu erwartende Erhöhung werden auch die Verhandlungen weitergeführt.

Präsident: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Bundeskanzler, wenn das Statistische Zentralamt herangezogen wird, um in einzelnen Fällen die Auswirkungen festzustellen, so müßte es doch auch möglich sein, den Gesamtkomplex dem Statistischen Zentralamt zu unterbreiten.

Ich darf daher fragen, ob Sie einen Auftrag an das Statistische Zentralamt gegeben haben, damit eine solche Gesamtüberprüfung der Auswirkungen erfolgt?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich möchte dazu sagen, daß gewisse Tariferhöhungen ja noch gar nicht feststehen, und daher ist eine derartige Anfrage beim Statistischen Zentralamt immer nur jeweils für den einzelnen Fall möglich, auf Wunsch der Ressortminister werden auch derartige Berechnungen angestellt. Es gibt auch andere Stellen in Österreich, die derartige Berechnungen anstellen. Auch in den Ministerien werden solche Berechnungen angestellt.

Präsident: Weitere Frage? – Bitte.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Bundeskanzler! Da der internationale Warenaustausch ständig zunimmt, ist es für die österreichische Wirtschaft und für die österreichische Vollbeschäftigung unerhört wichtig, zu wissen, ob die österreichische Inflationsrate einem internationalen Vergleich standhält. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich frage Sie daher: An welcher Stelle liegt im internationalen Vergleich die österreichische Inflationsrate? (Abg. Dr. Haider: „*Unmittelbarer Zusammenhang!*“)

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter, die österreichische Inflationsrate liegt nach wie vor im unteren Drittel des OECD-Bereichs. Nach unten hin wird sie nur von den Vereinigten Staaten, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland übertroffen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Noch eine Frage? – Herr Abgeordneter König. Bitte.

Abgeordneter DDr. König (ÖVP): Herr Bundeskanzler, Sie sagten, daß nur konkrete Tariferhöhungen geprüft werden können. Ihre Regierung hat eine Erhöhung der Posttarife um 50 Prozent, des Briefportos um 92 Prozent, eine Erhöhung der Geschäftsbriefe um 129 Prozent, der Drucksachen um 102 Prozent, der Warensendungen, Massensendungen um 115 Prozent, Pakete um 90 Prozent vorgelegt. Insgesamt werden allein die Zeitungen doppelt so hoch belastet als das Ausmaß der Unterstützungsbezüge, die sie von der Bundesregierung bekommen.

Herr Bundeskanzler, meine Frage: Haben Sie ermitteln lassen, wie hoch sich die Belastungen der konkreten Tariferhöhungen, die ich hier zitiert habe, auf den Lebenshaltungskostenindex auswirken werden?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Die von Ihnen angeführten Erhöhungen machen insgesamt 0,11 Prozent an Indexbelastung aus.

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Meiβl (FPÖ) an den Herrn Bundeskanzler.

1/M

Durch welche konkreten Aktivitäten der Bundesregierung wird – wie dies in der Regierungserklärung vom 5. November 1975 angekündigt wurde – die Lage der Bäuerin erleichtert werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Bei den familienpolitischen Maßnahmen, welche die Bundesregierung in der Vergangenheit durchgeführt hatte, war jedesmal auch die Frage, inwieweit diese familienpolitischen Maßnahmen das Leben der Bäuerin, also der in der Landwirtschaft tätigen Frau, beeinflussen, Gegenstand gründlicher Untersuchungen. In der Tat haben auch die Gratisschulbücher und die freien Schulfahrten sowie die Geburtenbeihilfen einen außerordentlich erleichternden Einfluß auf die Tätigkeit der Frau in der Landwirtschaft gehabt.

In Zukunft beabsichtigt die Bundesregierung, arbeitserleichternde Maßnahmen durch die Förderung der Innenmechanisierung, durch die Mechanisierung in der Küche, in den Betriebsgebäuden und im Stall zu prüfen.

Gleichzeitig wird bei der überbetrieblichen Zusammenarbeit einer der Schwerpunkte jener sein, den Sie hier releviert haben. Die Zuständigkeit hiefür liegt beim Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Meiβl: Herr Bundeskanzler! Die von Ihnen angeführten Maßnahmen sind bereits wiederholt im Hohen Haus als Beispiele dafür angeführt worden, wie man eben die Lage der Bäuerin, vor allem der Jungbäuerin, verbessern könnte.

Wir meinen, daß das nicht ausreicht. Wir haben uns gefreut, als wir in der Regierungserklärung feststellen konnten, daß besondere Aktivitäten angekündigt sind. Sollten es keine Absichtserklärungen bleiben, Herr Bundeskanzler, dann wird es notwendig sein, wirklich konkrete Maßnahmen zu setzen.

Was werden Sie in nächster Zeit in dieser Richtung tun? Werden Sie die beiden Ressortminister, Sozialminister und Landwirtschaftsminister, in dieser Frage zu konkreten Maßnahmen veranlassen?

Präsident: Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Ich sagte schon vorher, daß diese Frage vor allem in der Kompetenz des Landwirtschaftsministers liegt. Und er wird im Hinblick auf die Stellung der Frau in Österreich – das ist eine Angelegenheit, die Gegenstand einer Untersuchung im Bundeskanzleramt gewesen ist – zum gegebenen Zeitpunkt die entsprechenden Maßnahmen vorschlagen.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundeskanzler! Werden Sie in dieser Richtung wirksam werden? Sie haben es mit einem Nebensatz angezogen, daß vor allem im Bereich der Hauswirtschaft besondere Erleichterungen durchgeführt werden, daß vor allem im Bereich des Mutterschutzes damit ein Ausgleich geschaffen wird.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es wird jedenfalls in diesem Bereich die Zusammenarbeit zwischen dem Landwirtschaftsministerium und dem für die Familienpolitik zuständigen Bundeskanzleramt hergestellt werden.

Präsident: Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Pfeifer.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Bundeskanzler! In der vergangenen Legislaturperiode ist sicherlich auf dem bäuerlichen Sektor durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen für die Familien im ländlichen Raum viel geschehen.

Ich frage Sie: Werden Sie sich dafür verwenden, werden Sie sich in der jetzt begonnenen Periode dafür einsetzen, daß es in Zukunft möglich sein wird, auch für die Bäuerin das Karenzgeld einzuführen?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich werde mich dafür einsetzen.

Präsident: Herr Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Bundeskanzler! Eine zentrale Frage bei der Lage der Bäuerin ist doch ihre Arbeitsüberlastung. Wir glauben, daß die Familien- und Dorfhelper, die dann einspringen, wenn Not am Mann ist, wenn es um eine Krankheit oder um eine Arbeitsüberlastung geht, hier eine wesentliche Erleichterung schaffen würden.

Das hat nun zwei Seiten: Zu der organisatori-

schen Seite – zum Aufbau – haben wir konkrete Modelle vorgelegt.

Zur finanziellen Seite: Herr Bundeskanzler! Für die finanzielle Seite ist im Budget 1976 nicht entsprechend vorgesorgt worden. Wie läßt sich das mit Ihrer Absichtserklärung vereinbaren, für die Verbesserung der Lage der Bäuerin etwas zu tun?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß auch die von ihm angezogene Maßnahme einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden wird und daß sicherlich nicht darauf verzichtet werden wird, auch sie, Herr Abgeordneter, in den Kreis der mit dieser Überprüfung Befassten einzubeziehen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Abgeordneter Melter.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer ersten Anfragebeantwortung nur allgemeine Probleme des Familienlastenausgleiches zur Erleichterung der Lage der Bäuerin erwähnt. Wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung jedoch besonders die Gruppe der Bäuerinnen ansprechen, geben Sie zu, daß deren Lage unter dem Durchschnitt der allgemeinen Situation der Frau liegt. Was haben Sie sich bei dieser Annahme, daß die Lage der Bäuerin schlechter ist, vorgestellt, wie kann diese zumindest an den Durchschnitt der Frauen in Österreich angepaßt werden?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Die in Österreich verwirklichten familienpolitischen Maßnahmen sind umfangreich, umfangreicher als in den meisten europäischen Staaten, dies deshalb, weil eben besonders auf die Lage der Bäuerin Rücksicht genommen wurde. (Abg. Dr. Bauer und Abg. Dr. Marga Hubinek: Wo?) Überall dort, wo familienpolitische Maßnahmen getroffen wurden. Und das ist auch einer der Gründe, warum in vorwiegend ländlichen Bereichen der Republik für diese Maßnahmen besonderes Verständnis festzustellen ist. (Beifall bei der SPÖ)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an den Herrn Bundeskanzler.

12/M

Wird die Berufung auf das natürliche Rechtsbewußtsein nun zu Richtlinien in der Verwaltungspraxis des Bundeskanzleramtes werden?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Abgeordneter! Die von mir getroffene Feststellung, wonach sich die Bundesregierung bemühen wird, in Übereinstimmung mit dem natürlichen Rechtsgefühl politische Maßnahmen durchzuführen, betrifft ausschließlich die Politik. Die Verwaltung wird nach dem Gebot des Artikels 18 des Bundes-Verfassungsgesetzes ausgeübt.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Herr Bundeskanzler! Es gibt in der österreichischen Gesetzgebung eine ganze Reihe von Bestimmungen und Begriffen, die der Interpretation politischer Organe überlassen sind. Zum Beispiel kann der Innenminister Vereine untersagen, die staatsgefährlich oder rechtswidrig sind. Das ist eine politische Entscheidung des Herrn Innenministers. Wenn ich Ihre Erklärung, Herr Bundeskanzler, richtig beurteilen soll, betrifft diese Auskunft, die Sie gerade gegeben haben, eine solche Entscheidung.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Professor Ermacora! Eine solche Entscheidung mag wohl eine politische sein, sie muß aber in ihren Konsequenzen eine rechtliche sein und unterliegt daher der Rechtskontrolle, die es in Österreich für alle Akte der Verwaltung gibt.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Ich würde das als eine Trennung von Politik und Recht ansehen, wie es in der Praxis doch nicht geschieht. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, bei der Gestaltung von Regierungsvorlagen dieses Prinzip, von dem Sie in der Regierungserklärung gesprochen haben, anwenden.

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Bei der Gestaltung von Regierungsvorlagen kann das bestensfalls ein Gegenstand des Motivenberichtes der Erläuternden Bemerkungen sein. Der Entwurf unterliegt der Beschußfassung durch das Hohe Haus und endgültig der Prüfung der hiefür zuständigen Gerichte.

Präsident: Eine weitere Frage. Herr Abgeordneter Dr. Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom 5. November dieses Jahres das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes angesprochen und in diesem

Zusammenhang ausdrücklich den Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung erwähnt. Sie haben weiters ausgeführt, das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes in Frage zu stellen, würde auch bedeuten, das Wesen des demokratischen Rechtsstaates in Frage zu stellen.

Sind Sie der Meinung, daß in einer parlamentarischen Demokratie, in der das Mehrheitsprinzip gilt, eine Mehrheit von 50,4 Prozent darüber entscheidet, was als natürliches Rechtsempfinden anzusehen ist?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Es bleibt in einem demokratischen Staat immer eine Frage der Beurteilung, was zum natürlichen Rechtsempfinden gehört. Darüber wird es immer eine Diskussion geben. Ich muß aber den Herrn Abgeordneten Dr. Neisser darauf aufmerksam machen, daß im § 1 des Rechts-Überleitungsgesetzes vom 1. Mai 1945, Staatsgesetzblatt Nr. 6, ein Verfassungsgesetz davon spricht, daß unter dem NS-Regime erlassene Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden, die mit dem Bestand eines freien und unabhängigen Staates Österreich und mit den Grundsätzen einer echten Demokratie unvereinbar sind und dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprechen. – Das wurde damals unterzeichnet von sämtlichen Mitgliedern der provisorischen Staatsregierung, auch von denen ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es heißt „dem Rechtsempfinden des österreichischen Volkes“. Das ist meiner Meinung nach genau dasselbe. (Abg. Dr. Koren: Nein, das ist nicht dasselbe!)

Im übrigen kann ich dem Herrn Staatssekretär sagen, daß die Formulierung vom natürlichen Rechtsempfinden einem bald 100 Jahre alten Dokument der österreichischen Politik entstammt, nämlich dem Programm der sozialdemokratischen Partei im sogenannten „Hainfelder Programm“.

Diese Partei hat während 90 Jahren nachgewiesen, daß sie sich immer bemüht hat, ihre Politik im Rahmen des natürlichen Rechtsempfindens zu gestalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Wir kommen zur 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

22/M

Planen Sie gesetzliche Maßnahmen für einen verstärkten Kündigungsschutz älterer Arbeitnehmer?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Vizekanzler Bundesminister für soziale Verwaltung Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Wir haben schon in den jetzigen Rechtsbestimmungen, also vor allem im Arbeitsverfassungsgesetz, eine Reihe von Sicherungsmaßnahmen für die älteren Arbeitnehmer. Ich verweise auf den § 105 wie auch auf den § 109.

Es hat sich in den zurückliegenden etwa eineinviertel Jahren herausgestellt, daß diese Bestimmungen nicht voll angewendet werden. Ich werde daher in der nächsten Zeit rigorosere Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsverfassung festlegen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schrantz:** Herr Vizekanzler! Sind Sie der Ansicht, daß die Information über die strengeren Kündigungsbestimmungen nach den jetzt bestehenden Vorschriften ausreichen und daß man auch der Informationspflicht gegenüber den Betroffenen entsprechend nachkommt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Unbestritten ist, daß auf Grund der jetzigen Freizügigkeit der einzelnen Unternehmen, die sich ja primär, wie wir aus einer Fernsehsendung vor kurzem gehört haben, ausschließlich am Leistungsprinzip orientieren, ältere Angestellte beziehungsweise Arbeitnehmer freigesetzt werden, „weil eben die jüngeren tüchtiger sind“.

Wir werden Maßnahmen setzen, daß auch die Information an die Arbeitsmarktverwaltung rechtzeitig erfolgt, daß respektive die Zusammensetzung im Rahmen der betrieblichen Arbeitnehmerkreise nach der Altersstruktur vor sich geht, und dann alle jene, die sich nicht daran halten, mit den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zur Räson bringen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schrantz:** Sind Sie der Meinung, daß das bei den Unternehmen der Privatwirtschaft oft festzustellende mangelnde soziale Verständnis dann durch diese Maßnahmen gebessert werden kann?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, und auch gleich dem Hohen Haus mitteilen, daß noch diese Woche eine Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz hinzugehen wird, die bereits derartige Bestim-

mungen enthalten wird. Wir wollen hoffen, daß Anfang des nächsten Jahres dieses Gesetz vom Parlament beschlossen wird, damit vom Dienstnehmerschutz für ältere Beschäftigte nicht nur geredet wird, sondern damit auch die Rechtsgrundlage für praktische Maßnahmen vorhanden ist.

Präsident: Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schwimmer.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ihre Antworten an den Anfragsteller Dr. Schranz haben sehr wenig Auskunft über den Inhalt dieses Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer gegeben.

Ich habe aber Ihrer Antwort, daß das im Arbeitsverfassungsgesetz verankert werden soll, entnommen, daß Sie an keinen besonderen Kündigungsschutz, sondern an einen modifizierten allgemeinen Kündigungsschutz des § 105 Arbeitsverfassungsgesetz denken, der zum Teil – wie beim Sozialvergleich – sogar daran gebunden ist, daß der Betriebsrat ausdrücklich Widerspruch erhebt.

Ich frage Sie deshalb: Warum ignorieren Sie nach wie vor die Ihnen seit längerer Zeit bekannten Vorschläge des ÖAAB beziehungsweise der ÖVP auf Einführung eines besonderen Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Aus dem einfachen Grunde, weil ich weiß, daß man derartige Rechtsvorschläge, wie sie da entworfen worden sind, in der Praxis nicht durchsetzen kann. Denn die Tatsache, daß wir eine bestimmte Altersgruppe angeben, wird immer jene Unternehmungen, die wenig Sozialeinstellung haben, dazu veranlassen, sich knapp vorher von den Diensten der Beschäftigten zu befreien. (*Abg. Graf: Das ist eine Unterstellung!*) Wir haben schon Beispiele aus der deutschen Bundesrepublik, wo derartige Rechtsbestimmungen nicht wirksam geworden sind. Wir werden Rechtsbestimmungen, die nach unserer Auffassung richtig sind, vorlegen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Melter, bitte.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Vizekanzler! Die Mitteilungen in der Presse und Ihre heutigen Anfragebeantwortungen deuten darauf hin, daß Sie diesen erweiterten Schutz für ältere Arbeitnehmer nur im Rahmen des kollektiven Arbeitsrechtes sichern wollen. Dabei würde eine große Gruppe von Arbeitnehmern unberück-

Melter

sichtigt bleiben, die in kleinen Betrieben bis zu fünf Dienstnehmern beschäftigt sind.

Welche Maßnahmen haben Sie im Sinne, um auch dieser Personengruppe einen Schutz angedeihen zu lassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter Melter! Ihnen ist bekannt, daß am Individualarbeitsrecht gearbeitet wird, und es wird dann unsere Aufgabe sein, diese Schutzbestimmungen, die wir im kollektiven Arbeitsrecht, im § 105 vor allem, einbauen werden, auch dann im Rahmen des Individualarbeitsrechts für alle jene Dienstnehmer wirksam werden zu lassen, die eben nicht unter einem Schutz eines Betriebsrates stehen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dallinger.

Abgeordneter Dallinger (SPÖ): Herr Vizekanzler! Die Gewerkschaft der Privatangestellten hat schon im Jahre 1969 von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft den Abschluß eines Kollektivvertrages verlangt, in dem geregelt werden soll, daß Frauen über 50 und Männer über 55 Jahre, sofern sie im Zuge der technischen oder organisatorischen Entwicklung eines Betriebes gekündigt werden sollen, einen absoluten Kündigungsschutz erhalten sollen, wobei hier die Betonung auf der technischen und organisatorischen Entwicklung liegt und das nicht verbal als allgemeiner Kündigungsschutz gemeint gewesen ist.

Haben Sie vor, für diese Spezialfrage der technischen und organisatorischen Entwicklung auch konkrete Bestimmungen in das Arbeitsverfassungsgesetz aufzunehmen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter! Mir war diese Entwicklung damals in meiner Funktion als Gewerkschafter bekannt. Ich habe daher bereits in einer Betriebsrätegesetz-Novelle einen derartig gesetzlichen Schutz respektive die Mitwirkung des Betriebsrates bei technischen Umgestaltungen in das Betriebsrätegesetz und später dann auch in der Arbeitsverfassung eingebaut.

Wir haben jetzt im § 109 genau jene Formulierung enthalten, wonach Betriebsräte das Recht haben, einzutreten, wenn technische Veränderungen im Betrieb eintreten, und ein entsprechender Schutz der älteren Dienstnehmer vorgenommen werden kann.

Sollte sich herausstellen, daß auch diese

Bestimmungen unzulänglich sind, bin ich natürlich gerne bereit, auch hier rigorosere Maßnahmen anzuwenden. (*Abg. Dr. Gruber: Das hat der Dallinger nicht gewußt! Das ist wirklich interessant, der Obmann der Gewerkschaft weiß das nicht!*)

Präsident: Anfrage 6: Herr Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

5/M

Welche konkrete Maßnahme hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung in Aussicht genommen, um das in der Regierungserklärung vom 5. November 1975 angekündigte Vorhaben betreffend „eine dem tatsächlichen Einkommen entsprechende Beitragsleistung“ in der Sozialversicherung zu realisieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter! Ihnen ist die Problemstellung an sich bekannt. Ich habe mehrfach im Hohen Hause berichtet, daß es Teilbereiche im Rahmen der Selbständigen gibt, die auf Grund der bestehenden Rechtslage Einkommen als Beitragsgrundlage bemessen, welche nicht den Tatsachen entsprechen.

Konkrete Maßnahmen werden vorbereitet. Man kann nicht ad hoc gleich alle Möglichkeiten überprüfen. Ich darf im konkreten sagen, daß vor wenigen Wochen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes hinsichtlich der Festlegung um Zusammenhänge von Einheitsbewertungen im bäuerlichen Betrieb und beim Einkommen ergangen ist. Ich warte auf die schriftliche Ausfertigung des Urteils, um auch diesen Bereich mit einzubauen zu können.

Feststeht jedenfalls, daß im Rahmen der gewerblichen Wirtschaft mit der sogenannten fiktiven Steuerberechnung und dem Steuerbescheid die echte Einkommensgrundlage nicht gegeben ist.

Wir werden also mit den zuständigen Stellen über gerechtere und den Tatsachen besser entsprechende Einkommensgrundlagen für die Beitragsentrichtung verhandeln.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Sie haben jedenfalls die schwerwiegende Feststellung getroffen, daß die sozialistische Bundesregierung, die ja schon fünf Jahre tätig ist, bisher keine eindeutigen Rechtsverhältnisse zu schaffen imstande war und daß Sie jedenfalls unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Einkommensbeurteilung gegenüber dem Finanzminister haben, der der gleichen Regierung angehört.

Melter

Wenn man nun in einer Regierungserklärung derart unbestimmte Begriffe verwendet, sollte man zumindest in der Anfragebeantwortung ganz genau sagen können, wo die Unterschiede liegen und wie man sie zu beseitigen beabsichtigt.

Wie lauten Ihre Absichten in dieser Hinsicht?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Zuerst stelle ich fest, Herr Abgeordneter, daß in diesen fünf Jahren bereits ein derartiger Schritt getan wurde. Im Rahmen einer GSPVG-Novelle wurde der Mindestsatz für die Beitragsgrundlagen – ich sage jetzt runde Zahlen – von rund 1300 S auf den einfachen Ausgleichszulagen-Richtsatz erhöht. Das sind also damals 2000 S gewesen, die mittlerweile auf 2340 S angestiegen sind.

Das ist ein Weg, wie man zumindestens die Mindestbasis des Einkommens fixieren kann. Inwieweit auch hinsichtlich der sonstigen Grundlagen für die Einkommensberechnung, etwa durch Weglassen von Investitionen, Abschreibungen und so weiter, im Rahmen des Steuerbescheides bei der Gewerblichen Wirtschaft exaktere Einkommensgrundlagen geschaffen werden können, ist eine Angelegenheit der Verhandlung.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Sie stellen also fest, daß der Mindestbeitragsatz dem tatsächlichen Einkommen entspricht. Oder trifft dies nicht zu?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. Häuser: Dem ist nicht so, denn zurzeit besteht die Versicherung bei 25 Prozent aller Gewerbetreibenden bei einer monatlichen Einkommensbasis von etwas über 2000 S. Ich weiß aus meiner Erfahrung nach Vorsprachen von Gewerbetreibenden, daß sie sich heftigst über die niedrige Pension beschweren, und auf die Frage: Was haben Sie fatiert?, mir immer wieder zur Antwort gegeben wird: Ja, fatiert habe ich das und das, aber in Wirklichkeit habe ich ja von viel mehr gelebt! – Das ist die Basis, warum wir hier für eine bessere Rechtsregelung vorsorgen müssen.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Pansi.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Herr Vizekanzler! Wir haben auch bei den Dienstnehmern in zunehmendem Maße eine Unterversicherung dadurch, daß die Verdienste stärker steigen als

die Höchstbeitragsgrundlagen. Können Sie mir sagen, Herr Vizekanzler, ob in nächster Zeit Maßnahmen vorgesehen sind, um diese Unterversicherung möglichst weitgehend zu beseitigen? (Abg. Dr. Gruber: Das ist ja in der Regierungsvorlage angekündigt! – Abg. Pansi: Das müssen Sie mir überlassen!)

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Auch das gehört mit zur Klarstellung der Beitragsgrundlagen und damit zur Berechnung für die jeweilige Pension. Auch hier hat sich herausgestellt, daß durch die unzulänglichen Dynamisierungsfaktoren von 1966 bis 1970 ungenügende Erhöhungen auch der Höchstbeitragsgrundlage gegeben waren. Wir werden daher in einem Etappenplan diese Höchstbeitragsgrundlage anheben. Es gibt immerhin 300.000 Arbeitnehmer, die zurzeit unter dieser Benachteiligung zu leiden haben.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrer Antwort nichts anderes gesagt, als daß das derzeitige System der Erfassung der Einkommen durch die Finanzämter, also durch Ihren Ministerkollegen Androsch, nicht den Realitäten entspricht. Herr Minister, gehen Sie also bei Ihren Reformplänen davon aus, daß Ihr Ministerkollege Androsch und die ihm unterstellten Behörden nicht in der Lage sind, das Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen zutreffend zu erfassen oder daß ein großer Teil der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte Steuerhinterzieher ist?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter Kohlmaier! Würden wir uns nicht im Parlament befinden, sondern auf einer fachlichen Ebene, hätten Sie mir diese Frage nicht gestellt. (Widerspruch bei der ÖVP.)

Die Fachfrage kennen Sie, Herr Abgeordneter, sehr genau: Was man fatieren muß und daß zwischen der Fatierung und dem tatsächlichen Einkommen eben ein Unterschied ist. (Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Unterstellung!) Im übrigen haben wir mehrfach mit der Bundeswirtschaftskammer verhandelt, die gemeint hat, daß man etwa in den letzten zehn Jahren nicht die Abschreibungen und die zusätzlichen Investitionsaufwände mit hineinnehmen soll, sondern daß man einen Unterschied zwischen dem fatierten Einkommen und einem Einkommen für die Pensionsbemessung machen soll. Das ist damals bei der Novelle zum GSPVG mit den Vertretern der Bundeswirtschaftskammer sehr,

Vizekanzler Ing. Häuser

sehr intensiv beraten worden, nur haben Sie es nach wie vor abgelehnt, weil sonst bei dieser Regelung, wenn man das nur bei den letzten zehn Jahren macht, herauskommen würde, daß automatisch die ganzen Jahre vorher eine niedrigere Beitragsgrundlage ist und die nächsten zehn Jahre die Beitragsgrundlage sprunghaft hinauf schnellt und dadurch die Pensionen stärker erhöht werden. Genauso eine solche Rechtsregelung aber gibt es in der von mir schon zitierten Art, daß man das Mindesteinkommen von Haus aus höher ansetzt, als es jetzt mit den rund 2300 S der Fall ist.

Das sind alles Dinge, die in den vergangenen Jahren schon mehrfach mit den Vertretern der Bundeswirtschaftskammer beraten wurden, nur hat man sich noch nicht darauf einigen können, welche Rechtsgrundlage gelten soll, weil mit dieser Rechtsgrundlage ja auch erhöhte Beitragsabführungen verbunden sind. Und dagegen hat man sich vor allem zur Wehr gesetzt.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Wir kommen zur 7. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

14/M

Halten Sie die Sicherheitsvorkehrungen für die ausländischen Botschaftsgebäude in Österreich für ausreichend?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach den gegebenen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung des international ja gebräuchlichen Gegenseitigkeitsprinzips halte ich die Sicherungen unserer Missionen für ausreichend.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Dieser Antwort scheint die Realität zum Teil zu widersprechen. Ich möchte nicht auf die Details der Ereignisse vor drei Wochen eingehen, aber ich möchte doch die Frage stellen: Haben sich in der Untersuchung des Anschlages auf die Türkische Botschaft irgendwelche neueren Ergebnisse ergeben? Die Untersuchungen sind ja auch ein Teil der Sicherheitsvorkehrungen, sie gehören in den Gesamtkomplex.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Selbstverständlich sind diese Sicherheitsvorkeh-

rungen einer ständigen Überprüfung unterworfen. Wir haben auch bei den Auswertungen des Anschlages, den Sie hier genannt haben, neuerlich alle Botschaften, Missionen darauf hingewiesen, daß wir sie bereits vor zwei Jahren ersucht haben, direkte Alarmeinrichtungen zu den zuständigen Polizeistellen und so weiter einzurichten. Ein kleiner Teil hat es getan, der andere Teil nicht. Wir haben auch jetzt weiterhin die Missionschefs eingeladen, mit uns in Verbindung zu treten, um weitere Maßnahmen, sofern sie solche wünschen, durchzuführen. Sie wissen, ein Teil der Botschaften wünscht gar keine dementsprechende Überprüfung. Ein anderer Teil wünscht sie; die werden durchgeführt. Insgesamt elf Missionen in Wien erfahren eine besondere Überwachung auf deren Wunsch. Ohne Einvernehmen und ohne Zustimmung der Botschaften wäre es, glaube ich, auch international nicht möglich, daß wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Ermacora: Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß bei Flugreisen nach Österreich nur die AUA Kontrollmaßnahmen durchführt, aber bei anderen Fluggesellschaften werden solche Kontrollmaßnahmen nicht durchgeführt. Ist das dem Bundesminister für Inneres bekannt? Das steht mit im Zusammenhang mit dieser Frage.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Ja, das ist uns bekannt, und zum Teil bedauern wir das auch. Aber hier dreht es sich um Privateinrichtungen der Fluglinien, in die wir ja nicht eingreifen können. Als wir – Sie wissen das ja – am Flughafen Schwechat schärfere Kontrollen eingeführt haben, hat es zum Teil zu sehr heftigen Protesten verschiedener Fluggesellschaften geführt. In einem konkreten Fall wurde sogar der Verfassungsgerichtshof damit bemüht. Und so weiter. Es wurde uns dann auf Grund der gesetzlichen Maßnahmen, die wir getroffen haben, recht gegeben.

Aber mehr, als zum Beispiel gerade mit den Fluglinien Verbindung zu halten, mehr, als sie zu ersuchen, ebensolche Kontrollen – und zwar schon, wie Sie ja selbst anführen, vom Abflughafen an – durchzuführen, können wir kaum tun.

Präsident: Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben gesagt, daß Sie auf Grund der schlechten Erfahrungen, die wir

Dipl.-Ing. Hanreich

hinsichtlich der Sicherheit der Botschafter in Österreich gemacht haben, einige Botschaften aufgefordert haben, Vorschläge von sich aus zu machen, wie sie sich eine Verbesserung der Sicherheit vorstellen. Welche Maßnahmen aber haben Sie von sich aus getroffen, um die Sicherheitsrisiken für die Botschafter in Österreich herabzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Ich möchte zuerst einmal sagen: Sie sagten: „auf Grund der schlechten Erfahrungen“. Ich will jetzt nicht auf das Ausland eingehen, wo die Sicherung der Botschaft gar nichts genützt hätte, weil im gleichen Fall unterwegs ein Anschlag erfolgte.

Wir haben nicht einige Botschaften aufgefordert, sondern wir haben über das Außenministerium alle Missionen ersucht, etwas zu tun. Ich wiederhole: Wir können ohne Zustimmung der Missionen, ohne Einvernehmen mit ihnen nichts tun, weil es sich hier um exterritoriale Gebiete handelt.

Eine Reihe von Botschaften würde es strikte ablehnen, würden wir zum Beispiel vorher den gesamten Konsularverkehr überprüfen. Nur so gäbe es also zusätzliche Maßnahmen.

Dazu kommt noch – ich weiß nicht, ob sie dem Hohen Haus bekannt ist – die Anzahl. Wir haben in Österreich 258 Objekte der Missionen, die zu schützen wären; in Wien allein 176. Bei einer totalen Überprüfung würde das allein in Wien eines Personalstands von mehr als 2000 Beamte bedürfen. Das heißt, die Hälfte der ganzen Wiener Polizei wäre nur zur Sicherung der Botschaften erforderlich.

Ich wiederhole aber, was ich dem Herrn Abgeordneten Ermacora schon sagte: Es entspricht das, was wir tun, genau den internationalen Gepflogenheiten im Sinne des Gegenseitigkeitsverkehrs.

Präsident: Anfrage Dr. Hesele. Bitte.

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben davon gesprochen, daß selbstverständlich Sie und Ihr Ressort einen internationalen Erfahrungsaustausch in diesen Dingen pflegen, da ja Österreich in der glücklichen Lage ist, daß die Missionen und deren Angehörige in Österreich hier gut und sicher leben – mit Ausnahme des bedauerlichen Vorfallen vor drei Wochen in der Türkischen Mission.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Können unsere Sicherheitsvorkehrungen auf Grund eines internationalen Vergleiches hier standhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Herr Abgeordneter! Ich kann nur wiederholen: Wir orientieren uns an dem, wie im Ausland Missionen gesichert werden. Dasselbe machen wir auch.

Noch einmal auf den konkreten Fall hingewiesen: An diesem Tag befand sich im selben Haus auch die Konsularabteilung, wo Hunderte Menschen ein- und ausgehen, und eine Überprüfung wäre wahrscheinlich gar nicht möglich gewesen. Eine solche erfolgt auch im Ausland nicht.

Präsident: Wir kommen zur 8. Anfrage. Es ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

15/M

Ist es richtig, daß der Obmann der Jungen Generation der SPÖ, Albrecht Konecny, am 27. September 1975 gewaltsam in die Spanische Botschaft eingedrungen ist?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Rösch: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach dem mir von der Bundespolizeidirektion Wien vorliegenden Bericht ist Herr Konecny nicht gewaltsam in die Botschaft eingedrungen. (Abg. Dr. Kohlmaier: „Zufällig“ ist er hineingekommen!)

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Bauer: Herr Bundesminister! Ich habe mir die letzte Zusatzfrage erspart, weil die vorherige 7. Anfrage mit meiner 8. in einem unmittelbaren Zusammenhang steht.

Sie haben gemeint, daß die Botschaften ausreichend geschützt seien. Sie haben sogar 2000 Leute für den Fall angegeben, daß ein wirklich ausreichender Schutz in Ihrem Sinn gewährt würde beziehungsweise gewährleistet wäre. Sie haben vergessen oder wollten vergessen, daß man ja Botschaften auch durch einen flexiblen Einsatz von Polizei schützen könnte.

Ich möchte auch nicht sagen, daß Ihre Auffassung vom Rechtsempfinden, Herr Bundesminister, und die des Herrn Bundeskanzlers in Einklang steht mit der Auffassung des Rechtsempfindens des Herrn Konecny. Auf alle Fälle ist Herr Konecny eingedrungen in diese Botschaft, und zwar war es die Spanische Botschaft, es liegen Berichte darüber vor, es haben sich auch die Zeitungen damit befaßt, und bezüglich der Frage, ob Sie, Herr Bundesminister, von der Wiener Polizeidirektion die Mitteilung bekommen haben, daß das nicht der Fall sei, würde mich interessieren, wann Ihnen diese Mitteilung zugegangen ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Rösch:** Ich habe auf Grund Ihrer Anfrage sämtliche Berichte noch einmal angefordert. Ich habe sie hier. In all diesen Berichten steht, es sei nicht nachweisbar, daß Herr Konecny gewaltsam eingedrungen ist. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Er hat eine Fahrkarte kaufen wollen! – Abg. Dr. Koren: Er wollte den Botschafter besuchen! Höflichkeitsbesuch!*) Ich glaube, daß man diesen Berichten insofern auch einen Wahrheitsbeweis zubilligen kann, da sie von den höchsten Beamten, dem Polizeivizepräsidenten von Wien und dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, mitbestätigt werden.

Zur zweiten Sache betreffend die flexible Überwachung möchte ich nur noch sagen: Wir haben derzeit 148 Beamte in Wien flexibel zur Bewachung der Botschaften eingesetzt.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Bauer:** Herr Minister! Ich entnehme Ihren Aussagen, daß Herr Konecny zwar in der Spanischen Botschaft war, aber offenbar nicht gewaltsam eingedrungen ist. Sie werden vielleicht auch nicht wissen, daß der Spanischen Botschaft vom Außenministerium Schadenersatz angeboten wurde.

Meine Frage an Sie: Werden Sie, Herr Bundesminister, auf Grund meiner Anfrage die Polizeidirektion Wien anweisen, Herrn Konecny wenigstens einzuvernehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Rösch:** Die ganze Angelegenheit ist bereits mit einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft Wien gegangen. Es ist nunmehr Aufgabe der Gerichte, die weiteren Schritte zu unternehmen.

Präsident: Keine weitere Zusatzfrage. (*Dipl.-Vw. Josseck: O ja!*) Herr Josseck. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben unlängst hier im Haus auf eine ähnliche Frage in der Diskussion geantwortet, daß Sie erst am 6. Oktober über die Affaire Konecny erfahren haben.

Meine Frage: Beziehen Sie sich auf die Aussage Ihrer Pressestelle, die erklärt hat: Wir werden über Schlappen doch nichts berichten!, oder war Ihr Schweigen wahlkampfbedingt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Rösch:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, es dürfte ein Irrtum bestehen: Ich habe das hier im Hohen Haus sicher nicht

gesagt, da ich seit dieser Zeit heute im Hohen Haus das erstmal das Wort ergreife. Ich habe bisher noch nie darüber gesprochen. (*Abg. Dr. Gruber: Zwischenrufe haben Sie schon einige gemacht! – Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Bei dem Zwischenruf handelte es sich nicht um die Angelegenheit vom 27. September, sondern der Herr Abgeordnete Zeillinger hat über die Vorfälle vom 2. Oktober gesprochen.

Präsident: Noch eine Zusatzfrage? – Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Da Sie gesagt haben, es sei Anzeige erstattet worden und es liege die Sache nunmehr bei den Gerichten, so möchte ich doch folgende Frage an Sie richten, für deren Beantwortung ausschließlich Sie zuständig sind, nämlich bezüglich Vorerhebungen: Es stand in den Zeitungen zu lesen, daß Herr Konecny in der Spanischen Botschaft war. Der Herr Bundeskanzler würde sagen: Einer, der in eine Botschaft eindringt, der muß nicht unbedingt Abgeordneter werden; er steht aber auf der Liste.

Meine Frage: Wurde mit Herrn Konecny ein Protokoll aufgenommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Rösch:** In der Anzeige an die Staatsanwaltschaft wurde Herr Konecny genannt, zusammen mit noch zwei anderen. (*Abg. Dr. Gruber: Die Frage ist nicht beantwortet! – Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: Wir kommen zur 9. Anfrage: Herr Abgeordneter Samwald (SPÖ) an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

23/M

Welche Maßnahmen haben Sie seit der Verabschiedung der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz im Mai 1974 unternommen, um die Ausbildung des Physikalisch-technischen Personals zu forcieren?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter**: Herr Präsident! Hohes Haus! Aus Anlaß der Behandlung der Novelle zum Krankenpflegegesetz am 17. Juni 1975 wurde an mich das Ersuchen gerichtet, mit

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

den Landeshauptmännern in Kontakt zu treten, damit die Errichtung weiterer medizinisch-technischer Schulen für den physiotherapeutischen Dienst gefördert wird.

Ich bin diesem Ersuchen umgehend nachgekommen und habe im Juli desselben Jahres ein Rundschreiben an alle Landeshauptmänner gerichtet. In diesem Rundschreiben habe ich darauf hingewiesen, daß das Interesse am physiotherapeutischen Dienst im ganzen Bundesgebiet stark angestiegen ist und daß die Kapazität der Ausbildungsstätten im Verhältnis zur Zahl der Bewerber gering ist. Ich ersuchte, für die Erweiterung bereits bestehender Ausbildungsstätten und für die Neuerrichtung solcher Schulen Sorge zu tragen.

Ich habe auch bei der Konferenz der Landessanitätsdirektoren, die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im September dieses Jahres einberufen wurde, auf dieses Problem hingewiesen. Es wurde dort einhellig festgestellt, daß ein solcher Bedarf dringend notwendig ist.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Samwald: Frau Bundesminister! Es wäre interessant zu wissen: Was haben die Landeshauptmänner in dieser Frage bisher konkret unternommen und welcher Erfolg ist bisher überhaupt zu verzeichnen gewesen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wurden zwei neue Schulen errichtet, und zwar in Wien im Wilhelminenspital und im Landeskrankenhaus Salzburg. Es sind somit um 50 Ausbildungsplätze mehr.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Samwald: Frau Bundesminister! Wie viele Anstalten gibt es derzeit insgesamt in Österreich? Wie groß ist die Zahl der Schüler, welche diese Anstalten besuchen? Beabsichtigt das Ministerium, weitere solche Anstalten zu errichten?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt in Österreich vier solche Schulen: eine im Allgemeinen Krankenhaus, eine neue jetzt im Wilhelminenspital, eine neue an den Landeskrankanstalten in Salzburg und eine im Landeskrankenhaus Innsbruck.

Es besuchten bis zum Jahr 1974 immer etwa

140 Schüler solche Schulen, und es sind jetzt um 50 Schüler mehr, also es sind derzeit 190 Schüler in Ausbildung.

Es ist beabsichtigt, neue Schulen noch zu errichten, und zwar sehr wahrscheinlich im Landeskrankenhaus Klagenfurt eventuell mit 30 Schülern und in der Steiermark auch etwa mit 20 bis 30 Schülern, wahrscheinlich in Graz, aber das ist noch nicht sicher. Jedenfalls können wir im Herbst nächsten Jahres mit etwa 240 solchen Schülern rechnen.

Präsident: Keine weitere Frage.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: Wir kommen zur 10. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

18/M

Was gedenken Sie zu unternehmen, um den de facto bestehenden Numerus clausus an der medizinischen Fakultät der Universität Wien unverzüglich zu beseitigen?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Ich muß zuerst einmal feststellen, daß es an den österreichischen Universitäten im allgemeinen, an der medizinischen Fakultät der Universität Wien im besonderen für inländische Studierende keinen Numerus clausus gibt, weder de jure noch de facto. Was ein Numerus clausus ist, das bitte ich, einmal in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Selbstverständlich gibt es Schwierigkeiten, wenn die Studentenzahlen wachsen. Aber das, was sich an der medizinischen Fakultät Wien abspielt, möchte ich als die alljährliche „Anatomieaktion“ bezeichnen. Ich habe in einem Schreiben an alle Abgeordneten vom 12. November die Dinge richtiggestellt und die Informationen über die Tatsachen gegeben. Ein ähnliches Schreiben mußte von mir übrigens am 25. November 1974 an die Presse gerichtet werden.

Es gibt, wie gesagt, Schwierigkeiten, weil die Studentenzahl an der medizinischen Fakultät steigt. Aber ich möchte ausdrücklich betonen, daß alle Vorsorgemaßnahmen stärker gestiegen sind als die Studentenzahlen. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um zu sichern, daß die Studenten, die Medizin studieren wollen, vom Gesetz her, vom Personal her, von den Finanzen her und von der räumlichen Versorgung her auch Aufnahme finden.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Ich möchte ein einziges Beispiel anführen: Bis zum Jahr 1969 gab es an der Universität Wien einen Ordinarius für Anatomie mit acht Assistenten und 600 bis 700 Studienanfänger. Nach der Errichtung des Zweiten Anatomischen Instituts wurden besonders seit 1970 die Personalstände wesentlich aufgestockt, die beiden anatomischen Institute verfügen heute über vier Ordinarien, einen Extraordinarius und 27 Assistenten. Die Zahl der Studierenden hat sich etwa verdoppelt. Die Zahl des Personals aber ist auf mehr als das Vierfache gestiegen. Bei gutem Willen und rationaler Organisation ist es absolut möglich, die Fragen zu bewältigen, was auch der seinerzeitige Dekan der Wiener medizinischen Fakultät und jetzige Rektor, Professor Seitelberger, in seiner apa-Aussendung vom 18. September bestätigt hat. Es ist möglich, alle Studienanfänger in den anatomischen Übungen unterzubringen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Wiesinger: Verehrte Frau Bundesminister! Sie können als sicher voraussetzen, daß ein Abgeordneter, der eine Anfrage an Sie richtet, die tatsächliche Rechtslage kennt. Ich weiß sehr wohl, daß es im Gesetz keinen Numerus clausus gibt. Daher sind diese Information und Belehrung überflüssig. Aber de facto ist es so, daß heute an den anatomischen Instituten Professoren kommende Ärzte auffordern, an den Vorlesungen nicht teilzunehmen, weil sie keinen Platz haben, und lieber zu Hause zu bleiben und aus den Skripten zu lernen.

Glauben Sie, Frau Bundesminister, daß damit der Lehrauftrag, der an den Universitäten zu erfüllen ist, gegeben ist, und welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, daß in Zukunft die Studenten in die Hörsäle wenigstens hineinkönnen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Ich werde, Herr Abgeordneter, einmal die Professoren auffordern, derartige Aufforderungen nicht an die Studenten zu richten.

Zum zweiten werde ich die Fakultät auffordern, das, was vereinbart ist, nämlich Sommerseziertkurse durchzuführen, ein Faktum, für das alle Maßnahmen getroffen sind, in diesem Jahr auch tatsächlich durchzuführen.

Im übrigen ist für die Universität Wien und insbesondere für die medizinische Fakultät in den letzten Jahren derart viel gemacht worden wie nie zuvor. Ich bitte Sie, sich die Informationen näher anzusehen.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Wiesinger: Ich habe nicht von den Seziertkursen, sondern von den Vorlesungen gesprochen. Sie selbst haben heute bei der ersten Anfragebeantwortung erklärt, es handelt sich hier um ein jährlich wiederkehrendes Problem der Anatomie. Sie sind also darüber informiert, daß die Probleme bestehen.

Die Studentenzahlen sind nicht geringfügig, sondern seit dem Jahr 1970 um 60 Prozent gestiegen. Die Herren Professoren haben aus voller Verantwortung gesagt, daß die Studenten nicht kommen sollen. Denn die baupolizeilichen Vorschriften werden in den Vorlesungssälen täglich überschritten. Ein Theater oder sonstiger Versammlungssaal würde da gesperrt werden. Ich frage Sie, Frau Minister, ob Sie bereit wären, einen dritten Professor mit einem Lehrauftrag zu betrauen, um die Übergangsschwierigkeiten, bis neue Gebäude gebaut werden können, zu beseitigen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Ich nehme an, Herr Abgeordneter, daß Sie jetzt doch von der Anatomie sprechen, weil Sie von einem dritten Professor mit Lehrauftrag reden. Ich wiederhole in diesem Zusammenhang, daß vier Ordinarien und ein Extraordinarius für Anatomie die Studenten der Wiener Universität betreuen. Die Studentenzahlen haben sich verdoppelt – ich wiederhole das –, der Personalstand hat sich mehr als vervierfacht. Es müßte bei gutem Willen möglich sein, die Probleme zu lösen. Daß diese Bereitschaft besteht, wurde mir sowohl vom Rektor als auch vom Dekan der medizinischen Fakultät bestätigt.

Präsident: Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Frau Bundesminister! Sie haben die Sommerseziertkurse erwähnt, und in diesem Zusammenhang möchte ich gerne wissen, ob die personellen, die finanziellen und auch die räumlichen Voraussetzungen für diese Sommerkurse bereits sichergestellt sind. Denn es wird notwendig sein, gerade in der heißen Zeit Vorkehrungen zu treffen, daß man in diesen Seziertälen dann auch wirklich arbeiten kann.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Jawohl, die Vorkehrungen sind getroffen, Herr Abgeordneter. (Abg. Dr. Gruber: Voriges Jahr haben Sie es auch gesagt!)

Präsident: Weitere Frage. Abgeordneter Dr. Reinhart.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ich persönlich finde die Anfrage des Kollegen Wiesinger problematisch, wenn nicht – ich möchte es nicht sagen – heuchlerisch. Denn ich entnehme ... (Abg. Dr. **Kohlmaier**: *Ordnungsruf!* – Abg. **Graf**: *Das ist ja unerhört! Sie sind ja nicht unser Zensor!* **Entschuldigen Sie sich!** Was sind das für Manieren! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich entnehme den „Salzburger Nachrichten“ vom 14. Feber 1975 unter anderem die Meldung, daß in dieser Zeit in Wien eine Bildungenenquete der Volkspartei und der Politischen Akademie stattgefunden hat. Bei dieser Enquete hat Professor Clement ein Referat gehalten und sich hier vehement für einen Numerus clausus eingesetzt. Diese Bemerkung ist auch mit Wohlgefallen von ÖVP-Teilnehmern zur Kenntnis genommen worden. (Zwischenrufe bei der ÖVP).

Präsident: Die Frage bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrte Frau Bundesminister! Darf ich im Hinblick ... (Abg. Dr. **Gruber**: *Nebenbei Beleidigungen aussprechen!* – Zwischenruf des Abg. Dr. **Fischer**. – Abg. Dr. **Gruber**: *Der Klubobmann sollte sich lieber mit seinen Leuten beschäftigen, nicht mit unseren!*) Darf ich im Hinblick auf die bisherigen Stellungnahmen ihrerseits fragen, wie die Besuchsmöglichkeiten der medizinischen Fakultät in internationaler Sicht sind? (Abg. Dr. **Gruber**: *Das ist keine Frage der österreichischen Vollziehung!*)

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident. Ich habe durch den Lärm den genauen Wortlaut der Frage nicht hören können. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Abgeordneter Dr. **Reinhart**: Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ich erlaubte mir, Sie zu fragen, wie die Besuchsmöglichkeiten von medizinischen Fakultäten in internationaler Sicht zu sehen sind.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter! Es gibt nahezu in allen Ländern, zumindest Europas, soweit ich informiert bin, Schwierigkeiten mit den Studienanfängern, mit den Studierenden der medizinischen Fakultäten überhaupt. Es haben andere Länder den Ausweg des Numerus clausus, und zwar in einer sehr harten Art gewählt. Wir versuchen, mit allen uns zur Verfügung stehenden finanziellen und

organisatorischen Mitteln ohne Numerus clausus auszukommen, und ich bin überzeugt, daß es – und ich wiederhole – bei gutem Willen aller Beteiligten gelingen muß, ohne Numerus clausus auch in der Medizin auszukommen.

Präsident: Weitere Frage? – Herr Abgeordneter Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. **Blenk** (ÖVP): Frau Bundesminister! Die Tatsache, daß große Schwierigkeiten bestehen, das haben Sie heute auch zugestanden, ist unbestritten. Daß die Behebung der Schwierigkeiten nicht nur eine Frage des guten Willens der übrigen Teilnehmer ist, möchte ich an einem schlichten Beispiel darstellen: In den Aussendungen der Hochschülerschaft sind fünf Fälle erwähnt – angefangen von der Fakultätsvertretung Medizin, über die Gesamtstudienkommission, über den Dekan und jetzigen Rektor der Wiener Universität, über ein Schreiben der ÖH an die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses –, wo immer wieder, seit mehr als einem Jahr, auf diese Schwierigkeiten dringlichst hingewiesen wird. Immer wird dazu seitens der Hochschülerschaft gesagt, daß das Ministerium nicht reagiert, keine Antworten gegeben, keine Reaktion gezeigt, keine Maßnahmen ergriffen hat.

Frau Bundesminister, ich glaube – abgesehen davon, daß die Frage des Abgeordneten Wiesinger, wie es mit den Vorlesungen ist, nicht behandelt wurde –, daß es zumindest richtig wäre – und ich möchte die Frage stellen, ob Sie dazu in der Zukunft bereit sind –, den Beteiligten, Interessierten und den unter diesen Schwierigkeiten Hauptleidenden zumindest auf ihre immer wieder vorgetragenen Appelle und Resolutionen Antwort zu geben.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter, ich habe bisher jeden höflichen Brief beantwortet. (Abg. Dr. **Gruber**: *Das beurteilen Sie, was höflich ist!*) Jawohl, das beurteile ich. Mir ist wie jedem anderen Staatsbürger gleichfalls das Recht gegeben, zu beurteilen, ob ein Brief so beleidigend ist, daß er nicht zu beantworten ist. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich habe jeden höflichen und manchen unhöflichen Brief beantwortet. (Abg. Dr. **Gruber**: *Bittstellig und kniefällig müssen sie sein, dann kriegen sie eine Antwort!*) Es ist nicht die Rede von kniefällig, aber auf Beschimpfungen und Beleidigungen muß ich wohl nicht antworten.

Im übrigen darf ich das Hohe Haus darauf

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

aufmerksam machen, daß neben den Flugzetteln, die die Hochschülerschaft von Karasek gezeichnet ausgegeben hat, auch von einer anderen Studentengruppe Flugzettel ausgeteilt werden, die in der Frage Anatomie eine andere Darstellung geben.

Ich habe keinesfalls nicht reagiert, sondern ich habe sofort reagiert, und zwar in der Tat dadurch, daß das Personal aufgestockt, alle Vorsorgen getroffen wurden, daß ein Sommersezierkurs durchgeführt werden kann, die räumliche Ausstattung gegeben ist.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, die in Permanenz die Fragen der Anatomie und der medizinischen Fakultät behandelt. In dieser Kommission ist das Ministerium sowie die Fakultät – Professoren, Assistenten und Studenten – vertreten. Mir wurde glaubwürdig versichert, daß die Sommersezierkurse im heurigen Sommer durchgeführt werden. Es ist keineswegs so, es ist völlig unzutreffend, daß, wie die Hochschülerschaft es darstellt, von meinem Ministerium nicht reagiert wurde, sondern seit dem Jahr 1972 wird alljährlich auf die Anatomieaktion sehr tatkräftig geantwortet. (Abg. Dr. Wiesinger: Aber anscheinend erfolglos!) Es werden die notwendigen Maßnahmen gesetzt, um die Studienmöglichkeiten zu geben.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich ersuche die Frau Schriftführerin, Abgeordnete Dr. Erika Seda, um die Verlesung des Einlaufs.

Schriftführerin Dr. Erika Seda: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird (19 der Beilagen).

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Griechenland und der Türkei andererseits beim Weiterversand von Waren aus Österreich samt Anhängen (24 der Beilagen).

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben (25 der Beilagen).

Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien (26 der Beilagen).

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (34 der Beilagen).

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (35 der Beilagen).

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (36 der Beilagen).

Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengegesetz geändert wird (37 der Beilagen).

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (38 der Beilagen).

Präsident: Danké.

Den eingelangten Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die XXIX. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 17. September bis 18. Dezember 1974) und die VI. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 9. April bis 2. Mai 1974) (III-6 der Beilagen)

weise ich dem Außenpolitischen Ausschuß zu.

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 (2 und Zu 2 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In der Budgetrede bietet der Herr Finanzminister denselben Konjunkturpessimismus wie der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung.

Noch vor wenigen Monaten sind Hinweise auf die schwieriger werdende wirtschaftliche Lage als „Panikmache“, als „Miesmacherei“ bezeichnet worden. Nun wird in der Regierungserklärung und auch in der Budgetrede die große Krise der dreißiger Jahre beschworen; die Budgetrede liegt ganz genau auf der gleichen Linie. Dem übertriebenen Vorwahloptimismus wird nun blitzschnell ein ebenso übertriebener Nachwahl pessimismus gegenübergestellt, um das zu

Dr. Taus

verdecken, was die Regierung in diesem Budget dem österreichischen Staatsbürger zumutet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was fehlt nun in diesem Budget?: die realistische Einschätzung der Lage. Denn wir haben nun ohne Zweifel einen schwierigen Winter vor uns, und alle Versicherungen, daß die Vollbeschäftigung gehalten werden wird, brechen ja mit jedem Tag in Nichts zusammen.

Wir haben im Oktober, Gott sei's geklagt, mit 54.000 Arbeitslosen den höchsten Arbeitslosenstand seit dem Jahre 1960; und wir haben mit 22.800 offenen Stellen den niedrigsten Stand an offenen Stellen seit 1954. Das sind Alarmzeichen, denn dazu kommen ja noch die gar nicht berücksichtigten reduzierten Gastarbeiterzahlen.

Was heißt das? Die Depression hat Österreich erreicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Depression ist aber nicht das Ergebnis des Wirkens irgendwelcher geheimnisvoller Mächte und Mechanismen, die Unheil bringen, sondern einfach das Ergebnis einer Reihe von handfesten wirtschaftspolitischen Fehlern, die in manchen europäischen Industriestaaten, vor allem auch in Österreich, gemacht wurden.

Wir haben eben unser wirtschaftliches System seit Jahren überfordert, wir haben einfach die Droge der Inflation eingenommen, und nun stehen wir als Ergebnis dieser Politik vor diesem Budget, das wir uns im einzelnen noch anzuschauen haben.

Diese Depression kann von keiner sehr langen Dauer sein, wenn nicht weitere wirtschaftspolitische Fehler gemacht werden. Denn unsere ganze Erde ist ja nichts anderes als eine einzige Angebotslücke. Nur wenige Hundert Millionen Menschen in der westlichen Welt haben einen einigermaßen befriedigenden Lebensstandard, der überwiegende Teil der Weltbevölkerung lebt weit unter dem, was wir als normalen Standard verstehen. Daher ist der Bedarf an Gütern und Dienstleistungen, an Know-how, an Anlagen aus dem Westen nahezu unbegrenzt groß. Und daher ist meines Erachtens dieses übertriebene Krisengerede, das das verschleiern will, was die Regierung in diesem Budget uns vorlegt, falsch.

Es ist auch unrichtig, wie der Herr Finanzminister in der Budgetrede sagt, daß die Rezession, wie er meint, importiert wurde, richtig aber ist, daß wir seit Jahren wirtschaftspolitische Fehler machen (*Beifall bei der ÖVP*) und daß die Regierung die Wirtschaftskraft dieses Landes erheblich überschätzt hat. Und vor dem Resultat dieser Überschätzungspolitik stehen wir nun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei! Ihr Glaube an die Mani-

pulierbarkeit der Gesellschaft, Ihr Glaube an technokratische Probleme und Techniken hat uns dorthin geführt, wo wir jetzt stehen, und Ihre Parteidreunde in aller Welt haben hier brav mitgewirkt. Das Resultat, vor dem wir stehen, ist eine schwere Krise, in die die westlichen Industriestaaten geraten sind, aber keine Krise, die aus dem System kommt, sondern eine Krise, die einfach durch Fehler entstanden ist. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Sie haben bei den sechs Weisen noch gefehlt! – Abg. Graf: Sie kommen ja eh gleich dran, Herr Tull!*)

Herr Abgeordneter, Sie können sofort Ihre Thesen hier vorbringen. Ich will auch gar nicht zu den sechs Weisen hingehen. Ich bin sehr neugierig, was Sie sagen werden. Ich freue mich schon richtig darauf. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Schon Ihren ersten Satz werden wir widerlegen!*)

Hohes Haus! Damit sind wir bei der Budgetpolitik angelangt, denn die Budgetpolitik ist das Spiegelbild der politischen Auffassungen einer Regierung, und das Budget ist gewissermaßen ein in Zahlen gegossener Zustandsbericht eines Staates. Um aber von vornherein jedes Mißverständnis hier auszuschalten: Selbstverständlich, in einer Depression hat ein Budget Defizite. Es hat sogar hohe Defizite. Aber die Frage ist, wie hoch diese Defizite sind, wie hoch sie sein sollten und was vernünftig wäre. Wahrscheinlich hätten uns Defizite, die im Jahre 1975 zwischen 15 und 20 Milliarden gelegen wären, gar nicht erschreckt. Das wäre etwa eine konsequente Verfolgung einer antizyklischen Budgetpolitik gewesen. Sie wissen, wenn man ein Kopfwehpulver nimmt, kann das sehr gut wirken, wenn man aber ein ganzes Schachterl einnimmt, wie es jetzt getan wurde, dann ist das in der Regel nicht die richtige Politik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir könnten uns auch durchaus vorstellen, daß das Defizit des kommenden Jahres bei ebenfalls 18 bis 20 Milliarden Schilling präliminiert ist. Das würde uns keinesfalls in Angst und Schrecken versetzen, auch unter der Voraussetzung, daß die Annahme des Herrn Finanzministers stimmt, nämlich, daß wir 9 Prozent nominelles Wachstum haben werden. Das ist eben dann das Gegensteuern. Aber was wir heute haben, meine sehr geehrten Damen und Herren – und darüber wird relativ wenig geredet – ist etwas ganz anderes. Wir stehen vor dem Resultat einer Finanzpolitik, die spätestens im Jahre 1972 aus dem Kurs gelaufen ist.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen das nun ganz kurz darlege. Sie müssen mir nur verzeihen, daß ich hier doch einige Zahlen nenne, denn Wirtschafts-, Budget- und Finanzpolitik kann man schwer ohne Zahlen bringen. Ich werde,

Dr. Taus

mich aber bemühen, nur einige wenige zu bringen. Ich glaube schon, daß man hier Zahlen sagen muß. Ich glaube, die verbale Darstellung von wirtschaftlichen Fragen ist nicht einmal 10 Prozent von dem, was man damit sagen müßte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Österreich etwa bis zum Jahr 1971 so etwas wie eine antizyklische Budgetpolitik betrieben, das heißt, in guten Jahren, in Hochkonjunkturjahren sind die Schulden sehr, sehr langsam gewachsen, in Rezessionsjahren sind sie sehr, sehr scharf gewachsen. In den konjunkturell halbwegs guten Jahren von 1964 bis 1966 ist die Staatsschuld durchschnittlich um ungefähr eineindrittel Milliarden Schilling im Jahr gewachsen; also in den guten Konjunkturjahren 1964 bis 1966 ungefähr 1,33 Milliarden Schilling Defizit. In den schwachen Jahren 1967 und 1968 ist die Staatsschuld jeweils um etwas über 5 Milliarden Schilling gewachsen, und in den beiden darauffolgenden Aufschwungjahren, also 1969 und 1970, hat sich der Zuwachs sogar auf ungefähr dreieinhalb Milliarden Schilling verringert. Im Jahr 1971 hat die österreichische Wirtschaft so knapp an der Kapazitätsgrenze gearbeitet. Es war das stärkste Konjunkturjahr in diesem letzten zurückliegenden Zyklus, aber die Staatsschuld ist auch gestiegen. Es wurde zwar gesagt, die Finanzschulden sind gesunken. Das stimmt, um einige hundert Millionen, aber wenn ich die Verwaltungsschulden dazuzähle, hat es ungefähr eine Steigerung von eineinhalb Milliarden Schilling gegeben.

Aber nun kommt es: Seit dem Jahre 1972 läßt sich von einer antizyklischen Budgetpolitik überhaupt nicht mehr sprechen. Das Wachstum der Staatsschuld hat sich – und das ist ein Indikator, den ich hier anführen möchte – ab dem Jahr 1972, obwohl wir in der stärksten Hochkonjunkturphase der letzten 20 Jahre gewesen sind, plötzlich zu beschleunigen begonnen, und zwar in Beträgen, die weit über dem liegen, was in der Öffentlichkeit normalerweise gesagt wurde. Denn in der Öffentlichkeit behandelt man ja immer nur die Finanzschulden. Und die Finanzschulden sind halt nur ein Teil der Staatsschuld, die sich aus den Finanzschulden und den Verwaltungsschulden zusammensetzt.

Wenn wir uns das ein wenig hier anschauen, dann müssen wir sagen, daß im Jahr 1972 trotz einer außerordentlich guten Konjunktur die gesamte Staatsverschuldung schon um 5 Milliarden gestiegen ist, daß im Jahr 1973, wo die Konjunktur noch immer ausgezeichnet gewesen ist, die Staatsverschuldung nun schon um 15 Milliarden gestiegen ist, und daß im Jahre 1974, wo wir noch immer eine – das kann man durchaus sagen – tadellose Konjunktur gehabt haben, diese Staatsverschuldung nun schon –

und jetzt passen Sie auf – um ungefähr 22 Milliarden Schilling gestiegen ist; schon im Jahre 1974, weil ich ja die Finanzschulden und die Verwaltungsschulden zusammenzählen muß, ich kann das nicht trennen.

Also ich wiederhole, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir haben im guten Konjunkturjahr, dem Superkonjunkturjahr 1971, eineinhalb Milliarden Staatsschuldenplus gehabt, im Superkonjunkturjahr 1972 5 Milliarden Schilling Plus, im guten Konjunkturjahr 1973 15 Milliarden Schilling Plus und im immerhin noch akzeptablen Konjunkturjahr 1974 22 Milliarden Schilling Plus.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man es sich also an den Fingern ausrechnen, daß dann, wenn die Abschwächung tatsächlich kommt, dieses Defizit explodieren muß. Es muß explodieren, aus dem einfachen Grund, weil man die Fehler ja schon viele Jahre vorher gemacht hat, weil man viele Jahre vorher schon begonnen hat, falsch zu budgetieren, um das einmal eindeutig hier festzulegen. Dabei glaube ich gar nicht, daß das so bewußt gemacht wurde. Das ist einfach passiert. Im Überschwang des Reformfeuers kann einem das leicht aus der Hand laufen.

Das Resultat, das wir heuer haben – ich weiß es also noch nicht genau –, wird vielleicht ein Defizit sein von 43, 44, 45 oder 46 Milliarden Schilling. Dort stehen wir heute.

Nun, was bedeutet das? Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nun, in der Rezession, in dieser tiefen Rezession, etwas passiert ist: daß in der tiefen Rezession ganz klar herauskommt, daß diese österreichische Wirtschaft durch viele Jahre hindurch überfordert wurde und daß sie nun eine Last des öffentlichen Bereiches zu tragen hat, die sie kaum mehr erschleppt. Das ist die Situation, vor der wir stehen. In der Wirtschaft geht es ja nicht so, daß der Fehler gestern und vorgestern gemacht wurde und heute schon wirkt. Das sind ja langsame Prozesse, die sich über Jahre hinziehen. Wenn ich heute einen Fehler bei einer Investition mache, dann weiß ich eben frühestens in zwei oder drei Jahren, ob das falsch gelaufen ist. Und ganz genauso ist es mit der Budgetpolitik gegangen. Ungefähr 1972 haben wir begonnen, falsch zu budgetieren, und jetzt stehen wir mitten in einer Situation, aus der es meines Erachtens kaum einen Ausweg gibt, es sei denn, der Herr Finanzminister verrät uns einen. Ich habe ihn allerdings bislang nicht gehört und habe ihn im Budget auch nicht gefunden.

Nun gestatten Sie mir, daß ich vielleicht ein wenig extrapoliere, daß ich ein wenig in die Zukunft schaue. Ich habe da zwar eine ganze

Dr. Taus

Reihe von alten Vorschlägen zur Neugestaltung der Budgetpolitik gefunden in einem Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialbeirates. Der Herr Finanzminister war Mitglied dieses Ausschusses, ich selber hatte auch die Ehre, dort drin zu sitzen, und überall wurde darüber geredet, wie wichtig die mittelfristige Budgetplanung ist. Es gibt hier sogar eine schöne Broschüre (*der Redner zeigt sie*) aus dem Finanzministerium, schon unter der Ministerschaft des Dr. Androsch erstellt, wo von staatlicher Finanzplanung im internationalen Vergleich die Rede ist. Sie sehen also: Es ist eine ganze Menge Druckerschwärze für die mittelfristige Finanzplanung aufgewendet worden. Was allerdings nicht erreicht wurde, war die mittelfristige Finanzplanung!

Wir stehen nun vor der Situation, daß wir nicht nur keine mittelfristige Finanzplanung haben, sondern daß die Finanzplanung nicht einmal von einem Jahr zum anderen reicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auch der Herr Finanzminister hat als oppositioneller Abgeordneter ununterbrochen Finanzpläne mittelfristiger Natur verlangt.

Nun gestatten sie mir, daß ich eine kleine Extrapolation mache, mit Annahmen, die für den Herrn Finanzminister in den nächsten Jahren sehr günstig sind. Gehen wir einmal davon aus, daß in den nächsten Jahren inklusive des Jahres 1976 die Ausgaben jährlich jeweils nur um 10 Prozent steigen. Dann gehen wir einen Schritt weiter und sagen: Auch die Einnahmen steigen, und zwar um 15 Prozent jährlich. Also immerhin ein ganz schönes Verhältnis, wobei man nur wünschen könnte, daß so etwas erreicht wird.

Also ich wiederhole: Ich gehe davon aus, daß wir in einem einfachen Modell annehmen: Die Ausgaben des Staates steigen ab 1976 um 10 Prozent und die Einnahmen um 15 Prozent.

Was bedeutet denn das? Das bedeutet, daß wir zum Beispiel für 1976 ein Defizit von 45 Milliarden hätten. Wir werden das nicht erreichen, es wird höher werden. Ich habe ja gesagt: Ich gehe von einer günstigen Situation aus.

Wir nehmen dann an, die Konjunktur kommt wieder passabel. Dann hätten wir im Jahre 1977 ein Defizit von 41 Milliarden – alles trotz Konjunktur, denn 10 Prozent Ausgaben erhöhung und 15 Prozent Einnahmenerhöhung kann ich überhaupt nur erreichen, wenn wir Konjunktur haben –, im Jahre 1978 ein Defizit von 36 Milliarden, im Jahre 1979 ein Defizit von 27 Milliarden. (*Ruf bei der SPÖ: Und im Jahr 2000?*) Ich weiß nicht, ich habe einmal die Legislaturperiode so ein wenig fortgeschrieben, und zwar unter für Sie ungeheuer günstigen Verhältnissen, die Sie nie erreichen

werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nie werden Sie diese erreichen. (*Abg. Dr. Fischer: Das heißt, Ihre Rechnung ist für die Katz!*) Aber ich meine es ja gut mit Ihnen. Wenn ich es nämlich mit Ihnen gut meine, meine ich es mit Österreich gut und mit uns gut, und genau das ist es, was die Österreichische Volkspartei immer getan hat. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Milchmädchenrechnung nach Ihrer eigenen Definition, weil es nie erreicht wird!*) Aber selbst unter dieser freudvollen Annahme ... (*Abg. Dr. Fischer: Milchmädchenrechnung!*) Nein, keine Milchmädchenrechnung, sondern ein einfaches Modell. Solche Modelle sind oft genauer als komplizierte Modelle. Daher ein einfaches Modell! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was ich Ihnen damit beweisen will, ist eindeutig. Selbst wenn die Konjunktur wieder kommt, haben Sie das Budget so verhaut, daß Sie aus gewaltigen Defiziten nicht mehr herauskommen. Glauben Sie nicht, daß sich das auf die österreichische Wirtschaft, ich möchte sagen, auf den Geldbeutel jedes einzelnen Staatsbürgers – jedes einzelnen Staatsbürgers! – nicht auswirken wird!

Das ist genau das, was bewiesen werden muß. Mit einem so einfachen Modell, unter solchen Annahmen, die günstig sind, können Sie am schönsten beweisen, wo wir heute in der Budgetpolitik halten: in einer Situation, von der man sich vor einigen Jahren nicht einmal hätte träumen lassen, daß so etwas in Österreich passieren kann.

Nun gestatten Sie mir, daß ich mich mit dem Budget 1975 nur ganz kurz auseinandersetze und dann ein wenig auf das Budget 1976 eingehe.

Zunächst einmal war 1975 der erste für jeden Staatsbürger deutlich sichtbare Höhepunkt der falschen Politik. Ich gebe durchaus zu, daß man – das habe ich einleitend gesagt – in einer solchen Depression ein Defizit haben muß. Aber Sie sind ja ausgegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, von einem präliminierten Wachstum von 3,5 Prozent real, und trotz dieses Wachstums haben Sie 1975 ein Defizit von 16,3 Milliarden Schilling präliminiert. Das allein hat nun schon bedeutet, daß Sie konjunkturpolitisch völlig falsch liegen. Denn wenn diese 3,5 Prozent Wachstum gekommen wären, dann wären diese 16,3 Milliarden ein Inflationspaket, ein „Dynamitpaket“ für die Inflation, gewesen. Schon dort liegt ja der deutlich sichtbare Fehler.

Aber die Zentralfrage liegt ja noch anderswo. Sie liegt darin, daß Sie sagen, sie betreiben expansive Budgetpolitik. Und ich sage Ihnen: Expansive Budgetpolitik im Sinne einer Arbeitsplatzsicherung können Sie mit dieser Budgetpo-

Dr. Taus

litik überhaupt nicht mehr betreiben! Sie haben bereits in den Jahren 1972, 1973, 1974 den Spielraum verloren, um jetzt echte Arbeitsplatzsicherungspolitik durch Verstärkung der Investitionen zu machen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Alles, was Sie jetzt tun, ist das Bestreben, das Ausgabenvolumen zu halten. Sie können aber doch nicht mehr die Wirtschaft anregen, nicht mehr Arbeitsplätze sichern. Sie sehen ja den Effekt auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Es sieht gar nicht so lustig aus. Es ist völlig klar, wie die Dinge liegen, daß diese 100.000 Arbeitslosen, die von Ihnen noch vor wenigen Monaten als eine Horrorzahl bezeichnet wurden, schon da sind, ja im Hochwinter überhaupt nicht mehr zu verhindern sind.

Ich wollte Ihnen damit beweisen, daß Sie überhaupt nicht in der Lage gewesen sind, mit diesem Budget die Arbeitsplatzsicherung durchzuführen.

Da kommt ja noch etwas dazu: Die Investitionen, die Sie 1975 getätigt haben, waren meines Erachtens real geringer als die des Jahres 1974 und wahrscheinlich schon die des Jahres 1973, weil Ihnen die nominell höheren Beträge das reale Wachstum weggefressen haben. Im Jahre 1976 wird diese Tendenz noch viel ärger werden; da werden wir eine weitere Schrumpfung der öffentlichen Investitionen haben. Nominelle Zahlen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß einem die Inflation einfach das wegfrisst, was man für die Arbeitsplatzsicherung hätte einsetzen sollen. Sie haben daher keine Arbeitsplatzsicherung gemacht, sondern das, was Sie gemacht haben, ist: Sie haben nur gehalten.

Nun eine weitere Frage, die sehr wichtig ist. Ich glaube, daß die derzeitige Regierung die Finanzwissenschaft um einen neuen Budgetbegriff bereichert hat, da überhaupt keine Angaben mehr stimmen und da das sogenannte Prinzip der Genauigkeit, ein sehr einfaches Prinzip, das aber wie viele einfache Prinzipien seinen Wert hat, permanent durchlöchert wird.

Ich habe den Eindruck, Sie haben einen neuen Budgettyp erfunden, das „Hausnummernbudget“. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn kein Mensch kann nun sagen, wie denn dieses Budget tatsächlich ausschauen wird, was denn tatsächlich herauskommen wird, wobei ich durchaus jedermann einräume, irren zu können. Jeder Mensch kann irren, man kann einmal irren, man kann vielleicht zweimal irren, aber man kann sich nicht permanent irren und nicht mit solchen Volumina!

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich zum Budget 1976 kommen.

Ich behaupte, daß dieses Budget ebenfalls keine Arbeitsplatzsicherung bringen kann, weil es ja in etwa genau auf der Linie der vorigen Budgets liegt und auch in der Expansionsrate so angelegt ist; das heißt, es sind ja, wenn ich schon die Stabilisierungsquote dazurechne, Ausgabensteigerungen von nur 10 Prozent drin. Das liegt auf der Linie, die Sie selbst in der Hochkonjunktur gehabt haben. Ja selbst in den Jahren 1972, 1973 lagen die Zuwachsrate der Ausgaben – damals falsch! – wesentlich höher, als Sie sie jetzt präliminiert haben. Da muß doch von vornherein schon wieder etwas nicht stimmen, und da drinnen müssen doch zwangsläufig wieder eine ganze Reihe schwerer Unterbudgetierungen sein.

Es kann zum Beispiel eine Unterbudgetierung beim öffentlichen Dienst vorliegen. Wie wird denn das werden? Für den öffentlichen Dienst ist keine Gehaltserhöhung im nächsten Jahr eingesetzt. Aber ich will gar nicht sagen, daß das 3,5 Milliarden plus sein werden. Ich möchte es etwas einfacher machen und sagen: Es werden vielleicht nur 2 Milliarden plus im öffentlichen Dienst sein.

Und die Sozialversicherung? Man ist der Auffassung, daß hier um mindestens 6 Milliarden Schilling zu niedrig budgetiert wurde. Ich bin aber der Meinung, wir sollen es auch nicht so teuer geben. Sagen wir daher, daß nur um 3 Milliarden weniger budgetiert wurde. Dann bedeutet dies, daß um rund 5 Milliarden falsch budgetiert wurde. (*Abg. Dr. Tull: Märchen!*) Es wurde also falsch budgetiert, wieder unterbudgetiert, und wir haben daher schon wieder das „Hausnummernbudget“ vor uns. Man soll doch gleich von Anfang an ehrlich sagen, wie die Dinge ausschauen. Man soll der Bevölkerung sagen, wie die Fakten wirklich liegen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Tull: Da war der Koren besser!*) Sicherlich! Ich kann nichts dafür, daß er Ihnen besser gefällt, Herr Abgeordneter. Ich muß sagen: Ich freue mich für ihn, daß er Ihnen besser gefällt. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich freue mich sehr für ihn.

Nun kommt die Frage der Investitionen. Diese Investitionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden meines Erachtens präliminiert um zwei bis vier Prozent real weniger sein als in diesem Jahr. Das heißt, Sie kriegen von der Investitionsseite her nicht den Ankurbelungseffekt, den Sie sich erwarten.

Aber was Sie möglicherweise kriegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist etwas ganz anderes. Sie kriegen ein Budgetdefizit, das meiner Schätzung nach mindestens bei 50 Milliarden Schilling liegen wird.

Kein Mensch weiß, was Sie mit diesem Budget im Bereich der Verwaltungsschulden wieder

Dr. Taus

aufführen werden. Die letzte Verwaltungsschuldhöhe, die mir zugänglich war, war die des Jahres 1974. Damals haben Sie rund 48 Milliarden Schilling Verwaltungsschulden gehabt; das heißt, Sie haben einen Teil der Staatsverschuldung in die Verwaltungsschuld hineingeschoben. Wenn ich nichts anderes tue, als diese Verwaltungsschulden in den Zuwachsraten fortzuschreiben, dann habe ich Ende 1975 zumindest 55 bis 60 Milliarden Schilling Verwaltungsschulden. Aber ob das stimmt, oder ob das nicht stimmt, wird der Herr Finanzminister sicher leicht aufklären können.

Wenn ich das Prinzip nun fortsetze, so muß ich damit rechnen, daß im Budgetjahr 1976 wahrscheinlich über 60 Milliarden Schilling Verwaltungsschulden gemacht werden müssen.

Das heißt also, wir haben hier weiter eine Explosion der Defizite, ohne daß beschäftigungspolitisch damit irgend etwas erreicht werden kann. Was ich damit tue, ist nichts anderes, als daß ich das Niveau halte. Ich halte das Niveau der Staatsausgaben und erzielle keinen Ankurbelungseffekt! Genau das aber wäre jetzt notwendig und wichtig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun darf ich noch zwei Punkte hier herausheben, und zwar zwei wichtige Investitionsbereiche. Einmal die Mittel für den Straßen- und den Autobahnbau. Diese sind unter Berücksichtigung von Grundbudget und Konjunkturausgleichsquote 1976 mit rund 10 Milliarden Schilling präliminiert, und sie sind 1975 mit rund 9,9 Milliarden Schilling präliminiert gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meinen Sie, daß Sie damit in diesem Jahr mehr Straßen bauen werden?

Wo ist denn eigentlich der Inhalt der großen Erklärungen, die Sie in der Regierungserklärung drinnen gehabt haben, wonach im Straßenbau gewaltig investiert werden soll? Ich finde es nicht. In diesem Budget, bitte schön, ist nichts zu finden.

Wenn das über Sondergesellschaften gemacht wird – mit denen haben wir uns ja noch gar nicht beschäftigt –, dann heißt das, daß die Staatsschuld weiter in die Höhe geht. Denn Sie haben ja nicht nur das Prinzip der Genauigkeit verletzt, Sie haben ja auch das Prinzip der Kasseneinheiten seit vielen Jahren permanent verletzt. Ich kann mir schon vorstellen, daß allein in den Sondergesellschaften echte Staatsschulden, weil sie der Bund honorieren muß, in der Höhe von mindestens 30 Milliarden noch zusätzlich drinnen sind.

Was heißt denn das? – Das heißt, daß diese Schuldenexplosion in den nächsten Jahren

selbstverständlich die Budgetpolitik beeinflussen muß, weil Zinsen und Rückzahlung in einigen Jahren allein wahrscheinlich schon an die 20 Prozent des gesamten Budgetvolumens betragen werden. Damit wird dem Finanzminister in seiner budgetpolitischen Aktivität zunehmend die Hand gebunden.

Wenn ich dann noch die Auslandsverschuldung dazurechne, die eingegangen wurde, dann kann ich nur sagen, daß uns in der nächsten Zeit auch von der Zahlungsbilanz her eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ins Haus stehen werden.

Ich erinnere mich noch sehr gut an eine wunderschöne Passage, die der Herr Bundeskanzler im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung im Jahr 1967 in diesem Hohen Hause hier gesagt hat. Damals hat er gesagt: Auslandsverschuldung – das ist etwas ganz Schlechtes. Das müssen wir ja alles durch den Export von Waren, von Gütern und Dienstleistungen bezahlen. Das wird ja dem österreichischen Konsumenten entzogen!

Was damals milde „entzogen“ wurde, wird jetzt in rauen Mengen entzogen. Aber die Situation hat sich ja ein wenig geändert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun wissen wir auch, daß der Wohnbau im Argen liegt. Das ist von Ihnen selber zugegeben worden. Ich glaube, wir haben die schwierigste Wohnbausituation seit vielen Jahren; möglicherweise seit dem Zeitpunkt, als sich die Wirtschaft wieder stabilisiert hatte, etwa Anfang der fünfziger Jahre.

Die gesamten Förderungsmaßnahmen für den Wohnbau betragen 1976 8,3 Milliarden und haben 1975 7,9 Milliarden betragen. Wo hier Ansätze für eine Belebung der Wirtschaft via Wohnungswirtschaft kommen sollen, ist mir schleierhaft. Das ist nicht zu sehen. Sie haben auch dort nichts drinnen, womit Sie ankurbeln können. Jetzt können Sie nur darauf hoffen, daß es international besser wird, denn Ihre internen Reserven sind einfach erschöpft. Sie sind damit am Ende Ihres Lateins, Ihres wirtschafts- und budgetpolitischen Lateins.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich mich mit noch einem Punkt auseinandersetze, mit den Änderungen im Bundesfinanzgesetz. Ich gebe gleich zu, daß ich mich voll unter die Führung, voll unter den Schutz des Herrn Bundesministers Dr. Broda stelle, der am 19. Dezember 1967 in diesem Hohen Hause als damals oppositioneller Abgeordneter folgendes gesagt hat:

„Die Budgethoheit steht dem Nationalrat, der Volksvertretung zu. Es gibt keine Blankovollmachten an die Verwaltung. Blankovollmachten

Dr. Taus

darf der Nationalrat nicht aussstellen, und er wird sie auch in Zukunft nicht aussstellen.“ Und dann hat er noch gesagt: „Darüber wird die sozialistische Opposition wachen“ – in der damaligen Zeit! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich glaube, wenn er seine Rechtsauffassungen nicht geändert hat, dann können wir uns seinen Rechtskenntnissen bei der Beratung durchaus anvertrauen. Da können wir uns seinen juristischen Auffassungen durchaus anvertrauen bei der Beratung der rechtlichen Passagen dieses Finanzgesetzes. Aber ich habe fast den Verdacht, das „natürliche Rechtsbewußtsein“ hat sich da ein bißchen geändert. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist etwa der Typ des dialektisch springenden natürlichen Rechtsbewußtseins, nicht? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das ist These, Antithese, Synthese, und so fahren wir dann im wesentlichen wieder weiter.

Das ist ein interessanter Anschauungsunterricht für alle jene Leute, die wissen wollen, wie schnell sich ein Rechtsbewußtsein ändern kann. Denn der Herr Justizminister hat ja eigentlich diesem Finanzgesetz im Ministerrat zustimmen müssen – nehme ich an –, daher mußte sich sein Rechtsbewußtsein so rasch geändert haben.

Aber auch das Rechtsbewußtsein des Herrn Finanzministers hat sich rasch geändert. Allerdings ist der Herr Finanzminister kein Jurist, vielleicht geht das bei ihm schneller, und daher will ich es ihm nicht vorwerfen.

Er hat am 19. Dezember 1967 folgendes gesagt; auch im Zusammenhang mit einer Debatte über das Bundesfinanzgesetz:

„Es ist darum gegangen, daß dann, wenn der Finanzminister Rechte bekommen soll, wenigstens die Symmetrie dahin gehend gewahrt bleiben muß, daß auch entsprechende Rechte des Parlaments vorgesehen werden.“

Nun, ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren auch von der Regierungspartei, nun können Sie ja bei der Beratung dieses Finanzgesetzes beweisen, wie ernst es Ihnen mit der Budgethoheit des Nationalrates ist, oder ob die Budgethoheit des Nationalrates für Sie auch nur eine taktische Variante im politischen Spiel bedeutet. Für uns bedeutet es keine taktische Variante im politischen Spiel, sondern einfach die einzige Möglichkeit, der österreichischen Öffentlichkeit darzulegen, wie es um die Staatsfinanzen steht. Staatsfinanzen betreffen jeden einzelnen, weil er dazu beiträgt, weil er dafür herangezogen wird, weil er ein Recht darauf hat, es zu erfahren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Niemand wird hier stur sein. Niemand wird hier Beratungen über diesen sehr ernsten

Gegenstand ablehnen. Aber es gibt eben gewisse Grundsätze und Prinzipien, die man in einer Demokratie wahren muß. Ein Parlament, das auf seine Budgethoheit verzichtet hat, hat sich zum Teil selbst aufgegeben. Auch das bitte ich, genau zu berücksichtigen, wenn über dieses Finanzgesetz hier beraten wird.

Nun gestatten Sie mir, daß ich vielleicht noch zwei Punkte heraushebe; zwei Punkte, von denen ich glaube, daß sie interessant sind.

Als erstes ist in diesem Finanzgesetz enthalten, daß der Finanzminister 1976 ohne Einschaltung des Parlaments das Konjunkturausgleichsbudget in Höhe von 7 Milliarden Schilling freigeben will. Ich meine, eine Ausgabe von 7 Milliarden Schilling, ohne daß das Hohe Haus dazu gefragt werden wird, sollte man in dieser Form nicht drinnen haben. Es sei denn, der Herr Finanzminister ändert seine Darstellung, seine Dreiteilung des Budgets, die ohnedies nichts mehr bedeutet, da ja jeder weiß, daß das Konjunkturausgleichsbudget auf jeden Fall dazukommt und es gewissermaßen schon als ordentliches Budget präliminiert ist. Warum macht man dann überhaupt diese Aufgliederung hier? Ich bin der Überzeugung, daß es so kommen wird. Aber eine Freigabe allein – 7 Milliarden Schilling –, wenn es schon als Konjunkturausgleichsbudget verstanden wird, ohne eine Diskussion hier im Hohen Haus, ohne eine Information der Öffentlichkeit, das ist etwas, glaube ich, über das man sehr ernstlich reden sollte.

Aber was mich ganz besonders bewegt, ist der neue Artikel 3. In dem neuen Artikel 3 steht etwas von „bis zu 5 Prozent der veranschlagten Einnahmen“, nämlich daß hier dem Finanzminister verschiedene Möglichkeiten gegeben werden sollen, wenn – wie es dort drin heißt – ein Konjunkturrückgang gegeben ist. Und der ist dann gegeben, wenn die im Lauf des Finanzjahres 1976 vorgenommenen Revisionen der Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich, insbesondere über die reale und nominelle Entwicklung des Bruttonationalproduktes, infolge weltwirtschaftlicher Einflüsse oder binnengewirtschaftlicher Faktoren um mehr als 20 Prozent von der der Erstellung des Voranschlagsentwurfes für 1976 zugrunde gelegten Prognose abweicht.

Jetzt, bitte schön, die Prognose. Ich kann mich an eine Stelle in der Regierungserklärung erinnern, die besagt, daß der Herr Bundeskanzler nichts von Prognosen hält. Wenn er nichts von Prognosen hält, dann läßt er zu, daß dieser Artikel 3 ins Bundesfinanzgesetz aufgenommen wird? Das heißt also von vornherein, daß da drinnen eine Basis genommen wird, die gar keine reale Basis sein kann, wenn er nichts davon hält.

Dr. Taus

Die zweite Frage ist: Wer wird denn diese Prognosen machen? Das Institut für Wirtschaftsforschung? Durchaus eine angesehene Institution. Aber ich kann doch nicht in diesem Bereich der Wirtschaftswissenschaft, der zu den schwierigsten und umstrittensten gehört, das zu einer Basis für eine gesetzliche Maßnahme machen. Das ist doch einfach das Ende jeder Rationalität im Budget, das Ende jeder Genauigkeit im Budget, das ist doch das Überbordwerfen aller Budgetgrundsätze, die sehr geschickt und sehr gescheit durch viele Jahrzehnte hindurch aufgebaut wurden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen jetzt ein Beispiel, wie das jetzt ziehen könnte. Es heißt, der Herr Finanzminister hat für das Jahr 1976 seinem Budget real ein 1,5prozentiges Wachstum zugrunde gelegt. 20 Prozent dieses 1,5prozentigen Wachstums sind 0,3 Prozent. Also, wenn der Herr Finanzminister nun vom Institut für Wirtschaftsforschung oder irgendeiner anderen Institution – ich weiß nicht, woher er die Prognose nehmen will (*Ruf bei der ÖVP: IFES!*) – eine Abweichung um 0,3 Prozent feststellen läßt, dann kann er seine veranschlagten Einnahmen um 5 Prozent ändern. Dann kann er ein höheres Defizit machen, in dem Fall um rund 9 Milliarden Schilling. Und jetzt sage ich Ihnen etwas: Die Änderung um 0,3 Prozent ist überhaupt nicht zu prognostizieren, weil die Prognosetechnik nicht so fein ist. Das ist doch nahezu unmöglich. Wie kann man so etwas in einen Gesetzentwurf hineinschreiben? (*Beifall bei der ÖVP.*) Da hört sich alles auf.

Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, man weiß entweder selber nicht, wie die Dinge gehen, oder die andere ist, man hält diejenigen, die das konsumieren wollen, für so dumm, daß sie es glauben. Ich habe den Eindruck, wir wollen beide Dinge hier nicht annehmen. Ich meine, über so einen Artikel kann man kaum sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zum Ende komme. Ein Punkt hier ist eine entscheidende Frage. Wir haben uns in eine Situation hineinmanövriert, aus der es sehr, sehr schwer sein wird, herauszukommen; in eine Situation, von der wir wissen, daß sie budgetpolitisch uns in den nächsten Jahren in die allergrößten Probleme hineinbringen wird. Das ist keine Miesmacherei, das ist nicht Panikmache, sondern das ist die Realität, die wir der österreichischen Bevölkerung als Oppositionspartei klar und eindeutig zu sagen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man mit einem solchen Budget ernstlich in diesem Land Wirtschaftspolitik betreiben will.

Ich darf mit einem Satz schließen, der mir sehr gut gefallen hat und der vom Herrn Bundeskanz-

ler stammt. Er hat eine Rede zum Budget am 28. November 1966 damit geschlossen. Er hat gesagt, er ist gegen das Budget, das damals vorgelegt wurde, weil es vor allem keine Antwort gibt auf die Frage, wie es in Österreich morgen aussehen wird, wie seine Menschen morgen leben werden.

Wenn dieses Budget für 1967 keine Antwort gegeben hat, was ist denn das mit dem Budget für 1976? Da gibt es nicht nur keine Antworten drauf, sondern da ist das Budget überhaupt sprachlos im Hinblick auf diese Frage. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir warten auf die mittelfristige Finanzplanung für diese Legislaturperiode. Wir warten darauf, daß uns die Regierung sagt, wie es wirtschaftspolitisch weitergehen soll. Und wir brauchen gegen dieses Budget überhaupt nicht polemisieren. Es gibt keine verbale Polemik, die stärker sein könnte als die Zahlen, die uns der Herr Finanzminister in diesem Budget vorgelegt hat. (*Starker Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. Bitte.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst freue ich mich über die Gelegenheit, Herr Bundesparteibmann Dr. Taus, gleich hier mit Ihnen diskutieren zu können. Im Wahlkampf hatten Sie ja dazu Ihrerseits keine Gelegenheit gefunden. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich verstehe nicht, daß die Feststellung von Tatsachen Sie so nervös macht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben von Vorwahloptimismus gesprochen. Das mag sich, glaube ich, nur deswegen so ausgenommen haben, weil die auch schon damals unsererseits gegebene realistische Einschätzung natürlich von den Unheilprophezeiungen Ihrerseits abweichen mußte. Sie können das, wenn Sie sich der Mühe unterziehen wollen, in den Wirtschaftsberichten und den Erklärungen dazu nachlesen, die der Herr Bundeskanzler und ich Anfang Juli dem Hohen Hause vorgelegt haben, die ganz eindeutig völlig mit dem übereinstimmen, was auch jetzt in der Regierungserklärung und in der Budgetrede zum Ausdruck kommt. Es ist ja kein Zufall, daß das übereinstimmt; Sie haben das als eine besondere Entdeckung gefeiert, daß in der Budgetrede die gleiche Einschätzung ist wie in der Regierungserklärung; das ist – kann ich Ihnen versichern – kein Zufall. (*Abg. Graf: Er hat gesagt, die gleiche Fehleinschätzung!*) Diese Einschätzung ist schon Anfang Juli gegeben worden, und ich überlasse es gerne Ihrer Beurteilung, das als eine Fehleinschätzung zu

Bundesminister Dr. Androsch

bezeichnen, wenn man erklärt, was überall in der Welt heute zu wiederholen als Banalität gewertet wird, daß wir in der schwersten Rezession seit Ende des Krieges oder seit den dreißiger Jahren sind. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich danke für jeden solchen Zwischenruf. Er gibt mir Gelegenheit, im einzelnen noch darauf zurückzukommen und zu erklären, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß die Einschätzung für die Zukunft jedenfalls mit Vorsicht vorzunehmen sein wird und man sich richtigerweise auf verschiedene Möglichkeiten einstellt und daran entschlossen handelt und nicht dem Fatalismus unterliegt, diese krisenhaften Erscheinungen als gottgegeben hinzunehmen und nur Unheilprophezeiungen zu machen. Denn in diesen Unheilprophezeiungen steckt doch in Wahrheit ein Fatalismus drinnen. (Beifall bei der SPÖ.) Allerdings ... (Abg. Dr. Taus: Sie haben nicht aufgepaßt. Ich habe nicht gemeint, daß es so arg werden wird, wie Sie sagen!) Ich habe Ihnen in Ruhe zugehört. Darf ich Sie bitten, vielleicht können Sie das auch tun.

Aber wenn Sie von Vorwahloptimismus sprechen, dann entnehme ich den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 10. April eine Äußerung, in der es heißt:

„Man brauche um die wirtschaftliche Zukunft Österreichs nicht zu bangen, sagte Generaldirektor Taus (Girozentrale) in einem Vortrag vor der oberösterreichischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Linz.“ (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Nein, da hat er noch nicht die Metamorphose vom Generaldirektor zum Politiker vollzogen gehabt, wo er jetzt ganz anders redet. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der ÖVP: Unglaublich!)

Und, Herr Abgeordneter Dr. Hauser (anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP – Abg. Glaser: Unverschämtheit!), darf ich Ihnen von den vier guten Jahren folgendes sagen. Ich darf wieder etwas zitieren:

Österreich ist heute ein moderner Industriestaat. Dennoch wird das Image dieses Landes noch häufig von naiven, wenngleich nicht unfreundlichen Klischeevorstellungen beherrscht. – Direktor Dr. Taus im Herbst 1974. (Heiterkeit bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Und nun darf ich Ihnen zum Ergebnis sagen – das sind ja die Fakten, über die sollte man sich doch wenigstens verständigen können bei allen unterschiedlichen Wertvorstellungen und daraus resultierenden Zielen und daraus abgeleiteten Mitteln, um sie zu erreichen –, daß wir jedenfalls bis einschließlich 1973 eine Wirt-

schaftsentwicklung in Österreich hatten wie in keinem vergleichbaren Zeitraum zuvor, daß wir zum zweiten in der Zeit 1974 und 1975, Herr Abgeordneter Dr. Taus, mit den aufgetretenen Schwierigkeiten ungleich besser fertiggeworden sind als die meisten anderen Länder. Das hat seine Ursache in gewissen strukturellen Bedingungen, die das begünstigt haben, ohne Zweifel, aber vor allem auch in der Tatsache, daß wir rechtzeitig gehandelt haben und Handlungen gesetzt haben, die von Ihnen alle abgelehnt, bekämpft und verteufelt wurden. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Diese Handlungen, Herr Abgeordneter Dr. Taus, diese Handlungen und Maßnahmen waren es, die uns im Oktober 1975, also in dem schwierigen Jahr 1975 einen Beschäftigtenstand von 2,691.000 gebracht haben, während es zum Beispiel im Oktober 1968 – Sie haben ja diesen Monat angeführt – 2,384.000 gewesen sind, also um 300.000 weniger. Und auf dieses Ergebnis sind wir stolz! (Beifall bei der SPÖ. – Rufe bei der ÖVP: Unvergleichbar! – Zwischenruf des Abg. Dr. Koren.)

Und jetzt darf ich Ihnen ein zweites dazu sagen.

Sie haben kritisiert ... (Rufe bei der ÖVP: Falsche Zahlen!) Ich kann Ihnen die Unterlagen gern zur Verfügung stellen. (Ruf bei der ÖVP: Wie beim Budget lauter Hausnummern! – Abg. Dr. Koren: Eine solche Hausnummernfabrik!) Die Fakten sind für Sie Hausnummern, weil sie Ihren Argumenten widersprechen, das versteh ich schon. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Das ist doch kein Faktum!)

Sie haben kritisiert, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß man befürchten müsse, im Höhepunkt der saisonalen Winterarbeitslosigkeit heuer die Zahl 100.000 zu erreichen. Diese Befürchtung ist nicht auszuschließen. (Ruf bei der ÖVP: Jetzt auf einmal!) Bitte, nicht jetzt auf einmal, das hat der Herr Vizekanzler Ing. Häuser in guter Zeit gesagt, und er tut alles, um das zu verhindern! (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Aber wieder ein Beispiel aus den in Ihren Augen Goldenen sechziger Jahren oder Goldenen Jahren der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Wissen Sie, wie hoch die Arbeitslosenzahl im Jänner und Februar 1968 war? – 141.000 im Jänner und 134.000 im Februar! (Abg. Dr. Taus: Addieren Sie die ausländischen Arbeitskräfte, die entlassen wurden, dazu! Das ist das Arbeitskräftepotential!)

Jetzt darf ich Ihnen von Mitte sechzig weg die durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen nennen. 1965: 2,7, 1966: 2,5, 1967: 2,7, 1968: 2,9, 1969: 2,8, 1970: 2,4, 1971: 2,1, 1972: 1,9, 1973: 1,6, 1974: 1,5, und wir liegen im September dieses Jahres mit 1,5 im Schlußlicht der Arbeitslosenra-

Bundesminister Dr. Androsch

ten in Europa. Ich glaube, darauf können wir – gemeinsam nämlich – stolz sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zur Frage der Schulden. Da haben Sie das Einfache gemacht, daß Sie absolute Zahlen mit absoluten Zahlen verglichen haben und nicht in Bezug gesetzt haben zu den veränderten Zahlen, weil jede absolute Zahl eine Beziehung zu den jeweilig anderen hat. (*Abg. Dr. Taus: Können wir machen!*) Daher haben Sie natürlich wegge lassen, daß die Finanzschulden des Bundes, die im Jahre 1969 13,13 des Bruttonationalproduktes betragen hatten, in den Jahren danach von 12,68 auf 11,35, auf 10,62 und selbst im Jahre 1973 auf 10,55 zurückgegangen waren. 3 Prozentpunkte, bezogen auf das Bruttonationalprodukt, entspricht ungefähr einem Betrag zwischen 15 Milliarden und 18 Milliarden. Ich sage: „selbst im Jahre 1973“ deswegen, weil das ohne Frage ein Jahr mit besonderen Maßnahmen war, die staatsfinanzielle und budgetäre Auswirkungen hatten: Etwa die Einführung der Mehrwertsteuer, die schon lange hätte erfolgen sollen, die die Regierung Klaus in ihrer Erklärung hatte, aber natürlich nicht gemacht hat, so wie vieles andere. Dann war das EG-Arrangement, dann war der Finanzausgleich, dann war die Steuerreform, alles Maßnahmen, die natürlich ihre budgetären Auswirkungen gehabt haben. (*Abg. Dr. Taus: Sie haben eine expansive Budgetpolitik zur Unzeit betrieben! Das sind unsere heutigen Probleme! – Ruf bei der SPÖ: Ihre Lizitationsanträge!*)

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Beachten Sie den Rückgang der Finanzschuld, aber Sie können auch den Rückgang des Anteils, den das Budget, die Budgetausgaben am Bruttonationalprodukt haben, heranziehen; also das, was der Bund an Gütern und Leistungen jedes Jahr in Anspruch nimmt, ist ja ebenfalls in diesen Jahren, und zwar deutlich und signifikant, zurückgegangen.

Aber nun zum Jahre 1975, zu dem Sie meinen, ein Defizit von 15 Milliarden bis 20 Milliarden wäre gerade recht gewesen.

Am 6. August 1975 haben Sie im „profil“ noch erklärt:

Mit den Zuwachsralten geht es, das heißt, ich muß wahrscheinlich heuer diese Verschuldung akzeptieren und muß im nächsten Jahr die budgetpolitischen Voraussetzungen ein bissel ändern.

Aber da war Ihnen klar, weil wir es hier schon im Hohen Haus diskutiert hatten, daß das Defizit nicht bei 15 Milliarden und 20 Milliarden, sondern wesentlich höher liegt. Also am 6. August hat es anders geheißen als heute.

Ich werde Ihnen noch einige solche Beispiele

geben, wo Sie innerhalb von Monaten eine ganz andere Meinung einnehmen, aber selbst innerhalb von wenigen Tagen. (*Abg. Dr. Taus: Seit dem Jahr 1972 liegen Sie falsch, Herr Minister!* – *Abg. Dr. Koren: Vor vier Monaten nannten Sie noch „Horror“, was heute weit überboten ist!*) Da war keine Rede von 15 Milliarden, weil schon 16 Milliarden budgetiert waren, das war schon im Herbst bekannt, und das war gerade das, was dem Herrn Abgeordneten Dr. Taus recht gewesen wäre.

Nun darf ich Ihnen noch etwas zur Kenntnis bringen, Hohes Haus. Es wird von dem Anteil der Finanzschulden hier geredet, und hier heißt es:

In Relation zum Bruttonationalprodukt nimmt sich diese Summe, nämlich der Finanzschulden, aber schon wieder manierlicher aus. Sie entspricht vor allem dem langjährigen Durchschnitt der österreichischen Staatsschulden.

Es heißt dann weiter:

Daß er heuer – nämlich der Anteil – so stark ansteigt, hängt mit der konjunkturellen Lage zusammen.

Da wird erklärt:

In Jahren schwacher Konjunktur, wenn der Bund zur Ankurbelung der Wirtschaft relativ hohe Defizite in Kauf nahm, stieg die Schuldensumme natürlich regelmäßig.

Es bezieht sich dann darauf, daß das auch den Empfehlungen des Beirats entspricht, und es heißt dann – damit darf ich dieses Zitieren schließen –:

Im internationalen Vergleich zählt Österreich zu den am wenigsten verschuldeten Ländern. Nur die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz weisen einen geringeren Verschuldungsgrad auf. Die meisten anderen Industriestaaten haben aber eine wesentlich weniger weiße Weste.

Investment-Report September 1975 – damals waren Sie noch Generaldirektor ... (*Abg. Dr. Taus: Nein, da war ich schon beurlaubt!*) Nein, da waren Sie noch Generaldirektor der Giro-Zentrale. (*Abg. Dr. Taus: Nein, da war ich schon im Urlaub!*) Es sind die Dinge dort nämlich bis zur Stunde noch nicht endgültig abgewickelt. Aber das ist eine andere Sache. (*Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. – Abg. Dr. Busek: Das ist doch unglaublich!* – *Abg. Dr. Blenk: Was soll das?* – *Abg. Dr. Busek: Was soll diese Feststellung, daß da etwas noch nicht abgewickelt ist?* – *Abg. Graf: Können Sie das beweisen?* – *Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, das kann ich beweisen. Ich kann das auch von hier aus beweisen (*der Redner zeigt auf die Ministerbank*), weil ich

Bundesminister Dr. Androsch

nämlich als Aufsichtsbehörde davon informiert sein muß. Hier spreche ich als Ressortminister, der das wissen muß! (*Zustimmung bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Blenk:* Was soll das von der Ministerbank aus? – *Abg. Dr. Busek:* Polemisierten Sie nicht!) Kollege Busek! Ich spreche hier als Aufsichtsbehörde (*Abg. Dr. Busek:* Sie sprechen hier als Minister!), und die muß davon informiert sein. (*Abg. Dr. Busek:* Was soll das hier im Haus?) Weil der Herr Kollege Dr. Taus gesagt hat, er wäre damals nicht mehr Generaldirektor gewesen; und das war er! (*Widerspruch des Abg. Dr. Taus.*) Ja, aber in der Funktion waren Sie dennoch. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Nun haben Sie behauptet, es sei ein realer Rückgang bei den Investitionen gewesen. Ich darf Ihnen wieder die Zahlen vorlesen. Wir hatten im Jahre 1974 ... (*Abg. Graf:* Das ist sehr unfair! – *Abg. Dr. Gruber:* Typisch Androsch! – *Rufe bei der ÖVP:* Sie polemisierten die ganze Zeit! – *Zwischenruf des Abg. Glaser.* – *Gegenruf von Bundeskanzler Dr. Kreisky.*)

Herr Abgeordneter Glaser! Ich habe ein Faktum festgestellt. Das wird ja nicht bestritten! (*Abg. Glaser:* Sie polemisierten die ganze Zeit! Das war doch kein Faktum!) Ich weiß, daß Fakten für Sie immer eine Polemik sind. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Glaser.*) Das ist auch ein Faktum gewesen. (*Abg. Dr. Busek:* Bringt Sie Argumente, aber nicht Polemik! – *Abg. Glaser:* Das war Polemik, es waren aber keine Argumente!)

Nun das nächste Faktum. Ich darf Ihnen folgendes vortragen: Sie haben behauptet, daß 1975 gegenüber 1974 ein realer Rückgang bei den Investitionen des Bundes – ich darf Ihnen die Zahlen vorlesen – eingetreten sei. Summe aus Eigeninvestitionen und Investitionsförderung: 42,6 Milliarden Schilling im Jahr 1975, 32,8 Milliarden Schilling im Jahre 1974. Das ist eine Steigerung um 9,8 Milliarden Schilling oder 30 Prozent! (*Abg. Dr. Taus:* Und die Inflationsrate?) Wenn ich die Inflationsrate berücksichtige, ist das eine reale Steigerung um 20 Prozent. (*Zustimmung bei der SPÖ.* – *Zwischenruf des Abg. Dr. Busek.* – *Abg. Dr. Koren:* Das ist eine neue Salzamtrechnung! – *Abg. Dr. Busek:* Salzamtrechnung!) Die Inflationsrate beträgt 8,5 Prozent; der Deflator beträgt ebensoviel. Wenn ich das berücksichtige, so komme ich zu diesem Ergebnis.

Weiters ist zu berücksichtigen, daß bei den Bauinvestitionen die Steigerung heuer gegenüber früher sogar wesentlich zurückgegangen ist. Heuer hat der Bund zu Preisen von 1971 abgeschlossen. Das ist nämlich ein Ergebnis der Baubremse gewesen. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Busek und Dr. Gruber.*) Wir vergleichen

1975 mit 1974. Gegenüber 1974 ist genau das von mir Gesagte eingetreten. (*Abg. Kraft:* Einen Rechenschieber für den Finanzminister!)

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Sie haben eine Fortschreibung in die Zukunft gemacht. Sie haben gesagt, man brauche nur überall 10 Prozent dazuzutun, dann komme irgend etwas heraus. – Das ist richtig. Mit solchen Extrapolationen und Fortschreibungen ist zum Beispiel der Club of Rome zum Weltuntergang gekommen. (*Abg. Dr. Taus:* Mit ganz anderen!) Mit solchen Extrapolationen ist es nämlich immer so: Man schreibt einfach in die Zukunft fort, und, je nachdem, was die Prämissen sind, kommt das eine oder das andere heraus.

Sie haben gemeint, daß daher keine antizyklische Maßnahme enthalten sei. Sie haben aber am 7. Juli 1975 erklärt – ich entnehme das der Presse –: Taus sagte, die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß offenbar weder eine antizyklische noch eine kompensatorische Budgetpolitik möglich sei. – Das sei also nicht möglich. – Daher müsse versucht werden, möglichst ausgeglichen zu budgetieren. (*Abg. Dr. Busek:* Eine Empfehlung!)

Ich glaube: Würde man ausgeglichen budgetieren, dann hätte das all diese Investitionen nicht zur Folge. Sie kennen so wie ich die Berechnungen, die sehr vorsichtigen Berechnungen von Professor Frisch, daß eben 60.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren müßten. (*Abg. Dr. Taus:* Auf diese Berechnungen würde ich mich nicht berufen!) Eine solche Politik – ich kann das nicht eindringlich genug ausdrücken ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber ich glaube, es ist wert, sich darauf zu berufen. 60.000 Menschen sind für uns nämlich eine viel zu wichtige Sache, als daß man so etwas auf's Spiel setzt. (*Zustimmung bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Koren:* Für uns auch! – *Abg. Dr. Busek:* Darüber können wir diskutieren! – *Abg. Dr. Blenk:* Immer noch die Vorwahlargumente!)

Jetzt noch zu einigen Einzelpunkten.

Sie haben die Auslandsverschuldung beklagt. Am 22. Februar 1975 haben Sie in der „Furche“ folgendes geschrieben:

„Das Zahlungsbilanzproblem, das sich aus der Schere zwischen der Belastung durch höhere Ölcosten und den rückläufigen Einnahmen aus dem Reiseverkehr ergibt“ – diese sind heuer zwar gestiegen, aber das war Ihre Annahme (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) –, „ist kurzfristig angesichts unserer Devisenreserven und der rasch zunehmenden Auslandsverschuldung unproblematisch.“ (*Abg. Dr. Taus:* „Kurzfristig“!) Es war auch Ihre Einschätzung bezüglich der rückläufigen Reiseverkehrseinnahmen unrichtig, wenn man schon davon sprechen will.

Bundesminister Dr. Androsch

(*Abg. Dr. Taus: Sie wissen ganz genau, was eine Auslandsverschuldung längerfristig bedeutet!*)

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Zur Frage der Steuersenkung haben Sie am 1. Oktober 1975 im „Kurier“ erklärt:

„Keine Chance sieht der ÖVP-Chef in den nächsten Jahren für Steuersenkungen und auch keine Chance für zusätzliche Staatsausgaben.“

Also man soll das nicht einmal steigern, was Sie gesagt haben. Man darf nichts dazu erfinden. Oder offenbar sind neue Aufgaben gemeint. Das kommt nicht klar zum Ausdruck.

Sie erklärten dann am 17. Oktober im „Volksblatt“:

Taus gegenüber dem „Volksblatt“ mit Kopfschütteln auf die Ankündigung des Finanzministers, in den kommenden vier Jahren keine Steuersenkungen durchzuführen.

Also: Am 1. Oktober schließen Sie sich dieser Meinung noch an, am 17. Oktober bringt Sie das zum Erstaunen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Es war aber in beiden Fällen von Steuersenkungen die Rede, Herr Abgeordneter Dr. Blenk!

Zur Frage keine Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst darf ich feststellen: Es war enthalten, daß der Personalaufwand bei gleichem Stand an Bediensteten um 9,2 Prozent steigt. Das ist eine Ist-Lohn-Verbesserung. Es ist also unrichtig, zu sagen, daß diesbezüglich nichts enthalten wäre.

Bezüglich der Verwaltungsschulden – ich möchte Sie nicht noch einmal zitieren –: Sie haben irgendwann in den sechziger Jahren dazu Ausführungen gemacht und selbst gesagt, daß man das gar nicht definieren kann. Daher kann man das gar nicht den Finanzschulden zurechnen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.*) Zu den Verwaltungsschulden gehören nämlich zum Beispiel Schulden, die in der Zukunft eintreten, wenn eine Leistung erbracht wird, also die Voraussetzung überhaupt noch gar nicht gegeben ist, auch keine Zahlungsverpflichtung. In keinem Staat rechnet man es den Finanzschulden zu.

Jetzt muß ich noch einiges sagen. Ich verstehe folgendes nicht: Wir haben in den letzten Jahren, Herr Abgeordneter Dr. Taus, bedingt durch die weltweiten Turbulenzen am Währungssektor, am Energiesektor, in den verschiedenen Bereichen bei den Rohstoffen eine Reihe besonderer Maßnahmen zu ergreifen gehabt und haben diese im engsten Einvernehmen und meistens in Übereinstimmung mit den Wirtschaftspartnern gemacht. (*Widerspruch des Abg. Dr. Keimel.*) Bei den Währungs- und

Kreditmaßnahmen (*Abg. Dr. Keimel: Eben nicht!*), Kollege Dr. Taus, haben wir das im engsten Einvernehmen und in Übereinstimmung zwischen Notenbank, Kreditapparat und Finanzministerium gemacht. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Kollege Keimel.

Der Herr Abgeordnete Dr. Taus war bei allen diesen Zusammenkünften – es waren neun – und diesbezüglichen Vereinbarungen dabei. Es wurde ausführlich diskutiert und Übereinstimmung erzielt. Ich verstehe nicht, wieso das alles, bei dem Sie mitgewirkt haben, auf einmal falsch ist. (*Widerspruch bei der ÖVP. – Abg. Dr. Busek: Über die Budgetpolitik ist dort geredet worden? – Abg. Dr. Taus: Dort ist das Budget beschlossen worden?*)

Jetzt darf ich Ihnen zur Budgetpolitik folgendes sagen, Herr Dr. Taus: Erinnern Sie sich an den Besuch, den Sie – ich glaube, es war im März – bei mir gemacht haben. Wir sind zu einem Gespräch zusammengekommen, in dessen Verlauf Sie gesagt haben: Für die Budgetfinanzierung stehe ich jederzeit zur Verfügung; im Inland, im Ausland; Sie wissen, wieviel Sie brauchen. (*Abg. Dr. Taus: Na und?*) Offenbar war das für Sie eine gute Geldanlage, sonst hätten Sie ja das Angebot nicht gemacht, und ich mußte Ihnen sagen ... (*Abg. Dr. Busek: Was hätten Sie gesagt, wenn er nichts hergegeben hätte!*) Es war ja sein Angebot! Ich mußte ihm sagen, daß ich nicht eine einzige Bank bevorzugen kann, sondern alle gleichmäßig heranziehe. Aber was damals gut war für die Girozentrale, ist jetzt für die Opposition offenbar schlecht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Noch eine Klarstellung: Was das Bundesfinanzgesetz anlangt, darf ich sagen, daß ja seit dem Zeitpunkt, zu dem die Reden gehalten wurden, die Sie zitiert haben, etwas passiert ist, vorher und nachher, nämlich insgesamt sind drei Judikate des Verfassungsgerichtshofes genau zu diesem Thema ergangen, und zwar von uns betrieben.

Ich kann als Resümee aus den drei Judikaten zweierlei festhalten: daß nämlich in allen drei übereinstimmend der Verfassungsgerichtshof festgehalten hat, daß zwei Dinge beachtet werden müssen. Einmal ganz strikte die im Artikel 51 stehende Jährlichkeit und zweitens, daß der Bundesfinanzgesetzgeber, das heißt nur der Nationalrat, Ermächtigungen geben kann, sofern sie sich eben nur auf ein Jahr beziehen und sofern sie in Entsprechung zum Artikel 18 determiniert sind. Das ist, wenn Sie das etwa mit der Lösung für die Kreditformel, die seit Jahren in Konsequenz eines solchen Erkenntnisses ... (*Abg. Dr. Taus: Das ist etwas ganz anderes, diese Kreditformel!*) Das ist gar nicht etwas ganz

Bundesminister Dr. Androsch

anderes, das ist eine Determinierung, die sich auf etwas anderes bezieht, nämlich auf Börsenkurse, auf Börsenzinssätze, also etwas, was außerhalb der Hoheitsverwaltung liegt. Nicht mehr und nicht weniger haben wir getan.

Was die Sache selbst betrifft, so habe ich doch schon in der Budgetrede zum Ausdruck gebracht, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß ich gerne die Bereitschaft Ihres Klubobmannes zu entsprechenden verfassungsrechtlichen Lösungen aufgreife, wobei mir völlig klar ist – dazu bin ich zu lange in verschiedenen Funktionen im Parlament gewesen, als daß ich einen anderen Standpunkt schon aus diesem Grund einnehmen möchte –, daß es symmetrisch sein muß, daß, wenn der Finanzminister, wenn die Regierung, wenn die Exekutive zusätzliche Rechte im Sinne von mehr Flexibilität in Anspruch nehmen will – und niemand bestreitet, daß das in Zeiten, wo rasche Veränderungen eintreten, wünschenswert ist –, auch eine entsprechende Symmetrie in Richtung Information, in Richtung Kontrolle gegeben sein muß. Es ist mir völlig klar, daß eine solche Lösung so ausschaut, und dazu sind wir bereit.

Was das Jahr 1976 anlangt, so ist eine Lösung gefunden in völliger Übereinstimmung mit den Inhalten der drei Verfassungsgerichtshofberkenntnisse, die zu diesem Thema ergangen sind.

Nun zum Abschluß. Herr Abgeordneter Dr. Taus, es geht gar nicht darum, ob man in hoffnungslosen Kriseneinschätzungen sich verfängt oder in einer Schönfärberei. Sie tun ja so, als ob die weltwirtschaftlichen Probleme von Österreich verursacht worden wären, Sie tun ja so, als ob in den Vereinigten Staaten oder Frankreich oder Italien unsere Parteifreunde sitzen; das tun sie sicherlich nicht, sie sitzen unter anderem in einer Koalition in der Bundesrepublik Deutschland, und die steht vergleichsweise zu den drei Ländern noch am besten da, wenn man schon einen solchen Vergleich ziehen will.

Aber es geht doch darum, einzuschätzen, daß die Industriestaaten und damit in Wahrheit die ganze Weltwirtschaft in der schwierigsten Periode ist und daß das nur sehr zum Teil ein konjunkturelles Problem ist und zu einem sehr wesentlichen ein strukturelles Problem ist. Die Erkenntnisse, die wir daraus zu ziehen haben, sind, alle Möglichkeiten, die wir im eigenen Land haben, auszuschöpfen; dazu gehören die konjunkturpolitischen, und zwar sowohl im Budget wie auch in der Wirtschaftsförderung außerhalb des Budgets, aber auch alle Maßnahmen zur weiteren Preisdämpfung. Sie wissen aus den letzten Zahlen – die Presse bringt sie ja heute –, daß wir unverändert zu den vier Ländern in der OECD mit den geringsten

Preissteigerungen zählen. Wir haben das zu verfolgen, dabei aber nicht zu vernachlässigen die strukturpolitischen Änderungen. Das Budget wird dazu wie bisher seinen Beitrag leisten. Wir haben nicht zurückgescheut, für die folgenden Jahre, damit man nicht zu extrapolieren braucht, auch diskretionäre Entscheidungen zu treffen, wie etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer; nicht weil es populär ist, sondern weil es notwendig ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Taus: Wo ist die mittelfristige Finanzplanung? „Uns interessiert, was in Österreich ist“, haben Sie vor sechs Jahren gesagt, „nicht, was im Ausland ist!“*)

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht gleich zu den letzten Worten, oder besser, den vorletzten Worten des Herrn Finanzministers Stellung nehmen. Denn das Budget muß von drei Gesichtspunkten aus betrachtet werden: Von der Frage der Bundesverfassung und des Parlamentarismus her, von der Frage, die man als die fiskalische bezeichnen könnte und schließlich von der Frage der Wirtschaftspolitik her.

Zunächst das Verfassungsproblem: Es ist schon richtig, Herr Bundesminister, daß dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, oder besser, diese Erkenntnisse das zum Ausdruck bringen, was Sie jetzt dargelegt haben. Das ändert aber gar nichts an der Sachlage bezüglich der Textierung des Bundesfinanzgesetzes. Denn es geht nicht nur um das Was, sondern es geht auch um das Wie, ob Sie also eine Lösung gefunden haben, die verfassungsmäßig einwandfrei ist. Und hier muß man sagen, daß diese hier vorgeschlagene Lösung nicht einwandfrei ist.

Das zweite ist die politische Frage: ob man ungeachtet der Frage der Verfassungsmäßigkeit die Rechte des Parlaments einschränken und die des Finanzministers vermehren soll, wie das von Ihnen hier vorgeschlagen wird.

Zunächst zum ersten: Sie haben sich zunächst das Recht einräumen lassen oder wollen es sich einräumen lassen, daß Sie für den Fall, daß ein höherer Abgang in der Gebarung gegeben ist, den Aufwand durch Ausgabenrückstellungen bedecken dürfen. Früher waren Sie dazu verpflichtet. Sie weichen also erstens einmal von dem Prinzip der Sparsamkeit ab und machen es zu einer Kann-Bestimmung, zweitens aber bekommen Sie dadurch das freie Ermessen, ob Sie Ausgaben zurückstellen oder nicht.

Dr. Broesigke

Die ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes sagt nun, daß, wenn einem Verwaltungsorgan freies Ermessen eingeräumt wird, dann muß im Gesetz stehen, unter welchen Voraussetzungen dieses Ermessen ausgeübt wird. Ich habe darauf schon seinerzeit im Finanz- und Budgetausschuß aufmerksam gemacht. Es ist dessenungeachtet in dieser Form hier hineingenommen worden. Da gibt es eine Fülle von Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes, und ich würde dem Finanzministerium empfehlen, eher diese Erkenntnisse nachzulesen als die von Ihnen zitierten.

Das zweite ist, das hat der Abgeordnete Dr. Taus schon erwähnt, daß Sie folgende Regelung getroffen haben: Ob ein Konjunkturrückgang vorliegt, hängt fortan von der Prognose des Institutes für Wirtschaftsforschung ab. Das heißt also, an Stelle des Parlaments hat fortan das Institut für Wirtschaftsforschung zu entscheiden. Und nun kann uns niemand einreden, daß das in den Rahmen der geltenden Bundesverfassung hineinpaßt. Das sind die zwei Verfassungswidrigkeiten.

Aber wollen wir vielleicht eine andere Bilanz ziehen, und zwar durch Beantwortung der Frage: Werden die Rechte des Parlaments vermehrt oder werden sie eingeschränkt? Werden die Rechte des Finanzministers vermehrt oder werden sie eingeschränkt?

Es beginnt mit dem schon zitierten Artikel III. Früher hatte das Parlament zu bestimmen, ob der Konjunkturausgleichsvoranschlag in Kraft gesetzt wird, fortan haben Sie, hat der Herr Bundesminister, darüber zu bestimmen. Das heißt also, es wird dieses Recht dem Parlament weggenommen und auf den Bundesminister übertragen.

Zweitens: Früher, wenn eine Bedeckung durch Kreditaufnahmen erforderlich war, mußte das Parlament gefragt werden. Fortan ist es nicht mehr zu fragen, sondern Sie haben das Recht nach Artikel III Abs. 2, über etwa 9 Milliarden Schilling frei zu verfügen. Sie haben sich also durch diese beiden Formulierungen eine freie Entscheidung in der Größenordnung von ungefähr 16 Milliarden Schilling vorbehalten, und die diesbezügliche Entscheidung wird dem Parlament weggenommen.

Nur noch eine Nebenbemerkung dazu: Das ganze ist denkbar unklar. Wenn in den Erläuterungen, die Sie dem Hohen Haus vorgelegt haben, irgendwo drinsteht, jetzt wird alles übersichtlicher und eindeutiger, so, muß ich sagen, kann das wohl nur als Scherz angesehen werden. Ich darf Ihnen das gleich an einem bestimmten Punkt erklären: Im Artikel III Abs. 3 steht etwas insbesondere über die reale

und nominelle Entwicklung des Bruttonationalproduktes. Das heißt also beides. Darf ich nun fragen: Was ist, wenn diese beiden Ziffern nicht übereinstimmen? Welche gilt denn dann? Wenn in dem einen Fall die 20 Prozent überschritten sind und in dem andern Fall nicht, was ist dann Rechtes? – Ist dann von den 1,5 Prozent des Instituts für Wirtschaftsforschung auszugehen oder von den 8,5 Prozent? Sie haben sich ja durch Aufrundung auf 9 Prozent ein halbes Prozent Vorsprung gesichert. Also ist das doch eine denkbar undeutliche Regelung, weil man nicht weiß, von welcher Ziffer man auszugehen hat, wenn man feststellen will, ob der Finanzminister der Republik Österreich berechtigt ist, alle diese Maßnahmen nach eigenem Ermessen zu treffen oder nicht.

Da muß man schon sagen, daß diese Entwicklung eine sehr bedenkliche ist. Es wäre wohl besser gewesen, es auch in Zukunft dem Parlament zu überlassen, über solche Dinge zu befinden. Es gibt ja doch auch gar keinen Grund, Angst vor dem Parlament zu haben, Sie haben ja ohnehin die Mehrheit hier im Parlament. Daher sehe ich nicht ein, warum dieser Versuch hier unternommen werden muß, auch einem Parlament, in dem man ohnehin die Mehrheit hat – und es genügt ja eine einfache Mehrheit –, solche Entscheidungen wegzunehmen und auf die Verwaltung zu übertragen.

Wenn man daher vom Standpunkt der Verfassungswirklichkeit zu diesem Budget Stellung nimmt, so muß man sagen, daß diese formalen Bestimmungen einen deutlichen Rückschritt darstellen, einen Rückschritt in der Richtung, daß die Stellung der Verwaltung verstärkt und die Stellung der Gesetzgebung geschwächt wird.

Damit komme ich zum zweiten Gesichtspunkt, von dem aus dieses Budget betrachtet werden muß, und das ist der fiskalische. Es handelt sich hier um eine gewaltige Steigerung des Defizits. Es wird hier ein Vergleich gezogen zwischen dem Jahre 1975 und dem Jahre 1976 – dies geschah so in der Budgetrede –, aber der Vergleich war falsch. Denn es wurde das verglichen, was im Jahr 1975 tatsächlich war, und das, was für das Jahr 1976 in diesem Gesetz enthalten sein soll. Dann kann man sehr leicht sagen: 1976 hat einen geringeren Geburungsabgang, als er sich 1975 herausgestellt hat. Was sich 1976 im Endergebnis herausstellen wird, das werden wir ja erst sehen. Ich will keine Prognosen machen, aber es ist ja nicht schwer zu prophezeien, daß sich jedenfalls nicht jene Ziffer herausstellen wird, die heute im Gesetz drinsteht. (Abg. Kern: *Das glaube ich!*)

Ich muß mich bei diesem Anlaß einer Dankespflicht entledigen. Ich bedauere, daß der

Dr. Broesigke

Herr Dr. Taus nicht mehr hier ist, aber er hat eine späte Ehrenrettung vorgenommen. Er hat nämlich gesagt, daß ab 1972 falsch budgetiert wurde, und damit anerkannt, daß das Budget für 1971, das von SPÖ und FPÖ beschlossen wurde, ein richtiges Budget gewesen ist. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber das liegt schon lange zurück, und wir sind heute, wenn ich nur die Budgetziffern ansehe, bei 36 Milliarden Defizit. Nur nach den Budgetziffern! Das bedeutet also, daß von 100 S, die ausgegeben werden, 17 S ausgeliehen werden müssen, weil sie nicht in Form von Einnahmen vorhanden sind.

Da ist es doch etwas seltsam, wenn der Herr Bundesminister für Finanzen in seiner Budgetrede gesagt hat, daß das Augenmerk auf das staatsfinanzielle Gleichgewicht zurückgerichtet sei. Von diesem staatsfinanziellen Gleichgewicht war weder im Jahre 1975 etwas zu bemerken noch geben es die Ziffern für 1976 wieder, sondern es ist vielmehr ein Budget, das aufgebaut ist auf einer ungünstigen Wirtschaftslage, dadurch bedingten geringen Einnahmen, hohem Defizit, dadurch bedingter hoher Staatsverschuldung und – was schon in der Vergangenheit ein Charakteristikum war – dem Umstand, daß 86 Prozent der Ausgaben auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen.

Dazu kommt noch, daß bei den zugrunde gelegten Prognosen sehr optimistisch vorgegangen wurde. Denn in der September-Prognose hat das Institut für Wirtschaftsforschung ein reales Wachstum 1976 von 1,5 Prozent und ein nominelles von 8,5 Prozent angenommen. Wie man aus der Begründung hiefür sieht, handelt es sich um eine sehr vorsichtige Schätzung. Das hat aber die Finanzverwaltung nicht abgehalten, die 8,5 Prozent nicht etwa auf 8 abzurunden, sondern auf 9 aufzurunden, sodaß sich dasselbe Spiel wiederholt oder wiederholen könnte, das wir schon 1975 beobachtet haben, allerdings schon deshalb, weil die entsprechende Vorsicht heute schon auf Grund der September-Prognose außer acht gelassen wurde. Es wurde heute schon manches von der Staatsschuld gesprochen. Sie betrug Ende 1974 63 Milliarden Schilling, Ende 1975 wird sie voraussichtlich bei 100 Milliarden Schilling liegen. Ich rede hiebei nur von der Finanzschuld, die dementsprechend pro Kopf der österreichischen Bevölkerung bereits 14.000 S beträgt.

Nun hat der Herr Bundesminister in seiner Wortmeldung eine Rechnung vorgenommen. Bezogen auf das Bruttonationalprodukt hat er Prozente ausgerechnet, diese Prozentrechnung hat er aber nicht bis zum Jahre 1975 fortgesetzt, denn wenn man die 100 Milliarden Schilling mit dem Bruttonationalprodukt 1975 in Verbindung setzt, wenn man also diese Rechnung fortsetzt, die hier nur begonnen wurde, dann ergeben sich

nämlich 16 Prozent des Bruttonationalproduktes, und das ist schon eine ganz andere Ziffer. Wenn man dann nur das dazurechnet, was für 1976 vorgesehen ist, so kommt man zu namhaften Belastungen der österreichischen Bevölkerung.

Die Verwaltungsschulden dürfen wir hiebei keineswegs vernachlässigen. Wir ersehen ja immer wieder aus den Rechnungshofberichten, aus den Rechnungsausschlüssen, daß hier eine Schuldpost von Bedeutung vorliegt. Ich räume gerne ein, daß die Definition eine schwierige ist. Aber wer, der gezwungen und verpflichtet ist, sorgfältig zu bilanzieren, wird deswegen, weil die Definition gewisser Schulden schwierig ist, diese einfach außer acht lassen? Er wird doch – im Gegenteil, wenn er nach Art eines sorgfältigen Menschen vorgeht – eine zweifelhafte Schuld eher hineinnehmen, als daß er sie aus der Bilanz weglassen würde.

Wir aber, das Parlament, werden in sämtlichen Meinungsäußerungen von Regierungsseite immer wieder nur mit den Finanzschulden konfrontiert, die Frage der Verwaltungsschulden bleibt völlig beiseite, wenn sie nicht von Seite der Opposition angeschnitten wird.

In der Budgetrede hat der Herr Bundesminister für Finanzen zum Ausdruck gebracht, daß die Höhe des Staatsanteils am Bruttonationalprodukt der Ausdruck des Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft sei. Das ist eine Behauptung, die nicht entschieden genug widersprochen werden kann.

Dieser Anteil ist in Österreich sehr hoch, er betrug im Jahre 1967 35,4 Prozent und ist im Laufe der Jahre stetig gestiegen bis auf 39,2 Prozent für 1976. Das heißt also, von 100 S des Bruttonationalproduktes nimmt der Staat heute bereits für sich 39,20 S in Anspruch. Das wird nun dargestellt als ein Zeichen hohen Entwicklungsstandes der österreichischen Volkswirtschaft.

Ja, meine Damen und Herren, in welch kläglichem Entwicklungsstand muß sich dann die Volkswirtschaft der Schweiz befinden, wo dieser Prozentsatz noch unter 30 Prozent liegt. Was für ein zurückgebliebenes Land muß das sein, wenn diese Betrachtungsweise tatsächlich richtig ist.

Es ist vielmehr so, daß dieser Prozentsatz sehr wesentlich aussagt, wieviel der Staat dem einzelnen wegnimmt. Es ist nun die Behauptung sicher nicht richtig, je fortgeschritten der Staat, umso mehr nimmt er dem einzelnen weg. Allerdings gehen aus dem Bundesfinanzgesetz und aus den dazugegebenen Erläuterungen die Absichten hervor, diese Ziffer von 39,2 Prozent noch erfolgreich zu erhöhen.

Bezüglich der Umsatzsteuer werde ich noch in

Dr. Broesigke

anderem Zusammenhang etwas sagen, man muß das hier nicht erwähnen, weil das offenbar in den 39,2 Prozent beinhaltet sein dürfte. Anders ist es aber, wenn so zart angedeutet wurde, daß durch die Einheitswerte der Staat ein Inflationsverlierer sei.

Meine Damen und Herren! Gerade wir Freiheitlichen haben das Märchen vom Staat als Inflationsgewinner, das verschiedentlich hier aufgetaucht ist, immer bekämpft, und gerade darum haben wir wohl als Erste das Recht zu sagen, man möge auch nicht mit dem Begriff des Inflationsverlierers arbeiten. Es ist nämlich beides im Endergebnis nicht richtig.

Man möge nicht wieder das große Einheitswerttheater in Österreich beginnen, das den meisten Beteiligten in sehr unguter Erinnerung ist, man möge vor allem nicht anfangen, jene Steuern zu aktivieren, die von der Substanz gezahlt werden müssen und nicht aus den Einkommen. Diese Steuern sind nämlich nach allen Erkenntnissen der Finanzwissenschaft heute schon bei weitem überholt und überhaupt nur erträglich, wenn sie in einem so bescheidenen Umfang eingehoben werden wie in Österreich.

Überhaupt kann nicht genug davor gewarnt werden, daß wir die Steuerschraube weiter anziehen, um nur ja die Traumzahl von 40 Prozent des Nationalproduktes zu erreichen.

Nun ist zweifellos vom fiskalischen Standpunkt das Ideal eines Staatshaushaltes dann gegeben, wenn die erforderlichen Ausgaben mit den Einnahmen gedeckt werden können. Wir wissen sehr wohl, das dies in der gegenwärtigen Lage nicht möglich ist. In der Vergangenheit wäre es sicher zu manchen Zeiten möglich und sogar gut gewesen, aber es hat ja bekanntlich der frühere österreichische Finanzminister Schumpeter, der entgegen der Meinung des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung natürlich ein Sozialist gewesen ist, zum Ausdruck gebracht, daß sich leichter ein Mops eine Wurstsammlung anlegen kann, als daß ein Parlament Vorräte, Überschüsse für Zeiten, in denen Überschüsse gebraucht werden, bilden kann. Aber dessenungeachtet muß man der Konjunkturpolitik der Bundesregierung den Vorwurf machen, daß sie eigentlich keine Konjunkturpolitik gewesen ist und daß die Unterschiede nur darin bestanden haben, daß in besseren Jahren das Defizit geringer war und daß in schlechteren Jahren das Defizit größer ist. Aber Defizitpolitik ist es zu allen Zeiten gewesen.

Der Herr Bundesminister hat in seiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht, daß die heutigen Konjunkturprobleme unter anderem auf einen restriktiven Kurs in einer Reihe von

Ländern zurückzuführen seien. Das ist etwas, was keineswegs unbestritten ist. Etwa jetzt bei dem Gipfel in Rambouillet war es die einheitliche Feststellung, daß die Hauptursache nicht die restriktive Politik, sondern die Inflationspolitik der einzelnen Staaten gewesen ist, da diese die Inflation entweder angeheizt oder doch laufen haben lassen.

Der Universitätsprofessor Dr. Fritz Machlup, den laut Zeitungsstimmen der Herr Bundeskanzler sogar einmal für die Nationalbank gewinnen wollte, sagte im Juni dieses Jahres, daß die Politiker erst dann zur Vernunft kommen würden, wenn es im Lauf der vorgegebenen Entwicklung: Inflation – Arbeitslosigkeit, noch höhere Inflation – noch höhere Arbeitslosigkeit zu einer regelrechten Wirtschaftskatastrophe komme. Wir glauben keineswegs an eine regelrechte Wirtschaftskatastrophe und glauben überhaupt, daß es unrichtig ist, wenn man die Dinge zu stark dramatisiert. Man soll sie aber auch nicht beschönigen, und man soll auch nicht die Warnungen derer außer acht lassen, die immer wieder darauf hinweisen, daß das Suchtgifte der Inflation letzten Endes die Hauptursache aller Schwierigkeiten ist.

Und wenn nun behauptet wird, die Stabilitätspolitik werde fortgesetzt, so ist das doch wohl nur eine ziemlich gefällige, aber inhaltslose Formulierung bei einem inlandswirksamen Ausgabenüberschuß von 19,2 Milliarden Schilling.

Der Herr Bundesminister will Steuern und Tarife erhöhen. Er will die Umsatzsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen, er will die Tarife erhöhen, und anderes wird wahrscheinlich folgen. Man verspricht sich davon 5 Milliarden Mehreinnahmen für den Bund, und in der Fragestunde haben wir gehört, daß dadurch ein Prozent Preissteigerung, wenn ich die beiden Ziffern Posttarif und Umsatzsteuer zusammenziehe, die Folge sein wird. Ich gehe von diesen beiden Ziffern aus, obwohl man noch manches dazu sagen könnte.

Es ergibt sich nun folgender Schluß: Es ist in der augenblicklichen Konjunkturlage, wo wir auf der einen Seite mit der Rezession und auf der anderen Seite mit der Inflation zu kämpfen haben, wohl das Allerschlechteste, wenn von Regierungsseite preistreibende Maßnahmen durchgeführt werden. Dafür ist gerade heute nicht der richtige Zeitpunkt. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Denn woran liegt es denn in einer Rezession? Es liegt daran, daß die Konsumenten nicht hinreichend konsumieren und daß die Unternehmer nicht hinreichend investieren. Und nun kommt das Parlament und besteuert zusätzlich den Konsum und wundert sich dann, wenn der Konsum nicht in die Höhe geht; und es besteuert

Dr. Broesigke

die Investitionen in Form der Investitionssteuer und wundert sich dann, wenn kein Anreiz für Investitionen gegeben ist. Das ist doch gerade eine Finanzpolitik, die notwendigerweise gerade das Gegenteil von dem erreichen muß, was augenblicklich das Erfordernis wäre.

Nun wird gesagt, daß man 5 Milliarden Schilling Mehreinnahmen nicht entbehren könne. Und Herr Professor Koren hat nach Zeitungsstimmen gesagt, es könnte das Defizit des Staatshaushaltes noch um 5 Milliarden höher sein, das sei immer noch besser als die Umsatzsteuererhöhung. Wir glauben keines von beiden. Wir glauben, daß man sehr wohl auf die 5 Milliarden verzichten und um 5 Milliarden weniger Ausgaben tätigen kann. Denn wir glauben, daß es sinnlos ist, der Bevölkerung 5 Milliarden wegzunehmen, um sie ihr auf anderem Wege wieder zu geben. Das gibt konjunkturpolitisch überhaupt nichts her, ist aber, wie schon erwähnt, geeignet, die Inflationsschraube weiter in Drehung zu versetzen. Gerade das muß heute vermieden werden.

Wir sind durchaus der Meinung, daß diesem Budget zugrunde liegt, daß ein hohes Beschäftigungsniveau erhalten und dadurch gesellschaftlich nützliche Investitionen durchgeführt werden sollen. Das, glaube ich, ist ein Grundsatz, der einfach eine Selbstverständlichkeit darstellt, wobei ich das Beschäftigungsniveau und überhaupt das Problem des Arbeitsplatzes in einem weiteren Zusammenhang verstanden wissen möchte, als das landläufig geschieht. Denn einen Arbeitsplatz hat jeder arbeitende Österreicher, auch der Kleingewerbetreibende, auch der Bauer hat einen Arbeitsplatz, den man ihm erhalten soll und der unter Umständen noch Arbeitsplätze für andere schafft. Ich glaube, der Fehler der bisherigen Politik ist gewesen, daß man sich viel zu stark auf die großen Unternehmen konzentriert und das Problem aller dieser Arbeitsplätze bei den kleinen Unternehmen bagatellisiert hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wer heute zum Konkursgericht geht und sich das Zunehmen der Konkurs- und Ausgleichseditte ansieht, dem zeigt mehr als jede Statistik, als schöne Zeitungsartikel, Ansprachen und dergleichen das Zunehmen der Insolvenzen, mit denen natürlich Arbeitsplätze verloren gehen; verloren gehen für die dort Beschäftigten und verloren gehen für den, dem das Unternehmen gehört hat.

Es wurde vorhin in diesem Zusammenhang von den Investitionen gesprochen; und der Herr Bundesminister hat in seiner Beantwortung einen Vergleich gezogen zwischen der Zahl, ich glaube 1974 und der Zahl 1976 – oder war es die Zahl 1973? Jedenfalls aber war die Zahl 1975 nicht enthalten. Und das ist es eben bei solchen

Betrachtungen: daß man sich aus den Zahlen dasjenige auswählt, wo das eigene Argument am besten bewiesen wird.

Und wenn man sich hier die Zahl 1975 und die Zahl 1976 ansieht, beträgt die Investitionssteigerung 5 Prozent. Das ist also wahrlich nicht viel bei einem Budget, bei dem man sagt, daß die übermäßig hohen Ausgaben notwendig sind, um Investitionen zu machen und Arbeitsplätze zu erhalten. Und in diesem Sinne enthält das Budget nicht sosehr gewaltige zusätzliche Investitionen, sondern eine allgemeine Ausgabenexplosion, die wahrlich nicht erfreulich ist.

Dabei kann man einiges darin vermissen. Denn wenn der Staat zusätzliche Ausgaben macht zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, zum Zwecke der Investition, dann wäre es naheliegend jene Gebiete heranzuziehen, die in der Vergangenheit besonders vernachlässigt wurden und vernachlässigt werden mußten; andere Staaten machen das ja auch. Das ist das Problem der Bevorratung, das Problem des Bundesheeres und die Frage der Förderung von Innovationen.

Wir glauben aber auch – das kann nicht oft genug unterstrichen werden –, daß es augenblicklich erforderlich ist, von der Budgetseite her einen entsprechenden Investitionsreiz zu geben.

Der vom Herrn Bundesminister gern zitierte Lord Keynes hat ja den bekannten Ausspruch getan, daß man die Pferde zur Tränke führen könne, aber saufen müßten sie selber. Dabei sind mit den Pferden freundlicherweise die Konsumenten und Produzenten gemeint, die nicht „saufen“ wollen, um bei diesem Vergleich zu bleiben, indem sie zuwenig konsumieren, indem sie zuwenig investieren.

Ich glaube, daß das nicht nur ein finanzielles Problem ist. Es ist wohl in erster Linie ein – wie soll man sagen? – psychologisches Problem, ein Problem des Vertrauens. In diesem Sinne ist die Rezession eine weltweite Vertrauenskrise, die nicht dadurch, daß ein Staat wartet, bis im anderen Staat der Konjunkturaufschwung kommt, sondern nur dadurch beseitigt werden kann, daß jeder Staat von sich aus versucht, diese Vertrauenskrise zu bewältigen und jenes Vertrauen wiederherzustellen, das den Konsumenten zum Konsum und den Unternehmer dazu veranlaßt, etwas zu investieren.

Ich glaube, es ist daher ein Fehler, fasziniert auf das Ausland zu blicken und zu warten, ob sich etwa in Amerika oder in Westeuropa ein Silberstreif am Horizont zeigt, sondern man muß, so international verflochten das Ganze ist, doch auch sehr viel Eigenes dazu beitragen und muß dabei konsequent sein.

Dr. Broesigke

Das bekannte indische Sprichwort sagt, daß man nicht die Hälfte des Huhns zum Kochen und die andere Hälfte zum Eierlegen haben kann. (*Heiterkeit!*) Genau so ist es auch in der Wirtschaftspolitik: Man kann nun einmal nicht sagen: Wir hoffen auf einen Aufschwung, der doch offenbar irgendwie von selber kommen soll, wir sind aber nicht bereit, das, was wir selber dazu beitragen könnten, zu leisten, um Konsumanreize, um Investitionsanreize zu geben.

Gerade das läßt dieser Haushaltsvoranschlag vermissen. Er wurde mit sehr viel schönen Worten eingeleitet. Diese Worte waren aber mehr oder weniger eine Problemschau, verbunden mit der Hoffnung auf eine bessere Entwicklung durch eine, wenn man will, forcierte Ausgabenpolitik.

Das ist aber für sich allein notwendigerweise zuwenig. Und weil es zuwenig ist, werden wir diesem Budget nicht unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Budget 1976 – ein Jahr, das zweifelsohne sowohl ökonomisch als auch psychologisch ein sehr schweres werden wird – ist unseres Erachtens – wir werden das im Zuge der Budgetberatungen in ausreichendem Maße beweisen können – illusionslos, realistisch und verantwortungsbewußt erstellt worden.

Es widerspiegelt schlicht und einfach in einem Satz ausgedrückt die derzeitige Konjunkturlage. Wir sind, meine Damen und Herren, keine Schwärmer und sollen keinesfalls in Schönfärberei verfallen und etwa den Österreichischen und Österreichern voraussagen, daß es im Jahre 1976 in unserer Heimat schlaraffenähnliche Zustände geben wird. Aber wir glauben auch ebenso nüchtern und verantwortungsbewußt behaupten zu können, daß keinesfalls ein Anlaß zu übertriebenem Pessimismus, aussichtsloser Niedergeschlagenheit oder gar Hoffnungslosigkeit bestünde.

Das Budget 1976 ist – davon ist heute bereits öfter gesprochen worden – unter Zugrundeleitung der Annahme erstellt worden, daß unser Sozialprodukt im Jahre 1976 um real 1,5 Prozent wachsen werde.

Unter der Voraussetzung, daß die Konjunkturprognosen in dieser Richtung halten und nicht wieder das Opfer eines kollektiven Irrtums werden, wie dies in den letzten Monaten wiederholt der Fall gewesen ist, glauben wir

sagen zu können, daß somit die Bedingungen gegeben sind, daß es in Österreich zu einer Wende kommen werde und daß wir somit nicht nur mit einem wachsenden Sozialprodukt rechnen können, sondern daß darüber hinaus auch auf anderen Gebieten, sowohl in sozialer Hinsicht als auch auf dem Sektor der Schul-, der Kultur-, der Bildungspolitik und so weiter, eine weitere Aufwärtsentwicklung erwartet werden kann.

Wir sind der Meinung – darüber ist heute schon des öfteren gesprochen worden –, daß solchen Prognosen, wie sie einem Budget zugrunde liegen, keinesfalls die Bedeutung eines Dogmas beizumessen ist. Aber es soll doch – und gerade die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Taus veranlassen mich hiezu – aufgezeigt werden, wie widerspruchsvoll die Argumentation der Österreichischen Volkspartei in den letzten Jahren eigentlich gewesen ist.

Da hat man im Jahre 1973 anlässlich der Verabschiedung des Budgets für das Jahr 1974 davon gesprochen, daß sich der Finanzminister mit der damals neu eingeführten Mehrwertsteuer, also mit der Umsatzsteuer insgesamt, ein Körberlgeld schaffen würde. Die Prognose für 1974, erstellt vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, lautete auf Einnahmen bei der Umsatzsteuer insgesamt von 54,6 Milliarden Schilling. Der tatsächliche Erfolg stellte sich dann als wesentlich geringer heraus; er betrug lediglich 47,8 Milliarden Schilling.

Weit und breit nichts davon zu sehen, nichts davon festzustellen, was die Österreichische Volkspartei anlässlich der Verabschiedung des Budgets für 1974 behauptet hatte, nämlich daß sich der Finanzminister allein bei der Umsatzsteuer ein Körberlgeld, einen Polster von einigen Milliarden Schilling zurechtgelegt hätte.

Auch beim Budget 1975 gab es eine ähnliche Situation. Das Budget 1975 ist unter der prognostischen Annahme von 62 Milliarden Schilling bei der Umsatzsteuer erstellt worden, während im Budget für das Jahr 1975 nur 61,7 Milliarden Schilling präliminiert worden sind.

Was bedeutet das? Das bedeutet – meine Damen und Herren, das ist, glaube ich, hier nunmehr sehr überzeugend bewiesen worden –, daß der Bundesminister für Finanzen in der Vergangenheit sehr vorsichtig und verantwortungsbewußt präliminiert hat. Somit ist, wie ich glaube, unsere Behauptung, daß der Finanzminister in einer in gleicher Weise verantwortungsbewußten Vorgangsweise das Budget 1976 erstellt hat, durchaus begründet und berechtigt.

Der Ausgangspunkt aller Überlegungen im

Dr. Tull

Zusammenhang mit dem Budget für das kommende Jahr ist, wie ich schon ausgeführt habe, die Annahme, daß das Wirtschaftswachstum nicht mehr so rasant vor sich gehen wird wie in den vergangenen Jahren, was zweifelsohne einkommenspolitisch große Probleme auslöst. Wir müssen allerdings objektiverweise zugeben, daß angesichts der Wachstumsverfolge unserer Wirtschaft in den Jahren 1970 bis 1975 nunmehr eine zurückhaltende, maßvolle Einkommens- und Preispolitik nicht nur verlangt, sondern auch von jedem vertreten werden müßte.

Das Budget 1976 mußte expansiv erstellt werden, was, ökonomisch gesehen, der derzeitigen konjunkturellen Lage unserer Wirtschaft im vollen Ausmaße entspricht. Expansiv deswegen, um entsprechende Beschäftigungsimpulse auszulösen.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch auf einige Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Taus zurückkommen. Er hat gesagt, es sei anzunehmen, daß es im Jahr 1976 – vor allem in den kommenden Wintermonaten – mehr Arbeitslose in Österreich gebe, daß man damit rechnen müßte, daß die Zahl der Beschäftigungslosen auf über 100.000 ansteigen würde.

Das ist durchaus möglich; das wollen wir keinesfalls apodiktisch in Abrede stellen. Aber es soll doch immerhin in Erinnerung gebracht werden, es muß immerhin hier in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß wir auch dann noch, selbst wenn das einträfe, über 2,5 Millionen Beschäftigte in Österreich hätten, wesentlich mehr als je zuvor, als je einmal in der Zeit, als die Österreichische Volkspartei für die Wirtschafts- und Finanzpolitik die Alleinverantwortung zu tragen hatte. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Das Budget muß deswegen expansiv erstellt werden, weil der private Nachfrageausfall durch eine entsprechende öffentliche Nachfrage kompensiert werden muß.

Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Broesigke durchwegs recht, wenn er behauptet, daß wir keinesfalls nur auf eine Wende, auf Impulse aus dem Ausland warten dürften. Wir dürfen nicht tatenlos die Hände in den Schoß legen und eventuell auf Wunder warten. Wir müssen – und das tun wir auch, und zwar mit allen zu Gebote stehenden Mitteln – den eigenen Handlungsspielraum entsprechend nützen.

Auch darin ist ein Unterschied zur ÖVP-Zeit, also zu den Jahren 1966 bis 1970, festzustellen. Während sich die damaligen Finanzminister Schmitz beziehungsweise Koren darauf beschränkten, die Wirtschaft gesundzubeten und Paukenschläge zu setzen, bedient sich der derzeitige Bundesminister Dr. Androsch moderner nationalökonomischer Erkenntnisse und

eines wahrlich erfolgversprechenden konjunktur- und finanzpolitischen Instrumentariums.

Um die Wirtschaft zu beleben beziehungsweise anzukurbeln, bedarf es derzeit eines Konzepts der Gesamtstabilität. Wir haben die Absicht, ein solches Konzept in die Wege zu leiten, es im kommenden Jahr auch konsequent zu verfolgen. Das bedeutet, meine Damen und Herren, die Stabilität eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr*.) Das nützt uns wohl sehr viel, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr. Ihnen mag es vielleicht als Bauernbundvertreter gleichgültig sein, kurzfristig gesehen, ob es in Österreich einige hunderttausend Arbeitslose gibt. Uns ist das nicht gleichgültig, denn uns geht es um jeden einzelnen Arbeitsplatz, um die Sicherung eines jeden einzelnen Arbeitsplatzes in diesem Lande für die unselbstständig Tätigen in Stadt und Land. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Wir sind der Meinung, daß in dieses Konzept der Gesamtstabilität auch die Stabilität des Geldwertes unter den gegebenen Umständen optimal eingebunden werden muß und daß darüber hinaus auch eine gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung unerlässlich ist.

Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen, meine Damen und Herren – und dazu bekennen wir uns in aller Offenheit und mit allem Nachdruck –, durch entsprechend langfristige strukturändernde und strukturverbessernde Maßnahmen in allen Bereichen der österreichischen Wirtschaft. Dieses Konzept bietet unserer Meinung nach die Grundlage dafür, daß wir im Jahre 1976 weiterhin einen bescheidenen Zuwachs des Konsums haben werden, daß wir ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau sichern können und daß wir darüber hinaus entsprechende Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet setzen können.

Nur – und das verschweigen wir auch nicht –, allein diese Initiativen binnengewirtschaftlicher Art werden, so intensiv sie auch in Angriff genommen werden mögen, keinesfalls ausreichen, um jene Wende herbeizuführen, an der wir alle brennend interessiert sind.

Eine wesentliche Ursache des weltweiten Rückschlages in allen Wirtschaften ist zweifelsohin darin zu suchen, daß die internationale Nachfrage trotz reichlichster internationaler Liquidität zu schwach geworden ist, die derzeitigen Produktionskapazitäten genügend auszulasten. Oder, vereinfacht gesprochen, meine Damen und Herren, es geht darum, daß sich eine Schere aufgetan hat, daß sich eine Diskrepanz zwischen der Konsumlust und den Kapazitätsreserven in allen Ländern ergeben hat.

Somit glaube ich sagen zu können, daß die

Dr. Tull

derzeitige weltweite Depression – und das ist auch innerösterreichisch nicht anders zu beurteilen – keinesfalls ein Problem der internationalen beziehungsweise der heimischen Liquidität ist. Denn sowohl in den anderen westlichen Industriestaaten als auch in Österreich gibt es genügend Kaufkraft. Es entwickelte sich – und hier gehe ich konform mit meinem Vorredner – in allen Staaten ein erhöhtes, ein überbetontes Sparbewußtsein, das in einem gewissen Vorsorgesparen seinen Niederschlag gefunden hat, als Reaktion – und das ist das psychologische Problem des ganzen – auf eine weltweite Unsicherheit.

Man soll doch nicht so tun, als ob das ein österreichisches Spezifikum wäre. Letzten Endes ist es doch nicht von ungefähr, wenn in den letzten Tagen diese berühmt gewordene Konferenz der maßgebenden Spitzenpolitiker der sechs größten Industriestaaten stattgefunden hat, um doch internationale Maßnahmen zu überlegen, eventuell möglichst bald in die Wege zu leiten, um so, weltweit gesehen, eine entsprechende Aufwärtsentwicklung herbeizuführen. Diese Spartätigkeit hat sich beispielsweise in Österreich so ausgewirkt, daß im Jahre 1975 in den ersten zehn Monaten die Spartätigkeit gegenüber dem Jahre 1974 um 16 bis 18 Prozent gewachsen ist, während weder die Löhne oder Gehälter noch sonst welche Masseneinkommen in gleichem Umfang gestiegen sind. Wir sind daher der Meinung, daß eine Deficit spending-Politik unter den gegebenen Verhältnissen, und zwar eine solche differenzierter Art, also nicht nach einem Gießkannensystem eventuell, und vor allem strukturpolitisch akzentuiert auch für 1976 ökonomisch richtig ist und vom Standpunkt der Finanzierung keinesfalls Probleme auftwerfen wird. (*Zwischenruf des Abg. Dr. König.*)

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich in diesem Zusammenhang etwas zitieren. (*Abg. Dr. König: Können Sie sagen, wieviel Defizit vorgesehen ist?*)

„Unbestritten sollte dabei sein, daß in der gegenwärtigen Zeit eines starken Wirtschaftsrückschlages der Staat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, seine Ausgaben zu steigern und dafür höhere Kredite aufzunehmen, um einen Beschäftigungseinbruch zu vermeiden. Während nämlich gegenwärtig die privaten Investitionen stark schrumpfen und der private Konsum nur mäßig wächst, kann eine Ausdehnung der öffentlichen Investitionen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen. Da zugleich auch die Ersparnisse kräftig gestiegen sind (die Gesamteinlagen fast doppelt so stark wie 1974) und die Kreditnachfrage der privaten Wirtschaft stark gesunken ist, stehen dem Staat die nötigen Gelder als Kredite bei den Banken“

– auch, wie wir gehört haben, bei der Giro-Zentrale, denn ansonsten wäre Dr. Taus nicht beim Finanzminister vorstellig geworden, – „zur Verfügung. Nach Meinung von Fachleuten hätten wir heute wieder eine Weltwirtschaftskrise mit einer Massenarbeitslosigkeit ähnlich derjenigen in den dreißiger Jahren, wenn die Staaten wie damals auf Mindereinnahmen mit Ausgabenkürzungen reagiert hätten, statt wie jetzt die Ausgaben trotz Mindereinnahmen auszuweiten.“ (*Zwischenrufe des Abg. Dr. König.*)

Nun, Herr Kollege Dr. König, weil Sie so ungeduldig gewesen sind. Sie werden sagen: Das hat bestimmt ein sozialistischer Journalist geschrieben. Das kann nur von einem Sozialisten stammen, das wird wahrscheinlich einer der Lakaien Androsch' sein oder ein Trabant des Bundeskanzlers.

Weit davon entfernt. Wissen Sie, meine Damen und Herren, von wem das stammt: Das sind die Nachrichten und die Stellungnahmen der Katholischen Sozialakademie Österreichs, wo offenbar fortschrittlichere Menschen tätig sind als führende Politiker im Klub der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Dr. Gruber: Den Ausch haben Sie noch nicht zitiert!*)

Nun, meine Damen und Herren, ist in den letzten Tagen sehr viel davon gesprochen worden, daß nunmehr das dicke Ende zutage treten müßte, und Koren hat ja in seiner vergangene Woche gehaltenen Rede gesagt, daß das einfach alles passiert sei. Koren sagt hier: In Wirklichkeit ist der größte Teil dieser Entwicklung einfach passiert. Der erste Grund ist, daß der Finanzminister auf Hause spekuliert hat.

Das heißt mit anderen Worten, also hier hat man der Gefälligkeitsdemokratie seitens der Sozialisten Tür und Tor geöffnet, unverantwortlicherweise Geschenke verteilt und so weiter.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Wie bringen Sie das alles dann in Einklang mit Ihrer hemmungslosen Lizitationspolitik, die Sie in den letzten Jahren betrieben haben? Was denn wollen Sie wissen? Na ich glaube, da haben Sie doch wahrlich genügend Anträge gestellt, die viele Milliarden gekostet haben. Das Lebenspaket, das bei der Geburt eines Kindes . . . (*Zwischenruf.*) Alles angeregt worden von Ihnen. Ich erinnere Sie nur an die vielen Anträge, die Sie im Finanz- und Budgetausschuß gestellt haben, die viele Milliarden zusätzlich gekostet hätten, obzwar Sie dem Finanzminister im gleichen Atemzug Verschwendungen und Vergeudung vorgeworfen haben. (*Abg. Dr. Gruber: Das stimmt ja alles nicht!*)

Herr Dr. Gruber! Es ist doch selbstverständlich

Dr. Tull

nicht anders zu erwarten gewesen, als daß Sie heute wiederum das leidliche Problem der Verschuldung, der Defizitwirtschaft zur Sprache bringen. Der Finanzminister hat diesbezüglich bereits einige Zahlen genannt. Ich möchte in diesem Zusammenhang doch noch eine Vergleichszahl hier bringen, um Ihnen zu beweisen, um wieviel besser wir hier in Österreich liegen, als viele andere westliche Industrieländer. Wenn ich beispielsweise, Herr Dr. Gruber und meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, die Staatsschulden in ein prozentuelles Verhältnis zum Budget setze, dann haben wir in Österreich einen Verschuldungsgrad von 37 Prozent. (Abg. Dr. Gruber: In welchem Jahr?) Im Jahre 1975. Und wissen Sie, wie das in den anderen Ländern aussieht, wissen Sie, wie das in den anderen... (Abg. Dr. Gruber: Wissen Sie schon, wie hoch das Defizit sein wird?) Das haben Sie uns doch das letztemal schon vorgehalten, und wir haben uns in der vergangenen Woche darüber sehr ausführlich unterhalten. Wir haben Ihnen auch gesagt, daß wir Schulden gemacht haben, um Arbeitsplätze zu sichern, um zu verhindern, daß wir in die gleiche Misere schlittern, in die andere westliche Industrieländer geraten sind, die heute Millionen von Arbeitslosen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben 37 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland 49 Prozent, Japan 72 Prozent, die Schweiz 72 Prozent, Schweden 76 Prozent, die Niederlande 82 Prozent, die Vereinigten Staaten 157 Prozent und Belgien 159 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns bemüht, bei der Erstellung dieses Budgets mit der Politik der Schwerpunktbildung... (Abg. Dr. Gruber: Der kann überhaupt nicht rechnen und ist Obmann des Finanzausschusses!) Ich kann jedenfalls so rechnen, wie es sich gehört, und betreibe kein politisches Hexeneinmaleins, wie dies die Österreichische Volkspartei bereits seit Jahren konsequent erfolglos betreibt, denn das beweist Ihnen letzten Endes die Nationalratswahl. (Beifall bei der SPÖ.) Denn wenn Sie recht gehabt hätten mit Ihrem Zahlenauber, dann hätten Sie nicht heute 80 Sitze, sondern dann hätten Sie unter Umständen doch etwas mehr erreicht. Aber man sieht, daß Ihnen letzten Endes die Wählerinnen und Wähler auf Ihre Leimruten nicht eingegangen sind.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Bildung der Schwerpunkte fortgesetzt. Wir haben die öffentliche Investitionstätigkeit im Auge behalten und haben dafür gesorgt, daß im kommenden Jahr immerhin, Herr Dr. Gruber, 42 Milliarden Schilling bereitgestellt werden (Abg. Dr. Gruber: Wofür?) für öffentliche Investitionstätigkeiten. (Abg. Dr. Gruber: Aber geh!) Ich darf Ihnen doch eines sagen: Da müssen Sie

einfach anfangen, einmal zusammenzurechnen, und dann werden Sie feststellen, daß dem so ist. Und darf ich Ihnen sagen, Herr Dr. Gruber, daß wir im Jahre 1946 42,3 Milliarden... (Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.) Ich darf Ihnen sagen, daß wir im Jahre 1975 immerhin um 32 Prozent mehr investiert haben als 1974, und wir haben die Absicht, im kommenden Jahr diese Investitionstätigkeit weiter zu fördern, um so die Wirtschaft entsprechend zu beleben und anzukurbeln. (Abg. Dr. Gruber: Das hat Ihnen der Dr. Broesigke schon vorgerechnet, daß das nicht stimmt!)

Wir haben, meine Damen und Herren, einen weiteren Schwerpunkt bei Sozialem und Sozialversicherung gesetzt. Wir können die Pensionen und Renten, obwohl Sie fälschlicherweise behauptet haben, als Sie sich auf Stimmenfang begeben haben vor dem 5. Oktober, daß die Pensionen und Renten gefährdet wären, mit 1. Jänner 1976 um 11,5 Prozent erhöhen, das heißt, daß die Ausgaben gegenüber Ihrer Zeit um 170 Prozent auf diesem Gebiete angestiegen sind. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Sie haben das Geld ausleihen müssen!)

Herr Dr. Gruber! Weil Sie sich heute so lautstark bemerkbar machen, will ich Wissenschaft und Forschung anziehen. Na was sagen Sie dazu, Herr Dr. Gruber, daß gegenüber 1970 die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung um 280 Prozent gestiegen sind? Ist das nicht beachtlich? Für 1976 sind 6,7 Milliarden Schilling präliminiert. Für die Forschung und Forschungsförderung werden 3,7 Milliarden Schilling bereitgestellt, um 300 Prozent mehr! Der Nachholbedarf gerade auf diesem Gebiet war durch die Versäumnisse Ihrer Minister, nicht zuletzt Ihres Dr. Mock, so groß, daß hier entsprechende Steigerungen vorgenommen werden mußten.

Ein besonderes Augenmerk haben wir der Familienpolitik, den familienpolitischen Maßnahmen gewidmet. Und wir sind stolz, meine Damen und Herren, daß wir im Jahre 1976 17,1 Milliarden Schilling für Zwecke des Familienlastenausgleichs bereitstellen werden, das sind um 140 Prozent mehr als in jener Zeit, in der Sie für die Staatsfinanzen verantwortlich gewesen sind.

Und, meine Damen und Herren, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr sind genauso erhöht worden wie beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)

Der Herr Klubobmann Dr. Koren hat, Herr Kollege Zittmayr, am vergangenen Dienstag von dieser Stelle aus gesagt: In einer weiteren Formulierung der Budgetrede sieht der Abgeordnete die indirekte Bestätigung des Finanzmi-

Dr. Tull

nisters, daß er in den letzten Jahren eine Politik betrieben hat, die zu Lasten der österreichischen Landwirtschaft gegangen ist und ihre Position im internationalen Vergleich verschlechtert hat.

Meine Damen und Herren, vor allem Sie vom Bauernbund: Haben Sie nicht festgestellt, um wieviel die Ausgaben bei Land- und Forstwirtschaft in den letzten Jahren gestiegen sind, um wieviel der Grüne Plan zur Verbesserung der Infrastruktur und der produktivitätssteigernden Maßnahmen aufgestockt worden ist? Oder haben Sie nichts davon gehört, daß die Einkommen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft immerhin, Herr Kollege Zittmayr, gegenüber 1970 bis 1974 – und 1975 gab es weitere Verbesserungen – um 61 Prozent gestiegen sind? (Rufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Bundesminister Androsch hat in seiner Budgetrede auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Gebot größter Sparsamkeit, wo dies im Gesamtinteresse sinnvoll erscheint, abgelegt. Sie haben in der Zeit 1973, 1974, aber auch im heurigen Jahr sich wiederholt veranlaßt gesehen, von dieser Stelle aus, aber auch in Ihren Versammlungen von einer Aufblähung des Beamtenapparates zu sprechen, Sie haben in beredter Weise darüber Klage geführt, daß die Zahl der Dienstposten enorm angestiegen sei, daß wir eine Beamtenexplosion sondergleichen erlebt hätten.

Ich möchte Ihnen dazu heute die entsprechende Antwort geben. Im Jahre 1975 gab es im Dienstpostenplan 286.572 systemisierte Posten. Gegenüber dem Jahre 1970 ein Mehr um rund 14.000. Sie haben aber beispielsweise bisher nie in der Öffentlichkeit zugegeben, daß allein im Unterrichts- und Forschungswesen die Zahl von 11.000 angestiegen ist (Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber), Sie haben nie davon gesprochen, daß wir beispielsweise im Sicherheitswesen eine entsprechende Erhöhung gehabt haben, Sie haben beispielsweise nie davon gesprochen, daß wir bei der ÖBB im Jahre 1975 weniger Beschäftigte gehabt haben, daß es weniger Personal bei den Österreichischen Bundesbahnen gegeben hat als 1970, und Sie haben auch nie davon gesprochen, daß die Zahl der Postbediensteten nur um 5000 angestiegen ist. Im Jahre 1976 sind genau auf die Zahl 286.572 Dienstposten systemisiert.

Meine Damen und Herren! Als die Frage der Arbeitszeitverkürzung in Österreich zur Sprache gebracht worden ist, hat man sich auch mit dem Problem beschäftigt, wie sich eine solche Dienstzeitverkürzung im öffentlichen Dienst auswirken würde. Damals gab es noch einen Staatssekretär Dr. Gruber, der errechnet hatte, daß es auf Grund der Arbeitszeitverkürzungen um 23.500 Dienstposten mehr geben müßte. Wir

stellen heute mit Befriedigung fest, daß trotz dreimaliger Arbeitszeitverkürzungen im Jahre 1976 kein einziger Dienstposten mehr systemisiert worden ist!

Aber im gleichen Atemzug möchte ich hier heute in aller Öffentlichkeit feststellen, daß Sie sich einerseits als die Beamtenanwälte aufspielen, daß Sie sich einerseits als jeneinstellen, die dafür Verständnis haben, daß beispielsweise die Postler, die Eisenbahner und so weiter um so viel heute mehr belastet sind als früher infolge der Verringerung des Personalstandes beziehungsweise der Arbeitszeitverkürzung, während Sie andererseits hier hergehen und auf dem Rücken der Beamten Ihre Polemik gegen die Regierung vortragen (Abg. Dr. Gruber: Nicht auf dem Rücken der Beamten!) und die Beamten zu Prügelknaben machen, indem Sie immer wieder behaupten, daß es eine Beamtenexplosion gebe, daß der Verwaltungsapparat aufgebläht sei. (Zustimmung bei der SPÖ.) Das ist die Doppelzüngigkeit des ÖAAB, und heute, gerade heute angesichts der Tatsache, daß Personalvertretungswahlen vor der Tür stehen, muß das einmal, ja, der Wahrheit zuliebe, Herr Dr. Gruber, gesagt werden, damit endlich einmal das Gespinst der Unwahrheiten, das Sie immer wieder über breite Teile der Bevölkerung legen, durchrisen wird, damit die Menschen endlich einmal die wahren Zusammenhänge erfahren! (Rufe des Abg. Dr. Gruber.)

So sieht es aus, Herr Dr. Gruber: Beamtenfreundlichkeit den Beamten vorheucheln, und hier die Regierung angreifen, wenn beispielsweise gesagt wird, daß es zuwenig Postler oder zuwenig Eisenbahner gibt.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich doch noch Herrn Dr. Taus abschließend zitieren. Er hat am 4. November 1975 folgendes laut ÖVP-Pressedienst gesagt:

„Der Auftrag der rund 2 Millionen Wähler der Volkspartei verpflichtet sie“ – also die Volkspartei – „eigene Initiativen zu entfalten, wo es um die grundsätzlichen Interessen der Bevölkerung und um die Sicherung der Zukunft geht.“

Bei diesem Budget, meine Damen und Herren, geht es um die grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts-, der Gesellschaftspolitik. Entfalten Sie nunmehr jene Initiativen, die Sie in Aussicht gestellt haben! Wenn Sie kritisieren – das sollen Sie –, dann zeigen Sie aber bitte auch gleich auf, wie man es anders machen soll, dann legen Sie uns Alternativen vor, dann legen Sie im Finanz- und Budgetausschuß Alternativen vor, und ich lade Sie nunmehr als Obmann dieses Ausschusses ein, ich sehe mit größtem Interesse Ihren Vorschlägen, Ihren Abänderungsanträgen entgegen.

Dr. Tull

Wenn Sie glauben, daß gekürzt werden muß, dann sagen Sie uns, was gestrichen werden soll. Wenn Sie glauben, daß etwas zuwenig ist, dann sagen Sie uns, was erhöht werden soll, aber bringen Sie uns dann auch gleichzeitig Bedekkungsvorschläge, um nicht nachher wieder hier an der Klagemauer zu stehen und zu sagen: Die Sozialisten vergeuden, die Sozialisten sind unverantwortlich in ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik. (Abg. Dr. Gruber: Wieviel Abänderungsvorschläge haben Sie in Ihrer Oppositionszeit gemacht? Gar nichts haben Sie gemacht!)

Herr Dr. Gruber, ich kann mich sehr gut erinnern, daß wir sogar im Zusammenhang mit dem Budget damals einen dicken Stoß von Vorschlägen erstattet haben, zusammengefaßt in einem entsprechenden Entwurf (Abg. Dr. Gruber: Zusätzliche Forderungen!), in einer Vorlage, wo wir aufgezeigt haben, wo umgeschichtet werden kann, was besser gemacht werden könnte und so weiter. Sie haben dem nicht entsprochen. Die Wählerinnen und Wähler haben Ihnen im Jahre 1970 die Antwort gegeben, haben im Jahre 1971 ihr Urteil bestätigt und im Jahre 1975 bekräftigt. (Beifall bei der SPÖ.) Somit, glaube ich, ist der Beweis erbracht, daß wir recht gehabt haben und daß Sie nichts anderes machen als ununterbrochen lamentieren, Miesmacherei betreiben, Schwarzmalerei und die österreichische Wirtschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt krankjammern wollen. (Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren! Unser budgetpolitisches Ziel, das wir mit diesem Entwurf vorgelegt haben, ist für jedermann klar überzeugend.

Erstens – und das möchte ich abschließend feststellen – bietet es die Grundlage, ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau in Österreich zu garantieren.

Es sichert darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Darüber hinaus ist es in der Lage, dringend notwendige strukturerändernde Maßnahmen zu fördern.

Wir glauben sagen zu können, daß somit dieser Budgetentwurf unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen optimal gestaltet worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen des Abgeordneten Tull werde ich

teilweise in meinen Ausführungen zurückkommen. Es ist bei ihm ja schon bekannt, daß er Formulierungen wählt, die offensichtlich gegen ihn selbst gerichtet sind, wenn er mit dem hoffnungsfrohen Blick, den diese Partei überhaupt mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft hat, meint, 1966 bis 1970 hätte die Wirtschaftspolitik im Gesundbetten und in Paukenschlägen bestanden. Da hat der Abgeordnete Tull offensichtlich noch nie etwas gehört oder noch nicht mitbekommen, daß in dieser Zeit die Wachstumsgesetze und das Strukturverbesserungsgesetz beschlossen wurden, das Ihre Regierung inzwischen zweimal verlängert hat; weiter das Arbeitsmarktförderungsgesetz, von dem jetzt die ganze Sozialpolitik Ihrer Regierung lebt, das ÖIAG-Gesetz als Basis, als Grundlage der branchenweisen Zusammenfassung in der verstaatlichten Industrie. Das hat offensichtlich der Abgeordnete Tull, angeblich Wirtschaftsfachmann der Sozialisten, bis heute nicht mitbekommen.

Und die Paukenschläge, Herr Abgeordneter: ein präliminiertes Defizit 1975 von 16,3 auf 46 Milliarden zu erhöhen, enorme Schulden, auf die ich im Detail noch zurückkommen werde, zu bringen nach Höchstkonjunkturjahren, eine Steuer- und Abgabenlawine, die jetzt auf Österreich zurollt, Herr Abgeordneter Tull, das ist kein Paukenschlag mehr, da haben Sie recht, das ist beinahe schon ein ganzes Orchester, allerdings in Dissonanzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers, die sich in einer seltenen Polemik von der Regierungsbank herunter bewegt haben. Ich würde die Herren Präsidenten schon sehr bitten, die Rechte der Abgeordneten dieses Parlamentes zu wahren, indem sie auch Minister in die Schranken weisen.

Der Herr Finanzminister hat heute auch geglaubt, daß der Bundesparteiobmann Dr. Taus nur wieder in Pessimismus, in Schwarzmalerei gezeichnet hätte. Das war ein rechtes Mißverständnis oder eben ein Unverständnis dieses Ministers, wenn heute Dr. Taus erklärt, hier an diesem Pult, wie er es seit langem erklärt: in der Welt ist soviel Nachholbedarf. Nun hat er heute wieder erklärt, ein paar hundert Millionen Menschen haben nicht einmal annähernd unseren Lebensstandard. Hier ergeben sich doch ungeheure Möglichkeiten für die westliche Welt, auch für uns. Daraus spricht ein großer Optimismus.

Meine Damen und Herren! Allerdings ergeben sich diese Möglichkeiten eben nur, wenn sie nicht durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik – und dazu zählt die Budgetpolitik – vertan werden. So sieht es tatsächlich aus. Die Polemik

Dr. Keimel

des Finanzministers hat wohl ihren Höhepunkt erreicht, als er – noch dazu mit falschen Daten – direkt in die private und die berufliche Sphäre von Abgeordneten von der Regierungsbank aus eingreift.

Herr Minister! Ich stelle hiermit fest, daß Dr. Taus mit 15. Oktober sein Dienstverhältnis gelöst hat und seit 1. August aus der Girozentrale beurlaubt ist. Sie wissen das natürlich ganz genau. Trotzdem sagen Sie von der Regierungsbank herunter: „Als Generaldirektor, als Bankgeneral haben Sie mit mir noch gesprochen, daß Sie sich bereit finden zur Finanzierung der Staatsansprüche, der Schulden. No na, müßte man dazu sagen. Ich in meinem Beruf beteilige mich ununterbrochen an Bauausschreibungen der öffentlichen Hand und viel anderem zum Beispiel von der Verstaatlichten. Wir sollten nicht anbieten, um mit dem Staat – darf ich es so nennen – Geschäfte zu machen? Eine solche Behauptung von der Regierungsbank herunter, meine Damen und Herren, ist übelste Polemik, die wir zurückweisen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Das sind wir von Androsch ja gewohnt!)

Das Budget als in Zahlen gegossene Regierungspolitik, wenn wir es so bezeichnen können, hat Bemerkenswertes erzielt. Man muß sich recht aufmerksam durch das Zahlenmaterial durcharbeiten, auch durch die Erläuterungen: einen Negativrekord für die österreichische Bevölkerung und für die österreichische Wirtschaft, die wir ja alle sind. Die österreichische Wirtschaft sind eben auch die zweieinhalb Millionen Arbeitnehmer. Vor allem: mit diesem Budget rollt eine Lawine, eine echte Lawine – es ist nicht nur ein Paukenschlag – neuer Steuern; Abgaben-, Tarif- und Gebührenerhöhungen an, die den Steuer- und Abgabenanteil am Bruttonationalprodukt auf die bisherige Spitze von 39,2 Prozent treibt. Das ist europäisches und Weltspitzenfeld.

Wieder erklärt der Finanzminister heute hier in seiner Antwort – polemisch natürlich nur, es steht in seinen Erläuterungen anders drinnen –, es gebe einen steten Rückgang des Staatsanteiles am Bruttonationalprodukt. Das ist eine glatte unwahre Behauptung von der Regierungsbank herunter.

In seiner Budgetrede verkauft der Finanzminister auch noch etwas ganz anderes, nämlich diesen Staatsanteil als Ausdruck des Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft. Ja, meine Damen und Herren, vielleicht als Ausdruck eines sozialistischen Entwicklungsstandes, und zwar eines menschenfernen, anonymen, zentralistischen Bürokratismus. Der bläht den Staatsapparat auf.

Warum zögern Sie nach dieser Theorie, Herr

Finanzminister, eigentlich noch, den Staatsanteil dann einfach auf 100 Prozent zu erhöhen und das sozialistische Glück löffelweise der Bevölkerung zuzuteilen, möglichst mittelalterlich in Naturalien; bei den Schulbüchern sehen wir es ja schon.

Das ist eben Ideologie gepaart mit einer Hilflosigkeit in der Wirtschaftspolitik und in der Finanzpolitik, wie sie sich auch in Erklärungen anderer Minister wöchentlich wiederholt. Etwa des Sozialministers Häuser: eine Woche mehr Urlaub sind 50.000 Arbeitsplätze mehr. So simpel ist das alles, auch die Sozialpolitik. Pro ein Prozent erwarteter Arbeitslosenrate drei Tage mehr Urlaub. Meine Damen und Herren, ist das jetzt eigentlich Reife für den Wirtschafts-Nobelpreis oder für einen Narrenorden?

Meine Damen und Herren! Was dem einen Minister also so simpel Sozialpolitik, dem anderen Minister sein Wegwerfbuch ist, sind offensichtlich anderen Ministern ihre Pickerln. Autofreier-Tag-Pickerl, Autobahnpickerl. Und erinnern Sie sich vielleicht auch noch an das P-Pickerl für die Auslage preisbewußter Kaufleute, das der Innenminister anlässlich der Mehrwertsteuereinführung vorhatte? Das also sind die Alternativen des Herrn Finanzministers – er glänzt wieder einmal durch Abwesenheit im Hohen Haus, es geht ja „nur“ um sein Budget –, die er, wie er in seiner Budgetrede erklärt, „gewissen Kreisen“ – so nennt er es – abspricht. Er meint damit natürlich die ÖVP.

Er hat wie der Abgeordnete Tull auch sehr vieles vergessen, etwa das 10-Punkte-Stabilisierungsprogramm aus dem Jahre 1973, unser Angebot einer großen Vereinbarung zwischen Regierung, Wirtschaft und Sozialpartnern, Nationalbank, also des big bargain im Sommer 1974. Vor allem aber scheint ihm völlig unser großes Angebot, die große Alternative mit dem Plan 3 entgangen zu sein, dem Wirtschaftsplan, in dem wir zum Beispiel der Budgetanalyse und der Budgetpolitik einen ganz breiten Raum widmen.

Meine Damen und Herren! Es gibt nichts Ähnliches aus Ihren Kreisen. Oder geben Sie es mir bitte. Es gibt nichts Ähnliches! Sie hätten wenigstens diese Vorschläge aus dem Plan 3 schon 1974 lesen und dann 1975, 1976 befolgen sollen. Aber unser Optimismus kennt ja keine Grenzen. Es ist ja nie zu spät, und daher darf ich vielleicht durch Sie, Herr Minister (*zu Bundesminister Dr. Staribacher gewendet*), auch für Sie sehr interessant, dem Herrn Finanzminister diese Alternative von uns übergeben, die Alternative „gewisser Kreise“. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Aufgabe der Wirtschaftspolitik, besonders durch die Budget-

Dr. Keimel

politik, ist es nun einmal, optimal für Stabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen. Es erhebt sich also die Frage: Haben Sie das? – Inflation haben wir statt Stabilität! Wir haben die Inflation in einer Höhe – und vor allem auch in einer Dauer –, wie sie unsere Budget- und unsere Sozialversicherungssysteme zerstört.

Meine Damen und Herren! Unsere Budget- und Sozialversicherungssysteme basieren auf Stabilität. Die Budgets nun – des letzten Jahres schon, besonders aber das vorliegende – sind der beste Beweis. Und die Steuer- und Preislawine, zurückgestaut nur bis zum Wahltag, wird jetzt für die österreichische Bevölkerung zum Zahltag. 1976 wird also die Inflationsrate nicht etwa unter 8 Prozent sinken, wovon laut Wirtschaftsforschungsinstitut jetzt bereits der weitaus größte Teil – etwa dreiviertel – hausgemacht sind. Ausgesprochen hausgemacht sind!

Meine Damen und Herren! Ein – ich darf es so nennen – Volkspartei-Schilling des Jahres 1969 wird mit dem Budget 1976 rund 40 sozialistische Groschen sein. Mit dieser – wenn ich so sagen darf – „Abwertung“ sind auch alle absoluten Zahlen zu vergleichen. Vor allem unter Berücksichtigung dieser Entwertung müssen Sie alle Zahlen aus den Jahren 1969 und 1970 vergleichen.

Ich gebe Ihnen, meine Damen und Herren, aus den Unterlagen – ich halte mich immer an die Unterlagen des Finanzministers – ein Beispiel gerade in der Familienförderung, weil Sie diese immer wieder so herausstellen und weil sie auch der Abgeordnete Tull heute zitiert hat. Er hat erklärt: 1969, Familienlastenausgleich, Ausgabensumme 7 Milliarden Schilling, seit dem letzten ÖVP-Jahr um 140 Prozent mehr, sind es nun 1976 17 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Das ist doch die typische Manipulation mit absoluten Zahlen. Diese 17 Milliarden Schilling im Jahre 1976 sind, multipliziert mit den erwähnten 40 Groschen, genau 6,9 Milliarden Schilling des Jahres 1969, sind also gleich viel, fast auf die Million gleich viel wie 1969. 17 Milliarden Schilling Familienlastenausgleich sind nicht mehr – um keinen Schilling mehr – als im Jahr 1969!

Meine Damen und Herren! Es ist aber weniger pro Kind. Mit den 7 Milliarden des Jahres 1969 – aus Ihren Unterlagen geht es hervor – haben wir 1.944.000 Kinder betreut; pro Kind also 3600 S im Jahr 1969. Jetzt werden 2.139.000 Kinder damit betreut; das sind 3270 S pro Kind. Meine Damen und Herren! Pro Kind gegenüber dem Jahr 1969 ein Rückgang von real 9 Prozent. Das sind die Tatsachen! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Was sagt die Frau Staatssekretär dazu?*)

Das geht auch hervor aus diesen absoluten Zahlen zum Budget 1976. (Abg. Dr. Blenk: Diese Regierung paßt zur sonstigen Familienpolitik!)

Hier sehen Sie diesen verblüffenden Aspekt: Im Jahre 1970 wären an Familienförderung, Steuerbegünstigungen, Familienbeihilfen nur 842 S vorgesehen gewesen, und jetzt – sprunghaft angestiegen – sind es 1632 S. Verglichen mit dem Jahr 1970 sind diese 1632 S real 743 S, gegenüber den 843 S des Jahres 1970 ein realer Rückgang in der Familienförderung von 12 Prozent, meine Damen und Herren. Das sind die Tatsachen!

Meine Damen und Herren! Das ist der eine Aspekt. Das ist der Inflationsaspekt, den Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik und Budgetpolitik betrieben haben.

Als zweite wirtschaftspolitische Grundaufgabe haben wir eben das Wachstum. Wir haben nicht nur null erreicht. Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal seit 30 Jahren schrumpft unsere Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent. Wir wissen es ja heute schon: Es werden zum Jahresende leider 3 Prozent sein. Also um 2,5 bis 3 Prozent! Meine Damen und Herren, Sie ergehensich ja immer in den internationalen Vergleichen: Das sind um 25 bis 50 Prozent mehr Schrumpfung als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Um 25 bis 50 Prozent mehr!

Ein schwerer Rückschlag also im europäischen Nachziehprozeß, den Sie während der Jahre der Wachstumsraten so gerne als „Überholspur“ bezeichnet haben.

Meine Damen und Herren! Ihre Wirtschaftspolitik hat uns also in die europäische „Kriegs spur“ verwiesen. Aber davon reden Sie lieber nicht mehr. Und auch die Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,5 Prozent für das Jahr 1976 bedeutet gegenüber 1974 noch ein Minus von 1,6 Prozent, eine weitere Schrumpfung.

Sogar diese Annahme eines Wachstums von 1,5 Prozent wird ja vom Bundeskanzler – vom Bundeskanzler! – nicht geteilt. Dieses Mal, meine Damen und Herren, sagt er es ja wenigstens. Zum Budget 1975 hatte er ja – nach seinen Ausführungen – alles besser gewußt, aber geschwiegen. Diesmal sagt er es ja wenigstens.

Meine Damen und Herren! Wo geht nun in der Situation aus dem Budget 1976 ein wachstumsoorientierter Aspekt hervor? Etwa so ein „Pusch“ gegenüber dem Jahr 1975, gegenüber dem Jahr 1974? Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren. Ganz im Gegenteil! Das beweist ja die Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die

Dr. Keimele

Sie ja sehr gut kennen. 1975 hat es ja geheißen: Deutliche Verschiebung in der Ausgabenstruktur des Bundesvoranschlages –; 1975: die Ausgabenstruktur verschiebt sich zu den Transfer-Ausgaben, wogegen sich der Anteil der Investitionen verringert.

Es heißt ganz klar und deutlich: Investitionstätigkeit des Bundes zurückhaltend. Die Investitionen werden also 1975 unterdurchschnittlich steigen. Die Hoheitsverwaltung beabsichtigt 1975 sogar die Investitionstätigkeit zu verringern.

So steht es drinnen. Dazu ist die Zurückhaltung des Bundes in der Investitionstätigkeit auch noch in den Ausgaben zur Investitionsförderung zu erkennen.

Das, Herr Dr. Tull, sind die Wahrheiten und die Tatsachen. Und wenn wir „Tatsachen“ sagen, dann glauben Sie immer, das sei Schwarzmalerei. Da Sie den Tatsachen nicht real ins Auge sehen, treffen Sie und diese Regierung eben auch immer falsche Entscheidungen! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Gruber: Der Hegel hat schon gesagt: Umso schlimmer für die Tatsachen!*)

Meine Damen und Herren! Auch 1976 wird noch mehr diese Politik wachsender Konsumausgaben und absolut und relativ sinkender Ausgaben für Investitionen und Wirtschaftsförderung fortgesetzt. Das geht ganz klar und deutlich aus den Budgetzahlen, aus den Erläuterungen hervor.

Hier liegt ja der grundsätzliche Fehler, Herr Dr. Tull. Nicht in der absoluten Ausgabenpolitik in einer Restriktionszeit – wir sind uns ja vielleicht völlig einig, daß man jetzt natürlich nicht eine Deflationspolitik betreiben kann –, sondern in der Prioritätensetzung der Ausgabenpolitik: Immer höhere Konsumausgaben und sinkende – nominell und real sinkende – Investitions- und Wirtschaftsförderungsausgaben.

Diese Negativwirkung des Budgets wird noch vielfach multipliziert durch die steuerliche Mehrbelastung der Wirtschaft. Diese Steuern, Abgaben und Tarife sind Mehrbelastungen, fließen in die Kosten mit der Folge der Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmungen ein. Fragen Sie doch Direktoren im verstaatlichten Bereich – vielleicht Koller, Bayer, Wimmersberger –, wie sehr sie sich im internationalen Bereich, in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereits abgeschlagen fühlen.

Meine Damen und Herren! Noch weniger Mittel werden durch diese Tendenz hinkender Investitions- und Wirtschaftsförderungsmittel für die lebenswichtigen – für die lebenswichtigen,

meine Damen und Herren – produktivitätserhöhenden Investitionen in der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Diese Investitionen sind aber die Arbeitsplätze von morgen, meine Damen und Herren.

Damit bin ich auch bei der dritten Grundaufgabe der Wirtschaftspolitik, nämlich der Beschäftigung. Inflation und Schrumpfung der Wirtschaft führen zwangsläufig – zwangsläufig, meine Damen und Herren – zur Gefährdung der Vollbeschäftigung. Ihre noch so lauten Beschwörungen und Ihre Manipulationen in der Beschäftigtenstatistik, Ihre noch so lauten Beteuerungen des Vorranges der „bestmöglichen Beschäftigung“ – so nennen Sie es plötzlich, Sie sind also von der Vollbeschäftigung abgerückt; darf ich das so verstehen? – lassen Sie selbst eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von 3 Prozent, saisonal 5 und mehr Prozent erwarten und befürchten. Das ist die zwangsläufige Folge Ihrer Wirtschafts- und Budgetpolitik. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Heute erklärte der Herr Finanzminister wieder von der Regierungsbank wie schon in der Budgetrede, eine zentrale Aufgabe in der Wirtschaftspolitik, vor allem bei der Sicherung der Arbeitsplätze, habe die Finanz- und Budgetpolitik zu erfüllen. Dann traf er die Feststellung: „Diese Aufgabe konnte erfüllt werden, weil wir in guter Zeit vorgesorgt und rechtzeitig gehandelt haben.“ Ja hätten Sie es nur!

Die Zahlen in Ihren eigenen Unterlagen beweisen ja genau das Gegenteil. Die Überhitze in der Hochkonjunktur über Ihre Expansionsbudgets führte eben zu Inflation und zu keiner Vorsorge, sondern zu total leeren Staatskassen, zu Schulden und vor allem zu einer Budgetstarrheit, zu einer Budgetstarrheit von erstmals 86 Prozent gebundenen Ausgaben, die Ihnen, Herr Finanzminister, jetzt, wo Sie es bräuchten, die Möglichkeit der Konjunktursteuerung total verwehrt.

Nur ein ganz kleiner Zahlenaweis: 1969, nur ein Jahr nach der Rezession, wurde das inlandswirksame Defizit sofort zurückgeführt auf 0,6 Prozent des Nationalproduktes, und 1973, mitten in der Konjunktur, hatten wir ein inlandswirksames Defizit von 1,3 Prozent. Über 200 Prozent von 1969! 1974 mit über 2 Prozent um 230 Prozent höher als 1969. Das führte auch in der Wirtschaft zu Fehlstrukturen. Denken Sie nur an die Bauwirtschaft, wo wir jetzt eine enorme Überkapazität zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren! Diese Defizitpolitik führt ebenso zwangsläufig wieder – nicht zufällig – zur Staatsverschuldung. In fünf Jahren – mit 1976 werden es dann sechs Jahre sein – haben Sie die Staatsverschuldung, Herr Finanzminister, in eine wirtschaftsschädigende Höhe

Dr. Keimel

getrieben, in eine wirtschaftsschädigende. Das werde ich Ihnen nur an ein paar Zahlen beweisen.

Allein die Zinsen und Kosten steigen von 1974 bis 1976 um 150 Prozent. Erstmals – auch dies ein einsamer Negativrekord – im Jahre 1976 sind die Zinsen für die Finanzschulden höher als die Tilgungsraten. Sie brauchen mehr Mittel für die Zinsenzahlung, als Sie überhaupt an Schulden zurückzahlen. Und so steigen die Zinsen von 1975 auf 1976 um fast 90 Prozent oder um 5,6 Milliarden Schilling, um 5,6 Milliarden Schilling nur der Zinsendienst!

Meine Damen und Herren, ein Vergleich: Die Einnahmenerwartung des Finanzministers aus der 13prozentigen Mehrwertsteuererhöhung – 16 auf 18 Prozent sind nur 2 Prozentpunkte, aber das ist eine Steuererhöhung von 13 Prozent bitte – wie es aus den Unterlagen hervorgeht, beträgt weniger, etwa 5 Milliarden Schilling, als die Mehrkosten für Zinsen von einem Jahr auf das andere ausmachen. Diese Mehrwertsteuererhöhung geht komplett in der Zahlung von Zinsen von einem Jahr aufs andere auf. Sie dient also nicht, meine Damen und Herren, der Arbeitsplatzsicherung oder gar der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern ausschließlich der Bezahlung von Schuldzinsen. Der gesamte Schulden- dienst steigt von 1975 auf das Jahr 1976 um fast 10 Milliarden Schilling, das sind über 30 Prozent, das ist ein Drittel der gesamten Ausgabenerhöhung vom Jahr 1975 auf das Jahr 1976.

Ein Drittel, meine Damen und Herren, sind nicht arbeitsplatzsichernd, nicht einmal fördernd, geschweige denn neue Arbeitsplätze bringend. Sie dienen ausschließlich der Schuldentilgung. Mit 124 Milliarden Schilling wird die Finanzschuld gegenüber 1969 um über 180 Prozent gestiegen sein.

Wir haben schon oft genug gehört, daß hier ganz bewußt eine Umstrukturierung erfolgt. Die Finanzschulden sind ja nur ein Teil der gesamten Staatsschulden, ein Teil nur, und zwar ein sinkender, eine bewußte Umstrukturierung in den Schulden, wie sie der Rechnungshof seit drei Jahren kritisiert.

Dazu gehören ja noch die Verwaltungsschulden, die Anweisungsrückstände, diese schlampigen Leasing-Schulden, die jedes Jahr das Budget mehr belasten, die Verpflichtungen an Sondergesellschaften, wie die IAKW und so weiter, und so weiter. Und sie alle belasten die Budgets künftiger Jahre ganz enorm und sie machen diese Budgets noch starrer, noch unbeweglicher und daher untauglich als Konjunkturbudgets.

Meine Damen und Herren! Wer soll das und

wie soll das bezahlt werden, als Folge der größten Defizite, die ein österreichischer Finanzminister je produzierte? Wir haben schon gehört: Das Defizit 1975 beträgt 46 Milliarden Schilling, 1976 36 bis 52 Milliarden, in zwei Jahren Defizite von 82 bis 100 Milliarden Schilling. Meine Damen und Herren! Das ist eine unvorstellbare Größe, das heißt also, der Finanzminister gibt pro Stunde, Tag und Nacht, auch während er schläft, 95 bis 112 Millionen Schilling mehr aus, als ihm zufließen. Pro Stunde, meine Damen und Herren, oder pro erwerbstätigem – Selbständige und Unselbständige, etwa 3 Millionen – Österreicher gibt er etwa 30.000 Schilling mehr aus, als er einnimmt. Das muß ja jemand einmal bezahlen, die Zukunft wird belastet.

In dieser Situation haben die Regierungserklärung und die Budgetrede eines gemeinsam, in dieser Situation erwähnen beide nicht einmal das Wort „Leistung“. Nicht einmal kommt in der Regierungserklärung das Wort „Leistung“ vor. Beide Herren verschweigen der Bevölkerung die Wahrheit, wie sie sie etwa durch die Erstellung – wie wir es verlangt haben – einer klaren Eröffnungsbilanz hätten darlegen können. Auf dieser könnte ja dann eine mittelfristige Budgetvorschau aufbauen. Sie könnte auf dieser Eröffnungsbilanz erstellt werden.

Nein, ganz im Gegenteil. Um auch noch dem Parlament möglichst die restliche Klarsicht zu nehmen, will der Finanzminister auch noch die Ermächtigung zum sogenannten flexiblen Budgetvollzug ohne lästige Befassung des Parlaments. Er könnte also das Defizit des Grundbudgets von 36 Milliarden um die Konjunkturausgleichsquote von 7 Milliarden erhöhen und eventuell die Ermächtigung gemäß Artikel 3 in der Höhe von 9 Milliarden in Anspruch nehmen – das sind noch einmal 16 Milliarden –; er könnte also das Defizit auf 52 Milliarden – also um 45 Prozent – ohne lästige Befassung des Parlaments erhöhen.

Wir sind ja gar nicht so grundsätzlich gegen ein solches neues Haushaltsgesetz, Herr Finanzminister! Ich habe Ihnen heute unseren Plan 3 übergeben lassen. Hier steht sehr viel über das Budget drinnen, wir haben uns sehr damit befaßt. Wir haben zum Beispiel einen Punkt, bei dem wir uns ja ziemlich einig wären, wo es heißt: Ein neues Haushaltsgesetz soll die Möglichkeiten für konjunkturpolitische Budgetmaßnahmen auch flexibler gestalten. Gleichzeitig aber muß die parlamentarische Kontrolle des Budgetvollzuges verstärkt werden. Sie sehen, Sie sagen da gar nichts Neues, aber unsere Zustimmung, Herr Minister, hängt von Ihrer Bereitschaft zu viel größerer Klarheit – Sie nennen es Transparenz – ab, der Sie bisher stets, manipulativ und massiv in diesem Hause

Dr. Keimel

ausgewichen sind, wenn ich nur an ein paar dringliche Anfragen von uns in der letzten Zeit erinnere.

Wir warten also auf Ihre Vorschläge, wie Sie es immer nennen, zur Herstellung der Symmetrie zwischen einem flexibleren Haushaltsrecht und der Stärkung der Kontrolle des Parlaments. Sie regieren, Sie haben die Vorschläge zu erstatten, nicht wir.

Meine Damen und Herren! Defizite und Schulden dienen – und das habe ich hier nur mit ein paar Zahlen beweisen können – zur Bedeckung höherer Konsumausgaben, damit der Sicherung der Einkommen, sicherlich, gar nicht in Frage gestellt, aber sie dienen nicht der Konjunkturbelebung, das sei hier klargestellt, meine Damen und Herren.

Investitions- und Wirtschaftsförderungsausgaben stagnieren, ja sie fallen sogar, statt in dieser Zeit zu steigen. Dazu sagte schon der international anerkannte Finanzfachmann Kamitz: Gefährlich ist es dann, Schulden zu machen, wenn das ausgeliehene Geld nicht für Infrastrukturinvestitionen, sondern zur Finanzierung des öffentlichen Konsums verwendet wird.

Dieses Budget 1976 – wie schon 1975 – negiert diese Gefahr und diese Warnung. Das würde ja heißen, die Kuh zu schlachten, die Sie ja melken wollen. In den wesentlichsten Kapiteln des Budgets, etwa bei Handel, Gewerbe und Industrie und bei Bauten und Technik, finden sich die Beweise, die gravierendsten Beweise.

Im Budgetkapitel Handel, Gewerbe und Industrie betragen die Förderungsmaßnahmen zum Beispiel für den Fremdenverkehr 1975 617 Millionen, 1976 sind 654 Millionen angesetzt, also 5,5 Prozent mehr. Das bedeutet also bei der von Ihnen selbst angenommenen Inflationsrate von 7 bis 8 Prozent ein reales Sinken der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen um 1,5 bis 2,5 Prozent.

Ganz genauso, wir werden es in der Spezialdebatte ja noch hören, ist es bei der Land- und Forstwirtschaft, auch beim sogenannten Bergbauernsonderprogramm; es stagniert, geht also real zurück.

Es ist ganz gleich im Gesundheits- und Umweltschutzbereich und bei Bauten und Technik, von wo die autonomen, die heimischen Investitionsschübe kommen könnten, wenn wir uns schon gegen die – wie Sie es nennen – importierte Rezession abschirmen müssen.

Die Mittel für den Bundesstraßenbau gehen – saldiert mit den paar Einnahmen – gegenüber 1975 um 830 Millionen oder nominell um 30 Prozent zurück. Beim Autobahnbau gibt es eine Erhöhung um 740 Millionen. Beim gesamten

Straßenbau gibt es nominell gegenüber dem Jahr 1975 einen Rückgang von 90 Millionen Schilling, also eine real stark fallende Investitionstätigkeit.

Meine Damen und Herren! Das ganze Bautenbudget steigt um 124 Millionen Schilling oder genau um 1 Prozent gegenüber 1975, das bedeutet also von Jahr zu Jahr, nachdem schon das 75er-Budget gegenüber dem 74er-Budget gefallen ist, einen Rückgang in den arbeitsplatzsichernden Investitionsbestrebungen.

Meine Damen und Herren! Gerade im Bereich Bauten und Technik spiegelt sich damit ja auch ganz besonders deutlich die völlig verfehlte Politik der sozialistischen Regierung wider. Versprochen haben Sie 5000 Wohnungen mehr, gebaut haben Sie um 5000 weniger pro Jahr. Und die, die Sie noch fertiggestellt haben, wurden für junge Menschen, für junge Familien unerschwinglich. Neubauten haben Sie also weniger erstellt, Altbauten verfallen lassen.

Wir haben während der letzten Legislaturperiode gewisse Erfolge mit unseren Alternativen, Herr Finanzminister, erzielen können, etwa mit der begünstigten vorzeitigen Rückzahlung der Wohnhauswiederaufbaufondsmittel, etwa mit der erstmaligen Förderung erhaltungswürdiger Althäuser.

Das Problem umfaßt ja viel mehr, das geht hinein in das ganze Problem der Entstädigung von Stadtzentren, Altstadtzentren oder, um es positiv zu sehen, der Revitalisierung von Stadtzentren. Auch das kommt noch zu einer so verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu. (Abg. Thalhammer: Gegen das Assanierungsgesetz!) Assanierungsgesetz und Enteignungsgesetz – mit dem glauben Sie, etwas machen zu können. Das ist Ihre große Idee. Ein bissel Ideologie, net wahr, ein bissel Klassenkampf hineinheizen. Die realen Zahlen, meine Damen und Herren, stehen hier im Budget und beweisen, daß Sie zwar vielleicht Ideen haben, Enteignen und so weiter!, daß Sie dann aber nicht wissen, wie Sie es finanzieren sollen.

Meine Damen und Herren! In früheren Regierungserklärungen war auch noch enthalten der Kampf gegen die Armut, war auch das Halt dem Sterben vor der Zeit noch drinnen. Und dazu zählte ja ganz besonders der Unfalltod auf den Straßen, aber auch die unbekannten Tausenden menschlichen Tragödien aus Invalidität, Verlust des Ernährers und so weiter. Straßen- und Autobahnbau bedeuten also auch Beseitigung der Gefahrenstellen, bedeuten also auch Halt dem Sterben vor der Zeit, das Sie offensichtlich inzwischen längst aus Ihrem Programm gestrichen haben.

Was haben Sie gemacht, was hat Bautenmini-

Dr. Keimel

ster Moser zugelassen?: Die Umwidmung der zweckgebundenen Bundesmineralölsteuer auch für andere Bereiche. Wohnbau-, Autobahn-, Straßenbau sind Probleme, die jeden Österreicher über die Arbeitsplatzsicherung, über die Investitionstätigkeit hinaus betreffen und berühren. Hier gehört ein Prioritätenkatalog vorgelegt, den wir vermissen. Nicht nur Ankündigung von verwirrenden, teilweise, würde ich fast sagen, wirren Gedanken, wenn ich nur an das Autobahnpickerl denke.

Meine Damen und Herren! Dieses Budget verschärft die Auswirkungen der weltweiten Rezession statt gegenzusteuern, aber das ist eben die zwangsläufige Entwicklung der falschen Wirtschafts- und Budgetpolitik der letzten Jahre. Dieses Budget 1976 können wir nicht nur alleine betrachten. Sie wollen offensichtlich einfach diese Entwicklung, wenn ich gerade den Abgeordneten Tull vorher gehört habe, nicht zur Kenntnis nehmen. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und so verschlechtern Sie auch das Wirtschaftsklima, anstatt mit allen positiven Kräften zusammenzuwirken, zusammenzuarbeiten, einzuladen zur Mitarbeit. Das war ja eben unser, das Volkspartei-Konzept eines großen Sozial- und Wirtschaftspaktes in dieser Zeit, in dieser Krisenzeit. Das können Sie nicht bestreiten. Die Krise ist damit nicht nur eine Gefahr für die Wirtschaft, sondern für unsere Demokratie, wie es der Herr Finanzminister ja auch immer bezeichnet, für die „Gesamtstabilität“.

In dieser Situation und in Ihrem Streben nach Gesamtstabilität, Herr Minister, haben Sie zu berücksichtigen, daß die Österreichische Volkspartei in diesem Hause 2 Millionen Wähler, fast 3,5 Millionen Österreicher vertritt. Nehmen Sie das bitte immer, Herr Minister, zur Kenntnis, wenn Sie von Gesamtstabilität reden. Denn für dieses Budget und für Ihre Politik, die über das Budget hinausreicht, haben Sie den Konsens gar nicht gesucht. Nein, Sie sind ganz bewußt, wenn ich nur an Ihre heutigen Worte von der Regierungsbank erinnere, auf Kollision gegangen. Sie tragen damit auch die Alleinverantwortung für die Folgen dieser Politik, die offensichtlich über das Budget hinausreichen.

Meine Damen und Herren! Herr Minister! Eine Zustimmung der ÖVP zu diesem Budget können Sie damit auch nicht erwarten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zum Schwerpunkt meiner Rede komme, doch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Abgeordneten Tull machen.

Er hat uns nämlich in einer so salbungsvollen Weise einen schwärmerischen Vortrag über die Qualitäten dieses Budgets gehalten, daß das nicht unwidersprochen bleiben kann.

Ich glaube ihm schon, daß diese illusionistische Auffassung von diesem Budget sein Credo ist. Ich glaube ihm schon, daß er daran glaubt. Aber wir Freiheitlichen können uns seinen Vorstellungen von der Qualität dieses Budgets nicht anschließen. Wenn er meint, daß dieses Budget illusionslos, sehr vorsichtig, realistisch und verantwortungsbewußt, klar und überzeugend sei und man sich seiner Logik nicht entziehen könne, dann muß man ihm doch sagen, daß das eine allzu optimistische, eine allzu wohlmeinende Betrachtung dieses Budgets ist, dem es in keiner Weise gerecht wird.

Im Gegenteil. Wir aus freiheitlicher Sicht müssen sagen, daß die Behauptung des Abgeordneten Tull, er sei kein Schwärmer und seine Fraktion hätte keine Schwärmer, einfach falsch ist. Es ist aber richtig, daß sich der Finanzminister in diesem Budget sozusagen in Erinnerung an den Urlaub als Schwimmer betätigt, der sich von den Wellen der Konjunkturteilung hinwegtragen läßt, ohne die notwendigen Eigenbewegungen zu machen, die zur Verbesserung der Situation notwendig sind. Er schaut nur nach vorne und hofft, es werde besser gehen. Die Hoffnung darauf, daß es wieder aufwärts gehen werde, ist auch der wichtigste Bestandteil dieses Budgets 1976.

Im Sachlichen aber möchte ich die Beschäftigungsvergleiche des Kollegen Tull ergänzen. Es ist einfach falsch, über ein Jahrzehnt hinweg die Zahl der unselbständig Beschäftigten zu vergleichen und daraus den Schluß zu ziehen, daß sich die Arbeitsplatzsituation verbessert hätte. Diese Darstellung ist schlicht und einfach irreführend, weil es ja nicht nur unselbständig Beschäftigte gibt, sondern unzählige selbständig Beschäftigte in Gewerbe und Landwirtschaft. Diesen unselbständig Beschäftigten stehen in sehr vielen Fällen Ehefrauen zur Seite, die nicht als Beschäftigte auftreten, sondern als mithelfende Ehegattin in der Landwirtschaft oder im Gewerbe tätig sind. All das sind auch Arbeitsplätze, und von dieser Art Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren tausende verlorengegangen.

Seit dem Beginn der sozialistischen Alleinregierung hat sich diese Tendenz, selbständige Arbeitsplätze aufzugeben, verstärkt. Es ist eine bittere Tatsache, daß ein Selbständiger seinen Arbeitsplatz verlassen muß, weil er nicht mehr in der Lage ist, in seinem Arbeitsbereich zu überleben. Die Sozialisten haben dieser Entwicklung nie auch nur irgendeine Aktivität entgegengesetzt. Für sie bestehen eben Arbeitsplätze nur in der abhängigen Form der

Dipl.-Ing. Hanreich

unselbständig Beschäftigten. Ihnen sind die Selbständigen in den verschiedensten Formen unangenehm, weshalb sie auch an ihrer Erhaltung kein Interesse haben.

Auch der Herr Vizekanzler Häuser hat in dieser Richtung heute im Rahmen einer Anfragebeantwortung polemisiert, indem er den Selbständigen unterstellt hat, sich permanent als Steuerhinterzieher zu betätigen, falsche Angaben gegenüber der Finanzverwaltung zu machen und dadurch ihr wirkliches Einkommen zu verschleiern. Es geht halt in das Hirn des Herrn Vizekanzlers offensichtlich nicht hinein, daß es ein Unterschied ist, ob ein Selbständiger durch seine Investitionen von dem verdienten Geld Arbeitsplätze sichert oder sein Mitarbeiter für seine Arbeit entlohnt wird und keine Verantwortung für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu tragen hat.

Man kann nicht das Einkommen eines Unselbständigen genauso sehen und behandeln wie das Einkommen eines Selbständigen. Der Selbständige muß für die Arbeitsplätze, die seine und seiner Mitarbeiter Existenzgrundlage sind, sein Geld aufwenden, um diese Arbeitsplätze konkurrenzfähig auszustatten.

Diese naive Diffamierung des Unternehmertums, die aus der Haltung des Sozialministers spricht, ist ebenfalls typisch für die Grundhaltung, mit der die Sozialistische Partei in ihrer Regierungstätigkeit agiert.

Nun einige Bemerkungen zu der Rede des Finanzministers anlässlich der Vorstellung des Budgets 1976.

Da sind fünf Passagen enthalten, die ich herausgreifen möchte, sozusagen als pars pro toto, um Beispiele zu geben, welch seltsame Geisteshaltung in manchen Fällen diesem Budget zugrunde liegt. Es beginnt mit einer Bemerkung, die einer näheren Ausführung bedürfte, gleich auf der ersten Seite. Dort steht:

„Der Bundesvoranschlag 1976 enthält gleichzeitig aber auch Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung des staatsfinanziellen Gleichgewichts in den folgenden Jahren.“

Herr Finanzminister, ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie mir einmal sagen würden, was Sie sich beim Schreiben dieses Satzes gedacht haben. Was, bitte, stellen sie sich unter der „Aufrechterhaltung des staatsfinanziellen Gleichgewichts“ vor? Wenn ich das Budget mit der enormen Zunahme der Verschuldung ansehe und mir als Ergebnis der Verschuldungspolitik des heurigen Jahres anschau, wie hoch der Schuldendienst, also Verzinsung und Tilgung, schon für 1976 geworden ist, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Zielsetzung, die Sie hier ins Auge fassen, mit der

„Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts“ nur bedeuten kann, daß Sie die Verschuldung des Staates so weit vorantreiben wollen, bis es einfach nicht mehr möglich ist, zusätzliche Schulden aufzunehmen und der Schuldendienst den gesamten frei verfügbaren Spielraum des Budgets ausfüllt. Dann sind sie daher nicht mehr in der Lage, irgendwelche Maßnahmen zur Beeinflussung der konjunktuellen Entwicklung zu setzen.

Der zweite Punkt, der mir einer Bemerkung wert erscheint, ist ein auf Seite 2 angeführter Hinweis, der in allen sozialistischen Entschuldigungsreden immer wiederkehrt. Es ist der Hinweis auf den Import der Inflation aus dem Ausland, auf die Verteuerung der Rohstoffe, auf den Ölschock als Entschuldigung für die rasante Zunahme der Inflation in den letzten Jahren.

Dieser Hinweis, diese Entschuldigung, diese Ausrede, Herr Finanzminister, ist ein Beweis der Haltung Ihrer Regierung und der Regierungs-Partei für die Tatsache, daß sie nicht bereit ist, der Bevölkerung klar zu sagen, wann es notwendig ist, von den eigenen Forderungen Abstriche zu machen. Es ist einfach nicht möglich, innerösterreichisch Preiserhöhungen, wie die des Ölpreises, abzufangen und abzugelten. Solche Erhöhungen haben wir alle gemeinsam zu tragen. Die daraus entstehenden Kosten haben wir im Inland selbst aufzubringen. Soweit sie unseren Export betreffen, haben wir sie durch Rationalisierung aufzufangen, um unsere Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Die Vorstellung, man könne einen Preisdruck von außen ganz einfach im Inland abgelten, ist absurd. Man kann nicht sagen, weil jetzt ein Produkt aus dem Ausland etwas teurer geworden ist, muß sofort ein Ausgleich bei allen Einkommen her.

Diese Haltung beweist, daß sie nur den einfachsten Weg gehen, nämlich den, durch Inflation eine Verteilung der Lasten vorzunehmen, die Sie direkt zu verteilen nicht bereit sind. Das heißt, Sie getrauen sich nicht zu sagen, hier müßte jetzt der eine oder andere auf eine Forderung verzichten. Sie gehen den indirekten Weg: Sie lassen die Inflation laufen. Dann zahlt nämlich der einzelne auch alles über die höheren Kosten, nur ist es ihm nicht bewußt, nur merkt er es nicht. Die notwendige Verteuerung ist hinter dem Schleier der Inflation verborgen und kann auf die anderen, auf das Ausland abgeschoben werden. Dabei sind Sie nicht herausgefordert, zu sagen: Das können wir jetzt nicht abgelten, hier müssen wir Verteuerungen in Kauf nehmen, die wir eben einfach nicht weitergeben können.

Diese Haltung, nicht zu sagen, daß es manchmal auch notwendig ist, selbst unange-

Dipl.-Ing. Hanreich

nehme Einsparungen vorzunehmen, findet sich auch in dem gesamten Budget wieder. Ich werde darauf noch zurückkommen. Denn Sie machen es sich ja einfach: Sie verlegen sich auf das Einnahmenerhöhen mit einer Begründung, die schon mein Klubkollege Dr. Broesigke als seltsam hervorgehoben hat, mit einer Formulierung, die sich auf der Seite 5 Ihrer Erklärung zum Budget findet. Dort steht:

„Da aber viele dieser Aufgaben nicht marktwirtschaftlich von Privaten bewältigt werden können, sind sie von der öffentlichen Hand wahrzunehmen. Dies hat einen entsprechenden Staatsanteil zur Folge.“ Und es geht dann weiter:

„Die Höhe des Staatsanteils ist somit Ausdruck des Entwicklungsstandes einer Volkswirtschaft und keine ideologische Größe.“ Und so weiter. Schließlich heißt es:

„Dieser Prozentsatz“ – nämlich der der Staatsausgaben – „spiegelt den Grad der Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen wider.“

Herr Finanzminister! Wenn diese paar Zeilen nicht von einer deutlichen ideologischen Motivierung sprechen und nicht deutlich ein Bekenntnis zum Zentralismus, zum Bürokratismus sind, wenn diese Zeilen nicht ein Bekenntnis dazu sind, möglichst vieles durch den Staat und damit, wie wir Freiheitlichen glauben, teuer regeln zu lassen, was bitte ist es dann? Denn diese Äußerungen sind im Gegensatz zu der Behauptung, die dort aufgestellt wird, sehr wohl ideologisch gefärbt. Sie bedeuten den Vorrang des Staates gegenüber der Marktwirtschaft, den Vorrang gegenüber der unternehmerischen Initiative und das Bekenntnis zu einer Form von Zentralverwaltungswirtschaft, zu einer Regelung von alles und jedes durch den Staat.

Wer sagt denn bitte, daß viele von den Aufgaben, die heute der Staat bewältigt, nicht besser durch die Privatwirtschaft bewältigt werden könnten? (Abg. Wille: *Konkrete Vorschläge!*) Sie haben es nicht einmal ausprobiert, und dort, wo man quasi-privatwirtschaftliche Formen wählt, geschieht das sozusagen außerhalb des Budgets. Ich denke dabei an Leasing-Konstruktionen, wo man Vorfinanzierungen über Banken machen läßt. Für Finanzierungen, die man im Staatshaushalt selbst nicht mehr unterbringt, glaubt man plötzlich sehr wohl, die Hilfe der privaten Institutionen in Anspruch nehmen zu müssen.

Es gäbe aber eine ganze Reihe von Aufgaben, bei denen man die zentrale Verwaltungstätigkeit sehr wohl eindämmen könnte, beginnend beim kommunalen Bereich der Müllabfuhr hin bis zu manchen Versicherungsaufgaben, die

jetzt mit staatlichem Zuschuß zentral und zentralistisch durchgeführt werden.

Mir erscheint die Tatsache, daß Österreich einen Anteil von 39,2 Prozent des Bruttonationalprodukts über den Staat zur Verteilung bringt, eher als der Beweis einer Fehlentwicklung, die wir Freiheitlichen nicht gutheißen können.

Ein weiterer Punkt Ihrer Ausführungen, Herr Finanzminister, befaßt sich mit der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Sie geben darin eine ganz verblüffende Erklärung zu diesem Thema ab, die auf Seite 8 Ihres Manuskripts nachgelesen werden kann:

„Die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft hat stark zugenommen. Mit einer durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Exportquote von 33,5 Prozent haben wir erstmals das Niveau der Schweiz erreicht.“

Herr Finanzminister! Ich darf da doch anfügen, daß die Anteile des Exports an unserer Produktion noch lange nicht eine Aussage über unsere Konkurrenzfähigkeit zulassen. Wenn wir heute exportieren – viele Betriebe exportieren heute zu äußerst ungünstigen Bedingungen (Abg. Wille: *Wer tut das heute nicht?*) –, dann erhebt sich die Frage: Was hat das noch mit Konkurrenzfähigkeit zu tun? Es ist ja nicht die Frage, ob wir exportieren bestimmt für die Konkurrenzfähigkeit, sondern ob wir bei diesem Export auch ein Geschäft machen oder nicht, ob wir daran etwas verdienen oder nicht. Denn wenn wir exportieren und dabei dazulegen müssen, dann bedeutet das eine Form von Entwicklungshilfe, bei der es gut wäre, wenn wir sie ausweisen würden, statt sie unter dem Deckmantel des Exports noch dazu zu verwenden, uns einer besonderen Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft zu rühmen. Sie ist eher ein Zeichen unserer Schwäche, vor allem dann, wenn eben viele Betriebe einerseits einen aus dem Export resultierenden Verlust ausweisen und andererseits darauf hinweisen, daß sie eben soundso viel exportieren müssen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Denn die Aufgabe, die Arbeitsplätze zu erhalten, wird eben auch von den Betrieben mit großem Ernst und großem Verantwortungsbewußtsein wahrgenommen. Die Sicherung des Arbeitsplatzes wird von den Betrieben in der Hoffnung, daß es wieder besser werden wird, solange dies möglich ist, durchgeführt.

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist nicht das ausschließliche Ressort der Bundesregierung und nicht das alleinige Verdienst der Bundesregierung. Hier bedarf es der Zusammenarbeit aller. Auch die Unternehmer sind bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten und auch riskante

Dipl.-Ing. Hanreich

Exporte zu tätigen, um eben die Arbeitsplätze zu sichern.

Daraus dann abzuleiten, es ginge uns ohnehin gut und wir hätten eine internationale konkurrenzfähige Wirtschaft, die erfolgreich exportieren kann, ist doch eine sehr vereinfachte Darstellung, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird.

Ein fünfter Punkt hat mich sehr verblüfft, er scheint mir für Ihre Haltung gegenüber dem österreichischen Staatsbürger fast symptomatisch zu sein. Dieser fünfte Punkt findet sich auf der Seite 10 Ihrer Ausführungen und schildert mit beredten Worten, wie gut es uns in Österreich geht, schildert dies an Hand der Aufzählung einiger langlebiger Konsumgüter, deren Reihenfolge allein sozusagen ein Dokument für Ihre materialistische Haltung und für die aus Ihrer Sicht erfolgte Bewertung der einzelnen langlebigen Kosumgüter für den Österreicher ist. Es beginnt mit dem Auto und der Zahl der zugelassenen Autos in Österreich, die Sie da hervorstreichen. Wobei Sie geflissenlich übersehen, daß die Zahl der Autos zum Beispiel auch eine Konsequenz unzureichender Raumplanung ist, die den einzelnen, der einen Arbeitsplatz mit guter Bezahlung sucht, dazu zwingt, oft 20 oder 30 km pro Tag im Auto zurückzulegen, um einen solchen Arbeitsplatz zu erreichen.

Die Zahl der PKWs ist in solchen Fällen eher der Beweis dafür, daß in unserer Infrastruktur vieles nicht in Ordnung ist. Man kann die Zahl der Autos nicht so einfach als einen Vorzug hinstellen, als ein Ergebnis, an dem alle in jedem Fall Freude haben müßten.

Das setzt sich fort mit der Dichte der Fernseher, die als Statussymbol sicher sehr wertvoll und erfreulich sein mögen, aber es drängt sich halt die Frage auf, ob eine vermehrte und breitgestreute kulturelle Aktivität auch für den einzelnen, für seine persönliche Entfaltung wertvoller wäre als das Sitzen vor dem Fernsehschirm; ob nicht die persönliche Aktivität und das Motivieren zur kulturellen Leistung für den einzelnen eine weitaus positivere Sache wäre. Das sollten Sie bedenken, statt sich dessen zu berühmen, daß jetzt mehr Leute die Möglichkeit haben, vor der Flimmerkiste zu sitzen.

Wenn Sie dann auf die Waschmaschinen und die Kühlschränke, mit denen Österreich ja Gott sei Dank schon seit langem gut versorgt ist, hinweisen, dann wundert es mich, daß Sie nicht eine spezifische Ziffer nennen, die wirklich eine Aussagekraft hätte; zum Beispiel die, wieweit Haushalte mit mehreren Kindern über eine Geschirrspülmaschine verfügen. Das wäre nämlich ein wirkliches Kriterium, ob die Hausfrau

eine wirkliche Verbesserung und Erleichterung in ihrer Tätigkeit findet. Das wäre ein Beweis dafür, daß es gelingt, die ja leider allzu große Belastung der Hausfrau durch Beruf einerseits und Führung des Haushalts andererseits zu erleichtern.

Ich glaube, daß dieses naive Aufzählen einer Reihe von langlebigen Konsumgütern eine so vereinfachte, eine so reduzierte Darstellung ist, daß sie eben der Wirklichkeit nicht entspricht, daß sie an den Dingen vorbeigeht, die sich der einzelne Staatsbürger wünscht, nämlich für sich und seine Familie mehr Freiheit und Spielraum und mehr persönliche Entfaltungsmöglichkeit zu haben.

Damit, Herr Finanzminister, möchte ich zu dem Budget 1976 selbst übergehen und nun einige Bemerkungen dazu machen, die für mich die Überschrift tragen könnten: Der Weg in den Sumpf. Ich möchte Ihnen das erläutern. Ich habe so den Eindruck – ich habe vorhin schon von dem Schwimmer gesprochen, der sich tragen läßt –, daß Sie sich, Herr Finanzminister, in Erinnerung an den Urlaub bei Ebbe und Sonnenschein an einer Meeresküste bewegen; zumindest war das vor zwei, drei Jahren so, als Sie Ihre budgetpolitischen Aktivitäten begonnen haben. Der Meeresstrand – in Ihrem Fall war es der Grundlsee, der für meinen Vergleich aber nicht zu brauchen ist, weil er leider keine Ebbe und keine Flut hat, auf die ich hinaus will –, bleiben wir also bei dem Bild des Strandes am Meer. Ich verschaffe Ihnen damit einen allerdings unfreiwilligen Urlaub am Meer. Lassen Sie mich das Bild fortsetzen. Sie wandern also am Strand und bewegen sich dort in den ersten Jahren Ihrer Regierungstätigkeit noch eher im seichten Schlamm des Budgetdefizits, in dem zu waten Ihnen offensichtlich Vergnügen bereitet. Bei Ebbe ist das auch völlig ungefährlich, und daher wagen Sie sich nicht nur immer weiter in den Schlamm hinein, sondern auch immer weiter vom Ufer weg.

Jetzt ergibt sich, was jeder, der weiß, wie es am Meer aussieht, voraussehen konnte. Es nähert sich die Flut. Und nun stecken Sie bereits ziemlich tief im Schlamm und haben daher nicht mehr die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Das Wasser steigt Ihnen allmählich bis zum Hals, und die heftigen Wellen durch das inzwischen vom Sonnenschein zum Sturm übergegangene Wetter machen Ihnen auch zu schaffen. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Jetzt fehlt noch der Haifisch!) Der Haifisch fehlt. Den werde ich aber auch nicht auftreten lassen. Es genügt mir, daß der Herr Finanzminister mit dem Budget 1976 gerade dabei ist, in eine solche hohe Welle einzutauchen. Er geht auf Tauchstation unter dem Motto: Ich habe zwar kein Sauerstoffgerät mit, aber so lange werde ich den Atem doch

Dipl.-Ing. Hanreich

anhalten können!, bis es wieder zu einer nächsten – in dem Fall positiven – Ebbe kommt, die ihm die Möglichkeit gibt, wieder aus dem Wasser herauszuschauen. Ich fürchte allerdings, daß Ihnen doch die Luft ausgehen wird, und ich habe größte Bedenken, daß Sie einen recht unangenehmen und kräftigen Schluck Salzwasser nehmen werden.

Jedenfalls ist es so, daß dieses Budget angesichts der im Vergleich geschilderten Situation nicht gerade erfreulich ist und auch in uns größte Bedenken erweckt.

Werfen Sie doch einen Blick darauf, was Sie jetzt im Gesamten an Ausgaben und Einnahmen vorgesehen haben. Natürlich haben Sie wieder – wie das ja so üblich ist – die heuer zu erwartenden Gesamtausgaben unter Einschluß der Stabilisierungsquote mit dem Budget des kommenden Jahres verglichen und daher von einer Steigerung um 7,7 Prozent gesprochen, während es tatsächlich eine Steigerung um etwa 11,4 Prozent wäre, weil man ja doch mit einer gewissen Sicherheit dann bei der Ausgabe auch die Stabilisierungsquote beziehungsweise den Konjunkturausgleichsteil dazurechnen wird müssen.

Ich habe den Eindruck, daß auch Ihre Einnahmen etwas zu optimistisch angesetzt worden sind und daß vor allem auch wesentliche Positionen der Ausgaben unterdotiert sind.

Allen voran erscheinen mir dabei der Personalaufwand und die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung stark unterdotierte Positionen zu sein. Ich schätze daher, daß Ihre Vorausschau für das kommende Jahr ebenso wenig der Wirklichkeit entsprechen wird wie die Vorausschau, die Sie für dieses Jahr abgegeben haben. Ich habe den Eindruck, daß Sie nicht mit der notwendigen Sorgfalt und Vorsicht erstellt ist, die wir eigentlich in einer Zeit erwarten dürften, in der die Undurchsichtigkeit der zukünftigen Situation eben eine möglichst vorsichtige Gebarung erwarten ließe.

Nehmen Sie nur den Personalaufwand. Mir erscheint es als eine Brückierung der Beamten, daß Sie die Teuerungsabgeltung, von der von Ihrer Regierung bei jeder passenden Gelegenheit gesprochen wird und wo verschiedenste Formen der Durchführung erklärt werden, ganz einfach nicht bei Ihrem Voranschlag berücksichtigen. Oder sollte das vielleicht die von Ihrem Kollegen Tull angekündigte „maßvolle Einkommenspolitik“ bei den Beamten sein? Ich glaube ja doch nicht, daß sie ganz ohne Erhöhung auskommen werden, ohne Ausgleich zum mindest eines Teiles der Teuerung, die Sie uns Österreicher eingewirtschaftet haben. Es ist – und das muß also festgehalten werden – von Ihnen keine

Bezugserhöhung für den öffentlichen Dienst im kommenden Jahr budgetiert.

Sie werden sich jetzt darauf ausreden und werden sagen: Wenn ich da ein paar Milliarden Schilling – um die geht es dabei – vorsehe, dann ist das eine Ermunterung der Beamten, eine höhere Forderung zu stellen. Das glaube ich doch nicht. Man kann den Beamten des österreichischen Staates auch eine Bereitschaft und vor allem die Einsicht zubilligen, zu erkennen, zu verstehen, daß in einer schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation auch ihre Bezüge eben nur in sehr bescheidenem Umfang steigen können. Aber daß sie zum Ausgleich für die Teuerung, zum Ausgleich für einen Teil der Teuerung überhaupt erhöht werden sollten, na das, Herr Finanzminister, müßten Sie eigentlich in Ihrem Budget vorsehen. Ich würde schätzen, daß Ihnen allein aus diesem Titel im nächsten Jahr schon etwa 4 Milliarden Schilling fehlen werden.

Auch beim Sachaufwand sind Sie zwar nicht sparsam gewesen, sie haben also keine Veränderungen und Einsparungen und Verbesserungen vorgesehen, aber Sie haben doch auch eine sehr bescheidene Dotierung der Leistungen des Bundes an die Sozialversicherung vorgesehen. Da fürchte ich, daß Ihnen eben doch um etwa 2 Milliarden Schilling zu wenig als Plan vorgeschnellt sind, denn wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht spürbar verbessert, dann werden die Sozialversicherungen höhere Beträge brauchen, sofern es nicht teilweise zu internen Umschichtungen kommt.

Auch bei den Preisausgleichen scheint mir Ihre Darstellung nicht ganz die Wirklichkeit des kommenden Jahres zu treffen, denn Sie budgetieren sie mit etwa 2,8 Milliarden Schilling, das bedeutet diesmal eine Steigerung gegenüber dem Voranschlag um 3,6 Prozent – Vergleich Voranschlag 1975, Voranschlag 1976. Nachdem im heurigen Jahr dazu etwa 1 Milliarde Schilling mehr notwendig war, scheint mir auch in diesem Fall – wenn Sie nicht drastische Einschränkungen vornehmen wollen, was ich nicht für sehr wahrscheinlich halte, Sie hätten uns sonst sicher stolzgeschwellt erzählt, wo Sie die vornehmen wollen – eine Unterbudgetierung vorzuliegen.

Über den Schuldendienst habe ich schon gesprochen; daß seine Zuwachsrate beängstigend war, ist klar, und es zeigt sich dabei nur mit aller Deutlichkeit, daß das Waten im seichten Schlamm der Defizite in guten Konjunkturjahren eben eine große Gefahr beinhaltet und dann Schwierigkeiten bereitet, wenn es aus konjunkturpolitischen Gründen notwendig ist, Gas zu geben und Investitionen voranzutreiben, um einen wirtschaftlichen Aufschwung herbei-

Dipl.-Ing. Hanreich

zuführen. Das gelingt Ihnen nämlich schon jetzt gar nicht mehr. Sie schaffen es ja trotz des erhöhten Budgetdefizits nicht mehr, tatsächlich mehr Investitionsausgaben zur Ankurbelung der Konjunktur zu tätigen. Selbst wenn das Konjunkturausgleichsbudget voll freigegeben wird, werden die Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahrsbudget nur um 4,9 Prozent ausgeweitet werden. Ob das genügen sollte, um eine wirkliche Verbesserung der Konjunktursituation zu bewirken, das wage ich zu bestreiten.

Daß der Anteil der Investitionsausgaben im weitesten Sinn unter Berücksichtigung des Konjunkturausgleichsbudget von 21,3 Prozent 1975 auf etwa 20,1 Prozent im kommenden Jahr absinken wird, zeigt mir, daß Sie dort eben keine nennenswerten zusätzlichen Konjunkturimpulse setzen können. Es geht also schon nicht mehr. Sie haben gar nicht mehr den Spielraum, um noch zusätzliche Impulse zu setzen, obwohl Sie durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer Mehreingänge vorsehen, obwohl Sie durch Tariferhöhungen hoffen, Mehreinnahmen von etwa 2,1 Milliarden erschließen zu können. Ihr Spielraum im Budget ist schon so weit eingeengt, daß Sie nur mehr durch drastische Sparmaßnahmen einerseits und gezielte Ausgaben im Investitionsbereich andererseits in der Lage sind, überhaupt Konjunkturanstöße zu setzen.

Die Situation des Budgets 1976 muß also in der augenblicklichen Situation als eine äußerst traurige bezeichnet werden. Aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion möchte ich betonen, daß es uns als ganz besonders unerfreulich erscheint, daß sich die schon in den letzten Jahren sichtbar gewordene Tendenz, die tatsächliche Situation des Staatshaushaltes zu vernebeln, verdichtet hat. Wir sind aus dem leichten Nebel in ein dichtes Nebelmeer hineingeraten. Sie versuchen, durch unzulässige Vergleiche möglichst unklar zu lassen, wie unerfreulich die Gesamtsituation in Wirklichkeit ist. Und wenn dazu noch durch die Kreditermächtigung Ihnen sozusagen ein Blankoscheck von der Mehrheit des Hauses ausgestellt wurde, dann ist das jedenfalls eines sicher nicht: nämlich ein Schritt zu einer Demokratisierung, es ist sicher nicht ein Schritt zur Aufwertung des Parlaments, sondern es ist ein Schritt ganz im Sinne der Sozialisten, ein Schritt hin auf mehr zentrale Verwaltung, auf mehr Ermächtigung für die staatlichen Institutionen, möglichst ohne demokratische Kontrolle Ihre Maßnahmen setzen zu können.

Uns erscheint dies ein Schritt, der wegführt von dem, was Sie in Sonntagsreden und auch hier vor dem Hohen Haus immer wieder behaupten: nämlich, daß Sie der Öffentlichkeit mehr Einsicht in die Dinge geben wollen, daß sie eine demokratische Legitimierung, eine

Zustimmung möglichst breiter Kreise der Bevölkerung für Ihre Tätigkeit haben wollen. Dieser Schritt, den Sie hier gesetzt haben, zeigt, daß alle Ihre Ausführungen in dieser Richtung leere Worte waren, Worte, die nur dazu dienen, den Nebel dichter zu gestalten und darüber hinwegzutäuschen, daß Sie hier zentralistische, bürokratische Vorstellungen zum Durchbruch bringen, die zu guter Letzt dem Parlament einen großen Teil seiner Einflußmöglichkeit nehmen. Sie scheuen es offensichtlich, trotz der gesicherten Mehrheit der Sozialisten im Hohen Haus Ihre Anliegen auszubreiten dann, wenn sich zeigt, daß Ihr Budget eben nicht ordnungsgemäß erstellt war; wenn es darum geht, daß Sie zugeben müßten, daß Sie all diese Unterbudgetierungen vorgenommen haben, von denen ich Ihnen einige aufgezeigt habe und von denen ich befürchte, daß sie im kommenden Jahr das Defizit des Staatshaushaltes noch wesentlich erhöhen werden. Denn Sie beschränken sich ja leider nur auf die Alternative Einnahmenerhöhung und Ausgabenerhöhung. In dem Moment, wo wir von Sparsamkeit sprechen, reden Sie von Sicherung der Arbeitsplätze und werfen damit Dinge in einen Topf, die zu dieser Art von Eintopf nicht verrührt werden dürfen.

Es ist eben nicht so, daß mehr Staatsausgaben automatisch und von selbst Arbeitsplätze sichern. Im Gegenteil, nur ganz bestimmte Staatsausgaben verbessern die Sicherheit der Arbeitsplätze, geben der Wirtschaft einen neuen Auftrieb, bringen eine Verbesserung für die Konjunktursituation.

Es ginge eben darum, die Einsparungen dort zu tätigen, wo sie nur der Ausfluß einer Verschwendungsgeissnung sind, wo einer allzu leichten Hand in der Budgetpolitik Einhalt geboten werden muß, wo unzweckmäßige Formen gewählt worden sind. Als Beispiel mögen die Schulbücher dienen, wo ja kein Zweifel daran besteht, daß es gut ist, wenn die Kinder ihr Schulbuch haben, und das möglichst gratis, daß aber die Form, die gewählt wurde, einfach zu teuer ist, daß damit Geld hinausgeworfen wird und daß damit mit den Mitteln des Steuerzahlers in einer Art und Weise umgegangen wird, die wir nicht gutheißen können.

Auch dieses Vorgehen, einfach nur Mehreinnahmen und Mehrausgaben zu verlangen und damit eine völlig unüberprüfte und nicht wirklich durchorganisierte Wucherung des Staates zu fördern, ist meiner Meinung nach eine für Ihre Fraktion typische Haltung.

Ich habe so das Gefühl, daß die Sozialistische Partei irgendwie inflationssüchtig geworden ist. Es ist so schön, daß die Ziffern immer höher ansteigen, und für 60 oder 70 Prozent der Bevölkerung ist es ja gar nicht durchschaubar,

Dipl.-Ing. Hanreich

was hinter diesem scheinbaren Wachstum steckt. Für die meisten wird gar nicht klar, daß die Erhöhungen ihrer Löhne zum größten Teil wieder in Steuern und Preiserhöhungen wegfließt und nur ein ganz kleiner Teil übrigbleibt.

Es ist ja so leicht, dieser Inflationsentwicklung freien Lauf zu lassen. Aber es führt dazu – und das möchte ich hervorheben –, daß man letztlich einer Art Inflationssüchtigkeit verfällt. Wie ein Drogensüchtiger ist man dann nicht mehr in der Lage, die Wirklichkeit richtig einzuschätzen.

Das, Herr Finanzminister, scheint mir bei Ihnen schon der Fall zu sein. Sie flüchten sich in eine Scheinwelt, diesmal in die Scheinwelt eines zu optimistisch erstellten Budgets, und glauben dadurch und durch die Ausreden, die Sie in dem Zusammenhang bringen, auch die Wirklichkeit schon bewältigen zu können.

Dazu muß ich Ihnen sagen, daß diese Entwicklung sicher keine Verbesserung bringt. Denn eine Vertrauenskrise wird nicht dadurch behoben, daß die Staatsbürger das Gefühl haben, ihr Finanzminister hüllt sich in Nebel, hüllt sich ins Dunkle und tastet sich dort voran, ohne zu wissen, wohin er eigentlich will. Die Vertrauenskrise, die ein wesentlicher Bestandteil dieser derzeit unerfreulichen Wirtschaftslage ist, wird so sicher nicht beeinflußt werden.

Sie, Herr Finanzminister, sollten mit gutem Beispiel vorangehen, indem Sie mit dem geborgten Geld tatsächlich Umstellungsinvestitionen in die Wege leiten und auf der anderen Seite wie ein privater Unternehmer, wie ein Betriebsführer sich redlich bemühen, durch möglichst große Einsparungen in der inneren Organisation den Staatshaushalt auch von dieser Seite her zu verbessern. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als es der ÖVP gelang, einen neuen Wirtschaftssprecher, einen neuen Nationalökonomen in ihre Reihen aufzunehmen, habe ich mich gefragt: Was wird es da Neues geben an Einsichten? Welche neuen Vorstellungen, welche Profilierungen wird es hier geben? Nachdem nun unser Kollege Taus bereits zweimal geredet hat, einmal zur Regierungserklärung und nun auch zum Budget, glaube ich, können wir doch einiges sagen.

Heute erklärte Taus, daß die Depression die Folge weltweiter Fehler sei. Wir hätten die Droge der Inflation genommen. Da habe ich mich gefragt: Geht nun die ÖVP dazu über, nicht nur die Regierungspartei zu kritisieren, sondern auch die Welt? Und ich habe mich gefragt: Wer ist unter „wir“ zu verstehen? „Wir“ – bezieht

sich das auf die ÖVP, auf uns Österreicher oder gar ... (*Abg. Dr. Keimel: Der Finanzminister redet ja von importierter Inflation!*) Kollege Keimel, Sie werden verstehen, daß zumindest ich das mißverständlich aufgenommen habe. Daß Sie sich ausgekannt haben, glaube ich Ihnen.

Nun hat mich aber der Hinweis auf diese weltweiten Störungen deswegen so gewundert, weil Taus die Regierungserklärung als ein „Dokument der Ratlosigkeit“ bezeichnet hat, nachdem der Bundeskanzler erklärte: „Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß es ein Ende dieser rezessiven Entwicklung erst geben wird, wenn ihre aktuellen Ursachen beseitigt werden können, wenn es möglich ist, ein höheres Maß an Stabilität in das Weltwährungssystem zu bringen, wenn es gelingt, mit den Rohstoffländern zu Kooperationsabkommen zu gelangen, wenn es möglich ist, die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt herbeizuführen, und wenn es möglich ist, eine höher organisierte Form weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit zu etablieren.“

Der Finanzminister hat in seiner Erklärung gesagt: „Auf Grund der internationalen Arbeitsteilung sind die einzelnen Volkswirtschaften heute enger miteinander verflochten. Wirtschaftsrückschläge und Inflation pflanzen sich daher von Land zu Land viel rascher fort als in früheren Zeiten.“

Was erklärt dazu Taus? Taus nennt die Regierungserklärung ein Dokument der Ratlosigkeit und sagt ... (*Abg. Dr. Keimel: Im autonomen Bereich!*) Seien Sie geduldig, in Ihrem Alter kann man warten. – Er sagt: „Die Bundesregierung rechnet gar nicht mehr mit einem Ende dieser Krise in absehbarer Zeit, denn die Voraussetzungen, die hiefür genannt werden, um eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben, sind ja mindestens ein Zehnjahresprogramm der internationalen Wirtschaftspolitik. Ja, ich kann doch österreichische Wirtschaftspolitik nicht davon abhängig machen, daß das Weltwährungssystem geändert werden soll, daß mit den Rohstoffländern Kooperationsabkommen geschlossen werden sollen. Das heißt ja, österreichische Wirtschaftspolitik auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.“

Ähnlich hat sich der Abgeordnete Koren ausgedrückt, der die Meinung vertreten hat: „In dieser Zeit, in der wir leben, sind diese Probleme nicht mehr in Ordnung zu bringen.“ – Da frage ich mich: Wir bemühen uns 20 Jahre lang, mit den Europäischen Gemeinschaften zu einem Arrangement zu kommen, weil wir sagen: Einer allein wird mit den Problemen dieser Welt nicht mehr fertig. Und dann diskutieren wir eine Regierungserklärung, und da kommt nun tat-

Wille

sächlich die neueste Weisheit eines Ökonomen, die uns sagt: Alle diese Probleme sind unlösbar. Plötzlich ist nun Österreich allein in der Lage, mit den Problemen, die die Weltwirtschaftskrise bringt, fertig zu werden.

Da frage ich mich ernstlich, sehr geehrte Herren von der ÖVP: Haben wir uns nicht eine bessere Opposition verdient? (*Beifall bei der SPÖ*) Sie sind müde und einfallslos geworden.

Wiederholen und prägen wir uns ein: Taus nennt die Regierungserklärung ein „Dokument der Ratlosigkeit“, weil eine höhere Form weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit darin verlangt wird, aber diese höhere Form weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit in unserer Zeit nicht möglich ist. (*Abg. Dr. Wiesinger: Warum denn?*) Warum? Das hat Taus gesagt, fragen Sie ihn doch! (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich muß Ihnen gestehen: Mir fehlt die Phantasie für eine so atemberaubende Naivität, anzunehmen, daß in einer Welt, die nahezu brennt, Österreich allein in der Lage wäre, gegen alle Welt mit diesen Problemen fertigzuwerden und so zu tun, als ginge uns die übrige westliche Welt nichts an. (*Abg. Dr. Keimel: Wer sagt denn das?*) Sie sagen es. Sie! Ich habe Ihnen schon erklärt, Kollege Keimel: Der Kollege Koren sagt, in unserer Zeit werden diese Probleme nicht gelöst. (*Abg. Pansi: Der Keimel hat nicht aufgepaßt!*) Ja auch Sie sollten die Ausführungen Ihres eigenen Bundesparteiobmannes und Ihres Wirtschaftssprechers verfolgen – auch Sie als Bautensprecher sollten das beherzigen, was hier schon gesagt worden ist. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich frage mich: Handelt es sich hier um einen völligen Verfall oder eine Störung der Zukunftsgläubigkeit oder um eine Skepsis gegenüber der westlichen Welt? Die Gläubigkeit an die westliche Welt ist ja offenbar in die Binsen gegangen. Was kann aus uns werden, wenn wir alle nicht mehr daran glauben, daß dieses sogenannte freie Europa mit diesen Problemen fertig wird, und jeder glaubt, wieder allein mit sich fertig werden zu müssen, sich einzufügen, abzuriegeln?

Anders geht es doch nicht, wenn die anderen die Schwierigkeiten haben und damit nicht fertig werden, wir aber damit nichts zu tun haben wollen. Sie verlangen eine völlig autonome Politik, obwohl Ihnen bereits gesagt worden ist, daß es eine Außenverflechtung von 33 Prozent gibt. Es ist einfach zu billig, heute, nachdem wir die Verträge mit der EG fertiggebracht haben, nachdem wir dabei sind, die letzten Zölle abzubauen, also noch ehe wir mit diesem Problem fertig sind, zu sagen: Kümmern wir uns nicht um Europa, machen wir das allein. – Sie tun es ja nur, um dieser Regierung

Schwierigkeiten zu machen. Sie glauben ja selbst nicht an die Behauptungen, die Sie aufgestellt haben. (*Beifall bei der SPÖ*) In Wirklichkeit sind diese Behauptungen einige Tage vor dem Gipfel der sechs freien Großstaaten aufgestellt worden. Wäre man einigermaßen aufmerksam gewesen, hätte man gesagt: Natürlich wird diese Konferenz der sechs europäischen Großstaaten nicht die Probleme lösen, aber sie wird ein Ansatzpunkt sein für die Lösung der Energiekrise, der Währungspolitik, der Wirtschaftspolitik. Wo wird Konjunkturpolitik und in welchem Umfang betrieben? Die Frage ist ja: Kann hier jedes Land allein einfach steuern, wie es will? Hat das einen Sinn? Können wir so fertig werden? Jeder Staat für sich selbst? – Ich glaube also, daß wir alle Kraft dafür aufwenden müssen, zu diesem Europa zu stehen und diese Verträge und unsere Probleme als Europäer gemeinsam zu lösen und uns nicht einfach abzuwenden, als gelänge es allein, damit fertigzuwerden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Oft ist die Frage in den Raum gestellt worden: Ist denn Österreich nun lebensfähig geworden in der Zweiten Republik? Immer in Anknüpfung an die Fragestellung der Ersten Republik, ohne dabei zu bedenken, daß die Fragestellung heute für alle anderen Großstaaten genauso gestellt werden kann, und deswegen kamen wir ja zur Integration, weil wir eben gemeinsam mit unserer Welt fertig werden müssen.

Das zweite Problem, das ich behandeln möchte, ist die Bundesfinanzschuld. Kollege Keimel war der letzte, der diese 100 Milliarden Bundesfinanzschuld . . . (*Abg. Dr. Keimel: 124 Milliarden werden es sein!*) Ich streite mit Ihnen nicht, sollen es 124 Milliarden sein, Sie werden gleich sehen, worauf ich hinaus will. (*Zwischenrufe bei der ÖVP*)

Unter dem Titel „Transparenz“, unter dem Titel „das gewöhnliche Volk weiß nicht, was 100 Milliarden sind“, werden diese 100 Milliarden zerlegt in Tage, in Stunden, in Monate und auch andersherum. Aus diesen 100 Milliarden werden Häuser, Schulen, Spitäler, Autobahnen, gerade, wie man es will, alles sozusagen zum Zwecke der Transparenz, damit der Österreicher endlich kapiert, was 100 Milliarden sind. Und wenn man dann den Einwurf macht: Sie, wäre es nicht viel ehrlicher unter uns, wenn Sie endlich sagen würden, wieviel ist denn das, gemessen am Bruttonationalprodukt? Dann schreit allen Ernstes ein oppositioneller Abgeordneter: Die Frage ist eine Zahlenspielerei, das interessiert die Hausfrauen nicht! – Da muß ich sagen: Ist das diesem Hause angemessen?

Sie zerlegen die 100 Milliarden nicht, damit sie verstanden werden; Sie zerlegen die 100 Milliarden, damit Sie Ihre teuflische Demagogie betreiben können! (*Beifall bei der SPÖ*)

Wille

Diese sogenannte verständliche Bildersprache, die man hier versucht zu entwickeln, hat keinen anderen Sinn, als der Öffentlichkeit mit dieser Gauklerei – etwas anderes ist es nicht – die Wahrheit zu verbauen, und nicht die Wahrheit zu eröffnen oder die Wahrheit verständlich zu machen. Denn Sie hätten ja nicht nur die 100 Milliarden zerlegen dürfen in Straßen, Schulen, Häuser, Spitäler, Sie hätten sagen müssen, daß gerade durch diese 100 Milliarden Straßen, Schulen und Häuser gebaut worden sind. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Sie werden doch nicht annehmen, daß diese 100 Milliarden Schilling einfach irgendwohin entkommen sind. (*Abg. Dr. Keimel: Konsumausgaben sind es eben!*) Natürlich sind es auch Konsumausgaben, Herr Abgeordneter Keimel! Warum regen Sie sich so auf, wenn es auch Konsumausgaben gibt? (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Beruhigen Sie sich, auch die sind notwendig. Sie waren ja einmal Wirtschaftssprecher, das sollten Sie doch wissen! (*Abg. Dr. Fischer: Er ist schon abgesetzt worden als Wirtschaftssprecher!*)

Nun möchte ich aber etwas anderes sagen: Wenn man wirklich Transparenz haben möchte, wenn man wirklich will, daß der Österreicher weiß, worum es bei dieser Staatsverschuldung geht, hätte man sagen müssen: Die Regierung hat in den letzten vier Jahren die Staatsverschuldung um 30 Prozent reduziert, von rund 13 auf 10 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt. 30 Prozent Reduktion der Staatsverschuldung! Man könnte auch dazusagen – das ist der Opposition natürlich angemessen, auch wir sagen das –: Und jetzt wird die Staatsverschuldung – in der schwersten und tiefsten Rezession seit 30 Jahren – auf annähernd 15 Prozent steigen. Und da frage ich mich: Sollen wir die Nerven verlieren, weil in der größten und tiefsten Rezession seit 30 Jahren, die die ganze westliche Welt erfaßt hat, die Staatsverschuldung auf 15 Prozent ansteigt, wenn sie vor fünf Jahren während einer Periode der Hochkonjunktur 13 Prozent betragen hat? Ich glaube, wir sollen das nüchtern sehen. Da soll nichts beschönigt werden, aber da soll man eben doch schauen, daß man zur Wahrheit findet.

Aber auch wenn man von der Opposition ist, könnte man noch etwas anderes sagen, nämlich daß . . . (*Abg. Graf: Herr Wille, glauben Sie, Sie sind in einer Wunschsendung, daß Sie uns vorschreiben, was wir sagen!*) Aber nein: wünschen. Sie haben gesagt: Wunschsendung. Ich wünsche mir etwas von Ihnen, nämlich daß Sie die volle Wahrheit sagen und nicht immer nur das, was Sie gerne hören. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Ich habe Sie für einen ernstzunehmenden Politiker gehalten!*)

Herr Kollege Graf! In einer ernstzunehmen-

den politischen Auseinandersetzung wünsche ich mir von Ihnen, daß Sie auch die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten erwähnen. Die Vereinigten Staaten sind das reichste, das stolzeste und das mächtigste Volk der westlichen Welt. (*Zwischenruf des Abg. Sandmeier.*) Ich komme ja darauf. Die Staatsverschuldung in den Vereinigten Staaten beträgt seit Jahren 26 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt.

Ich komme zu Schweden, das reichste und das modernste Land des Kontinents. Die Staatsverschuldung beträgt 23 Prozent, alles noch vor der Krise. Und nun komme ich zu Österreich. Wir haben 1945 dieses ausgebombte, ausgeplünderte Land aus Trümmern aufgebaut. (*Abg. Graf: Nicht Sie allein! Alle!*) Sie waren auch dabei! Alle Österreicher! Wenn Sie wollen, auch die Unternehmer. Ich sage das sehr gerne. Sie unterstellen mir immer etwas, das nicht da ist. Wir alle haben Österreich aus den Trümmern aufgebaut. (*Abg. Graf: Ja, gut!*) Und nun beträgt die Staatsverschuldung in 1975 15 Prozent. Ich muß sagen, das sind also sehr „beängstigende“ Ziffern, wenn ich mir die so anschau.

Was ich damit sagen will, ist: Man soll nicht nur die eine Seite sehen und nicht die halbe Wahrheit. Man soll nicht Demagogie betreiben, indem man die Dinge so darstellt, als wollte man sie verständlich machen, sondern „man soll Österreich“, wie es Taus sagt in seiner letzten Broschüre in der Giro-Zentrale, „man soll dieses Land zeigen, wie es wirklich ist“. Das hat er nämlich gesagt.

Und hier sehe ich in der ÖVP-Zeitung „Volksblatt“ eine Karikatur „Angelobung“. Ein völlig verkommener Staatsadler mit einem Schulschein auf der einen Seite, „Pleite“ als Staatswapfen, und auf der anderen Seite auch einen Schuldschein. Ich frage mich: Wozu und wem soll das dienen? Sie haben doch gesagt, Sie meinen es auch mit uns gut, weil das auch für Sie so gut ist und das auch für Österreich dann gut sein muß.

Oder wenn Ihr Generalsekretär anlässlich des Staatsfeiertages erklärt: „Das einzige, was diese Republik an sichtbaren Zeichen hervorgebracht hat, ist – wenn Sie wollen – die Präsidentengruft im Zentralfriedhof.“ (*Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ.*)

Nun, ich muß schon sagen: Natürlich kann man die Politik zum Kabarett umfunktionieren. Aber ernstzunehmen ist das nicht. Sie haben gesagt, wir haben Österreich aufgebaut, und ich habe nicht in Zweifel gestellt, daß ich unter „wir“ auch Sie gemeint habe. Sehen Sie, dann soll man nicht hergehen und sagen anlässlich des Staatsfeiertages, das einzige österreichische

Wille

sichtbare Zeichen wäre die Präsidentengruft. Das ist zuwenig.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang den Artikel von Professor Horst Knapp in Erinnerung rufen, erschienen im „Kurier“ am 27. Oktober 1975, in dem Knapp versucht, nach 20 Jahren eine Bilanz zu ziehen. Er kommt zur Auffassung, Österreich hat es heute besser als die Besatzungsmächte. Diese Auffassung vertritt ein Wirtschaftswissenschaftler in einer unabhängigen Zeitung und nicht jemand von der Regierungspartei. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel*) Herr Kollege Keimel, jetzt habe ich Ihnen erklärt, wie das mit der Staatsverschuldung ist. Darf ich voraussetzen, daß auch Sie das endlich einmal verstehen werden. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ*.)

Ich glaube, daß wir vielleicht noch ganz kurz zu einer dritten Frage etwas sagen sollten. Immer wieder, auch unser Kollege Hanreich hat Systemkritik dadurch betrieben, daß er gesagt hat: Wir brauchen weniger Staat. Es gibt zu viel Staat, und wir sollten endlich prüfen, wo denn weniger Staat nötig ist.

Da möchte ich der Opposition einen Vorschlag machen; das ist kein Verlangen, sondern nur ein bescheidener Wunsch.

In der Tageszeitung „Die Presse“ wird am 31. Oktober 1975 von Kurt Horwitz die Meinung vertreten, „daß man die finanzielle und moralische Verantwortung nicht auf einen anonymen Staat abschieben und dann scheinheilig den Verlust der Verantwortung beklagen kann“. Das ist auch meine Meinung.

Und dabei komme ich zu den Preisen, um auch dazu etwas zu sagen. Wir erklären Ihnen nun seit vier Jahren, daß wir von 24 OECD-Staaten, von 24 Industriestaaten der freien Welt, den viertbesten Platz einnehmen. Die Grübler beginnen dann zu fragen: Wieviel ist denn da importiert und wieviel nicht?

Ich möchte Ihnen sagen: Selbst wenn gar nichts importiert worden ist von der Inflation, stehe ich zu unseren 8,8 Prozent, weil ich weiß, daß die Inflation in Europa und in den OECD-Staaten 13 Prozent beträgt. Da hat uns doch gar nicht zu interessieren, was importiert und was nicht importiert worden ist, sondern wir sollten anerkennen: Die Stabilisierungsbemühungen in Österreich haben Erfolg. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Aber was geschieht nun? Obwohl der Finanzminister den Abgeordneten eine Graphik vorlegt, aus der hervorgeht, daß der Abstand gegenüber dem OECD-Durchschnitt in positiver Hinsicht nun bereits 3,5 Prozent beträgt und noch nie so groß war wie jetzt – noch nie lag Österreich mit der Inflationsrate so stark unter

dem OECD-Durchschnitt wie jetzt –, sagt die ÖVP in ihrer Einfallslosigkeit nicht: Aha, die Inflation ist in Österreich sehr gering, das beanspruchen wir für uns. Die Inflation oder die geringe Teuerung ist ja auch nur deswegen so gering, weil die Sozialpartner und die Unternehmer richtig gewirtschaftet haben.

Das müßten Sie doch sagen. Sie haben nicht einmal dazu den Mut, sondern Sie erklären alle Tage, obwohl die Inflation in Österreich eben so beispielgebend ist in der Welt: Der Staat ist schuld. Und was provozieren Sie damit? Natürlich staatliche Intervention, mehr Staat. Das wollen Sie doch offensichtlich haben. Ja aber man sollte sich entscheiden: Entweder Systemkritik, weniger Staat, dann mehr Verantwortung, aber nicht alle Verantwortung, ja sogar jene Verantwortung, die man doch leicht tragen könnte, auch noch auf den Staat abzuschieben.

Professor Kausel hat in den „Finanznachrichten“ darauf hingewiesen, daß „Österreich noch vor dem traditionellen Hort finanzieller Stabilität, der Schweiz, das drittstabilste Land der Welt ist“. Er geht dann auf die Frage ein, wie denn das mit dem deutschen Stabilitätsvorsprung ist, weil in der Bundesrepublik eine größere Stabilität registriert wird als in Österreich, und sagt dann: „Bezüglich der relativen Stabilität der Sachgüterpreise läßt Österreich ganz Europa, insbesondere aber auch die Hartwährungsänder Bundesrepublik Deutschland und Schweiz hinter sich.“

Ja, jetzt frage ich Sie: Und da haben Sie nicht den Mut, die Verantwortung für diese Inflation zu übernehmen? Sie verlangen alle Tage mehr Staat und beklagen sich an anderer Stelle darüber, daß wir viel zuviel Staat hätten.

Ich glaube: Wenn wir schon am Beginn einer neuen Legislaturperiode stehen, sollten wir darüber nachdenken, wo Planung, Freiheit und Eingriff enden soll, aber auch, wo Freiheit in der Wirtschaft, wo freier Markt und freie Unternehmer nötig sind. Auch dazu sollten wir uns doch bekennen. Denn ich bin der Meinung: Wenn es eines Tages keinen freien Markt geben würde oder auch keinen Bereich von Freiheit in der Wirtschaft, wäre schließlich alle Freiheit verloren. Ich glaube also: Wenn wir am Beginn einer neuen Legislaturperiode stehen, sollten wir uns doch vielleicht auf eine ehrlichere Auseinandersetzung in ergiebigeren Bereichen konzentrieren.

Als heute die ÖVP-Anfrage vorlag, wieviel Prozent denn die Erhöhung der Tarife bei der Post auf den Lebenshaltungskostenindex ausmachen wird, habe ich mir gedacht: Na ja, die Welt brennt, aber einer fragt, wieviel Prozent, wieviel Zehntelpunkt der Posttarif ausmacht, gemessen am Lebenshaltungskostenindex.

Wille

Deswegen haben viele meine Zusatzfrage nicht verstanden, derzu folge es doch viel wichtiger ist, zu sehen, wo Österreich in der Welt steht, als hier langatmige Erörterungen abzuführen, ob das ein oder zwei Zehntelprozent sind, um die der Lebenshaltungskostenindex steigt.

Also abschließend möchte ich noch einmal wünschen und sagen: Wenn es uns gelänge, eine ehrlichere Auseinandersetzung in ergiebigeren Bereichen zu führen, dann, glaube ich, wäre unsere Arbeit, die Arbeit der Opposition wie die Arbeit der Regierungspartei, in den kommenden vier Jahren besser gemeistert. Danke sehr. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. (*Abg. Dr. Fischer: „Differenzierte Opposition“! Werden wir schauen!*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich zu Beginn auf einige Ausführungen meines Vorredners Wille eingehen. Er hat am Anfang festgestellt, daß verschiedenes in den Ausführungen des Herrn Parteiobmannes Dr. Taus und des Herrn Klubobmannes Dr. Koren von ihm nicht verstanden wurde. Offensichtlich hat man aus seinem Diskussionsbeitrag gemerkt, daß das tatsächlich der Fall ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich möchte dazu feststellen, daß das nicht unsere Schuld ist. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist ein Niveau!*)

Eine zweite Feststellung: Der Herr Abgeordnete Wille hat von den Zahlen des Budgets überhaupt nicht geredet und damit alles gesagt. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: So einfach ist das?*)

Dann hat er noch der ÖVP Einfallslosigkeit vorgeworfen und hat dabei ganz übersehen, daß er gesagt hat, daß die SPÖ hilflos ist, daß also die Hilflosigkeit dort dominiert. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Das also kann man zusammenfassend zu seinen Ausführungen sagen.

Aber ein Wort hat mich besonders beeindruckt: das war der Begriff „Wahrheit“. Die Wahrheit ist immer wieder von meinem Vorredner Wille in den Vordergrund gestellt worden. Ich möchte dazu bitten, daß man auch endlich einmal von der Regierungsbank aus, Herr Finanzminister und Herr Bundeskanzler, mit der Wahrheit und der Handhabung von Statistiken offen vorgeht.

Es wird der österreichischen Bevölkerung in der Frage der Beschäftigten einfach ununterbro-

chen etwas Falsches vorgenommen. Es gibt entweder unselbständige Beschäftigte – dann stimmt die Zahl –, und es gibt Erwerbstätige – das wurde heute schon vom Vorredner Hanreich erwähnt – unter Einbeziehung aller in Österreich berufstätigen Personen, also auch der Selbständigen, der Bauern und der Gewerbetreibenden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man dazu etwas feststellen kann: Der Mikrozensus hat 1970 eine Erwerbstätigenzahl in Österreich von 2.994.000 Personen ergeben, im März 1971 von 3.369.000 Personen und im Juni 1974 von 3.047.000 Personen; das waren also um 320.000 Erwerbstätige weniger als 1971. Die Zahl von 1975 liegt noch nicht vor, sie ist noch wesentlich niedriger.

Das sind also die Tatsachen, und daher möchte ich bitten, endlich einmal genaue Begriffe zu verwenden und nicht immer die Bevölkerung falsch zu informieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der vom Finanzminister Androsch vorgelegte Bundesvoranschlag für das Jahr 1976 zeigt so deutlich, wohin die Finanz- und Budgetpolitik der sozialistischen Regierung in Österreich geführt hat. Welche Grundsätze können wir erkennen? – Es wurde schon einiges festgestellt:

Erstens: Ein gewaltiges Budgetdefizit und eine sprunghaft ansteigende Staatsverschuldung.

Zweitens: Stagnierende öffentliche Investitionen, insbesondere auch bei der Infrastruktur im Straßenbau und im ländlichen Raum.

Drittens: Schwere Belastungen für die österreichische Bevölkerung.

Viertens: Die öffentliche Verschwendug bleibt trotz der Kritik des Rechnungshofes weiterhin bestehen.

Fünftens: Die österreichische Land- und Forstwirtschaft wird von dieser Regierung schwer benachteiligt.

Und schließlich noch eine Feststellung: Die Doppelzüngigkeit in den Aussagen. Wenn wir die Regierungserklärung und die Budgetrede, die Darstellungen, die gemacht werden, und zum Teil bewußte Informationslücken oder Informationsfehler betrachten, dann müssen wir feststellen, daß das bereits ein nicht mehr zumutbares Ausmaß erreicht.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte kurz eingehen.

Es wurde bereits das gewaltige Budgetdefizit und das sprunghafte Ansteigen der Staatsschulden festgestellt. Jedenfalls ist zu sagen, daß im Jahre 1976 im Grundbudget 36 Milliarden und

Dr. Zittmayr

im Konjunkturausgleich-Voranschlag 7,1 Milliarden, zusammen daher 43 Milliarden Schilling Defizit aufscheinen. Das muß man auch einmal bei dieser Budgetdebatte offen sagen, und die Sozialisten verschweigen bewußt diese Tatsache, wollen das also nicht zugeben.

Heuer, 1975, haben wir ein Budgetdefizit in der Größenordnung von 43 bis 46 Milliarden Schilling. Das steht bereits fest, obwohl der Herr Finanzminister im Sommer des heurigen Jahres alles bestritten hat, obwohl der Finanzminister nicht rechtzeitig die auf Grund seiner gesetzlichen Verpflichtungen ihm obliegenden Aufgaben erfüllt hat. Jetzt ist es also Tatsache geworden mit der Finanzgesetznovelle und dem Budgetüberschreitungsgesetz, und es wurde bewußt vor der Wahl die österreichische Bevölkerung falsch informiert. Das muß man hier ganz klipp und klar feststellen. (Abg. Dr. Tull: Von der ÖVP selber!) Es wurde der Bevölkerung nicht gesagt, was auf sie zukommt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Es wurden Plakate angeschlagen mit einem blauen Himmel, drei kleinen weißen Wölkchen und: Vier weitere gute Jahre. Mit diesem Slogan hat man die österreichische Bevölkerung praktisch bewußt falsch informiert. (Abg. Dr. Tull: Und was ist mit euren Verleumdungsplakaten?) Wir haben mit unseren Plakaten leider recht behalten. Uns wäre es lieber gewesen, wir hätten nicht recht behalten. (Abg. Dr. Tull: Ach so: mit den Lehrlingen!)

Jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite: 1975 und 1976 werden daher von dieser Regierung zusammen um 90 Milliarden Schilling mehr ausgegeben als eingenommen werden. In zwei Jahren werden also 90 Milliarden Schilling mehr ausgegeben als eingenommen werden. Ein Fünftel der Ausgaben des kommenden Jahres müssen über Kredite finanziert werden. Das ist also schon ein Ausmaß, das beängstigend ist, wenngleich wir uns dazu bekennen – es wurde heute schon gesagt –, daß man in einer solchen Zeit Kredite aufnehmen muß, aber sinnvoll und zur tatsächlichen Förderung der Beschäftigten.

Jedenfalls ist auch eines klar: Die Staatsverschuldung Österreichs. Es wurde schon darauf hingewiesen: 1969 waren es 43 Milliarden, 1974 61 Milliarden, am Jahresende 1975 sind es 99,6 Milliarden, und voraussichtlich werden es am Ende 1976 124 Milliarden Schilling sein.

Das heißt mit anderen Worten: Von 1969 bis 1976 haben sich die Staatsschulden verdreifacht, und innerhalb der letzten zwei Jahre, zwischen 1974 und 1976, haben sich die Staatsschulden in Österreich verdoppelt. Das wäre dem gleichzusetzen, wenn eine Familie 100.000 S Schulden hat und innerhalb von zwei Jahren von

100.000 S Schulden auf 200.000 S kommt, oder wenn ein Betrieb 1 Million Schilling Schulden hat und innerhalb von zwei Jahren die Schulden verdoppelt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist für die Österreicher schon interessant. Das ist keine Schwarzmalerei oder „teuflische Demagogie“, wie es der Herr Abgeordnete Wille bezeichnet hat, sondern das sind die Dinge, die die Österreicher bezahlen müssen, wir alle gemeinsam, und daher muß man auch ganz offen von diesen Dingen reden.

Es ist so, daß die Staatsschulddentilgung und die Zinsen – das wurde heute schon angeführt – auch eine beachtliche Höhe erreichen. Wir werden nächstes Jahr 23 Milliarden Schilling nur für Zinsen und Tilgung brauchen. Das sind um 10 Milliarden mehr als heuer. 10 Milliarden Schilling, das ist ungefähr so, als würde in Österreich ein Jahr hindurch auf dem Straßenbau und beim Autobahnbau nichts geschehen und als würde der gesamte Grüne Plan zum Beispiel und das Bergbauern-Sonderprogramm nicht durchgeführt werden.

Das wären ungefähr 10 Milliarden Schilling. Diesen Betrag müssen wir Österreicher nächstes Jahr auf den Tisch legen und bezahlen, und dafür kann umso weniger investiert werden. Das heißt mit anderen Worten: Die Zeche bezahlen wir alle gemeinsam, und wir müssen alles auf Heller und Pfennig zurückzahlen. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen.

Die Stagnierenden öffentlichen Investitionen wurden bereits angeführt. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß sich gerade im ländlichen Raum die fehlenden Infrastrukturmaßnahmen sehr, sehr negativ auswirken.

Einen weiteren Punkt, den ich schon in der Zusammenfassung angeführt habe, ist die Belastung der österreichischen Bevölkerung auf den verschiedenen Gebieten – auch nur ganz kurz –: Die Mehrwertsteuer.

Im Finanzausschuß wurde bereits die betreffende Vorlage behandelt. Von der sozialistischen Mehrheit wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozentpunkte erhöht. Damit wird die österreichische Bevölkerung im nächsten Jahr mit rund 5 bis 5,5 Milliarden Schilling belastet werden. Diese Erhöhung der Mehrwertsteuer, die von uns abgelehnt wird, bedeutet für die österreichische Wirtschaft eine schwere Belastung, insbesondere auch für den Fremdenverkehr. Sie fördert den Preisauftrieb nicht um ein Zehntel Prozent, wie wir heute gehört haben wegen der höheren Postgebühren, sondern praktisch um 1 Prozent aus diesem Titel allein. Dies unabhängig davon, daß die Regierung ja eine ganze Reihe von neuen Erhöhungen und

Dr. Zittmayr

Belastungen angekündigt hat: Ob es sich nun um die Bahnpreiserhöhung handelt oder das ominöse Autobahnpickerl oder die Ankündigung der Gebührenerhöhung, die versteckt in der Budgetrede schon enthalten war. Man wird also für solche Dienstleistungen mehr bezahlen müssen.

Die Österreicher werden im Laufe des Jahres 1976 noch allerhand bezahlen müssen für das, was von der Regierung vorgeschlagen wird. Es sind Schätzungen, die der österreichischen Bevölkerung auferlegt werden.

Man hat versucht, diese Tatsache der Mehrbelastung in der Regierungserklärung und auch in der Budgetrede möglichst so zu verpacken, daß es für die österreichische Bevölkerung nicht erkennbar ist. Aber in Wirklichkeit muß man sagen, wenn man etwas genauer hinklickt, daß wir uns nicht nach Worten orientieren dürfen, sondern nach Taten, das heißt nach dem, was tatsächlich geschieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Punkt auch noch ganz kurz: Obwohl der Rechnungshof vor kurzem, wenn auch erst nach der Wahl und mit einigen Jahren Verspätung, die von der Österreichischen Volkspartei schon immer aufgezeigten Mängel im System und in der Organisation des kostenlosen Schulbuches oder der Schülerfreifahrten bestätigt und kritisiert hat, werden trotzdem für 1976 von dieser Regierung überhaupt keine Änderungen der Organisation – gewisse Einsparungen und so weiter – ins Auge gefaßt. Es wird einfach alles beim alten gelassen, es wird weiter verschwendet. Es werden Hunderte Millionen Schilling Familiengelder buchstäblich durch schlechte Organisation beim Fenster hinausgeworfen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Oder: Die notleidenden städtischen Verkehrsbetriebe erhöhen die Beträge für die Kinder- und Schülerfreifahrten, um aus dem Familienlastenausgleich mehr Geldmittel hereinzu bringen. Das ist doch eine Zumutung sondergleichen. Der Rechnungshof hat es beanstandet, die Regierung tut nichts.

Ja, so kann man nicht arbeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn der Rechnungshof das beanstandet, hofft man doch, daß eine Regierung sich darum kümmert.

Von der Verwaltungsreform möchte ich gar nicht reden: Sie wurde fünf Jahre besprochen, und fünf Jahre ist nichts – aber schon gar nichts – auf diesem Sektor geschehen.

Zu einem weiteren Punkt, zur Land- und Forstwirtschaft: Die Worte des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung betreffend die Landwirtschaft waren ja wunderbar. Man muß sagen: Man ist direkt gerührt, wenn man

das liest. Wenn dann noch einer dabei ist, der glaubt, daß das, was der Herr Bundeskanzler sagt, auch tatsächlich verwirklicht wird, hat er sich zumindest einige Tage freuen können. Aber leider nicht länger.

Es ist nämlich das Budget 1976 für die Landwirtschaft so, daß wir sagen müssen: Das Gegenteil von dem, was in der Regierungserklärung gesagt wurde, ist eingetreten. Der Unterschied zwischen den Worten in der Regierungserklärung, aber auch in der Budgetrede einerseits und den Handlungen sowie Tatsachen andererseits, zeigt so richtig auf, wie man in dieser Regierung mit verschiedenen Zungen redet und wie man es mit der Durchführung der Zusagen eigentlich hält. Er zeigt uns aber auch auf, daß man mit einer gewissen Verantwortungslosigkeit einfach diese Dinge in die Welt setzt.

Ich möchte einige dieser Zitate verlesen.

„Die Bundesregierung ist sich bewußt“ – sagte der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung – „daß die Land- und Forstwirtschaft zu mehr als 80 Prozent den Bedarf der Bevölkerung an qualitativ hochwertigen Produkten deckt und daß es vordringlich Aufgabe besonders eines neutralen Staates ist, die Erfüllung dieses wichtigen Versorgungsauftrages auch in Zukunft sicherzustellen.“

Wunderbar, wunderbar. – Das zweite:

„Das ist aber nur dann möglich, wenn es gelingt, für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, die es ihnen attraktiv erscheinen lassen, weiterhin im ländlichen Raum zu bleiben.“

Das sind zum Beispiel wunderbare Worte in der Regierungserklärung. Da können wir sagen: Das ist in Ordnung. Aber ich werde dann gleich auf die Tatsachen zu sprechen kommen, die im konträren Gegensatz zu dem stehen, was hier gesagt wurde.

Oder es sagte der Herr Bundeskanzler in der Regierungserklärung:

„Zur Verwirklichung ihrer agrarpolitischen Zielsetzungen wird die Bundesregierung auch der weiteren Modernisierung der Agrarmarktordnung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes und des Weltmarktes ein besonderes Augenmerk zuwenden. In Zeiten instabiler Weltagrarmärkte erscheint dies besonders notwendig.“

Also wunderbar. (Abg. Fachleutner: Daher lösen wir alles auf!) Daher lösen wir alles auf; ich komme auf diese Dinge noch kurz zu sprechen.

Oder – noch ein Punkt –:

Dr. Zittmayr

„Die überbetriebliche Zusammenarbeit“ – sagte der Herr Bundeskanzler – „wird deshalb einer der Schwerpunkte der agrarpolitischen Aktivitäten der Regierung sein, weil durch sie die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft rationell eingesetzt werden und damit auch ein innerlandwirtschaftlicher Zuerwerb vielen Betrieben ermöglicht wird, vor allem aber, weil die Maschinenkosten durch sie erheblich gesenkt werden könnten.“

Das ist zum Beispiel so eine Formulierung: Als wir vergangenen Donnerstag im Finanz- und Budgetausschuß beantragt haben, man möge einen ermäßigten einheitlichen Mehrwertsteuersatz für die Maschinenringe einführen, haben die sozialistischen Abgeordneten diesen unseren Vorschlag abgelehnt. Das ist die Tatsache! (Abg. Kern: *Das ist die Wahrheit!*)

Meine sehr Geehrten! Wie verhält sich denn die Ausführung des Herrn Bundeskanzlers in der Frage der Einkommensbildung zu den tatsächlichen Verhältnissen? – Sehen wir uns einmal das Budget 1976 an.

Nur ganz kurz: An Ausgaben für den Grünen Plan 1976 sind 1383,6 Millionen Schilling vorgesehen. Das sind um 40 Millionen Schilling weniger als 1975. Das ist die Tatsache! Trotz einer Inflation in der Größenordnung von 8 bis 9 Prozent.

Zweitens: Das Bergbauern-Sonderprogramm in der Höhe von 417,1 Millionen Schilling als Bestandteil des Grünen Planes bleibt gegenüber 1975 unverändert, obwohl auch hier durch die Inflation die Kaufkraft dieser Beträge stark abgesunken ist.

Jedenfalls klingt die Darstellung des Finanzministers in seiner Budgetrede immer so, als würden die Bauern Mittel aus dem Grünen Plan bekommen und dazu Mittel aus dem Bergbauern-Sonderprogramm. In Wirklichkeit ist das Bergbauern-Sonderprogramm ein Bestandteil des Grünen Planes. Aber es wird immer so dargestellt, als würde es sich um eine zusätzliche Leistung für die Bergbauern handeln.

Das Budget für die Landwirtschaft ist in den letzten fünf Jahren am allerwenigsten gewachsen. Es hat sich praktisch nicht wesentlich verändert, wie wir ja auch aus den Unterlagen, die uns der Herr Finanzminister gegeben hat, sehen.

Die Mittel für den Schutzwasserbau und für die Lawinenverbauung – rund 855 Millionen Schilling – sind praktisch unverändert.

Für die Preisausgleichsmaßnahmen, sehr geehrter Herr Finanzminister, haben Sie für 1976 insgesamt um 740 Millionen Schilling weniger vorgesehen als 1975, wenn man das

Jahr 1975 einschließlich der beiden Budgetüberschreitungsgesetze mit diesen Werten des Jahres 1976 vergleicht.

Sie haben geschrieben, Sie wollen stabile Märkte und wollen die Erzeugerpreise sichern. Wie Sie mit 740 Millionen Schilling weniger diese Situation verbessern und Erzeugerpreise sichern wollen, kann ich mir nicht vorstellen. Wir sehen auch schon: Es sind hinsichtlich aller Maßnahmen bereits die ersten Kürzungen verfügt worden, sodaß die Landwirtschaft darunter auch wieder schwerstens zu leiden hat.

Das wäre die Budgetseite. Aber neben dem Budget kommt auf die Landwirtschaft noch Besonderes zu:

Für die österreichische Land- und Forstwirtschaft tritt ab 1. Jänner 1976 eine zusätzliche gewaltige Mehrbelastung durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 2 Prozentpunkte – von 16 auf 18 Prozent – ein. Da die sozialistische Regierung nicht gleichzeitig auch den pauschalen Vorsteuerabzug für den pauschalierten Bauern erhöht, bedeutet das, daß diese Mehrausgaben beim Einkauf von Betriebsmitteln und Investitionsgütern effektive Kosten für die Bauern sind und damit das Einkommen der Bauernschaft senken.

Die Größenordnung der Senkung ist beachtlich. Sie erreicht mit den bis jetzt unberücksichtigten Mehrwertsteuerbelastungen insgesamt 1 Milliarde Schilling pro Jahr. Das sind die letzten zwei Milchpreiserhöhungen und die Getreidepreiserhöhung in einem, die durch diesen Schachzug der Regierung einfach den Bauern weggenommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Ungerechtigkeit gegenüber einem Berufsstand, der so hart um seine Existenz ringt. Das ist einfach unverständlich. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Kern: *Das ist Klassenkampfpolitik!*) Das ist Klassenkampf auf dem Steuersektor. Das ist vollkommen richtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vergleichen Sie nochmals die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung: Die Landwirtschaft ist so wichtig für die Ernährungssicherung – 80 Prozent –, so wichtig, daß man sich darum kümmert, daß diese Leute mehr Einkommen haben. Der gleiche Bundeskanzler stimmt bereits, bevor er die Regierungserklärung verliest, im Ministerrat zu, daß die Finanzgesetznovelle, das Mehrwertsteuergesetz, das Abgabengesetz in der Form geändert werden, daß die gleichen Bauern, für die er in der Regierungserklärung eintritt, eine Belastung von 1 Milliarde Schilling bekommen. Das ist die Doppelzüngigkeit, die von uns so besonders kritisiert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Zittmayr

Noch ein Problem aus der Budgetrede möchte ich aufgreifen. Es ist eine Frage, die der Herr Finanzminister aufwirft, nämlich die der stark zurückgebliebenen Einheitswerte. Er schreibt dort, dies bedeutet, daß der Staat als Inflationsverlierer in Erscheinung tritt.

Dazu, Herr Finanzminister, einige Feststellungen. Es ist sehr bedauerlich, daß er sich durch den Herrn Außenminister vertreten läßt, denn dieser wird sicher nicht dafür kämpfen, daß wir auf diesem Sektor eine bessere Situation bekommen. Aber offensichtlich ist die Landwirtschaft für den Herrn Finanzminister sowieso ein Wirtschaftszweig, der ihn wenig interessiert, und daher hat er es vorgezogen hinauszugehen. Jedenfalls möchte ich dem Herrn Finanzminister folgendes sagen:

Erstens: Die Inflation ist nicht von der Landwirtschaft ausgelöst worden, die Landwirtschaft ist vielmehr der am stärksten betroffene Wirtschaftszweig.

Zweitens: Der landwirtschaftliche Einheitswert ist ein Ertragswert, der auf dem nachhaltig erzielten Reinertrag pro Hektar aufbaut. Das dürfte der Finanzminister hoffentlich auch wissen.

Drittens: Aus den Grünen Berichten und aus den Buchführungszahlen der letzten zehn Jahre, Herr Finanzminister, können Sie entnehmen, daß der Reinertrag je Hektar im Jahre 1958 im Bundesmittel 726 S betragen hat, und 1974 hat er 780 S je Hektar betragen. Das heißt, in diesen 18 Jahren ist mit jährlichen Schwankungen nach oben oder unten der Reinertrag je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche praktisch gleichgeblieben. Daher besteht nach unserer Auffassung keine sachliche Berechtigung zu einer offensichtlich von Ihnen ins Auge gefaßten Erhöhung der Einheitswerte für die Landwirtschaft. Eine solche Erhöhung wäre eine neuerliche zusätzliche Belastung und damit eine Verringerung des landwirtschaftlichen Einkommens.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky bekennt sich in der Regierungserklärung zur Modernisierung der Agrarmarktordnung und unterstreicht die Bedeutung der Ernährungssicherung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir das verfolgen, was in den letzten Tagen auf diesem Sektor von sozialistischer Seite wiederum gesprochen und überlegt wurde, und wenn wir bedenken, daß auch ein Entwurf einer Regierungsvorlage über die Agrarmarktordnung in Begutachtung geschickt wurde, dann haben wir den Eindruck, daß man offensichtlich die Bedeutung nicht richtig erkennt beziehungsweise daß man einfach das Gegenteil von dem tut, was in der Regierungserklärung steht. Wenn man nämlich einerseits schreibt, daß die

österreichische Landwirtschaft 80 Prozent der Ernährung für die Bevölkerung sichert – und das als richtig erkennt –, wenn man sagt, daß die Weltmärkte unstabil sind und daher eine Sicherung der Versorgung aus dem eigenen Land wichtig ist, dann muß ich sagen, kann man mit so wichtigen Dingen nicht einfach spielen und glauben, man könnte hier in einen Berufsstand Uneinigkeit hineintreiben oder die ÖVP aufspalten oder was sonst immer noch.

Eines jedenfalls, glaube ich, sollten wir alle zur Kenntnis nehmen: Österreich braucht zum Beispiel auch, weil wir einen großen Importbedarf haben, eine Energiesicherung. Wir sind dafür, daß man die Energieversorgung rechtlich entsprechend abdeckt und daß man entsprechend dafür ist, daß hier eine ordentliche gesetzliche Regelung erfolgt. Aber Sie werden verstehen, daß wir den Standpunkt vertreten, daß ebenso wichtig wie die Energiesicherung auch die Ernährungssicherung ist, und daß wir den Standpunkt vertreten, daß man die Regelungen so machen muß, daß sie langfristig aufeinander abgestimmt durchgeführt werden können.

Wenn man glaubt, die Österreichische Volkspartei mit Vorschlägen, die Notlösungen bedeuten, abspeisen zu können oder mit allen möglichen Dingen auf vertraglicher Basis diese Ernährungs- und Wirtschaftsordnung zu sichern, dann ist man offensichtlich einer irrgen Meinung, denn wir sind der Auffassung, daß hier eine ordnungsgemäße aufeinander abgestimmte gesetzliche Regelung bestehen muß, wenn man es mit diesem Land wirklich erst meint.

Ich darf zusammenfassend feststellen, daß das Budget 1976 mit seinem gewaltigen Defizit und der damit verbundenen Staatsverschuldung, mit den Belastungen für die gesamte österreichische Bevölkerung, insbesondere für die Bauern, und mit der Verwirklichung der darin enthaltenen sozialistischen Politik nicht unsere Zustimmung finden kann. – Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Melter.

Abgeordneter Melter (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers und die Budgetrede des Herrn Finanzministers gemeinsam beurteilen, so werden wir doch zu dem Ergebnis kommen, daß diese Regierung nur dem Namen nach regiert, aber eher doch nur verwaltet. Sie verwaltet kaum ein Vermögen, jedoch zunehmende Schulden. Kein gutes Ergebnis der bisherigen Regierungspolitik und noch schlechtere Aussichten für die künftigen Maßnahmen.

Melter

Wie sehr dies durch Anfragebeantwortungen in der heutigen Fragestunde unterstrichen wird, ergibt sich aus zwei Beispielen. Kollege Meißl hat den Bundeskanzler gefragt, welche Aktivitäten die Bundesregierung ergreifen werde, um die Situation der Bäuerin zu erleichtern. Der Bundeskanzler beruft sich darauf, daß man auch für die Bäuerin und ihre Kinder die Schulfahrtbeihilfe eingeführt habe. Das ist schon einige Jahre her, und es ergibt sich die Frage, wo der qualitative Unterschied der Schulfahrtbeihilfe für die Bäuerin im Vergleich zum Arbeiter, Angestellten, Beamten oder Kleingewerbetreibenden ist. Es ist doch hier kein Unterschied.

Der Herr Bundeskanzler mußte sich doch irgend etwas gedacht haben, als er diese Formulierung der besonderen Aktivitäten für die Bäuerin in die Regierungserklärung aufgenommen hat. Er weiß aber einige Tage nach der Diskussion über diese Erklärung immer noch nicht, was darunter zu verstehen ist und welche Maßnahmen er etwa für die Zukunft zu setzen gedenkt, um dieser besonderen Situation der Bäuerin zu entsprechen und sie an die der anderen Hausfrauen und Mütter anzupassen.

Man sieht also, es wird verwaltet, ein Problem zwar angesprochen, aber nicht gelöst, sondern vor sich hergeschoben.

Die zweite Frage ist von mir an den Herrn Vizekanzler, also den zweiten Mann dieser Bundesregierung, gestellt worden, und hier wollte ich Auskunft darüber, was eine dem tatsächlichen Einkommen entsprechende Beitragsleistung in der Sozialversicherung ist.

Nun, der Herr Vizekanzler hat eine ganz eigenartige Auslegung der Ermittlung des tatsächlichen Einkommens gefunden: die Auslegung, daß man pauschal die Mindestbeitragsgrundlage anheben muß. Und ein Pauschaleinkommen ist zweifellos kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Einkommen.

Aber mit derartigen vagen Formulierungen wird eben der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut. Und wenn der Herr Abgeordnete Tull hier die Worte „Illusionen“ und „dem gegenüber realistisch“ und so weiter verwendete, dann muß man doch sagen, daß diese Regierungserklärung und auch die Budgetrede eine derartige Masse an Illusionen und illusionären Vorstellungen enthalten, daß sie nicht überboten werden kann. Man hat keinen Platz mehr, noch zusätzlich etwas unterzubringen, obwohl 120 Seiten dafür benötigt werden sind.

Herr Kollege Wille hat den Begriff „Gaukelei“ verwendet. Diese Rede des Bundeskanzlers, die Zahlen und die Budgetrede des Finanzministers sind ein Beweis und ein Musterbeispiel an Gaukelei. (Beifall bei FPÖ und ÖVP.)

Erstes Thema meiner heutigen Ausführungen, dem ich besondere Bedeutung beimesse, ist jenes der Bevölkerungsentwicklung. Vor wenigen Tagen hat die Technische Hochschule in Wien eine sehr interessante Studie veröffentlicht. Und es dürfte jedem, der sich mit den Problemen des Gemeinwesens und des Staates beschäftigt, klar sein, daß das Problem der Bevölkerungsentwicklung größte Bedeutung hat. Aber die Bundesregierung hat mit keinem Wort zu diesem Problem irgendeine Äußerung abgegeben, und die Ansätze des Budgets zeigen die Mißachtung vor gewissen Gefahren, die uns aus der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre vor Augen geführt werden. Es kann doch niemand übersehen, daß der Geburtenrückgang eine außerordentlich große Bedeutung hat, wenn man darauf hinweist, daß wir im Jahre 1964 141.000 Geburten zu verzeichnen hatten mit einem Geburtenanteil an Gastarbeiterkindern von 3600. Diese Zahl ist innerhalb von zehn Jahren im Jahre 1974 auf 97.000 gesunken, wobei hier der Anteil der Ausländerkinder bereits 8200 beträgt.

Es ist also die Geburtenzahl um etwa ein Drittel gesunken, und das hat sehr deutliche Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, auf den Konsum und auf die Zukunftsaussichten dieses Landes und seiner Bevölkerung. Denn wenn man diese Geburtenentwicklung im Auge behält und sich überlegt, was geschieht, wenn es so weitergeht, dann muß man fragen, welchen Wert heutige Investitionen in die Infrastruktur haben und ob man Wert darauf legt, diesen Staat als selbständigen Staat zu erhalten, der einigermaßen eine Bedeutung im Völkerkonzert hat.

Aus der Prognose kann entnommen werden, daß bis zum Jahre 2000 die Bevölkerung auf unter 7 Millionen Einwohner absinken wird. Bei den derzeitigen Fruchtbarkeitsziffern würde bis zum Jahre 2100 eine Abnahme um etwa 40 Prozent der derzeitigen Bevölkerung erfolgen. Ist das das Ziel der derzeitigen Bundesregierung? Was beabsichtigt sie zu tun, um eine andere Entwicklung in die Wege zu leiten? Regierungserklärung und Haushaltsvoranschlag geben keine Auskunft zu dieser Frage, aber manche Veröffentlichungen in Massenmedien, die der Regierung nahestehen, reden immer noch von der Bevölkerungsexplosion und propagieren immer mehr die Abtreibung, die Enthaltsamkeit oder sonstige Vorsorgen. Worauf der größte Wert gelegt wird, das kann man nicht so genau unterscheiden; es wird je nach Einstellung auch in der Regierungspartei differenziert sein.

Im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung ergeben sich im Bereich der Zahl der Erwerbstätigten einige günstige Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaftskraft. Man prognost-

Melter

stiziert bis 2000 eine Zunahme der Erwerbstätigen um 325.000 Männer und 135.000 Frauen. Die Frage ist aber, wie sollen diese zusätzlichen Erwerbsfähigkeiten in den Wirtschaftsprozeß eingebaut werden, wie soll deren Existenz gesichert werden und wie soll sich eine wirtschaftliche Fortentwicklung für die Gesamtbevölkerung ergeben, insbesondere im Zusammenhang mit der Beseitigung der Armut, die ja vor vier Jahren schon angekündigt, aber bisher auch noch nicht verwirklicht ist.

Wenn wir die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen vor Augen haben, müssen wir natürlich auch daran denken, daß sich diese Erwerbstätigen Ansprüche auf Pensionen und Renten erwerben. Und hier zeigt sich, daß wir derzeit etwa 1,5 Millionen Pensionisten haben, daß die Schätzung besagt, bis zum Jahr 2000 wird die Zahl auf etwa 1,3 Millionen zurückgehen, dann aber innerhalb von 30 Jahren, und zwar unter Berücksichtigung der starken Geburtenjahrgänge in den sechziger Jahren, auf 1,7 Millionen Pensionisten ansteigen. Und daraus ergibt sich dann die Frage: Wenn wir jetzt schon bei 1,5 Millionen Pensionisten derartige Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Pensionsaufwandes gerade im Bereich der PVA der Arbeiter haben und wo die Regierung ja erst sehr spät entsprechende Vorsorge getroffen hat durch das Budgetüberschreitungsgesetz, mit zusätzlichen 2 Milliarden Schilling die Pensionen flüssigmachen zu können, was wird erst dann sein, wenn diese zunehmende Zahl an Pensionsanwärtern heranwächst?

Die Frage ist also, welches Verhältnis wird angestrebt zwischen den aktiv Erwerbstätigen und den Pensionisten. Diese Bundesregierung gibt darauf bisher keine Antwort. Aber jeder, der die Maßnahmen der letzten Jahre verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß in der Familienpolitik einige negative Merkmale sehr bezeichnend sind. Die Familienpolitik insgesamt kann man nämlich nur als schlecht beurteilen, denn die Politik dieser Regierung in diesem Zusammenhang hat dazu geführt, daß das Ansehen der Familie extrem verschlechtert worden ist und daß vielleicht gerade trotz Verbesserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen die Heiratsfreudigkeit absolut nicht zugenumommen und die Kinderfreundlichkeit extrem abgenommen hat. Die soziale Lage der Familie war dafür zweifellos mit entscheidend, wahrscheinlich hat sie am meisten dazu beigetragen.

Das kann man gerade aus dem Umstand erkennen, daß zwar die Zahl der Ein-Kind- und Zwei-Kinder-Familien auch zurückgegangen ist, daß aber der extreme Abfall bei drei Kindern, vier und mehr Kindern eingetreten ist, wo also der Rückgang der Kinderanzahl besonders

deutlich in Erscheinung getreten ist. In der Vergangenheit hat sich demgegenüber aber erwiesen, daß gerade die Mehr-Kinder-Familien die besten Voraussetzungen bieten, um sie zu wertvollen Gliedern dieser Gemeinschaft zu machen, daß also die Erziehung zum sozialen Wesen in der Großfamilie meistens günstiger verlaufen ist wie in Kleinfamilien, im besonderen bei Ein-Kind-Familien.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß hier die Regierung eine andere Politik zu betreiben hat, um eine Verhaltensänderung in der gesamten Bevölkerung herbeizuführen, um zu bewirken, daß das Ansehen der Familie als wertvollstes Glied der Gemeinschaft wieder gesteigert wird und daß sich allgemein eine positive Einstellung ergibt. Dies würde dann zweifellos dazu beitragen, daß die Fruchtbarkeitsziffer die fallende Tendenz verläßt und wenigstens wieder ausgeglichen wird.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Veränderung in der Größe der Bevölkerung auf den Konsum und damit auf die Wirtschaft eine ganz entscheidende Auswirkung hat. Je weniger Bewohner sind, umso weniger Konsumenten gibt es, umso weniger Bedürfnisse bestehen, umso weniger muß produziert werden und umso weniger wird umgesetzt. Damit ergibt sich ein Sinken der Wirtschaftskraft und zweifellos natürlich auch eine Beeinträchtigung der öffentlichen Aufwendungen.

Nun darf ich aber auch noch konkret werden. Es haben einige Vorredner, insbesondere Dr. Keimel, schon darauf hingewiesen, welche Entwicklung der Gesamtaufwand für die Familien aus Mitteln des Familienlastenausgleichs genommen hat. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Leistungen derzeit niedriger sind als vor fünf Jahren. Die Bundesregierung hat wiederholte Initiativen gerade der freiheitlichen Fraktion immer abgewiesen; abgewiesen unter ganz falschen Vorgaben, das muß man noch dazusagen. Die Regierung hat immer darauf hingewiesen, man könne nicht zu großzügig sein, weil die Reserven des Familienlastenausgleichsfonds benötigt würden für den Fall einer Rezession.

Gerade im vergangenen Jahr hat der Herr Finanzminister mit seiner Zahlengaukerei dargelegt, daß der Familienlastenausgleich wahrscheinlich mit einem Überschuß von über 500 Millionen Schilling abschneiden werde. Im Jahre 1976 prognostiziert er wieder einen Überschuß von beinahe 500 Millionen Schilling. Aus den Zahlen jedoch ergibt sich, daß trotz der rückläufigen Entwicklung der Wirtschaft auch heuer ein Überschuß an Einnahmen des Familienlastenausgleichs zu erwarten ist, der mit etwa 300 Millionen Schilling beziffert werden kann. Die Fehleinschätzung des Finanzministers: um die 800 Millionen Schilling.

Melter

Also auch in diesem Jahr hat die sozialistische Bundesregierung den Familien wieder die Leistungen vorenthalten, die für sie von den Erwerbstätigen erbracht worden sind. 800 Millionen Schilling wären zweifellos auch geeignet gewesen, wieder – zumindest im Wege einer Sonderzahlung – besondere Belastungen für die Familien auszugleichen.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß auch das kommende Jahr für die Familien zunehmende Probleme bringen wird; Gebührenerhöhungen stehen ins Haus, hervorgerufen in erster Linie durch die Bundesregierung, aber auch Preiserhöhungen bedrohen uns, auch sehr stark beeinflußt von dieser Regierung, hauptsächlich durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und das Versäumnis, Ersparungen im Verwaltungsbereich vorzunehmen.

Die letzte Erhöhung der Barleistungen im Familienlastenausgleich erfolgte zum 1. Jänner 1975. Wir haben Preissteigerungen um die 8 Prozent in diesem Jahr, um die 7 Prozent belaufen sich die Schätzungen für das kommende Jahr. Aber Vorsorge hat diese Bundesregierung keine getroffen. Die Familien sollen mit den gleichen bescheidenden Beträgen das Auslangen finden, die ab 1. Jänner 1975 festgesetzt sind.

Wir fragen also mit Recht: Wo ist die soziale Einstellung dieser Regierung? Die Familien müssen sie vermissen auf Grund der Tatsachen, die die Entwicklung im heurigen Jahr ergeben hat, und auf Grund der Zahlen, die das Budget der sozialistischen Regierung für das nächste Jahr ausweist.

Es ist auch darauf hinzuweisen, daß diese Regierung mit Mitteln des Familienlastenausgleichs erhebliche Geschäfte tätigt; Geschäfte nicht nur daraus, daß die mehr als 6 Milliarden Schilling Reserven im Familienlastenausgleich als Deckungskapital für andere Dinge herangezogen werden, sondern auch damit, daß erhebliche Investitionen nicht nur bei den städtischen Verkehrsbetrieben, sondern insbesondere auch bei den Bundesbetrieben, also Bundesbahn und Bundespost, aus Mitteln dieses Familienlastenausgleichs finanziert werden. Gerade im Bereich der Schülerfreifahrten – so kann dem Budget entnommen werden – ergeben sich die stärksten Steigerungen des Aufwandes. Es gibt also eine Verlagerung von Familienförderungsmitteln zu Betriebsinvestitionen bei Bundesbetrieben oder Gemeinschaftsbetrieben der Großgemeinden. Zweifellos ist das aber keine vordringliche Aufgabe des Familienlastenausgleiches, sondern das wäre Aufgabe allgemeiner Budgetmittel.

Im zweiten Teil der bereits erwähnten Arbeit der Technischen Hochschule wird auf die

Lebenserwartung, auf die Sterblichkeitsraten, auf die verschiedenen Krankheiten Bezug genommen und dabei ausgeführt, daß Österreich immer noch eine sehr schlechte Position einnimmt bei der Krankheitsbekämpfung, bei der Bekämpfung bestimmter körperlicher Beeinträchtigungen. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*)

An erster Stelle stehen wir in Österreich bei Sterblichkeitsraten wegen Kreislauferkrankungen und bei bösartigen Neubildungen, an zweiter Stelle bei der Leberzirrhose und im Spaltenfeld noch bei den Selbstmorden, bei den Unfällen, besonders Verkehrsunfällen und bei Krankheiten des Magen- und Darmtraktes. Hier sei auf die Selbstmorde hingewiesen. Da hat der Bundeskanzler schon vor vier Jahren ein Programm angekündigt, um diese Selbstmordrate zu senken. Das Spaltenfeld haben wir nicht verlassen! Ich glaube, ein Zeichen dafür, daß die Vermenschlichung der Gesellschaft keine Fortschritte erzielt hat, obwohl sie sehr stark propagiert worden ist und obwohl sie in der Bevölkerung zweifellos sehr starken Widerhall gefunden hat. Man hat nur ein schönes Bild, eine Fata Morgana vorgegaukelt, aber nichts unternommen, um eine echte Verbesserung herbeizuführen.

Ähnlich verhält es sich mit den Unfällen im Verkehr. Da ist es auch, glaube ich, der Herr Abgeordnete Keimel gewesen, der schon darauf hingewiesen hat, daß die Vorsorgemaßnahmen gegen Unfälle im Straßenverkehr bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Unfälle, die sich gerade in letzter Zeit wieder aus Kollisionen zwischen Straßenverkehr und Schienenverkehr ergeben haben, zeigen, daß es noch ein großes Aufgabengebiet des Bundesstraßenbaues, aber auch der Sicherung der Bahnanlagen ist, hier bessere Verhältnisse zu schaffen.

Sehr groß ist auch die Zahl der Unfälle im Haushalt. Besonders betroffen sind ältere Frauen, was wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß sie oft in abgewohnten Wohnungen und Häusern leben müssen, die schon lange eine Renovierung benötigen würden. Die Vorstellungen, die man in dieser Richtung vertreten hat, haben leider noch kaum zu einer Verifizierung von Verbesserungsmaßnahmen geführt. Es gibt Versäumnisse noch und noch, Versäumnisse gerade in jenen Bereichen, die nicht nur auf Bundesebene, sondern meistens auch im Gemeindebereich durch sozialistische Mandatare zu vertreten sind.

Was die Lebenserwartung betrifft, so wurde nur festgestellt, daß die Frauen glücklicher sind, weil sie im Durchschnitt sieben Jahre mehr zugeteilt erhalten. (*Abg. Marga Hubinek: Das macht der solide Lebenswandel!*) Die Enthalt-

Melter

samkeit im politischen Leben? – Es wäre zu fragen, was die Bundesregierung zu unternehmen gedenkt, um diese Diskrepanz in etwa zu beseitigen und auch den Männern ein längeres Leben zu vermitteln. Voraussetzung dafür wäre aber jedenfalls, daß man den Männern, die vielleicht doch etwas mehr Verantwortung im Wirtschaftsbereich zu tragen haben – wenigstens in der Praxis –, Sorgen abnehmen sollte, daß man also auch ihnen Erleichterungen schafft. Dem läuft allerdings die Entwicklung zuwider, die zum erheblichen Teil die Bundesregierung zu verantworten hat, nämlich zu zwei Dritteln. Wenn man die Zahl des Abgeordneten Wille heranzieht, der sagt, daß etwa 33 Prozent auf Einwirkungen der umgebenden Volkswirtschaften zurückzuführen sind, dann bleiben zwei Drittel innere Einwirkungen, und hier hätte also die Bundesregierung erhebliche Möglichkeiten, um bessere Verhältnisse herbeizuführen.

Nun noch das Problem des Arbeitsmarktes. Hier ist festzustellen, daß wir im September dieses Jahres um 11.900 weniger unselbstständig Erwerbstätige hatten als vor einem Jahr, bei einer Beschäftigtenzahl von 2,695.000. Die Zahl der Arbeitslosen mit 40.000 ist um 16.200 höher als vor einem Jahr. Das Arbeitsplatzangebot mit 27.540 hat sich gegenüber 1974 um mehr als die Hälfte verringert, nämlich um 29.500. Das ist also eine sehr fühlbare Verschlechterung.

Die Prozentsätze sagen in diesem Zusammenhang zweifellos viel zuwenig aus über die Probleme, mit denen die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zu tun haben. Sie rechnen nicht mit den Prozentsätzen, die betroffen sind, sondern mit dem Umstand, daß sie selber zu diesem Kreis sozial Benachteiligter zu zählen sind. Es ist ja bekannt, daß die Arbeitslosenunterstützung in Österreich kein besonders günstiges Ausmaß hat, nämlich etwa 40 Prozent der Bemessungsgrundlage, die ja auch mit 7150 S etwas bescheiden bemessen ist, etwa im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen.

Aber von Verbesserungsvorschlägen für diesen Personenkreis hört man wenig. Man muß im Gegenteil mit großer Sorge die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verfolgen, die zeigt, daß zunehmend Firmen in Schwierigkeiten geraten, in Konkurs oder Ausgleich gehen und damit natürlich zunehmend Arbeitsplätze gefährden.

Es kann auch nicht übersehen werden, daß sehr viele Klein- und Mittelbetriebe ihren Betrieb einschränken, um Belastungen abzubauen, weil sie nicht mehr imstande sind, bei den zurückgehenden Umsätzen die Beschäftigungszahl aufrechtzuerhalten.

Ursache dafür, eine erhebliche Mitursache, ist zweifellos das zurückgehende Vertrauen, nicht

allein bewirkt durch die schlechteren Verhältnisse im Weltgeschehen, sondern besonders bewirkt durch die innerösterreichischen Verhältnisse, durch einen Vertrauensmangel, der besteht gegenüber der Regierung und den Maßnahmen, die sie zu ergreifen hätte, aber die sie nicht einmal ankündigt. Sie kündigt zwar an im großen und ganzen größere Zahlen im Budget, aber es wurde schon durch viele Vorredner ausgeführt, daß die größeren Zahlen im Budget keine reale Steigerung der Investitionsaufwendungen zur Folge haben, sondern daß es sich dabei hauptsächlich um Mehraufwendungen für Konsumaufgaben und um Pflichtausgaben handelt.

Insbesondere bemängeln wir Freiheitlichen den Mangel an Maßnahmen im Bereich der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe. Ich habe schon anlässlich einer Diskussion über den Bericht zur sozialen Lage darauf hingewiesen, daß gerade ältere, behinderte und hilflose Menschen durch die Entwicklung im Bereich des Handels und Gewerbes besonders betroffen sind. Es hat sogar die Gemeinde Wien erkannt, daß dies ein besonders schwerwiegendes Problem ist, obwohl zweifellos in dieser Großgemeinde die Entfernung für die einzelnen Bewohner nie so weit sind wie etwa im ländlichen Bereich, wenn ganze Sprengel oder ganze Gemeinden über kein Lebensmittelgeschäft mehr verfügen.

Hier hat die Regierung ein großes Maß an Verantwortung zu tragen, denn sie hat durch ihre Unmenge an Vorschriften, durch kein Entgegenkommen gegenüber den Kleingewerbetreibenden, durch den Mangel an Vereinfachungen, durch die Zunahme an Steuervorschriften das Gegenteil dessen bewirkt, was man im Interesse der Erhaltung des Handels und Gewerbes, aber auch der Konsumenten tun müßte.

Wenn im Zuge der Wahlwerbung seitens der Regierungspartei darauf hingewiesen wurde, daß die Wirtschaft Arbeitsplätze deshalb gefährde, um einen politischen Druck auszuüben, so ergeben doch Berichte über die Wirtschaftsentwicklung, daß ziemlich viele Arbeitsplätze aufrechterhalten worden sind, obwohl die Produktivität sehr stark zurückgegangen ist, obwohl der Umsatz sehr starke Einschränkungen erfahren hat und obwohl vielfach nur Lager abverkauft wurden und nicht mehr aus der laufenden Produktion.

Aber es muß doch die Frage gestellt werden: Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung, wenn der Umsatz in der Wirtschaft, gleichgültig, ob im privaten oder im verstaatlichten Bereich, nicht mehr gesteigert werden kann?

Melter

Für die Arbeitnehmer ergibt sich das besondere Problem, daß die Informationen über den Bereich der Arbeitsmarktverwaltung nur unzureichend sind und daß sie insbesondere unbefriedigend sind im Bereich der Überprüfung der Anspruchsmöglichkeiten der Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder die Interesse an Umschulungsmaßnahmen haben. Die Bundesregierung hat bisher in sehr vielen Bereichen Werbebroschüren herausgegeben, etwa der Finanzminister eine Broschüre von über 100 Seiten über Möglichkeiten der Steuerersparnis, wenn man den Äußerungen des Vizekanzlers glauben darf des Steuerschwindels, weil er unterstellt hat, daß viele selbständig Erwerbstätige keine richtigen Steuererklärungen abgeben. Aber es fehlen umfassende Informationen darüber, welche Möglichkeiten Arbeitnehmer im Falle der Bedrohung des Arbeitsplatzes haben. Es kennt sich keiner aus in dem Durcheinander des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, mit der Menge an Novellen, mit der Menge an Verordnungen. Eine zusammenfassende Darstellung für jeden Arbeitnehmer oder zumindest für jeden, der sich mit der Betreuung dieses Personenkreises befaßt, wäre sicher sehr interessant und könnte von der Bundesregierung erwartet werden, die ja sonst mit der Ausgabe von Werbemitteln nicht so sparsam ist.

Nun zum Budget 1976: Wenn man es am Haushalt 1975 mißt, kann man nur annehmen, daß es eine überaus große Anzahl an Hausnummern hat. Das ist allein dadurch erwiesen, daß der Abgang des Budgets 1975 nicht die ursprünglichen 16 Milliarden, sondern über 45 Milliarden Schilling erreichen wird, also fast eine Verdreifachung. Die Fehleinschätzungen des Finanzministers waren enorm, und ich glaube, man darf daraus schließen, daß die Sicherheit bezüglich des kommenden Jahres nicht besser sein wird, und man muß fragen, inwieweit es real ist, die Wachstumsrate mit 1,5 Prozent anzunehmen.

Es zeigt sich bei der Beurteilung des Haushaltes, daß das Risiko immer größer und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die Zukunft des Landes und seine wirtschaftliche Entwicklung sehr stark beeinträchtigt wird. Die versprochenen „goldenene Schlösser“ sind nur vorgegaukelt, sie haben sich in weiten Bereichen schon in Luft aufgelöst, und man muß darauf hinweisen, daß mit Versprechungen allein, jedem das Gleiche zu geben, wohl kaum ein Fortschritt erzielt werden kann. Man muß wieder dazu übergehen, mehr Leistung zu verlangen, und zwar in allen Bereichen, angefangen von der Bundesregierung bis zu jedem einzelnen. Wer Leistung erbringt, hat Anspruch auf Gegenleistung, und zwar auf eine angemessene Gegenleistung, die nicht durch übertrie-

bene Steuern und Abgaben beeinträchtigt werden darf.

Es ist das Sparen zu fördern. Es ist aber zuerst zu propagieren durch praktisches Vorexerzieren durch die Bundesregierung, es ist zu fördern durch die Erweckung von positiven Zukunftsaussichten.

Reibungsverluste müssen abgebaut werden, parteipolitische Bevorzugungen müssen beseitigt werden, die Verwaltung müßte vereinfacht, alles unternommen werden, nicht teurer, sondern möglichst billig zu produzieren.

Das Budget, das uns der Finanzminister vorlegt, führt jedoch zu neuen Lasten für alle. Das ist bestätigt worden durch Äußerungen des Bundeskanzlers, der heute selbst sehr offen von einer Inflation gesprochen hat; ein Begriff, den viele Regierungsvertreter nicht gern hören und den sie sogar zu bestreiten versuchen.

Aber unbestritten ist, daß diese Bundesregierung vor fünf Jahren in den Kampf um Wählerstimmen mit dem Begriff „Kampf der Inflation“, „Beseitigung der 3prozentigen Teuerungsrate“ gezogen ist – sie hat die dreifachen Teuerungsraten herbeigeführt.

Der Finanzminister vollführt meiner Beurteilung nach einen Tanz auf dem Vulkan, er springt von einem Krater in den anderen, wobei er nie weiß, ob das Loch, das plötzlich aufgeht, nicht so tief sein wird, daß er selbst verschlungen wird. Nun, das könnte man zur Kenntnis nehmen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung daran hängen würde, wenn nicht die gesamte Bevölkerung an diesem Risiko mitzutragen hätte, wenn nicht die gesamte Bevölkerung befürchten müßte, daß diese Finanzpolitik zu einem Fiasko führt. Gauklerei, wie sie der Abgeordnete Wille genannt hat, liegt vor, Illusionen werden wieder geweckt, Realismus ist zweifellos klein geschrieben. Es ergibt sich für uns daraus ein grenzenloses Mißtrauen in die Budgetansätze, in die Entwicklung, sodaß wir solchen Ansätzen dieser Regierung und ihres Finanzministers auf keinen Fall unsere Zustimmung geben können. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist verständlich, wenn in einer Periode der weltweiten Wirtschaftsrezession, in einer Zeit, in der die Vollbeschäftigung gesichert werden muß, in allen Massenmedien – beim Wahlkampf, aber auch dann im Zusammenhang mit der Regierungserklärung und auch in der Budgetdebatte – Probleme der Wirtschaftspolitik an der Spitze stehen und die wichtigen Fragen der Gesell-

Dr. Schnell

schaftspolitik und Bildungspolitik in den Hintergrund gedrängt werden. Das ist der Grund, warum ich meinen Beitrag bewußt so aufgefaßt haben möchte, daß ich ein paar Worte zur Gesellschafts- und Bildungspolitik sage, denn ich bin überzeugt, daß viele Staatsbürger, die nicht von vornherein zu den Stammwählern der Sozialistischen Partei gehört haben, die Sozialistische Partei gerade wegen ihrer erfolgreichen Gesellschafts- und Bildungspolitik wählten.

Diese Gesellschafts- und Bildungspolitik hat in Österreich dazu geführt, daß der Freiraum des einzelnen Staatsbürgers erweitert wurde, was dem einzelnen Staatsbürger mehr Recht auf Mitwirkung und auf Mitbestimmung brachte. Ich möchte daher einige Beispiele anführen und an diesen Beispielen die Grundauffassung der Sozialistischen Partei zu den Fragen der Gesellschafts-, Kultur- und Bildungspolitik skizzieren.

Durch das Arbeitsverfassungsgesetz, durch die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes, durch das Universitäts-Organisationsgesetz und auch durch das Schulunterrichtsgesetz mit der Schaffung des Schulgemeinschaftsausschusses wurde das Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung auf sehr verschiedenen Ebenen konkretisiert. Es war bei diesen Gesetzen klar, daß eine große Anzahl von Debatterednern sowohl in diesem Haus wie auch in der Öffentlichkeit sehr verschiedene Standpunkte zu vertreten haben, wobei sicher im allgemeinen ein Konsens darüber erzielt werden konnte, daß eine Demokratisierung in einem so komplizierten Staatswesen, wie es der moderne Staat ist, notwendig ist, daß aber auf der anderen Seite das Ausmaß dieser Demokratisierung und die einzelnen Möglichkeiten verschieden gelagert sind.

Diese umfangreiche Diskussion hat aber doch dazu geführt, daß die Grundaufgaben der Mitwirkung und der Mitbestimmung in diesem Haus einheitlich – oder weitgehend einheitlich – aufgefaßt wurden und nur bei der Diskussion über das Universitäts-Organisationsgesetz der Konsens nicht gefunden werden konnte.

Ein zweites Problem im Rahmen der Gesellschaftspolitik ist zweifellos die Unterstützung der Familien und die Familienpolitik im Rahmen der Arbeit der sozialistischen Regierung in der abgelaufenen Periode und in der vor uns stehenden Periode. Ich kann dem Abgeordneten Melter sicher nicht beipflichten, wenn er meint, daß das Ansehen der Familie durch die Tätigkeit der Sozialisten oder durch die Tätigkeit der Politik der Sozialisten geschmälerst oder herabgesetzt wurde, denn in keiner Zeit hat die österreichische Familie eine so große Unterstützung vom Staat, von der Gesellschaft, von der

Gemeinschaft erhalten und wurden gerade dem Kind, der Erziehung und Förderung des Kindes, dem behinderten Kind, aber auch dem intelligenten Kind, so große Förderungsmittel zur Verfügung gestellt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Erhöhung der Geburtenbeihilfen, der Mutter-Kind-Paß und – wie ich glaube – eine sozialpolitische Maßnahme von unerhörter Bedeutung für die Erziehung des Kleinkindes, nämlich die Verlängerung des Karenzurlaubes und die Möglichkeit des Karenzurlaubes, sind wichtige Voraussetzungen für die Förderung des Kindes, und gerade sie zeigen, daß in diesen sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Bestrebungen das Ziel dahin geht, die Mutter und das Kind in einer Erziehungsgemeinschaft so lange wie nur möglich gemeinsam zu fördern, und daher auch alle diese Bemühungen.

Persönlich bin ich auch der Auffassung, daß die Erhöhung der Geburtenbeihilfe weitgehend von diesem Bestreben aus gesehen werden soll, der Familie die Chance zu geben, daß die Mutter so lange wie nur möglich nach der Geburt des Kindes das neugeborene Kind, den Säugling, betreuen kann. Das ist eine echte Familienförderung, die das Kind im Mittelpunkt sieht und die auch den Kontakt von Mutter und Kind in besonderer Weise fördert.

Daß darüber hinaus die freie Schulfahrt, die Heim- und Schülerbeihilfen und auch die Schulbücher einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, daß die sozialistische Familienpolitik in der Öffentlichkeit Anerkennung gefunden hat, ist sicher.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Busek, der einmal in seiner Rede hier meinte, daß die Schulbuchaktion von der Österreichischen Volkspartei nie in Frage gestellt worden ist, doch zu bedenken geben, daß dies in den Wortmeldungen in der vergangenen Session sehr häufig der Fall gewesen ist und daß es nicht nur um die Art und Weise der Schulbuchaktion gegangen ist (*Abg. Kinzl: Nur um die Art und Weise!*) – nein –, sondern es war auch die Rede davon: Wenn die Österreichische Volkspartei noch einmal die Mehrheit in diesem Staat gewinnt, dann wird die Schulbuchaktion restlos und ersatzlos abgeschafft. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Davon war die Rede, und wir haben uns das sehr gut gemerkt. (*Zustimmung bei der SPÖ.* – *Abg. Dkfm. Gorton: Das sind Unterstellungen!*) Ich werde Ihnen den Beweis sehr gerne erbringen, denn diese Beweise sind sehr leicht zu führen.

Es geht um ein weiteres Gebiet, von dem ich glaube, daß es doch auch bei einer Budgetdiskussion angesprochen werden soll, und das ist die Rechtsordnung in diesem Staat, eine Rechtsordnung, die sicher sehr wesentlich von

Dr. Schnell

unseren gesellschaftlichen Vorstellungen beobachtet und berücksichtigt werden soll. Da diese Rechtsordnung in wichtigen Bereichen sowohl dem Menschen wie dem Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft nicht mehr entspricht, wurden wichtige Reformen eingeleitet, und wichtige Reformen stehen vor uns.

Die Familienrechtsreform mit dem Gesetz über die Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes brachte nicht nur eine erhebliche Verbesserung der Unterhaltsansprüche des unehelichen Kindes, sondern, wie mir scheint, auch die Voraussetzung für den Abbau der Vorurteile in unserer Gesellschaft. Und wenn wir in Kürze das Unterhaltsvorschürgesetz beraten werden, nach dem der Staat für die von den Unterhaltsverpflichteten geschuldeten, jedoch uneinbringlichen Unterhaltsbeiträge für die minderjährigen Kinder Vorauszahlungen leisten wird, um die Kindesmutter finanziell zu entlasten, wird gerade damit wieder eine neue Voraussetzung geleistet werden, um dem Schutz der Familie und der Verbesserung der Familienpolitik eine neue Grundlage zu bieten.

Aber auch die Neuordnung des Kinderschaftsrechtes ist vorgesehen. Es wird beiden Eltern die gesetzliche Vertretung der minderjährigen Kinder sichern, wodurch die Praxis aufhören wird, daß nur der Vater – etwa bei der Eintragung eines Kindes in den Paß der Mutter – Unterschrift leisten kann.

Nun ein paar Bemerkungen zur Bildungspolitik. Die gewaltigen Unterschiede zwischen der ÖVP-Bildungsmisere vor vier und vor fünf Jahren und der erfolgreichen SPÖ-Bildungspolitik in dieser vorangegangenen Periode sind jedermann einsichtig geworden. Am Ende der sechziger Jahre gab es eine katastrophale Bildungskrise mit einem unerträglichen Lehrermangel, mit lehrerlosen Klassen und mit Klassen von mehr als 50 Schülern, und es gab einen drückenden Raummangel. Jährlich mußten Tausende Schüler abgewiesen werden. Ich darf auch darauf hinweisen, daß im Schuljahr 1968/69 die ÖVP-Regierung aus finanziellen Gründen sogar die Studententafeln in den Hauptschulen und in den allgemeinbildenden höheren Schulen um 10 Prozent gekürzt hat.

Wir standen vor keiner leichten Situation. Aber es ist uns doch in einer verhältnismäßig kurzen Zeit gelungen, auf dem Sektor der Bildungspolitik den großen Nachholbedarf zu erfüllen und die Bildungsexplosion so zu bewältigen, daß im Bereich der allgemeinbildenden und der berufsbildenden höheren Schulen fast niemand abgewiesen werden mußte.

Es wäre nun sehr verlockend, über sehr viele einzelne Fragen dieser Bildungspolitik zu sprechen. Die Spezialdebatte im Rahmen der

Budgetdiskussion wird uns noch die Möglichkeit dazu geben. Ich möchte aber doch auf zwei oder auf drei Punkte eingehen und an diesen Beispielen zeigen, daß die Österreichische Volkspartei in diesen Fragen keine einheitliche Stellungnahme und auch keine einheitliche Zielvorstellung besitzt.

In den vergangenen vier Jahren ist es uns gelungen, 16.000 neue Lehrerdienstposten in das Budget einzubauen und damit den Lehrermangel vollständig zu beseitigen. Zweifellos gibt es noch in einzelnen Bundesländern einen Lehrermangel. Jetzt kann man eine merkwürdige Stellungnahme und Kritik der Österreichischen Volkspartei hören, eine Kritik, die sich einerseits dagegen richtet, daß wir den Lehrermangel noch nicht vollständig beseitigt haben, eine Kritik, die aber auf der anderen Seite gleichzeitig den Vorwurf enthält, daß ein Überangebot an Lehrern entstehen könnte.

Daß natürlich in dem Zusammenhang im Rahmen der Bildungsberatung sehr viele Maßnahmen notwendig sein werden, um in Zukunft alles zu tun, um einen zu starken Zugang zu den Pädagogischen Akademien hintanzuhalten, ist selbstverständlich. Aber derzeit kann man zweifellos noch nicht von einer Überproduktion oder von einem Überschuß an Lehrern in Österreich sprechen.

Ich möchte an einem zweiten Beispiel die vielleicht etwas unausgereifte Politik gerade auf dem Sektor der Kulturpolitik und der Bildungspolitik hervorheben. Die Österreichische Volkspartei hat im Plan 4, Bildung, kaum ein Wort von dem wichtigsten Vorhaben, von der Gesamtschule, gesagt. Die Österreichische Volkspartei hat in diesem Plan 4 die Berufsschule statt des Polytechnischen Lehrganges in das Zentrum ihrer Beobachtung und ihrer Überlegung gestellt – zweifellos eine Möglichkeit der Lösung –, aber gleichzeitig haben die Abgeordneten hier im Hause darauf hingewiesen, daß gerade dieser Passus im Plan 4 nicht stimmt und daß der Polytechnische Lehrgang erhalten bleiben soll.

Was die gesamte Zusammenarbeit auf dem Sektor des Schulunterrichtsgesetzes betrifft, mußte noch der inzwischen verstorbene Bundesparteivorsitzende Schleinzer auf dem Pennäler- tag des MKV bekanntgeben, daß der Plan 4 unausgegoren ist und umgearbeitet werden muß.

Es ist also für uns außerordentlich schwierig, uns klare Vorstellungen über eine Reihe von Wünschen der Österreichischen Volkspartei auf dem Sektor der Bildung zu machen, um einen entsprechenden Konsens durchzuführen.

Auf einen Sektor trifft das ganz besonders zu,

Dr. Schnell

auf einen Sektor, der häufig sehr strittig in die Tagespolitik geworfen wird, und zwar auf das Gebiet der Ganztagschule und der Tagesheimschule.

Der Herr Bundesparteivorsitzende der Volkspartei Dr. Taus hat laut einer Meldung des „Kurier“ vor kurzem festgestellt, daß das Modell der freiwilligen Ganztagschule notwendig war. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, daß ein Umdenken in der Österreichischen Volkspartei auf diesem Sektor notwendig ist.

Herr Abgeordneter Mock dagegen hat in seiner Rede zur Regierungserklärung deutlich hervorgehoben, daß die ÖVP weiterhin gegen die Ganztagschule eintreten und nur die Tagesheimschule forcieren wird, weil, wie er sagte, sie allein das Elternrecht respektiert, indem sie eine freiwillige Form der nachmittägigen Betreuung darstellt. Dies, obwohl seit Jahren von dieser Stelle aus, aber auch in einer Reihe von Publikationen von der Sozialistischen Partei darauf hingewiesen wird, daß im Rahmen der sozialistischen Bildungspolitik niemand daran denkt, eine Ganztagschule als verpflichtende Schule für alle einzuführen. (Abg. Dr. Marga Hubinek: *Das hängt von den Gegebenheiten ab!*)

Frau Abgeordnete Hubinek! Ich darf Ihnen von diesen „Gegebenheiten“ auch gleich ein Beispiel nennen, aus dem Sie erkennen, daß diese Forderung nach der Tagesheimschule, wie sie die Österreichische Volkspartei vor einem Jahr gestellt hat, im Grunde genommen deshalb nicht notwendig ist, weil ja diese Tagesheimschule besteht, und zwar in Wien und in den anderen Bundesländern. Ich habe mir vom April 1975 die Zahl der Schüler, die in Wien an Tagesheimschulen oder in städtischen Horten untergebracht sind, herausgeschrieben und festgestellt, daß ohne Berücksichtigung der internen Schüler fast 15 Prozent aller Wiener Schüler schon seit Jahren, ja schon seit Jahrzehnten in Tagesheimschulen unterrichtet werden bzw. Tagesheimschulen besuchen und daß auch ein verhältnismäßig großer Teil von Schülern an allgemeinbildenden höheren Schulen Tagesheimschulen besuchen.

Das heißt, diese ganze Diskussion, die die Österreichische Volkspartei über die Tagesheimschule und Ganztagschule abwickelt, führt zu keinem Ziel, denn beide Schulmodelle stehen nebeneinander, beide haben, wie Sie richtig sagen, ihre Berechtigung, ihre Berechtigung je nachdem, wo sich diese Schulen befinden.

Ich möchte noch zu einem Ausspruch des Herrn Bundesparteivorsitzenden Dr. Taus kommen, der in einer Pressekonferenz sein Interesse an der Kultur- und Bildungspolitik bekundet hat.

Ich lese, daß er dort den Ausspruch getan hat: Wir haben auf diesem Gebiet – also auf dem Gebiet der Kultur- und Bildungspolitik – in der Vergangenheit bestenfalls Wasserträgerfunktionen gehabt. Das hat mich schon immer gegiftet, haben Sie gesagt. Das kann ich sehr gut verstehen. Denn Wasserträgerfunktionen lange Zeit hindurch auszuführen, ohne mit Zielvorstellungen in die Politik einzugreifen – das war offenbar die Aussage in dieser Pressekonferenz –, scheint Sie von der Österreichischen Volkspartei doch sehr weitgehend unbefriedigt über den weiteren Fortschritt der Kultur- und Bildungspolitik gemacht zu haben.

Wir sind sehr glücklich, Herr Bundesparteivorsitzender, wenn in den ... (Abg. Graf: „Obmann“ heißt das bei uns!) Verzeihung! Verzeihung! Ich korrigiere das sehr, sehr gerne: Herr Bundesparteiobermann! Wir sind sehr froh darüber, wenn nunmehr dieses Umdenken in der Österreichischen Volkspartei auf dem Gebiet der Kultur- und Bildungspolitik einsetzt und wenn die Österreichische Volkspartei auf Grund dieses Umdenkens zu liberaleren Vorstellungen gerade auf dem Gebiet der Aufnahmsprüfung, der übergreifenden Vorschulerziehung, im Rahmen der Typenvielfalt an den allgemeinbildenden höheren Schulen und nicht zuletzt über die Gesamtschulen kommt.

In diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich zum Schluß doch noch zu einem Punkt Stellung nehmen, der mir im Rahmen einer Gesamtvorstellung und im Rahmen der Gesamtdiskussion des Budgets, aber sicher auch im Zusammenhang mit der Regierungserklärung wichtig ist. Das sind einige Anmerkungen über die Zielvorstellungen und das Menschenbild des demokratischen Sozialismus, weil gerade die Redner der Opposition sowohl in der Debatte zu den Regierungserklärungen 1971 und 1975 wie auch jetzt in der Budgetdebatte immer wieder die sozialdemokratische Gesellschafts- und Kulturpolitik als mit dem Wählerwillen unvereinbar zu bezeichnen pflegten.

Diese vehementen Angriffe, die nicht frei von Verallgemeinerungen und Unterstellungen waren, hat der österreichische Wähler nicht respektiert. Er hat trotz dieser Unterstellungen die Sozialistische Partei zur stärksten Partei gemacht.

Die Redner der Opposition haben dabei die Zielvorstellungen der Gesellschafts- und Kulturpolitik des demokratischen Sozialismus ausschließlich vom orthodoxen Marxismus abgeleitet. Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, daß etwa bereits vor 100 Jahren der sozialistische Theoretiker Engels darauf hingewiesen hat, daß zur Philosophie des Sozialismus sehr

Dr. Schnell

weitgehend auch die Geistesgeschichte von Kant, Fichte und Hegel beigetragen hat und daß der Sozialismus von diesen Denkern abstammt.

Das gilt, wie ich glaube, in einem noch viel höheren Ausmaß für die österreichische Sozialdemokratie, weil gerade die österreichische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Feudalismus das liberale Ideengut von der Freiheit der Person bis zur vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit, vom Vereinsrecht und Koalitionsrecht bis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht erkämpfen und realisieren mußte.

Deshalb gilt für uns, für die österreichische Arbeiterbewegung, daß liberale Zielvorstellungen ebenso zum integrierenden Bestandteil der Weltanschauung und der politischen Zielvorstellung gehören wie die sozialistische Forderung, die Klassen zu beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen. (*Zwischenruf des Abg. Dkfm. Gorton.*) Herr Kollege! Das ist eine sicher nicht sehr einfache Darstellung. Aber ich sage Ihnen etwas: So einfach, wie es sich hier eine Reihe von Rednern gemacht haben, die glaubten, die Unterstellung anbringen zu können, daß der demokratische Sozialismus, wie etwa Herr Abgeordneter Mock es zu sagen pflegte, nicht bestehe, daß man zu dem Wort „Sozialismus“ das Wort „Demokratie“ nicht hinzufügen könne, kann man es sich nicht machen. Das zeigt, daß gerade im Zusammenhang mit der Österreichischen Volkspartei doch die Notwendigkeit besteht, sich mit diesen Zielvorstellungen, wenn man darüber spricht, zu beschäftigen.

Kein Geringerer als der englische Philosoph Bertrand Russell hat in einem sehr lesenswerten Buch über Philosophie und Politik die Zielvorstellungen des Liberalismus und die Zielvorstellungen – wie er selbst sagt – des demokratischen Sozialismus einander gegenübergestellt und die Unterschiede sowie die einheitlichen Vorstellungen herausgearbeitet.

Nach all diesen Publikationen könnte heute in Österreich kein ernsthafter Ideologe, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, von diesem Pult aus sagen: Ich kann das Wort „demokratisch“ mit dem Wort „Sozialismus“ nicht verbinden, denn dann wird der Sozialismus oder die Demokratie unglaublich. Wenn diese Ansicht nicht von vornherein besteht, dann besteht auch nicht mehr die Bereitschaft zur Toleranz und die Bereitschaft zum Konsens. Dies wollte ich am Beginn dieser Periode auch sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Frau Dr. Marga Hubinek. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Im Mittelpunkt des Interesses stehen begreiflicherweise die wirtschaftspolitischen Fragen dieses Budgets, und andere Bereiche werden in dieser Debatte etwas vernachlässigt. Ich möchte mich eines Bereiches annehmen, der ein bißchen zu kurz kommt, das ist unter anderem die Familienpolitik.

Schon die Regierungserklärung hat der Familie ganze drei Seiten gewidmet, und die Unverbindlichkeit des Inhaltes wird die Regierung auch in den nächsten Jahren zu nichts verpflichten.

Es fehlt schon in der Regierungserklärung jeder konkrete Hinweis auf künftige Maßnahmen. Es wird ganz allgemein die Absicht bekundet, daß jedes Kind im gleichen Maße gefördert wird und zwar durch weitere Verbesserungen des Lastenausgleiches.

Im Vergleich dazu war die Regierungserklärung vom April 1970 ja wesentlich deutlicher. Damals hat der Herr Bundeskanzler davon gesprochen, daß die Mittel des Familienlastenausgleiches ausschließlich für die Familien verwendet werden.

Wenn also nun fünf Jahre später dieser Hinweis fehlt – und ich bin überzeugt, daß dies mit voller Absicht geschehen ist –, dann läßt dies schlimme Ahnungen aufkommen. Denn es ist zweifellos kein familienpolitischer Fortschritt, wenn die gewaltigen Überschüsse des Familienlastenausgleichs nicht für Barleistungen für die Familien verwendet werden, sondern wenn sie der Herr Finanzminister in der Postsparkasse deponiert.

Ob es die Familien angesichts der Inflation besonders schätzen, wenn sie zum Zwangssparen verhalten werden, weil derzeit 6 Milliarden Schilling an Überschüssen angehäuft werden, das wage ich zu bezweifeln.

Mein chronisches Mißtrauen geht sogar einen Schritt weiter, ich glaube nämlich nicht, daß diese Gelder überhaupt noch verfügbar sind. Ich glaube vielmehr, daß der Finanzminister sie schon längst dazu benutzt hat, um Lücken seines Budgets zu stopfen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Aber ich kann Ihnen sagen, daß im familienpolitischen Beirat die Frau Abgeordnete Metzker eine ähnliche Meinung geäußert hat, daß dieses Geld ja gar nicht mehr verfügbar sei. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) Herr Kollege Tull, ich empfehle Ihnen, das Protokoll des Beirates nachzulesen.

Mit den Gutschriften bei der Postsparkasse läßt sich schwer ein Wintermantel, lassen sich schwer Stiefel und ähnliches erwerben. Auch der familienpolitische Beirat, sehr geschätzter Herr Kollege Tull – ich nehme an, seine Qualifikation wird hier nicht angezweifelt –, hat

Dr. Marga Hubinek

einstimmig gemeint, daß die Überschüsse des Vorjahres für die Familien zu verwenden sind und nicht auf der Postsparkasse gehortet werden. Mit überwältigender Mehrheit hat dieser Beirat sogar gemeint, man möge dieses Geld für Barleistungen an die Familien verwenden.

Die Regierung fegt die Empfehlungen dieses Gremiums vom Tisch, und es sei in Paraphrase vermerkt, daß der Herr Finanzminister, den die Beiratsmitglieder im Juli gebeten haben, die Überschüsse für die Familien zu verwenden, an die Mitglieder dieses Beirates einen Brief geschrieben hat.

Es ist vielleicht ganz grotesk, daß der Finanzminister in diesem Brief vom 11. Oktober dieses Jahres an die Beiratsmitglieder falsche Zahlen verwendet. Ich weiß nicht, ob es einem Finanzminister passieren dürfte, daß er Millionen mit Milliarden verwechselt. Vielleicht hat der Herr Finanzminister ein gestörtes Verhältnis zu Zahlen. Ich weiß es nicht.

Auch der Wunsch nach einer entsprechenden Altersstaffelung der Beihilfen wird ignoriert. Nicht nur, daß es der Beirat verlangt hat – wir befinden uns hier in einer guten Gesellschaft: auch der 8. Bundeskongress des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat eifrig darüber diskutiert, daß eine Altersstaffelung Platz greifen sollte, und hat einen einstimmigen Antrag verabschiedet. Das kümmert aber die Regierung relativ wenig.

Man versucht nun mit Zahlenspielereien die Öffentlichkeit zu täuschen. Es hätte eine nominelle Beihilfensteigerung stattgefunden. Dies besagt in Zeiten einer wachsenden Inflation nichts, denn die Höhe der Pensionen und die Höhe der Familienbeihilfen ist stets vom Einkommen der erwerbstätigen Bevölkerung abhängig. Steigen diese Einkommen, so steigen natürlich auch die Pensionen und sollten auch die Beihilfen steigen. Es steigen aber nur die Einnahmen des Ausgleichsfonds.

Ein echtes Bild über die Leistungen des Lastenausgleiches bieten nicht die nominellen Beihilfensteigerungen, sondern einfach die Gegenüberstellung der Zahlen über die Verwendung der Mittel. So wurden 1970 noch 87 Prozent der Mittel des Lastenausgleiches für die Familien verwendet, 1974 hingegen nur mehr 65 Prozent. Es ist anzunehmen, daß das Bild für das Jahr 1975 noch trister aussieht. Es ist also gegenüber den Möglichkeiten des Fonds zu wenig für die Familien realisiert worden.

Ganz abgesehen davon, müßte man auch ein grundsätzliches Wort zu den Sachleistungen sagen. Darüber wurde heute schon einiges vom Abgeordneten Melter gesagt. Nicht nur, daß es

eine Bevormundung der Familien darstellt, verführen Sachleistungen zu einer allseits kritisierten Verschwendungen.

Mein Vorredner, Herr Abgeordneter Schnell, hat die Schulbuchaktion gepriesen. Ich glaube, viel aufwendiger und kostspieliger, als sie von den Sozialisten gestaltet wurde, kann man diese Aktion nicht mehr durchführen. Sie wurde allseits von den Elternorganisationen kritisiert, auch die Appelle des Rechnungshofes verhallten ungehört.

Wenn der Herr Unterrichtsminister, dem wahrscheinlich angesichts dieser Kostenexplosion bereits angst und bang wird, meinte, daß er im Jahr 1975 bei 1,1 Milliarden Schilling ganze 200 Millionen einsparen wird, so dürfte er diese Hoffnung für das Jahr 1976 endgültig begraben haben, denn 1976 ist in dem Budget wieder ein Betrag von 1,1 Milliarden Schilling für die Schulbuchaktion präliminiert. Der Herr Unterrichtsminister hat es offensichtlich aufgegeben zu sparen.

Die Sachleistungen verführen aber auch zur teilweisen Abdeckung von Defiziten bei der Bundesbahn, bei den diversen Verkehrsträgern, natürlich auch bei den Wiener Verkehrsbetrieben, indem man einfach die Kosten für die Schülerkarten überproportional erhöht und damit einen Teil seines Defizits durch den Lastenausgleich refundiert erhält.

Daß, volkswirtschaftlich gesehen, zweifellos ein gewisser Konsumanstoß vorhanden gewesen wäre, wenn man die Beihilfen erhöht hätte, ergibt sich, glaube ich, aus der Tatsache, daß die Eltern die Beihilfen zweifellos für den Konsum verwendet hätten und zweifellos nicht, um sie auf die hohe Kante bei der Postsparkasse zu legen.

In den drei lapidaren Sätzen zur Familienpolitik heißt es in der Regierungserklärung auch, daß man die Kinder im Einkommensteuerrecht steuerlich berücksichtigen werde. Vielleicht darf man den Herrn Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß diese Kinderabsetzbeträge, die er zweifellos meint, seit dem Jahr 1973 eingefroren sind. Das bedeutet daher heute für die Familie einen Bruchteil dessen, was es vor drei Jahren bedeutet hat. Es wird die Inflation im Einkommensteuerrecht den Familien keineswegs abgegolten. Ihr Einfrieren bedeutet von Jahr zu Jahr einen geringeren Effekt.

Es mag dies sicherlich das Dilemma von starren Absetzbeträgen wiedergeben, die nicht valorisiert werden. Es werden daher die Kostensteigerungen, die jährlich anwachsen, nicht berücksichtigt.

Ich habe mir den Verbraucherpreisindex über

Dr. Marga Hubinek

den Zeitraum von Jänner 1973 bis Oktober 1975 herausgeschrieben. Er weist eine Steigerung von 24 Prozent auf. Ich überlasse es Ihrer Phantasie festzustellen, was die Absetzbeträge des Jahres 1973, die eine geringfügige Anhebung für das weitere Kind im Jahre 1974 erfahren haben, im Endeffekt heute bedeuten.

Wenn in der Regierungserklärung auch von den Nachteilen berichtet wird, die vor allem die berufstätige Frau durch das Auseinanderklaffen der traditionellen Rollenvorstellung und der gesellschaftlichen Wirklichkeit hat, so ist dies eine Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, für die er keine Lösungen aufzeigt. Wir dürfen daher dem Herrn Bundeskanzler empfehlen, im Sozialplan der Österreichischen Volkspartei nachzulesen, wo sehr wohl sehr konkrete Hilfsmaßnahmen für die berufstätige Frau angeboten werden, damit sie vor allem die Doppelbelastung leichter ertragen kann.

Dies gilt ganz besonders für die Jahre, in denen ein Kleinkind der Betreuung durch die Familie bedarf. Es ist überraschend, daß plötzlich der Abgeordnete Schnell auch der Meinung ist, daß man über die Dauer des Karenzurlaubes reden sollte. Vielleicht wäre zu prüfen, ob man nicht zumindest die Jahre der Kindererziehung als Ersatzzeit in der Pensionsversicherung anrechnen sollte. Ich glaube, auch da gibt es Vorstellungen des Gewerkschaftsbundes, die sich mit den Vorstellungen im Sozialplan der ÖVP decken. Nur hatte der Herr Sozialminister bisher taube Ohren. Ich glaube aber, wenn man die Zeiten der Militärdienstzeit und der Berufsausbildung als Ersatzzeiten anerkennt, daß man auch die Jahre der Kindererziehung als Ersatzzeit anerkennen soll, weil es im Endeffekt doch billiger ist, als in ausreichendem Maße Krippen und Krabbelstufen zu errichten.

Ich glaube auch, daß eine Lösung der Frage der Ersatzzeiten den Sozialversicherungsinstituten im Endeffekt weniger kostet als die Erfüllung der höchst unklaren Vorstellungen, die die Regierung im Justizbereich hat. Ich denke konkret an das Scheidungsrecht. Nach den Aussagen des Herrn Justizministers soll der geschiedenen Ehegattin, sofern sie schutzwürdig ist, ihr Unterhalt nicht geschränkt werden. Das bedeutet, daß sie zu Lebzeiten des geschiedenen Gatten Unterhalt erhält, und dies würde auch subsumieren, daß sie beim Ableben des geschiedenen Gatten eine Witwenpension erhält.

Wenn nun ein Mann, des vielen Irrsinn nicht müde, mehrere geschiedene Gattinnen aufzuweisen hat, so ist es seine Sache, wenn er diesen Gattinnen einen Unterhalt bezahlt. Unverständlich wäre es aber, wenn aus Steuermitteln für all

diese schutzwürdigen Ehegattinnen dann eine Witwenpension anfallen sollte. Hier bedarf es eines sehr konkreten Hinweises der Regierung, welche Vorstellungen sie hat, und nicht einer Seifenblase, man möchte keine Papierehen verteidigen, doch andererseits der schutzwürdigen Ehegattin die vollen unterhaltsrechtlichen Vorteile erhalten. Am Rande sei bemerkt, daß ich schon heute die Richter nicht beneide, die über den Kautschukparagraphen der Schutzwürdigkeit zu befinden haben werden.

Überhaupt läßt sich feststellen, daß die Reformfreude des Justizministers im Sozialbereich ihre Barrieren findet. Wir haben im Justizausschuß im Juli dieses Jahres das Eherecht reformiert und über die freie Gestaltung der Ehe beraten. Durch das neue Eherecht ist auch der Hausmann gedeckt, der Haushalt und Kinder betreut und dessen Gattin am feindlichen Arbeitsmarkt für die finanziellen Mittel zu sorgen hat. Er ist durch das neue Ehegesetz – wenn sie wollen – völlig gedeckt. Offen bleibt aber seine materielle Sicherung im Alter. Die Gestaltungsfreiheit des Justizministers scheitert an der Tatsache, daß heute im allgemeinen der Ehemann kaum eine Pension nach seiner Gattin beanspruchen kann und nur in den seltensten Fällen ähnliche Ermessensentscheidungen getroffen werden. Der Sozialminister setzt also offensichtlich dem reformfreudigen Justizminister seine Grenzen. (Abg. Dr. Reinhart: Keine Ahnung!)

Die Regierungserklärung hat sich im Bereich der Gesundheitspolitik keine allzugroßen Aufgaben gestellt. Vor allem hat man vom „Sterben vor der Zeit“, Herr Kollege Reinhart, schon völlig geschwiegen. Das Sterben vor der Zeit hat man, glaube ich, aufgegeben. Man spricht heute unverbindlich von einer Chancengleichheit im Bereich der Gesundheitspolitik.

Abgesehen von der sehr kühnen Behauptung in der Regierungserklärung, daß die gesundheitspolitischen Postulate, die man sich 1970 gesteckt hätte, heute verwirklicht sind, erhebt sich die Frage, ob die Bedeutung der Gesundheitspolitik dieser Regierung im Vorschlag für das Jahr 1976 ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Das muß man angesichts der Zahlen bezweifeln. Während die Gesamtausgaben des Budgets noch um 7,7 Prozent ansteigen, verringern sich ausgerechnet im Gesundheitsbereich die Ausgaben um 10 Prozent und die Bundeszuschüsse zur Spitalsfinanzierung gleich um 25 Prozent. Die Bundeszuschüsse nach dem Krankenanstalten gesetz sind nämlich real von 742 Millionen auf 557 Millionen abgesunken, und dies in Zeiten einer exorbitanten Preissteigerung.

Bei der so einschneidenden Reduzierung der

Dr. Marga Hubinek

Bundeszuschüsse für die Spitalsfinanzierung hat es die Frau Gesundheitsminister dem Finanzminister leichtgemacht. Wir haben vor zwei Jahren – konkret am 3. Mai 1974 – beschlossen, daß eine Übergangslösung für die Finanzierung der Spitäler gefunden wird, und zwar wurde gemeinsam mit der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz eine Übergangslösung vorgesehen, die Ende 1975 ausläuft. Nun hätte sicherlich jeder verantwortungsvolle Minister ein halbes Jahr vorher – es wäre dies im Sommer des heurigen Jahres gewesen – eine Übergangslösung oder eine Lösung für den Zeitraum ab Ende 1975 vorgesehen. Die Frau Gesundheitsminister hat diesen Vorschlag nicht erbracht, und nun finden wir, daß diese Übergangslösung, die für eine bessere Lösung gedacht war, wieder zum alten Zustand zurückführt, nämlich zur Defizitdeckung mit verringerten Prozentsätzen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, daß sich alle Fraktionen in diesem Haus bei der 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz darüber einig waren, daß wir das System der Defizitabdeckung verlassen sollten. Wir prämiieren damit den schlechtest wirtschaftenden Manager eines Spitals und geben gar keinen Anreiz zu einer höheren Wirtschaftlichkeit. Man sollte also ein anderes System der staatlichen Hilfe finden.

Auch dazu sollte die Frau Gesundheitsminister Vorschläge ausarbeiten. Sie hätte ja beispielsweise im Spitalskonzept der ÖVP nachlesen können, wenn ihr schon gar nichts einfällt. Sie hat aber leider nichts unternommen, und der Herr Finanzminister hat die Zuschüsse ganz entscheidend, nämlich um 25 Prozent, gesenkt.

Das Sterben vor der Zeit, das diese Regierung in der XIII. Legislaturperiode zu bekämpfen versprochen hat, wurde umfunktioniert: Die beklagenswerten Opfer sind nämlich die Privat- und Ordensspitäler. Während sich die Gebietskörperschaften, soweit sie Spitalerhalter sind, in ihrer ärgsten Not noch helfen können – sie greifen als letzten Ausweg auf den Steuerschilling zurück –, empfinden die Privat- und Ordensspitäler die Kürzung der Bundesmittel in voller Schärfe. Ihnen bleibt nur mehr eine Maßnahme übrig, nämlich zuzusperren.

Man hat mit viel Propagandaufwand die 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz der Öffentlichkeit vorgestellt und damals von der Abschaffung der dritten Spitalsklasse gesprochen, von der Auflösung der großen Spitalskrankensäle und ihrer Umwandlung in kleinere Einheiten. Allen Beteiligten war klar, daß es dazu großer Mittel bedarf, Mittel, die heute diese Regierung nicht bereit ist auszugeben.

Die Frau Gesundheitsminister dürfte in dieser

Regierung überhaupt keine große Durchschlagskraft haben. Die Gesundheit scheint bei dieser Regierung keinen großen Stellenwert zu besitzen. (*Abg. Dr. Reinhart: Das ist eine Unterstellung!*)

Ich denke an die Frage der Zigarettenpreiserhöhung. Bei der Zigarettenpreiserhöhung ist der Frau Minister die Durchsetzung ihres Standpunktes nicht geglückt, der Herr Finanzminister hat die gesundheitspolitischen Bedenken vom Tisch gefegt. Sie meinte, daß man die leichteren Zigarettenarten durch einen geringeren Preis attraktiver gestalten sollte. Die Gesundheitspolitik scheint aber der Herr Finanzminister zu bestimmen. Er meint, daß der Augenblick für diese Reformen nicht geeignet sei.

Ich darf in diesem Zusammenhang sehr dezent daran erinnern, daß man ja eigentlich die zweifache Zigarettenpreiserhöhung unter dem Prädikat der Spitalsfinanzierung vorgenommen hat. Die Raucher sollten zur Kasse gebeten werden.

Wenn nun 1976 die Spitalsfinanzierung entscheidend gekürzt wird, nämlich um 25 Prozent, müßten genau genommen die Zigaretten billiger werden. Ich glaube, wir sollten uns überraschen lassen.

Auch in einem anderen Bereich scheint sich ein Spiel zu wiederholen, das man eigentlich schlicht als makaber bezeichnen kann. Es wiederholt sich nämlich jenes Spiel, daß die Pensionisten dieses Landes die prickelnde Angst verspüren, ob die Sozialversicherung auch tatsächlich imstande ist, die Pensionen rechtzeitig auszubezahlen.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß man die Kritik der ÖVP an der Praxis des Finanzministers, der seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht nachgekommen ist, rechtzeitig einen Bundeszuschuß zu den Pensionen zu leisten, daß man diese Kritik der ÖVP als Wahlkampftaktik und als Greuelpropaganda und ähnliches wegewischt hat.

Der Herr Finanzminister hatte es vergangene Woche sehr eilig, daß er durch das Budgetüberschreitungsgesetz in die Lage versetzt wurde, einen Betrag von 2 Milliarden Schilling postwendend der Sozialversicherung zukommen zu lassen, die sich schon vorher das Geld auf dem Kreditmarkt mit hohen Zinsen besorgt hatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses erregende Spiel geht 1976 weiter. Wieder werden die Bundeszuschüsse zu den Pensionen zu gering budgetiert. Es gibt da ein Gutachten des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung, und dieses Gutachten hat im Sommer des heurigen Jahres festgestellt, daß in der PVA, in

Dr. Marga Hubinek

der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, für die Variante 1 13,7 Milliarden Schilling und für die teurere Variante 2 14,1 Milliarden Schilling benötigt werden. Dieses Gutachten war dem Finanzminister bekannt. Der Finanzminister hat aber in seinem Budget ganze 11,8 Milliarden vorgesehen. Und das, obwohl anzunehmen ist, daß die Zahlen des Gutachtens, die aus dem Sommer dieses Jahres stammen, teilweise durch die wirtschaftliche Entwicklung schon überholt sind, daß wahrscheinlich der Bundeszuschuß noch viel größer ausfallen müßte. Und wieder wird sich die PVA teure Kredite besorgen müssen, weil der Finanzminister offensichtlich nicht imstande oder offensichtlich auch nicht willens ist, gegenüber den alten Mitbürgern in diesem Lande seine gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Wenn der Herr Bundeskanzler im Brustton der Überzeugung erklärt, daß die Pensionsauszahlung garantiert wird, müßte ich ihn bitten, daß er darauf achtet, daß ihn nicht die Budgetzahlen des Herrn Finanzministers Lügen strafen.

Im sozialen Bereich wird es nach dem Voranschlag 1976 wohl kaum Verbesserungen geben. Die ÖVP wird mit großem Interesse verfolgen, ob diese Regierung unsere Initiativen zur Verbesserung des Hilflosenzuschusses aufgreifen wird und wie sie sich in der Frage des Altestenzuschusses für jeden 80jährigen Mitbürger verhalten wird. Wie das soziale Gewissen dieser Partei aussieht, werden wir sehr genau registrieren.

Offensichtlich hat man in der Regierungserklärung vom 5. November die Fahnen gestrichen und den Kampf gegen die Armut endgültig aufgegeben. (*Abg. Dr. Wiesinger: „Miteinander, nicht gegeneinander!“*)

Und wir warten auf die so lang angekündigte und mehrmals vom Sozialminister aufgeschoßene 32. Novelle. Ich bin sehr neugierig auf diese 32. Novelle zum ASVG, mit der der Sozialminister alle anstehenden Probleme so hervorragend und vorzüglich zu regeln verspricht. Er soll sie endlich auf den Tisch legen, damit wir sie endlich prüfen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß man auf die Dauer nicht mit sehr kostspieligen und aufwendigen Vierfarbenbroschüren soziale Erfolge ersetzen kann. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Bevölkerung sich nur eine gewisse Zeit täuschen läßt, und ich darf vor allem den Damen und Herren der sozialistischen Fraktion sagen, daß nach einer Weile des Täuschens auch die Gutgläubigen in diesem Lande endlich Taten sehen wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort kommt Frau Abgeordnete Anneliese Albrecht.

Abgeordnete Anneliese **Albrecht** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Auch die Frauen Österreichs werden sehr aufmerksam den Start in diesem Parlament verfolgen, den Beginn einer neuen Regierungsperiode.

Auch für die Frauen ist es wichtig, daß die Sicherung der Arbeitsplätze vorrangig ist, genauso wichtig wie für die Männer, und es geht ja sehr oft auch um ihre Arbeitsplätze, denn es sind sehr viele Frauen in Österreich berufstätig.

Die Frauen haben in ihrer Mehrzahl die Politik der sozialistischen Regierung gutgeheißen, sonst wäre diese Wahl immerhin bei einem Frauenüberschuß von rund 500.000 ganz gewiß anders ausgegangen.

Herr Dipl.-Ing. Zittmayr! Sie meinten, die Wählerinnen – und Sie meinten da auch die Wähler – haben sich von drei kleinen weißen Wölkchen verleiten lassen. Ich glaube, das ist schon eine krasse Unterschätzung der Wähler. Die richten sich schon auch noch nach anderen Dingen als nach drei kleinen weißen Wölkchen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Jedenfalls haben die Ergebnisse der Wahl bestätigt, daß sich die Sozialisten als eine Partei für die Frauen, als eine Partei für die Familien profilieren konnten.

Daran kann auch Ihre Partei nicht vorbeisehen, es heißt ja, die ÖVP will nun auch mehr für die Frauen tun. Ich möchte da doch auf den Unterschied hinweisen, ob man etwas tun will oder ob man etwas tut, wie das die Sozialisten getan haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Ausgang dieser Wahl hat auch das Vorurteil widerlegt, daß die Frauen vorwiegend konservativ wählen, daß sie auch sehr stark angepaßt an ihre Umgebung ihre Entscheidung treffen, also nicht aus einem eigenen Überlegungsprozeß heraus.

Es haben die Frauen in diesem Land auch sehr fleißig von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, und ich möchte hier doch mein Bedauern darüber ausdrücken, daß dieses nachweisbare Engagement keinen stärkeren Niederschlag in diesem Hohen Haus gefunden hat.

Die Frage, warum die Mehrzahl der Frauen sozialistisch gewählt hat, ist sehr leicht zu beantworten: Es ist mehr Chancengleichheit für die Frauen da, die Frau ist als Partnerin gesetzlich anerkannt, und es ist eine sehr fortschrittliche Familienpolitik betrieben worden; sie wird auch weiter betrieben werden; es sind großzügige Familienleistungen erbracht worden, und auch sie werden weiter erbracht. Es ist schon ganz interessant, daß man den

Anneliese Albrecht

Sozialisten einerseits, wenn sie großzügige Leistungen erbringen, Verschwendug vorwirft, andererseits aber immer mehr Leistungen verlangt, und ich erlaube mir nun doch auch daran zu erinnern, daß es ja auch einmal vier Jahre Alleinregierung der ÖVP gegeben hat, in der sie alle diese Forderungen hätte erfüllen können. (Abg. *Fachleutner*: *Das war noch eine Zeit!*) Der Abgeordnete Dr. Schnell hat im einzelnen schon auf die Familienleistungen hingewiesen.

Die Frauen haben dieser Regierung auch erneut das Vertrauen ausgesprochen, weil viele von ihnen von dieser Regierung die Verwirklichung der Fristenlösung erwartet haben, und es ist auch der erhöhte Konsumentenschutz, der übrigens mit dem einstimmig beschlossenen Lebensmittelgesetz verwirklicht worden ist, sehr wesentlich für die Frauen.

Es ist von Ihrer Seite her – ich glaube, es war Ihr Parteiobmann Dr. Taus – gesagt worden, es sei noch nie so viel Rückblick gemacht worden in einer Regierungserklärung. Dazu ist zu sagen: Einen Rückblick kann man machen, wenn man eben Leistungen erbracht hat. (Abg. *Fachleutner*: *Wo sind die?*)

Der Abgeordnete Dr. Keimel versuchte, eine Rechnung mit ÖVP-Schillingen und sozialistischen Groschen aufzustellen. Ich glaube, er wollte den Beweis erbringen, daß die Familienleistungen bei der ÖVP in Wahrheit viel größer gewesen wären als bei den Sozialisten. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger*) Ich möchte nun einen Vorschlag machen, Herr Dr. Keimel: Fragen wir doch die Kompetentesten, fragen wir doch die Familien Österreichs, was sie dazu sagen! Ich glaube, die Antwort wird eine andere sein.

Die künftige Politik wird auch dahin gehen, dem Ziel eines Sozialstaates näherzukommen, mehr Sicherheit für den einzelnen zu bringen. Mehr Sicherheit auch für den älteren Menschen, der sich nicht beirren ließ, und ich glaube auch, der Großteil der älteren Menschen erwartet durchaus nicht mit prickelnder Angst die Pension. Es wird ja auch weiterhin eine Politik für die Älteren, für die Pensionisten betrieben. Das betrifft sehr wesentlich die Frauen, da ja bekanntlich die Frauen älter werden als die Männer.

Soziale und humanitäre Aufgaben werden immer mehr zu Aufgaben der Allgemeinheit, zu Aufgaben des Staates. Es ist auch in der Budgetrede des Finanzministers festgestellt worden, daß dies ein Ausdruck eines Entwicklungsstandes ist, der wohl in der ganzen fortschrittlichen Welt zu vermerken ist. Das heißt also auch, daß immer mehr diese recht fragwürdige Milde, diese herablassende Mildtä-

tigkeit durch einen Rechtsanspruch ersetzt wird. Und damit erfüllen wir – wie jeder weiß – ein sehr altes sozialistisches Ziel, das schon in der Ersten Republik sehr hart erkämpft wurde, und es ist sehr erfreulich, daß sich der Herr Generalsekretär Busek von hier aus zu diesem alten sozialistischen Grundsatz bekannt hat.

Das Budget sieht sehr wohl vor, daß weiterhin sozialpolitische Verbesserungen bei aller notwendigen und gebotenen Sparsamkeit durchgeführt werden sollen und daß hier sehr wohl jene Kreise erfaßt werden, die dies besonders nötig haben: Blinde, Kriegsopfer, Verfolgte. Die geplante Politik zieht auch neue Aufgaben an, Aufgaben, deren Konturen wir erst erkennen. Dies ist möglich, weil ja eine Reihe von fortschrittlichen Gesetzen beschlossen worden ist.

Allerdings, ein bereits beschlossenes Gesetz wird, wie es heißt – ich zitiere aus der Regierungserklärung –, der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung wieder zugeführt werden, die Fristenlösung wird also, betrieben durch das Volksbegehren, wieder das Parlament beschäftigen. Ich möchte nun aber doch angesichts der aktuellen Situation einiges dazu sagen: Mit der Fristenlösung und mit dem Volksbegehren beschäftigen sich derzeit die Medien wieder etwas lebhafter. Das erklärt sich daraus, weil ja wieder eine Unterschriftensammlung für das Volksbegehren bevorsteht. Es ist zu hoffen, daß diesmal diese Unterschriftensammlung korrekt erfolgt. Es ist bekanntlich zu Übergriffen gekommen. (*Ruf bei der ÖVP: Wo ist sie nicht korrekt erfolgt?*) Gegen diese Übergriffe protestiert zwar die Aktion Leben, aber diese Übergriffe sind nicht nur von Sozialisten festgestellt und sehr scharf verurteilt worden. (*Zustimmung bei der SPÖ*) Es wird darüber ja noch verhandelt werden. Es liegt zweifellos im Interesse aller, daß eine neuerliche Auseinandersetzung sehr sachlich erfolgt. Eine diesbezügliche Aufforderung ist ja auch von den Bischöfen ergangen.

Die Kreise, die das Volksbegehren unterstützen, begründen dies damit, daß die derzeitige gesetzliche Regelung der Fristenlösung das menschliche Leben im Mutterleib nicht voll schützt. Verfolgt man diesen Gedanken, so müßte man dann zu dem Schluß kommen, daß also eine Strafdrohung, daß die praktische Rückkehr zum § 144 das Leben besser schützen müßte. Wir wissen aus einer leidvollen Erfahrung, daß das nicht der Fall ist, daß also weder das Ungeborene noch das Geborene noch das Leben der Mutter durch diesen Paragraphen besser geschützt gewesen wäre. Dagegen ist jetzt zum ersten Mal – es liegt diese Statistik aus Wien vor – keine einzige Frau an einem Schwangerschaftsabbruch gestorben. (*Ruf bei*

Anneliese Albrecht

der ÖVP: Aber viele Kinder!) Es ist auch kein Ansteigen der Abbrüche erfolgt.

Die Propaganda des Volksbegehrens – man kann das auf Plakaten sehen – geht dahin, daß neben einem Embryo der Satz zu lesen ist: „Schützt mich und meine Mutter vor der Fristenlösung“. Es muß nun doch erneut in Erinnerung gebracht werden, daß die Fristenlösung niemanden zu etwas zwingt. Die Fristenlösung überläßt der Mutter die freie Entscheidung, und sie überläßt die freie Entscheidung auch dem Arzt. Dagegen aber ist etwa der Staat sehr wohl dazu verhalten und verpflichtet, die Geburtenbeihilfe von 16.000 Schilling auszubezahlen!

Jedenfalls haben sich die düsteren Prophezeiungen im Zusammenhang mit der Fristenlösung – so weit wir das jetzt überblicken können – in keiner Weise erfüllt. Und sehr viel trägt dazu die Beratung in den Familienberatungsstellen bei, die, wie wir ja dem Plan zur künftigen Politik entnehmen, weiter ausgebaut werden soll, wie ja überhaupt alles getan werden muß, um der Frau die Entscheidung für das Kind leichter zu machen. Aber die beste Garantie für eine Entscheidung für das Kind ist nicht nur eine geburtenfreundliche, eine familienfördernde Politik, sondern zweifellos auch eine gute Wirtschaftslage. Ein Kind wird dann, wenn die Arbeitsplätze gesichert sind, wohl kaum als ein Unglück betrachtet werden können. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Das stimmt doch! Luxusabtreibungen hat es ja immer gegeben, nicht wahr, aber die Frauen, die es angeht, werden sehr wohl durch die wirtschaftliche Lage eher dazu verhalten werden, sich zu ihrem Kind zu bekennen.

Es ist sehr zu hoffen, daß die im Zusammenhang mit der Fristenlösung einsetzende Aufklärung, die zweifellos verstärkt werden muß, auch auf die nötige Aufgeschlossenheit trifft. Mehr Müttern Freude an einem gesunden Kind zu ermöglichen, ist zweifellos beste Politik für die Frau. Es werden die Frauen begrüßt – und das ist doch sehr wohl eine positive Gesundheitspolitik –, daß die Säuglingssterblichkeit um 10 Prozent gesunken ist. Es hat sich hier der Mutter-Kind-Paß sehr segensreich ausgewirkt, es wird der Leistungsumfang dieses Mutter-Kind-Passes daher auch vergrößert werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein besonderer Schwerpunkt der künftigen Politik wird das Familienrecht sein, das nach schon beschlossenen Reformen eben jetzt weiter betrieben werden wird. Es soll die Stellung der Frau in der Ehe verbessert werden, ihre vermögensrechtliche Stellung; es wird das Problem der Scheidung neu überlegt und neu diskutiert; hier wird in der Spezialdebatte sicherlich einiges dazu zu sagen sein.

Hinsichtlich der Verwirklichung der Familienrechtsreform – und daß diese Verwirklichung knapp bevorsteht, weiß jeder, der das Tempo im Justizausschuß kennt, bei aller Gründlichkeit der Beratungen wird hier rasch gearbeitet – steht der Beschuß dieser Familienrechtsreform bevor. Es soll auch die Tendenz weiter verfolgt werden – wir sehen das schon als eine Verpflichtung zur Gerechtigkeit an –, daß alle Kinder in gleicher Weise gefördert werden sollen.

Die Familienrechtsreform wird auch die neue Familie bewußter machen, diese vernünftige Partnerschaft von Mann und Frau; diese Partnerschaft, von der auch der Mann profitiert, was sich allerdings noch nicht so richtig herumgesprochen hat; denn wenn man von einer Leitbildverzerrung spricht, die die Frau betrifft, dann kann ja das Leitbild des Mannes auch nicht stimmen. Ich glaube – das wird über die Parteidgrenzen hinausgehen –, daß die Frauen begrüßt, daß in der Regierungserklärung ausgesagt wird, daß intensivere Überlegungen angestellt werden müssen, wie Gesetzgebung und Vollziehung besser in die Praxis umgesetzt werden können, besonders was die Gleichberechtigung der Frau angeht.

Wir haben einen sehr umfangreichen Bericht greifbar, nämlich den Bericht über die Lage der Frau in Österreich, der das bestätigt, was wir aus der Praxis wissen, nämlich daß die Wertung der Frau nicht ihren Leistungen entspricht. Es sind Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen und Experten zu diesem Schluß gekommen, nachdem sie alle Gesellschaftsbereiche durchleuchtet haben. Auch Untersuchungen des Europarates gehen dahin, bestätigen dies. Wobei erfreulich zu vermerken ist, daß hier die Stellung Österreichs innerhalb der europäischen Völker eine bessere geworden ist auf Grund der fortschrittlichen Gesetze. Wir waren ja sehr lange das Schlußlicht in Europa, was das Familienrecht betrifft.

Aber, wie gesagt, Gesetze allein genügen nicht.

Man merkt auch bei uns recht häufig, wie ungerecht Frauen beurteilt werden. Da hat es vor kurzem in einer Tageszeitung, die der Industrie nahestehst, eine kleine Glosse gegeben unter dem Titel „Schön und dumm“. Da meinte man, ja die Frauen, die reden so viel von Gleichberechtigung, in Wahrheit wollen sie das ja gar nicht. Als Beispiel wird angeführt, daß die Frauen so gut wie keinen Gebrauch von den Möglichkeiten der Weiterbildung im Beruf machen. Konkret wird die Generation der 34jährigen angeführt. Man meinte hier, es wären überhaupt nur die Männer, die ein Streben nach Höherem hätten. Und genüßlich kommt der

Anneliese Albrecht

Verfasser zu dem Schluß, die Frauen hätten sich dann die Konsequenzen selber zuzuschreiben, wenn man von ihnen verlangt, sie hätten lediglich gut auszusehen und im übrigen den Mund zu halten.

Nun, wenn man eine solche Glosse schreibt, glaube ich, muß man doch schon ein bißchen gründlicher überlegen. Die Generation der 34jährigen Frauen, die im Beruf stehen, sind meistens die Frauen, die verheiratet sind, die Kinder haben und die auch bei beruflichem Ehrgeiz sich nicht so weiterbilden können, wie sie das wollen. Es wird daher sehr notwendig sein, für die berufstätigen Frauen etwas zu tun. Es haben die berufstätigen Frauen auch Beachtung in der Regierungserklärung gefunden. Das ist von hier aus fälschlich bestritten worden. Die berufstätigen Frauen und eine ganze Reihe dieser Frauen sind gewerkschaftlich und politisch tätig, die wissen sehr wohl, wer und wo ihre Interessen am besten vertreten sind oder mit ihnen gemeinsam vertreten werden.

Eine große Erleichterung besonders für die berufstätige Frau wird durch die Freistellung im Falle der Erkrankung eines Familienmitgliedes verwirklicht werden. Diese schöne Maßnahme ist bereits unter dem Titel „Pflegeurlaub“ populär.

Es stellt – zum ersten Mal übrigens – die Regierungserklärung auch ein Konsumentenschutzgesetz in Aussicht. Jeder von uns weiß, wie notwendig das ist; der Konsument ist heute einer Manipulation ausgesetzt, die ins Gigantische gestiegen ist. Täglich wird er von Werbung berieselten. Sicherlich ist hier schon durch das Lebensmittelgesetz einiges geschehen, vor allem, was die Gesundheit betrifft, und es ist hier notwendig, auch noch weiterhin die Stellung des Verbrauchers zu stärken, etwa auch durch eine effektivere Preispolitik. Auch hier sind ja gesetzliche Möglichkeiten zu sehen.

Es haben sich besonders auch die sozialistischen Frauen in letzter Zeit mit diesen Problemen befaßt. Ich möchte im einzelnen nicht darauf eingehen, vielleicht nur an die letzte Verpackungenenquete erinnern und daran, daß diese Verpackung einerseits hygienisch und wichtig ist, andererseits zu einem Mittel der ungerechtfertigten Verteuerung, der Täuschung und der Wegwerfgesellschaft geworden ist. Man setzt also diese Dinge schon miteinander in Bezug.

Nur ein Wort zum Umweltschutz. Wenn man hier die Größenordnung ansieht, dann erkennt man auch, wie wichtig es ist, dem Verursacherprinzip mehr Bedeutung zu schenken, die Sozialschädlichkeit im Großen besser und stärker zu erfassen. Ansätze sind ja auch schon im neuen Strafrecht gegeben, in diesem neuen

Strafrecht, das nun weiterhin reformiert werden soll, besonders was den Strafvollzug betrifft. Auch bei diesen Reformen wird es sehr notwendig sein, stärker aufzuklären und seriöse Informationen zu geben.

Ein besonderer Appell ergeht da an die Medien, die ja die wichtigsten Mittler und Vermittler sind, was Information und Aufklärung betrifft. Das neue Mediengesetz berechtigt hier zu Hoffnungen, gibt neue Chancen, vergrößert den Freiheitsbereich des Journalisten, wobei aber feste Grenzen dort gesetzt werden, wo es um die Diffamierung oder um die Möglichkeit der Diffamierung des einzelnen Staatsbürgers geht. Wir haben gerade in letzter Zeit bemerkt, was da alles passieren kann.

Die Frauen erwarten von diesem neuen Gesetz – und das ist auch eine Reform, die nichts kostet, kein Budget belastet –, daß sie ihrer Leistung, ihrer Stellung entsprechend besser in den Medien präsentiert werden. Es gibt eine Untersuchung von einer deutschen Universität in Münster – die Wilhelm-Universität hat diese Untersuchung angestellt –, die zu dem Ergebnis kommt, daß die Frau auf dem Bildschirm nun wie präsentiert wird? Ziemlich hübsch und ziemlich dumm! Wir haben hier die Direktverbindung zu unserer Glosse in unserer Tageszeitung. Es wird auch hier eine Änderung der Charakter- und der Geisteshaltung voranzutreiben sein. Dies ist kein spezifisch österreichisches Problem, aber sehr wohl auch ein österreichisches Problem.

Es ist die Regierungserklärung, es ist das Budget schon sehr stark kritisiert worden. Manchmal, wenn ich diese Kritik gehört habe, ist mir ein Kollege eingefallen, der Literaturkritiker ist und der zu mir sagte, es wäre so schwierig für ihn, über ein gutes Stück eine Kritik zu schreiben. Er ist immer verlockt, hier auch negative Formulierungen zu bringen, weil er findet, sie wären so amüsant. Er hat allerdings dieser Versuchung nicht nachgegeben.

Es ist sehr deutlich geworden, daß diese Regierung Zusammenarbeit anstrebt, Zusammenarbeit sucht. Aber nicht, und das ist sehr deutlich ausgedrückt, um den Preis der Aufgabe grundsätzlicher, gesellschaftspolitischer Prinzipien. Zu Recht heißt es, daß in diesen letzten vier Jahren mehr Gerechtigkeit in unser Land eingezogen ist, mehr Gerechtigkeit, meine Damen und Herren, vor allem für die Frauen, die weiterhin ihre Erwartungen in die Arbeit dieser Regierung und dieses Hauses setzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die erste Budgetrede einer neuen Legislaturperiode sollte eigentlich für den interessierten Österreicher etwa ein finanzpolitisches Programm für die nächsten Jahre einer solchen neuen, wenn auch personell alten, Regierung bringen. Nach dem in zweistündiger Rede aufgebauten – ich möchte sagen – Schwammgebilde einer im wesentlichen doch inhaltsleeren Regierungserklärung vor zwei Wochen hätte eigentlich in der Vorwoche der Herr Finanzminister das finanzielle Gerippe für diese Absichtserklärungen seines Bundeskanzlers liefern sollen.

Meine Damen und Herren! Die Absichtserklärung, eine zum guten Teil durch fünf Jahre schlechte Regierungs- und Finanzpolitik ausgelöste Krise bewältigen zu können, das notwendige Gerippe für eine gesunde Erneuerung des Haushaltskörpers unseres Staates beizustellen, konnte der Herr Finanzminister in keiner Weise erfüllen, denn dazu hat er ja die Voraussetzungen in den letzten Jahren zweifellos schon selbst vertan gehabt. Heute kann er auch keine frühere Regierung in die Verantwortung mit einbeziehen, umsoweniger als er ja 1970 zweifellos ein gut bestelltes Haus übernehmen konnte.

Meine Damen und Herren! Die Beweise der bisherigen verfehlten Finanz- und Budgetpolitik sind zweifellos heute schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Ich möchte aber das doch letzten Endes anstehende Desaster hier nochmals in Erinnerung rufen, und zwar zweifellos durch die vom Herrn Finanzminister selbst seinen Unterlagen beigelegten Übersichten. Wenn ich diese Übersichten des Herrn Finanzministers zum Teil Revue passieren lasse, so darf ich nur daran erinnern, daß wir in der Übersicht 1 ein rapides Steigen der Verbraucherpreise in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung feststellen konnten. 1970 noch 4,4 Prozent Steigerung, 1972 6,3, 1973 7,6 und 1974 9,5 Prozent. Die Ziffern für 1975 werden zweifellos auch kaum darunterliegen.

Der Übersicht 2 können wir ein ständiges Sinken der Wachstumsraten in den Zeiten der sozialistischen Alleinregierung entnehmen: Während 1970 noch eine Wachstumsrate von 7,8 Prozent zu verzeichnen war, betrug sie 1972 6,4 Prozent, 1973, war sie 5,8 Prozent, 1974 sank sie auf 4,4 Prozent, und 1975 spricht man ja von einem erfolgreichen Minuswachstum von 2,5 Prozent.

Meine Damen und Herren! Die Übersicht 3, die uns der Herr Finanzminister in seinen Unterlagen geliefert hat, zeigt uns ein ständiges Steigen des Anteiles der öffentlichen Abgaben am Bruttonationalprodukt und damit der Belastung aller Bürger. Wir haben hier nach der

Aufstellung des Finanzministers im Jahre 1970 einen Prozentsatz von 25,4; 1976 wird dieser nach den öffentlichen Abgaben, die hier erfaßt wurden, 27,4 Prozent am Bruttonationalprodukt betragen.

Meine Damen und Herren! Der Übersicht Nummer 4 des Herrn Finanzministers können wir nun weiter entnehmen, daß trotz der von den Staatsbürgern höher abverlangten Steuerleistungen von Jahr zu Jahr ein rapides Ansteigen der Budgetdefizite zu verzeichnen war. Auch hier rufe ich die Ziffern in Erinnerung. 1970: 7,2 Milliarden Schilling, 1972: 7,6 Milliarden Schilling, 1973: 12,8 Milliarden Schilling, 1974: 18,5 Milliarden Schilling, 1975 – und hier sind ja die inzwischen eingebrochenen Budgetüberschreitungsgesetze noch nicht berücksichtigt –: insgesamt 22,9 Milliarden Schilling, und 1976: 36 Milliarden Schilling, und zwar ohne Konjunkturausgleich-Voranschlag, der ja das Defizit zugegebenermaßen von Seiten des Finanzministers auf 43 Milliarden Schilling wird anwachsen lassen.

Meine Damen und Herren! In diesem Reigen schließlich noch die Übersicht Nummer 5, womit uns letzten Endes ein – wenn auch ein etwas verschleierter – Offenbarungseid des Finanzministers in die Hand gegeben ist. Verschleiert deshalb, weil der Finanzminister die Finanzschulden des Bundes anführt und – wie heute auch schon mehrfach angeführt wurde – geflissentlich natürlich die Verwaltungsschulden, die ja in den letzten Jahren progressiv durch seine Finanzwirtschaft angestiegen sind, nicht anführt. Aber trotzdem der Offenbarungseid: Die Finanzschuld 1974 mit 63,4 Milliarden Schilling, 1975 mit voraussichtlich 99,6 Milliarden Schilling – nur die Finanzschuld – und 1976 voraussichtlich 124 Milliarden Schilling Finanzschuld. Und dies alles, obwohl der Finanzminister seinerzeit – Anfang 1970 – die Finanzschuld mit nur 43,6 Milliarden Schilling zu übernehmen brauchte.

Meine Damen und Herren! Ich rufe – und das steht ebenfalls auf dieser Übersicht Nummer 5 – auch nochmals in Erinnerung, daß der Finanzminister im Jahre 1976 über 23,9 Milliarden Schilling – ich möchte sagen: fast 24 Milliarden Schilling – allein für Zinsen und Tilgungsdienste der Finanzschuld aufwenden wird müssen. Das bedeutet von 1974 auf 1976 einen Anstieg um 13 Milliarden Schilling.

Um sich die Ziffern etwas plastischer vor Augen zu führen, möchte ich einen Vergleich bringen. Zum Beispiel ist – und das geht auch aus den Arbeitsunterlagen zum Finanzgesetz hervor – das Reinvermögen entsprechend den Bundesbeteiligungen an den gesamten verstaatlichten Unternehmungen mit 14,3 Milliarden

Dkfm. Gorton

Schilling zu entnehmen. Das ergibt sich aus den Unterlagen, die uns gegeben wurden. Es handelt sich nicht um das Nominalvermögen, sondern um das Reinvormögen; also das Aktienkapital und die Reserven, alles inbegriffen. Das würde im Vergleich bedeuten, daß der Finanzminister im Jahre 1976 praktisch 24 Milliarden Schilling für Zinsen und Tilgungsdienste aufzubringen hat. Also fast das Doppelte des Wertes des Bundesvermögens an den verstaatlichten Unternehmungen, also der VÖEST-Alpine, Böhler, Ranshofen-Berndorf und wie die Lieblingskinder unseres Bundeskanzlers alle heißen. Der Finanzminister wird praktisch nur für Zinsen und Tilgungen fast das Doppelte dieser Werte aufzubringen haben! Das heißt: Nicht der Finanzminister, sondern zweifellos wir alle, die Steuerzahler dieses Österreichs.

Meine Damen und Herren! Wenn man aus diesen Verzinsungsdiensten nur eine Detailziffer herausnimmt, so sind unter „Sonstigem Aufwand“ 1,5 Milliarden Schilling enthalten. In diesen 1,5 Milliarden Schillingen sind Emissionsverluste im Ausland für die Begebung solcher Anleihen des Finanzministers in Höhe von 775 Millionen Schilling enthalten. Das ist das dreizehnfache der für das Jahr 1974 aufzuwendenden Summe. Also dreizehnmal soviel, als der Finanzminister 1974 für Emissionsverluste im Ausland – für die Aufnahme von Fremdgeldern, von ausländischem Kapital – zahlen mußte, 775 Millionen Schilling werden diese Verluste 1976 betragen. Die Emissionsverluste im Inland werden 500 Millionen Schilling ausmachen, die Provisionen und Entgelte werden den Betrag von 200 Millionen Schilling erreichen.

Meine Damen und Herren! Das ist sozusagen der Offenbarungseid, den der Finanzminister mit diesem Budget 1976 legt. Wenn wir in den vergangenen Jahren – unser Klubobmann Professor Dr. Koren hat das ja immer wieder hier aufzeigen müssen – davon gesprochen haben, so hieß es immer: ein Schlechtmachen und ein Schwarzsehen und die Wirtschaftspolitik sozusagen in Österreich nicht richtig würdigen zu wollen.

Meine Damen und Herren! Das waren einige allgemeine Gesichtspunkte zur Finanzlage des Bundes im Jahre 1976. Ich möchte aber noch zwei Einzelteile aus der Rede des Finanzministers herausgreifen. Er hat im Zusammenhang mit den Umweltschutzmaßnahmen unter anderem gesagt – wir können das auch nachlesen –:

„Der Schwerpunkt der Umweltschutzmaßnahmen liegt in der Reinhaltung der Gewässer, der Abwasserbeseitigung und der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser.“

Ich zitiere weiter:

„Im entscheidenden Ausmaß werden diese Aufgaben im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds wahrgenommen, der 1976 in die Lage versetzt wird, ein Bauvolumen von 4,7 Milliarden Schilling zu aktivieren.“

Meine Damen und Herren! Das mag zum Teil stimmen. Aber wie sieht die Kehrseite aus? Was wird 1976 wirklich als effektive Beiträge und Neuvergaben seitens des Wasserwirtschaftsfonds ausgegeben? – Dieser Fonds hat ja, wir wir den Unterlagen entnehmen konnten, ein Einnahmen- und Ausgabenvolumen von 3,3 Milliarden Schilling. – Was wird wirklich aus diesem Wasserwirtschaftsfonds echt 1976 an neu zu vergebenden Beiträgen und Beträgen zur Verfügung stehen? – Das sind ganze 102,5 Millionen Schilling! – Das ist nämlich letzten Endes die Realität. Alles andere, was an Krediten aufgenommen oder an Leistungen der Länder erbracht werden muß und so weiter, inkameriert der Finanzminister sozusagen in seinen Leistungskatalog für die Maßnahmen des Jahres 1976.

Dazu möchte ich aber doch eines sagen: Wir haben seinerzeit zur Erleichterung gerade in den so schwierig zu sanierenden Seengebieten eine Verlängerung der Laufzeiten der Kredite im Parlament beschlossen. Die Durchführungsbestimmungen lassen bis heute, glaube ich, noch auf sich warten.

Aber letzten Endes, damit man sich plastisch ein Bild davon machen kann, was in den Seengebieten die Betriebe und so weiter die ganzen Abwasserfragen kosten, haben wir dort Ziffern ermitteln können und auch vorgelegt bekommen, daß in diesen Gebieten der Kubikmeter Abwasser bis zu 25 und 30 S kostet. Meine Damen und Herren! Wenn der Kubikmeter Frischwasser, ich möchte sagen, zweieinhalb bis vier und fünf Schilling kostet, so ersieht man daraus die enormen Belastungen der Fremdenverkehrswirtschaft.

Hier hätte eben durch eine bessere Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds schon lange eine bessere Abhilfe geschaffen werden können. Durch diese Höhe der Abwasserbelastungen sind die Betriebe derartig in eine Zwangslage gekommen, daß natürlich die ganzen Kalkulationen nicht mehr vernünftig erstellt werden können. Ich meine also, daß es zweifellos hier schon seit langem eine wesentlich dringlichere Frage als vieles andere – wenn man Dringlichkeitsreihungen in einem Budget durchführt – gewesen wäre, die Leistungsmöglichkeit des Wasserwirtschaftsfonds in entsprechender Weise aufzustocken.

Meine Damen und Herren! Noch zu einem anderen Teilkapitel, das im Rahmen der

Dkfm. Gorton

Budgetrede des Finanzministers auch behandelt wurde. Vielleicht wäre es wirklich verfehlt, dem Finanzminister die Reihenfolge, in der er während seiner Budgetrede auf einzelne Aufgabenbereiche einging, gleichzeitig als Rangordnung der Dringlichkeitsstufen zu unterstellen. Ein Kapitel muß eben bei jeder Aufzählung auch das letzte sein, nur würde man dann sicherlich erwarten, um eben das letzterwähnte Kapitel nicht auch als letztrangig ansehen zu müssen, daß dazu auch vom Finanzminister zumindest das Minimum einer echten Aussage gemacht wird. Meine Damen und Herren! Bei den für unser neutrales Österreich so wichtigen Fragen der Landesverteidigung hat es der Herr Finanzminister mitnichten für notwendig erachtet, auch nur in Kurzform etwas Essentialles zu diesen Fragen hier zu sagen.

Auf Seite 42, also der vorletzten Seite der Rede, steht ganz unten nur lapidar: „Für den Ausbau der inneren und äußeren Sicherheit sind folgende Budgetmittel veranschlagt“, und hier als letztes: „Für die Landesverteidigung 7,9 Milliarden Schilling.“ Das war alles. Nach dieser lapidaren Aussage scheinen also die Fragen der Landesverteidigung für den Finanzminister doch eher letztrangig zu sein.

Aber was bedeuten nun gesamtbudgetmäßig diese 7,9 Milliarden Schilling für das Jahr 1976? Ich glaube, dazu sollte man sich doch auch einige frühere Äußerungen des heutigen Verteidigungsministers in Erinnerung rufen. Ich möchte also hier zitieren aus der „Neuen Wochenausgabe“ vom 2. Mai 1970, wo der damalige Chef der Ausbildung des Bundesheeres, Herr Brigadier Lütgendörfer, sagte: „Will man militärische Streitkräfte unterhalten, welche im Ernstfall auch befähigt sind, jedem Aggressor hart entgegentreten zu können, so muß im Frieden jener Preis gezahlt werden, der uns eine Überlebenschance bietet. Dieser Preis bedeutet etwa einen 7percentigen Anteil vom jährlichen Gesamthaushalt.“

Meine Damen und Herren! In den Jahren von 1966 bis 1970 war der Anteil jedenfalls immer über 4 Prozent. Im Jahre 1976 bedeuten diese 7,9 Milliarden Schilling einen Anteil von 3,67 Prozent. Er ist sogar etwas geringer als im heurigen Jahr, und das ist eben anscheinend die Wertigkeit der Landesverteidigung seitens dieser sozialistischen Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! In der Vorwahlzeit hat der Herr Verteidigungsminister zweifellos noch andere Hoffnungen sehr real gehegt, denn damals hat er gesagt, heuer hat es 3,69 Prozent am Gesamthaushalt oder 6,8 Milliarden Schilling betragen, und für das Jahr 1976 würde das bedeuten, daß er sich eine Nettobudgeterhöhung von 1,3 Milliarden Schilling erwartet hätte.

Tatsächlich hat er nur 1,1 Milliarden bekommen. Also hat er damals praktisch schon falsch kalkuliert und nicht mit den Ziffern gerechnet, die ihm tatsächlich nun zugeordnet werden. Seine bescheidenen Hoffnungen sind zweifellos auch noch um 200 Millionen oder fast 20 Prozent hier beschnitten worden.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sich aber auch im letzteren Teil seiner Regierungserklärung doch berufen gefühlt, auf die Wichtigkeit der nunmehr verfassungsgesetzlich verankerten umfassenden Landesverteidigung hinzuweisen. Sie erinnern sich alle, er hat dort zum Ausdruck gebracht – ich zitiere –: „Die Bundesregierung hat daher in der ersten Sitzung am 28. Oktober 1975 diese Verteidigungsdoktrin als Grundlage der Verteidigungspolitik anerkannt“ – das ist ja sehr lobenswert, daß die Regierung bereit ist, eine verfassungsrechtlich beschlossene gesetzliche Maßnahme des Parlaments auch innerhalb Ihres Gremiums anzuerkennen – „und sie wird bemüht sein, alle nötigen Vorkehrungen und Vorsorgen im logistischen und organisatorischen Bereich in einem Landesverteidigungsplan zusammenzufassen.“

Meine Damen und Herren! Wohl auch aus diesem Zusammenhang heraus, nämlich der verfassungsgesetzlichen Verankerung der umfassenden Landesverteidigung, hat der doch schon sehr bescheiden gewordene Herr Verteidigungsminister in der Vorwahlzeit eine mutige Äußerung getan. Er hat gesagt – ich zitiere hier aus dem „Kurier“ –: „Ebenso muß das Mißverhältnis zwischen Heeresbudget und Gesetzesauftrag an die militärische Landesverteidigung besonders hervorgehoben werden.“

Meine Damen und Herren! Im neuen Budget ist zweifellos dieses Mißverhältnis nach wie vor geblieben.

Um solch mutigen Äußerungen – wie gesagt – auch etwas Rechnung zu tragen, hat der Herr Finanzminister, allerdings nicht in seiner Rede, sondern in den Beilagen, die er uns mitgeliefert hat, auf Seite 76 zum Ausdruck gebracht: „Der Budgetrahmen wurde daher gegenüber dem Grundbudget des Vorjahres um 1,1 Milliarden Schilling ausgeweitet, und der Sachaufwand zeigt dabei eine Zunahme auf 4,9 Milliarden Schilling.“ Hier schreibt er, daß das schwerpunktmaßig durch die Aufträge im Rahmen der Beschaffungsaktion des Bundesheeres zur Konjunkturankurbelung im Inland mit beitragen wird.

Auch hier ist es erforderlich, eine Berichtigung anzumerken, denn in diesen 4,9 Milliarden Schilling sind nicht nur Sachaufwendungen im Sinne des Wortes „Anschaffungen“ enthalten, sondern auch noch 1,3 Milliarden Schilling

Dkfm. Gorton

gesetzliche Verpflichtungen für Personalausgaben, wie Taggelder, Entschädigung für Waffenübungen, Inspektion, Instruktion, Familienbeihilfen und so weiter. Ich möchte also damit zum Ausdruck bringen, daß der tatsächliche Sachaufwand für Neuanschaffungen nicht 4,9 Milliarden Schilling, sondern nur 3,6 Milliarden Schilling betragen wird und daß dies kaufkraftmäßig zweifellos wesentlich geringer als vor 1970 sein wird.

Meine Damen und Herren! So wird also der neue verfassungsmäßige Begriff der Verpflichtung zur umfassenden Landesverteidigung gewürdigt.

Meine Damen und Herren! Wir glauben also mit Berechtigung auch heute bei dieser ersten Lesung des Budgets fordern zu können – unser Abgeordneter Professor Ermacora hat es auch schon vor Wochen getan –, daß der Herr Verteidigungsminister zunächst einen dem neuesten Stand entsprechenden Zustandsbericht über die Lage der militärischen Landesverteidigung, der Herr Bundeskanzler aber einen Zustandsbericht über die Lage der umfassenden Landesverteidigung dem Parlament vorlegen möge, damit man dann endlich zu dem Entwurf eines Landesverteidigungsplanes kommen kann.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich zusammenfassend sagen: Es kann hier über das Budget 1976 festgestellt werden, daß der Bundesvoranschlag für dieses kommende Jahr den Grundsatz der Budgetwahrheit in erheblichem Maße verletzt und die Budgetehrlichkeit des Nationalrates – und das wurde heute schon mehrmals besonders von unserer Partei unterstrichen – in einer den von der Regierungspartei immer wieder betonten Demokratisierungsbemühungen eklatant widersprechenden Weise einschränkt. (**Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.**)

Zum Unterschied vom Vorjahr wird es nämlich 1976 nicht mehr notwendig sein, für die gänzliche oder teilweise Freigabe des Konjunkturausgleichsbudgets ein eigenes Gesetz im Parlament einzubringen, obwohl sich dadurch, wie die Praxis im heurigen Jahr gezeigt hat, keine nennenswerten Verzögerungen bei Konjunkturbelebungsmaßnahmen ergeben würden.

Meine Damen und Herren! Noch bedenklicher ist jedoch die Tatsache, daß sich der Herr Finanzminister für den Fall eines konjunkturbedingten Zurückbleibens der Einnahmen hinter den Erwartungen eine zusätzliche Kreditemächtigung bis zu 9 Milliarden Schilling einräumen läßt, die praktisch einem Blankoscheck gleichkommt, den wir ihm hier vom Parlament ausstellen sollen.

Meine Damen und Herren! Die schweren Bedenken, die gegen eine solche Vorgangsweise anzubringen sind, wurden heute schon mehrfach betont. Ich möchte mich diesen ernstesten Bedenken nur anschließen und zum Abschluß sagen: Wir gehen zweifellos in einem gewissen Hasardritt in die finanzielle Zukunft dieses Staates. Wir von der Opposition werden nicht davor zurückshauen, die Bevölkerung immer wieder darauf aufmerksam zu machen. Wir sind davon überzeugt, daß wir in dieser Situation doch auch in Zukunft das entsprechende Verständnis bei unserer Bevölkerung, wenn es wiederum gelten wird, hier neue Verhältnisse in Österreich zu schaffen, finden werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Babanitz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am 12. November 1975 hat die neue Bundesregierung Dr. Kreisky durch den Bundesminister für Finanzen dem Parlament den Bundesvoranschlag 1976 zur Beratung und Beschußfassung vorgelegt.

Mit diesem Bundesvoranschlag 1976 setzt die Bundesregierung ihre expansive Budgetpolitik fort, die sie im Jahre 1974 eingeleitet und vor allen Dingen im Jahre 1975 noch wesentlich verstärkt hat. Das heißt, die Budgetpolitik soll auch im Jahre 1976 dazu beitragen, daß ein möglichst hoher Beschäftigtenstand gesichert werden kann.

Anläßlich der heutigen ersten Lesung dieses Bundesvoranschlages wurde von meinen Vorendnern bereits mehrmals auf diese Tatsachen verwiesen. Ich möchte mich daher als ein Vertreter der Bauarbeiter in meinen Ausführungen im besonderen mit einigen Problemen, die die Bauwirtschaft betreffen und die im Rahmen des Budgets berücksichtigt werden sollen, befassen.

Obwohl ich schon mehrmals von dieser Stelle darauf verwiesen habe, daß der öffentlichen Hand bei der Auftragsvergabe für die Bauwirtschaft eine bedeutende Rolle zukommt, darf ich dies neuerlich tun und dazu bemerken, daß durch diese Beeinflussung beziehungsweise Erteilung von Aufträgen nicht nur eine Verbesserung der Infrastruktur in unserem Land herbeigeführt wird, sondern daß nach wie vor die Bauwirtschaft ein sehr wesentlicher Faktor der österreichischen Volkswirtschaft ist.

Es war daher meiner Meinung nach richtig, daß – als sich Anzeichen eines Rückgangs in der privaten Bautätigkeit bemerkbar machten –

Babanitz

die öffentliche Hand, hier vor allem der Bund, in verstärktem Ausmaß Mittel in die Bauwirtschaft investiert hat. Das heißt nichts anderes, als daß der Bund seit 1973 mehr Mittel für den Straßenbau, Hochbau und ähnliche Bauvorhaben aufwendet.

Daß die Anwendung dieser Mittel richtig war, zeigt sich in der Erhaltung des Beschäftigtenstandes in der Bauwirtschaft in den Jahren 1974 und 1975. Man darf allerdings nicht Vergleiche allein mit den Jahren 1971 und 1972 ziehen. Man muß meiner Meinung nach die Entwicklung der Bauwirtschaft länger zurück einer Durchleuchtung unterziehen.

Dabei kann man feststellen, daß nach der konjunkturellen Talfahrt der Bauwirtschaft in den Jahren 1968 und 1969 eine Aufschwungphase begonnen hat. Hier darf ich kurz auf einen Einwand des Herrn Abgeordneten Gorton verweisen, der bemerkt hat, wir hätten 1970 ein gutes Erbe übernommen. Ich möchte ihn ersuchen, er möge diese Feststellung einmal den Bauunternehmern und den Vertretern der Bauwirtschaft zur Kenntnis bringen. Diese werden ihm auf Grund der statistischen Zahlen von damals und der Auftragssituation in der Bauwirtschaft etwas anderes sagen. Denn gerade 1967, 1968, 1969 – und ich konnte das hier auf Grund von Zahlen beweisen – war die Bauwirtschaft in einer Krise, wie sie es seit 1945 nicht mehr war.

Im Jahre 1970 hat dann eine geradezu stürmische Aufschwungphase in der Bauwirtschaft begonnen. Diese hat bis etwa 1973 angehalten und im Jahre 1971 eine durchschnittliche Zuwachsrate von 15,6 Prozent und im Jahre 1972 eine solche von 16 Prozent erbracht, die damals weit über dem Durchschnittszuwachs anderer Sparten gelegen ist.

Dieses überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum war aber auch mit weitaus höheren Preissteigerungen verbunden, als sie in anderen Wirtschaftszweigen aufgetreten sind. Es war daher selbstverständlich, daß die Bundesregierung bei Erkenntnis dieser Tatsache Maßnahmen ergriffen hat, um die explodierten Baupreise, vor allen Dingen im Wohnungsbau, auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Die Steigerungsrate des Baupreises betrug im Jahre 1972 im Durchschnitt 17,7 Prozent und 1973 sogar 20,3 Prozent.

Durch die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen gelang es, die Baupreise bis Ende 1974 immerhin auf etwa 15,7 Prozent abzusenken. Da sich diese Preissteigerungen naturgemäß auf das gesamte Wirtschaftsgefüge auswirken, mußten von der Regierung notwendigerweise Maßnahmen getroffen und eingeleitet werden – das war klar und war selbstver-

ständlich –, wenn man eine Stabilisierung herbeiführen wollte. Diese Maßnahmen – das möchte ich betonen – wurden im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen der Bauwirtschaft eingeleitet und – das kann man heute ruhig feststellen – haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf verwiesen, daß gerade in dem vom Bund stark beeinflußten Tiefbau bereits im Jahre 1974 eine merkliche Beruhigung der Preisentwicklung eingetreten ist, daß aber im Wohnbau erst in der letzten Zeit eine akzeptable Steigerungsrate erreicht werden konnte. So wurde zum Beispiel im dritten Quartal 1975 gegenüber dem Vorjahresquartal nur eine Preissteigerung von 5,3 Prozent im Wohnungsbau registriert.

Wenn daher seitens der österreichischen Bauwirtschaft oder – wenn Sie wollen, einiger ihrer Vertreter – in der Öffentlichkeit seit mehr als zwei Jahren immer wieder angekündigt wird, daß eine Krise in der Bauwirtschaft bevorsteht, dann – das muß ich sagen – zeigt die tatsächliche Entwicklung, nämlich die Entwicklung des Beschäftigtenstandes und der Auftragsüberhang beziehungsweise die aufgewendeten Mittel, eine andere Situation.

Auch die Äußerungen mancher Vertreter des Baugewerbes, die diese Entwicklung – nämlich die Rückführung der Baupreise – darauf zurückführen, daß es einen geradezu ruinösen Existenzkampf der Baufirmen gebe, sind meiner Meinung nach nicht richtig.

Hohes Haus! Auch die verringerten niedrigen Steigerungsraten basieren ja letzten Endes auf der weitaus überhöhten Preisentwicklung der Vorjahre. Ich glaube aber, daß es im Interesse jeder einzelnen Baufirma und jedes einzelnen Bauarbeiters gelegen sein muß, daß sich die Baupreise im Rahmen der übrigen Preisentwicklung bewegen, und das nicht nur im Verlauf eines Jahres, sondern meiner Meinung nach auf lange Sicht.

Es ist eine Tatsache, daß nur stabile Baupreise auch eine wirklich gute kontinuierliche Entwicklung der Bauwirtschaft und damit der gesamten Wirtschaft unseres Landes bringen können. Gerade in der jetzigen schwierigen Zeit, in der wir uns auf Grund der ungünstigen Situation in den westlichen Industriestaaten befinden, brauchen wir in der Bauwirtschaft Stabilität und Kontinuität mehr denn je.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe bereits im Frühsommer anlässlich der Beratungen des 1. Budgetüberschreitungsgesetzes und der Konjunkturbelebungsmaßnahmen auf diese Probleme verwiesen, möchte aber neuerlich dazu feststellen, daß sich auf Grund

Babanitz

der statistischen Unterlagen auch im September und im Oktober 1975 die Richtigkeit der von der Regierung im Jahre 1974, aber vor allem im Jahre 1975 getroffenen Maßnahmen, nämlich die rasche Freigabe der Stabilisierungsquoten und der zusätzlichen Mittel zur Konjunkturförderung sehr positiv ausgewirkt haben.

Der Gesamtbeschäftigenstand betrug in Österreich mit 31. Oktober 1975 immerhin über 2,691.000 unselbstständig Erwerbstätige. Wenn dieser Stand auch um etwa 4000 geringer war als Ende September 1975, zeigt er doch sehr deutlich, daß in Österreich das Beschäftigungsniveau der letzten Jahre gehalten werden konnte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Eine ähnliche Situation ergibt sich auch bei den Berufssparten der Bauwirtschaft. Auch hier ist zwar der Beschäftigenstand gegenüber dem Vorjahr geringer, doch pendelt sich die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft im Jahre 1975 über dem Niveau des Jahres 1971 ein. Und allgemein war das Jahr 1971 für die Bauwirtschaft als ein gutes Jahr zu bezeichnen.

Der Rückgang der Beschäftigten in der Bauwirtschaft ist darüber hinaus hauptsächlich auf weniger beschäftigte Gastarbeiter zurückzuführen. Es soll nicht darauf verzichtet werden festzustellen, daß zwar die Beschäftigtenzahlen in der Bauwirtschaft zurückgegangen sind, daß aber darüber hinaus der Produktionswert und die Produktion sehr wesentlich gestiegen sind.

Ich darf daher nochmals darauf hinweisen, daß diese Situation nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß seitens der Bundesregierung – im Frühjahr vor allen Dingen auf Intervention der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – im verstärkten Ausmaß Mittel zur Belebung der Konjunktur in der Bauwirtschaft eingesetzt worden sind. Die dazu erforderlichen Beschlüsse – das darf ich in Erinnerung bringen – wurden im Nationalrat ja nur mit den Stimmen der Sozialisten gefaßt.

Im einzelnen vielleicht einige Zahlen. Im Jahre 1975 waren im Budget für den Bundesstraßenbau 8,3 Milliarden Schilling vorgesehen. An Konjunkturförderungsmitteln wurden zusätzlich 1,4 Milliarden Schilling eingesetzt. Im Bundeshochbau gab es 2 Milliarden Schilling im Budget, zusätzlich 2,1 Milliarden Schilling. Im Wasserwirtschaftsfonds wurden immerhin 3,1 Milliarden Schilling und 475 Millionen Schilling zusätzlich eingesetzt. Der Abgeordnete Gorton hat erklärt, der Finanzminister habe sich mit den Ausgaben der Länder geschmückt, es seien nur etwa 107 Millionen Schilling vom Bund vergeben worden. Ich möchte ihn fragen, wo er diese Zahlen her hat. (*Abg. Dkfm. Gorton: Aus dem Arbeitsbehelf!*)

Aber trotz alldem möchte ich sagen: Für die Bauwirtschaft ist es nicht interessant, wo das Geld herkommt, sondern daß es herkommt, und ich glaube, gerade in der Sparte des Wasserwirtschaftsfonds kann und muß eindeutig festgestellt werden, daß das Bautenministerium sehr wesentlich dazu beigetragen hat, daß gerade diese vielen Maßnahmen in Anspruch und in Angriff genommen werden konnten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Alle diese Maßnahmen, die ich hier in Kürze aufgezeigt habe, haben, so glaube ich, doch dazu geführt, daß nunmehr auch in den Kreisen der Bauunternehmer die Pessimisten weniger werden und daß die Investitionsfreudigkeit der Bauunternehmer wieder zunimmt.

Es ist sicher richtig, daß auf Grund der jetzigen Situation noch nicht alle Sorgen beseitigt sind. Es ist daher erfreulich, daß gerade in den letzten Wochen seitens des Bundesministeriums für Bauen und Technik die Vergabe neuer Bauaufträge forciert wurde und daß eine Reihe größerer Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau begonnen werden. Dadurch ist, so bin ich der Meinung, doch die Hoffnung gegeben, daß auch in diesem Jahre eine größere Winterarbeitslosigkeit vermieden werden kann.

Wenn nunmehr mit dem Bundesbudget 1976 auf dem Sektor der Bauwirtschaft die bisherige Politik fortgesetzt wird, kann dieses Ziel zweifelsohne erreicht werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Aufwendungen des Bundes für die Bauwirtschaft im Rahmen des Budgets 1976 erstrecken sich in erster Linie auf den Straßenbau, auf den Hochbau des Bundes und auf den Wasserwirtschaftsfonds. Der Wohnungsbau kann vom Bund nicht beeinflußt werden, da gemäß dem Bundesgesetz über die Wohnbauförderung aus dem Jahre 1968 die Vergabe der Wohnbauförderungsmittel ausschließlich bei den Ländern liegt.

In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky wurde unter anderem darauf verwiesen, daß es notwendig sein wird, die Baukosten im Wohnungsbau auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Damit jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten auch eine preiswerte und menschengerechte Wohnung bekommt, wird es aber erforderlich sein, daß neben den bereits in der Regierungserklärung aufgezählten Maßnahmen auch noch andere Möglichkeiten ausgenutzt beziehungsweise dazu eingeführt werden.

Es wird vor allem notwendig sein, daß auch der Ausschreibung von Wohnbauten mehr Augenmerk als bisher zugewendet wird. Vor

Babanitz

allen Dingen müßte eine Ausschreibung zu Festpreisen bei einer Bauzeit bis etwa zwei Jahren durchgeführt werden. Obwohl es diesbezüglich bereits einen Anfang gibt, scheint mir dies notwendig zu sein.

Darüber hinaus müßte ein vertraglicher Ausschluß der Umrechnungsbestimmungen der Ö-NORM B 2/111 erfolgen, da dies derzeit die volle Überwälzung jeglicher Kostensteigerungen während der Bauzeit ermöglicht.

Es ist nach wie vor eine Tatsache, daß es in Österreich noch immer einen beträchtlichen qualitativen Wohnungsfehlbestand gibt. Dafür dürften nicht zuletzt die Preise für Neubauwohnungen, die durch die Baupreissteigerungen so hoch geworden sind, verantwortlich sein.

Der Erwerb einer Wohnung, vor allen Dingen für junge Menschen, ist dadurch sehr schwierig geworden. Ich glaube aber, daß es möglich sein müßte, daß zu Beginn des Bezuges einer Wohnung die Aufwendungen für die monatliche Miete, das heißt Darlehensrückzahlungen plus Betriebskosten, etwas reduziert werden, um ein Leerstehen von gebauten Wohnungen zu verhindern. Es wäre daher unter anderem meiner Meinung nach zu erwägen, ob nicht die Einführung einer progressiven Darlehensrückzahlung, wobei die ersten fünf Jahre tilgungsfrei sein könnten, und danach eine progressive Staffelung der Rückzahlung erfolgt, ein erster Schritt dazu sein könnte. Damit könnte man meiner Meinung nach vor allen Dingen für junge Wohnungswerber die Rückzahlung auf spätere Jahre, in denen die Belastung auf Grund der Erhöhung des Einkommens geringer ist, verschieben.

Hohes Haus! Ich möchte aber in diesem Zusammenhang nochmals darauf verweisen, daß gerade der Wohnungsbau im verstärkten Ausmaß die Mithilfe der Länder benötigt, wenn die Wohnung für die Menschen preiswerter gemacht werden soll. Diese derartigen Maßnahmen würden sicher auch der Bauwirtschaft im besonderen Maß zugute kommen.

Hohes Haus! Im Baubudget des Bundes, das heißt, im Rahmen der Ausgaben für das Bundesministerium für Bauten und Technik, sind 13,2 Milliarden Schilling als Grundbudget für das Jahr 1976 vorgesehen. Ich habe schon erklärt: Der Wohnbau fällt im großen und ganzen weg. So wie im Jahr 1975 werden darüber hinaus auch für 1976 wieder zusätzliche Mittel bereitgestellt, damit im Falle der Notwendigkeit auch 1976 ein Konjunkturausgleich mit zusätzlichen Maßnahmen durchgeführt werden kann.

Im Rahmen der Ausgaben des Baubudgets fällt ein sehr wesentlicher Anteil, nämlich

8,6 Milliarden Schilling, auf den Straßenbau. Von diesen 8,6 Milliarden Schilling entfallen 4,1 Milliarden Schilling auf die Erhaltung und den Bau der Bundesstraßen sowie 4,5 Milliarden Schilling auf die Erhaltung und den Ausbau der Autobahnen. Auch dazu kommen, falls es die konjunkturelle Entwicklung erforderlich macht, zusätzlich zum Grundbudget weitere Summen, die flüssiggemacht werden können.

Ich bin der Meinung, daß man aber grundsätzlich zum Straßenbau und seiner Finanzierung etwas sagen soll.

In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers wurde von ihm mit Recht darauf verwiesen, daß Österreich an einem Schnittpunkt wichtiger Verkehrslinien Europas liegt. Es ist eine Tatsache, daß der Transitverkehr mit schweren Lastkraftwagen – vor allen Dingen aus dem Osten und Südosten Europas nach den nordischen Ländern, aber auch nach dem Westen Europas – immer stärker und intensiver wird. Ich glaube daher, daß es richtig ist, wenn Wege gesucht werden, um auch diese Straßenbenutzer für eine Beitragsleistung heranzuziehen, damit der notwendige rasche Ausbau am Straßennetz durchgeführt werden kann. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die Zahl der Unfälle, aber auch die Verkehrszeiten, das heißt die Fahrzeiten von einem Ort zum anderen, auf gut ausgebauten Straßen wesentlich geringer werden.

Seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik wurden dafür in den letzten Jahren die entsprechenden Vorschläge dem Parlament zugeleitet, und das Parlament hat mit der Schaffung und Beschußfassung des Bundesstraßengesetzes 1971 beziehungsweise mit der Erstellung der Dringlichkeitskataloge die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbau unseres Straßennetzes, und zwar der Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen, geschaffen.

Ich möchte hier nicht auf die einzelnen Straßenteile oder Schwerpunkte im besonderen eingehen. Ich glaube aber, daß es erforderlich ist, daß neben den zweckgebundenen Mitteln der Mineralölsteuer neue Geldquellen für die Finanzierung und vor allen Dingen für den raschen Ausbau des Straßennetzes erschlossen werden müssen. Ob es sich dabei um zusätzlich gebundene Abgaben im Rahmen der Mineralölsteuer oder um eine andere zusätzliche Finanzierung handelt, wird sicher von den zuständigen Stellen beraten werden müssen. Ich halte es aber auch für notwendig, daß man dem Autofahrer sagen muß, daß die Sicherheit auf der Straße und das raschere Vorwärtskommen auch einen eigenen Beitrag erfordert.

Es ist sicher richtig, wenn die Zeitungen im

Babanitz

besonderen auf die Gefahren, die bei Vernachlässigung des Ausbaues der Straßen auftreten, hinweisen. Sie alle kennen sicher die Aktion der „Kronen-Zeitung“ bezüglich Ausbau der Südautobahn. Ich bin aber der Meinung, daß nicht nur nach dem Süden, sondern in ganz Österreich der Ausbau des Straßennetzes so rasch wie möglich durchgeführt werden muß. Österreich ist ja nicht nur ein Fremdenverkehrsland, sondern auch ein Durchzugsland.

Der Ausbau soll aber so erfolgen, daß er den heutigen und zukünftigen Erfordernissen entspricht. Man muß – und das habe ich schon einmal gesagt – dem Autofahrer sagen und meiner Meinung nach auch vorrechnen, was er durch eine entsprechende Beitragsleistung – wenn Sie mir hier dieses Wort gestatten – an Ersparnissen erreichen kann.

Ich darf Ihnen vielleicht ein Beispiel aus meiner eigenen Erfahrung vor kurzem anführen. Ich war vor einigen Wochen auf einem Kongreß in der Schweiz und bin dann über Italien nach meinem Heimatort Neusiedl am See zurückgefahren. Eine Fahrtstrecke von etwa 1000 Kilometern. Ich konnte diese Strecke in einer rund 11stündigen Fahrzeit – einschließlich aller Pausen – bewältigen, und zwar deswegen, weil ich ein gut ausgebautes Autobahnnetz benützen konnte. Die Strecke in Italien, die auf einer Mautautobahn befahren werden konnte, hat bis zum Brenner etwa 4½ Fahrstunden betragen, und die Maut, die dafür bezahlt werden mußte, war etwa 180 S. Wenn man bedenkt, daß man für dieselbe Strecke auf normalen Straßen die doppelte Fahrzeit braucht, daß dazu die Anforderung des ständigen Gegenverkehrs und so weiter kommt – und jeder Autofahrer wird mir recht geben –, dann, glaube ich, kann man ohne weiteres dem Autofahrer dies erklären, und er wird sicher mit Vernunft eine vernünftige Benützungsgebühr der Autobahnen zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte aber damit nicht sagen, daß es unbedingt erforderlich ist, daß jede Straße durch Maut, wenn Sie so wollen, benützbar gemacht wird. Ich glaube aber, daß es wert ist, daß man diese Probleme diskutiert.

Wenn in der letzten Zeit – vielleicht in einer etwas heiteren Form – eine Idee, die an den Herrn Bundesminister herangetragen wurde, diskutiert wird, nämlich das Pickerl, dann möchte ich sagen: Man kann über alle Möglichkeiten diskutieren. Richtig scheint mir – und das ist auch dabei zum Ausdruck gekommen –, daß nicht nur der Herr Bundesminister eine Meinung dazu geäußert hat, sondern daß auch andere Stellen, die dieses Pickerl vielleicht sogar mit Recht kritisiert haben, doch zur Einsicht gekommen sind, daß die Beschaffung zusätzlicher

Mittel notwendig ist, wenn wir die Straßen schneller und sicherer ausbauen wollen. Die interessierten Stellen sollten sich mit diesen Problemen befassen, damit der Ausbau unserer Bundesstraßen und unseres gesamten Straßennetzes rascher durchgeführt werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wird dann meiner Meinung nach nicht nur möglich sein, die Autobetriebskosten für den einzelnen herabzusetzen, sondern ich glaube – und das scheint mir noch wichtiger zu sein –, es wird auch ein unfallfreieres Fahren als bisher möglich sein. Das bedeutet nicht zuletzt weniger Verkehrstote und weniger Verletzte, sondern auch wesentliche Ersparnisse der Versicherungen, die nicht zuletzt dem Autofahrer selbst wieder zugute kommen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine sehr notwendige Aufgabe im Rahmen des Bautenbudgets scheint mir so wie in den letzten Jahren die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen im Rahmen des Wasserwirtschaftsfonds zu sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigem Trinkwasser erfordert einen kontinuierlichen Ausbau der Wasserversorgungsanlagen, vor allen Dingen in den Ballungszentren und in den Gebieten mit Wassermangel.

Aber auch die Reinhaltung der Seen und vor allen Dingen die Beseitigung der Haushalts- und Industrieabwässer, die ja gleichfalls im Interesse einer Reinhaltung der Gewässer gelegen ist, erfordert immer mehr Mittel und bedeutet nicht zuletzt eine sehr wesentliche Verbesserung der Umweltbedingungen. Auch hier wird der Bauwirtschaft durch die Bereitstellung verstärkter Mittel die Möglichkeit geboten, sich entsprechend mit Aufträgen und damit auch mit einer Beschäftigung von Arbeitskräften zu befassen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit den speziellen Problemen in der Bauwirtschaft und mit den Möglichkeiten im Rahmen des Bundesbudgets 1976 wird sich meine Fraktion noch im Rahmen der Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß, aber auch in der Spezialdebatte hier im Hohen Haus befassen.

Ich möchte daher abschließend feststellen: Die Bauarbeiter erwarten sich vom Bundesbudget 1976, speziell vom Bautenressort, eine ruhige, aber kontinuierliche Entwicklung der Bauwirtschaft im Rahmen der gesamten Wirtschaft unseres Landes. Diese Entwicklung bedeutet meiner Meinung nach gleichzeitig die Sicherung eines hohen Maßes an Beschäftigung für die Bauwirtschaft nicht nur im nächsten Jahr, sondern darüber hinaus auch für die Zukunft.

In diesem Sinne werden wir dem Budget 1976 unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Halder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Halder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Sowohl der Herr Bundeskanzler als auch der Herr Finanzminister haben in der Regierungserklärung wie auch in der Budgetrede übereinstimmend und sehr richtig die Bedeutung der Landwirtschaft für die Ernährungssicherung, für die Erhaltung des Erholungs- und Kulturräumes wie auch für die Sicherung des Lebensraumes der Bevölkerung hervorgehoben.

Der Herr Bundeskanzler stellte weiters dazu fest, der Land- und Forstwirtschaft sei die Erfüllung dieser Aufgaben nur dann möglich, wenn es gelingt, für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, die es ihnen attraktiv erscheinen lassen, weiterhin im ländlichen Raum zu bleiben. Als vordringliches Anliegen nannte der Herr Bundeskanzler die weitere Verbesserung der Einkommen der bäuerlichen Familien.

Der Herr Bundeskanzler spricht also von einer weiteren Verbesserung. In Wahrheit geht es vorerst einmal darum, die Benachteiligungen zu beheben, die den Bauernstand in den letzten Jahren getroffen haben, also darum, die Chancengleichheit mit den übrigen vergleichbaren Berufsgruppen wiederherzustellen.

Wie stellt sich die Lage der Land- und Forstwirtschaft nach fünfeinhalb Jahren sozialistischer Bundesregierung tatsächlich dar?

Die wirtschaftliche und soziale Lage des Bauernstandes hat sich weiterhin verschlechtert. Neue Aufwandsbelastungen bei Betriebsmitteln, bei Steuern und Tarifen kommen auf den Bauernstand zu. Die land- und forstwirtschaftlichen Erzeugerpreise decken nur zum Teil die Kosten, und immer wieder treten neue Schwierigkeiten beim Absatz der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse auf. Zum Beweis hiefür einige konkrete Feststellungen.

Wenn wir vom Jahre 1966 ausgehen und die Situation in den Jahren 1973 und 1974 gegenüberstellen, ergibt sich folgendes Bild: In dieser Zeit haben sich die Einnahmen der Bauern aus dem Rindererlös um nur 20 Prozent erhöht, die Lebenshaltungskosten sind allgemein um 51 Prozent gestiegen. Die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel sind in dieser Zeit aber um 73 Prozent gestiegen, und der sogenannte Lohnindex, ein Mischindex zwischen den Gehältern der Beamten und Angestellten und den Arbeiterlöhnen, ist in dieser Zeit um 110 Prozent gestiegen. Das Betriebseinkommen je

Vollarbeitskraft hat im Jahre 1974 laut Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft, den die Bundesregierung herausgegeben hat, betragen: für das niederösterreichische Flach- und Hügeland – also die besten Gebiete in Österreich – rund 80.000 S, das sind nominell um 15 Prozent mehr als im Jahre 1973, im Bundesmittel rund 57.400 S, das sind nominell um 12 Prozent mehr als 1973, im Alpengebiet hingegen nur rund 42.200 S, das sind um 4 Prozent weniger als im Jahre 1973.

Abgesehen davon, daß im Sinne einer objektiven Einkommensermittlung für die Landwirtschaft Überlegungen über die Methode der Einkommensermittlung angestellt werden müßten, führen diese Ziffern zu folgendem Ergebnis, was das Bergbauerngebiet anlangt. Dort hat der Einkommenszuwachs im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr nominell 6 Prozent betragen. Insgesamt aber haben sich die Einkommen im Bergbauerngebiet 1974 real vermindert, wenn man die bescheidene nominelle Einkommenssteigerung von 6 Prozent der Steigerung bei den Betriebsmittelpreisen im Ausmaß von 16,4 Prozent gegenüberstellt.

Hauptsache für diese bedauerliche Entwicklung ist der Ertragsrückgang bei den Rindern um rund 5 Prozent im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr.

Global stellt sich die Einkommenssituation der bergbäuerlichen Betriebe somit so dar, daß die Einkommensschwelle von 40.000 S Betriebs-einkommen von vielen Betrieben weiterhin nicht erreicht wird und gegenüber 1973 eine fast vollständige Stagnation eingetreten ist. Ich muß mich auf diese Zahlen verlassen, weil wir für die spätere Zeit, für das Jahr 1975, natürlich noch keine offiziellen Ziffern haben können.

Es ist erfreulich, daß die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft allenthalben ganz allgemein anerkannt wird. Den Bauern ist aber mit leeren Versprechungen und leeren Absichtserklärungen nicht geholfen.

Zu den Schwierigkeiten im Bergbauerngebiet, die vielfach Anerkennung finden, sehr verschiedener Natur sind und sehr verschiedene Grade aufweisen, kommt die Tatsache, daß im Bergbauerngebiet, insbesondere im Westen des Bundesgebietes, sehr viele Betriebe Kleinbauernbetriebe sind, sodaß die Schwierigkeiten im Berggebiet mit den Schwierigkeiten der Kleinbauernbetriebe zusammenfallen und die Situation damit eine weitere Verschärfung erfährt.

Insbesondere fragen sich also nun die Bergbauern, wie die wohlklingenden Absichtserklärungen der Bundesregierung mit den Realitäten des Bundesbudgets für 1976 in Einklang zu bringen sind.

Dr. Halder

Ich möchte vorerst eine grundsätzliche Feststellung treffen: Die Bergbauern wollen keine Geschenke, sie wollen auch keine Subventionen, wie es vielfach fälschlich heißt, sie wollen nichts anderes als eine gerechte Gegenleistung für ihre Leistungen: für die Volksernährung, für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft, für den Fremdenverkehr, für den Schutz der Siedlungen gegen Wildbäche, Lawinen, Vermurungen und sicherlich auch für die Heranziehung und Ausbildung vieler Tausender junger Menschen, die dann als wertvolle junge Arbeitskräfte der übrigen Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Zusammenhang einige konkrete Gesichtspunkte zum Bergbauern-Sonderprogramm. Ich muß nun Herrn Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden zitieren, und zwar eine Feststellung in der „Agrarischen Rundschau“ vom April 1975. Der Herr Staatssekretär erklärte damals, daß sich das im Jahre 1972 von Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs eingeführte Bergbauern-Sonderprogramm als ein „überaus wirkungsvolles Instrument einer dynamischen Bergbauernpolitik“ erwiesen habe.

Ich wäre sehr dankbar, wenn diese Feststellung der Wahrheit entspräche. (Abg. Dipl.-Ing. Haiden: *Entspricht der Wahrheit!*) Es wurde also im Jahre 1972 das Bergbauern-Sonderprogramm eingeführt und vorerst auf fünf Jahre befristet. Nur wenige Positionen wurden neu geschaffen. Im wesentlichen hat es sich lediglich um Umschichtungen vom Grünen Plan auf das Bergbauern-Sonderprogramm gehandelt. (Abg. Dipl.-Ing. Haiden: *Das ist doch unrichtig!*) Sicher hat sich eine günstigere Optik für die Bergbauern mit Schaffung des Bergbauern-Sonderprogrammes ergeben. (Abg. Dipl.-Ing. Haiden: *Sie müssen die Gesamtzahl des Grünen Planes anschauen!*) Wir werden das noch tun, Herr Staatssekretär! (Abg. Dr. Tull: *Tun Sie das, bevor Sie reden!*) Ich werde er hier noch tun. (Abg. Dr. Tull: *Zuerst denken, dann reden, Herr Kollege!* – Zwischenrufe.) Haben Sie keine Sorge, Herr Abgeordneter Dr. Tull, ich komme noch darauf zu sprechen.

Damit etwa, Herr Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden, daß man die Abteilungen im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für Besitzfestigung, Umstellung und Almwirtschaft in eine Abteilung für Regionalförderung zusammengelegt hat, ist den Bergbauern sicherlich noch nicht geholfen. Das werden Sie mir doch bestätigen können. Wesentlich ist nur, ob es mehr Mittel gibt. Doch mehr Mittel gibt es im Jahre 1976 gegenüber dem Jahre 1975 nicht; es sind genau wieder die 417,1 Millionen Schilling; für 1976 genau der gleiche Betrag wie im Jahre 1975. Das werden Sie also auch nicht bestreiten.

Sie werden mir nicht versprechen können, daß die Kosten für die Landwirtschaft und die inflationäre Entwicklung im kommenden Jahr vollkommen auf Null ausgehen werden. Schön wäre es, wenn dem so wäre. Infolgedessen gibt es im Jahre 1976 weniger Mittel für die Bergbauernförderung als im Jahre 1975.

Zur Verkehrserschließung einige Worte. Derzeit, also Ende dieses Jahres, werden noch 30.000 Bauernhöfe nicht mit einem LKW-befahrbaren Weg erschlossen sein, davon 19.000 Bergbauernbetriebe. Im Grünen Bericht wird ausgeführt, wie notwendig die Erschließung der bäuerlichen Betriebe für verschiedene Zwecke wäre. Ich will mir die Zitierung ersparen. Trotz der ungeheuren Bedeutung dieser Güter- und Interessentschaftswege hat die Landwirtschaft ungeheure Lasten zum Bau und zur Erhaltung dieses Wegenetzes zu tragen. Belastungen pro Betrieb bis zu 150.000 S für den Bau von Güterwegen bis zum Anwesen sind keine Seltenheit!

Von der alten Forderung der Landwirtschaft, daß die Erhaltung der Güter- und Interessentschaftswege von den Gemeinden übernommen werden soll, kann sicherlich so lange keine Rede sein, als nicht gleichzeitig auch die Gemeinden im Wege des Finanzausgleiches eine finanzielle Besserstellung erfahren. Auch das ist uns bekannt.

Im Budget 1976 finden sich für die Verkehrserschließung der ländlichen Gebiete um 3,76 Prozent mehr Mittel gegenüber dem heurigen Jahr 1975. Es ist offiziell bekanntgegeben worden, daß sich in der Zeit von 1970 bis 1975 der Baukostenindex um 86 Prozent erhöht hat; das sind pro Jahr im Durchschnitt 17 Prozent.

Wir werden mit einer weiteren derartigen Steigerung bei den Baukosten auch für Güter- und Interessentschaftswege zu rechnen haben. Die Förderung jedoch wird nur um 3,76 Prozent höher sein, das heißt, daß die Bundesregierung im kommenden Jahr für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete weniger wird tun können.

In der Regionalförderung ist es nun dasselbe. Jetzt komme ich auf meine Andeutung zurück, Herr Staatssekretär und Herr Abgeordneter Dr. Tull! Im Jahre 1971 betrug das Ausmaß der Bundesförderung für die Regionalförderung des Bundes im Verhältnis zu den Gesamtkosten der Förderungsprojekte noch 14,47 Prozent und im Jahre 1974 – diese Ziffern sind offiziell! – nur noch 11,99 Prozent. Die Auswirkung für 1975 kennen wir noch nicht. Glauben Sie nicht auch, daß es 1976 wahrscheinlich noch bedeutend weniger sein wird, zum größten Bedauern für alle Betroffenen, insbesondere für die Bergbau-

Dr. Halder

ern, als im Jahre 1974? Ich stelle diese Frage in den Raum. Wir wissen es heute noch nicht.

Für die Almwirtschaft sind keine zusätzlichen Förderungsmittel drin. Das ist außerordentlich bedauerlich, weil, wie heute schon sehr, sehr vielen Österreichern bekannt ist, die Almen nicht nur für die Existenzsicherung des Bauernstandes, sondern auch für die Allgemeinheit eine wichtige Bedeutung haben. Das, glaube ich, brauche ich Ihnen gar nicht näher zu erklären. (Abg. Dr. Tull: Herr Kollege! Werden Sie Abänderungsanträge einbringen? – Abg. Hietl: Ganze Menge!) Sie brauchen mir nur zuzuhören, lassen Sie mich doch ausreden. (Abg. Dr. Tull: Das heißt, Sie wollen wieder lizitieren! – weitere Zwischenrufe.)

Nun zum Bergbauernzuschuß des Bundes. Ich möchte bestätigen: An sich eine sehr dankenswerte Maßnahme, mit der man im Jahre 1971, und zwar mit 300 S für jeden Bergbauernbetrieb, begonnen hat. Mittlerweile hat man dabei mehr differenziert. Im Jahre 1976 stehen im Budget, im Bergbauern-Sonderprogramm, genau die gleichen 58 Millionen Schilling, wie sie im Budget für 1975 gestanden sind. Nun ist ja folgendes bekannt: Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat sich überlegt, daß die Basis der bisherigen Katasterkennwerte wahrscheinlich nicht genau stimmt, weil man im gesamten Bundesgebiet vielleicht nicht ganz gleichmäßig vorgegangen sein mag. Das kann durchaus sein. Infolgedessen ist das Bundesministerium darangegangen, das Bergbauerngebiet in drei Erschweriszonen einzuteilen. Sie haben die Landwirtschaftskammern eingeladen mitzumachen, und die haben das getan. Die Richtlinien hiezu haben – ich glaube, das werden die Herren bestätigen können – das Landwirtschaftsministerium und die Präsidientenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs einvernehmlich festgelegt.

Nun liegen die vorläufigen Ergebnisse vor. Wir hatten vorher, als noch die Katasterkennwerte maßgebend waren, insgesamt in Österreich 95.162 Betriebe in der Zone I, jetzt haben wir nur mehr rund 45.000, das sind um fast 50.000 weniger; die können wir jedoch ohnedies außer Betracht lassen, weil es für die Zone I keine Bergbauernzuschüsse gibt. Die Zone II wird interessanter, das ist jene Zone, die früher Betriebe mit Katasterkennwerten zwischen 80 und 149 betraf. Hier waren früher ungefähr 22.400 Betriebe, nunmehr sind es zirka 36.800, genau um 14.377 mehr. In der Zone III waren früher 17.820 Betriebe, nunmehr sind es 43.373, also um 25.553 mehr. Die Zone III betraf früher die Betriebe mit 150 und mehr Katasterkennwertpunkten.

Mittlerweile hat man die Richtlinien erwei-

tert, und ich finde, das ist richtig. In früheren Zeiten hat man nicht sehr viel mechanisch arbeiten müssen. Mittlerweile sind die Arbeitskräfte auch in den bergbäuerlichen Betrieben seltener und rarer geworden, weil sie wegen des geringen Einkommens aus der Landwirtschaft genötigt waren, sich anderweitig Zuerwerb oder einen außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb zu verschaffen, und den kleineren Bergbauernbetrieb nur mehr im Nebenerwerb bewirtschaften konnten.

Deswegen spielt die Hanglage heute eine wesentlich wichtigere Rolle für die Ermittlung der Erschwernisse im Bergbauergebiet. Dieser Grundsatz ist absolut richtig. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß die Zoneneinteilung richtig ist und auch die Ergebnisse, die vorläufig vorliegen, im Grundsätzlichen richtig sind. Jedoch kommt folgender Schluß: Es sind insgesamt viel mehr Betriebe in der Zone II – etwa 14.300 – und 25.500 mehr Betriebe in der Zone III. Wenn man davon ausgeht, daß im kommenden Jahr die Bergbauernzuschüsse genau nur 1250 S für die Zone II und 2500 S für die Zone III betragen, dann brauchen Sie aber, sehr geehrter Herr Bundesminister und Herr Staatssekretär, nicht 58 Millionen, wie im Budget vorgesehen sind, sondern dann brauchen Sie 154 Millionen. Die stehen nicht im Budget! Sie werden sehr wahrscheinlich die Absicht haben, die Bergbauernzuschüsse im kommenden Jahr tatsächlich nach der neuen Zoneneinteilung flüssigzumachen. Ich frage mich nur, wie Sie es bewerkstelligen werden, diese 96 Millionen Schilling zusätzlich aufzubringen. Wir hoffen, daß es Ihnen irgendwie gelingen mag.

Nun könnte ich zitieren, was im Grünen Plan – das sind die Vorschläge nach dem Bericht über die Lage der Landwirtschaft für das Jahr 1974 für die Förderung im Jahre 1976 – über den Bergbauernzuschuß drin steht. Zuerst einmal ein hohes Lob für die Bergbauern. Und es ist hier zum Ausdruck gebracht, daß Voraussetzung dafür, daß man die Bergbauern, die so wichtig sind, erhält, die Aufrechterhaltung der Besiedlung und die nachhaltige und pflegliche Bodenbewirtschaftung sind, die wegen der ungünstigen Standortbedingungen mit besonders großen Kosten und arbeitsmäßigen Erschwernissen verbunden sind. Daher kann von den Bergbauern nur erwartet werden, daß sie ihre Aufgabe erfüllen, die Betriebe weiterhin zu bewirtschaften, wenn ihnen durch zusätzliche Maßnahmen eine entsprechende Einkommensverbesserung gewährt wird.

Im nächsten Abschnitt sagen Sie zu Recht: Da dies allein durch die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Preis-Markt-Struktur und der bisherigen Förderungspolitik nicht gewährleistet ist –

Dr. Halder

natürlich auch der seit 1970, meinen Sie, nicht nur der vorhergehenden –, soll im Sinne eines wirksamen Einkommensausgleiches daher der den Bergbauernbetrieben in Anerkennung ihrer im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen als Ergänzung zu den landwirtschaftlichen Investitionsförderungsmaßnahmen schon bisher gewährte Bergbauernzuschuß weiter ausgebaut werden. Vorerst sollen die extremer gelegenen Bergbauernbetriebe in diese Maßnahme einbezogen werden.

Weiterer Ausbau durch Ausweitung der Betriebe in der Zone II und III – sehr richtig; aber die Mittel dazu fehlen noch, und Sie sagen, vorerst sollen die extremer gelegenen Bergbauernbetriebe in diese Maßnahme einbezogen werden.

Wenn wir also durchrechnen: 2500 S im Jahr für die Bergbauernbetriebe in der höheren Erschwerniszone, der Zone III, das sind 6,80 S pro Tag. In der Zone II sind es 3,40 S pro Tag. Meinen Sie im Ernst, daß diese Beträge die Bergbauern veranlassen werden – bei den überaus großen Benachteiligungen, die sie ansonsten in Kauf zu nehmen haben, und bei den vielen Leistungen, die sie ansonsten für die Volkswirtschaft erbringen, die ihnen nicht abgegolten werden –, weiterhin auf ihren Bergbauernbetrieben zu bleiben und sie zu bewirtschaften? (Abg. Pansi: Wie hoch waren die Beträge bis zum Jahre 1970?)

Im Jahre 1970, das sagte ich, hat es das vom Bund her nicht gegeben. Dafür war aber die betriebliche Investitionsförderung seinerzeit weiter ausgebaut. (Beifall bei der ÖVP.) Und die betriebliche Investitionsförderung ist mittlerweile eben stark verkürzt worden. Das habe ich damit zum Ausdruck gebracht.

Nun gibt es in Österreich natürlich Bergbauernbetriebe in einer besonderen Extremzone. In Tirol beispielsweise haben wir jenen Bergbauernbetrieb mit den höchsten Katasterkennwertpunkten, mit 683. Von 150 hinauf gibt es also, wie gesagt, noch eine sehr große Abstufung von Erschwerniszonen. Es wäre daher schon zu überlegen – und das hat auch die Tiroler Landwirtschaftskammer in der Entschließung ihrer Vollversammlung gemeint und Ihnen vorgeschlagen, daß Sie das überlegen möchten –, daß man innerhalb der Zone III doch noch eine vierte Erschwerniszone schafft. Wir wissen es, und Sie, Herr Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden, haben es auch dem AIZ gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß diese Frage für das Jahr 1976 noch nicht realisiert werden kann. Das wissen wir. Wir bitten nur darum, daß Sie diese Frage überdenken. Wir sind natürlich gerne bereit, soweit Sie sie nicht ohnehin selbst in

den Händen haben, Ihnen die notwendigen Unterlagen hiefür in die Hand zu geben.

Einige Worte noch zum Sozialbudget. Es ist allenthalben wohl auch in der sozialistischen Fraktion in Vergessenheit geraten, was in den Jahren 1966 bis 1969 unter der seinerzeitigen ÖVP-Alleinregierung und ÖVP-Mehrheit in diesem Hohen Hause alles geschehen ist. Ich muß es also hier auch dem Herrn Abgeordneten Pansi in Erinnerung bringen, von dem ich ja sonst sehr wohl angenommen hätte, er wüßte es sicherlich ganz genau. In den Jahren 1967 und 1968 hat man die Unfallrenten für die Landwirtschaft an jene der Gewerblichen Wirtschaft angepaßt und hat sie um etwa 57 Prozent erhöht. Dann hat man das Arbeitsmarktförderungsgesetz geschaffen und hat auch die Arbeitsmarktförderungsmittel jenen bürgerlichen Betriebsinhabern erschlossen, die aus strukturellen Gründen gezwungen sind, eine andere Erwerbstätigkeit zusätzlich aufzunehmen und sich dafür eine Ausbildung zu verschaffen.

Im Herbst des Jahres 1969 wurde die 14. Novelle zum Zuschußrentenversicherungsgesetz beschlossen. Es gab in zwei Etappen eine Aufbesserung der Zuschußrenten um 60 Prozent und die Zuschußrenten 14mal. Seitdem – das heißt mit Wirkung vom 1. Jänner 1971 – die alljährliche Dynamisierung der Zuschußrenten. Die Ausgleichszulagen zu den Zuschußrenten und die Erhöhung des Hilflosenzuschusses in vier Etappen wurden seinerzeit beschlossen. Und schließlich, noch am 12. Dezember 1969, ist das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz hier beschlossen worden. (Beifall bei der ÖVP.)

Was ist aber seit März 1970 in diesem Bereich weiterhin geschehen? Die üblichen Anpassungen ja! Gewisse Verbesserungen, die man für andere Bereiche geschaffen hat, wurden nur zum Teil auch für die Landwirtschaft übernommen. Immer noch gibt es zum Beispiel keine Pension bei langer Versicherungsdauer in der Bauernpensionsversicherung, keine zweite Bemessungsgrundlage. Vor allem das Problem der Zuschußrentner haben Sie fünfthalb Jahre lang überhaupt nicht angerührt. Sie haben nur den Zuschußrentnern immer wieder etwas in Aussicht gestellt, Sie haben es mehr oder weniger versprochen, Sie haben also gewisse Zeitabschnitte wieder erwähnt. In Wahrheit sind fünfthalb Jahre vergangen – und was ist denn jetzt abzusehen?

Ich könnte Ihnen hier einige Erklärungen zitieren. Der Herr Sozialminister Ing. Häuser hat in der „Wiener Zeitung“ am 13. Juli 1973 erklärt, daß „die Forderung nach Umwandlung der Zuschußrenten in Bauernpensionen weder rechtlich noch finanziell noch sozialpolitisch erfüllbar sei“. Er hat bis jetzt diese Auffassung

Dr. Halder

tatsächlich bewahrt und ist ihr treu geblieben, zum Bedauern aber der Zuschußrentner; das gehört hier gesagt. Sobald finanzielle Voraussetzungen vorliegen, sagte der Herr Vizekanzler, könne man über eine Anpassung des Ausgleichszulagenrechtes der Zuschußrentner reden. Das war im Sommer 1973, und immer noch ist nichts geschehen!

Im Jahre 1974 haben sich die Zuschußrentner eine Verbesserung erhofft, ebenso im Jahre 1975. Dann hat es geheißen zum 1. Jänner 1976. Mittlerweile wissen wir nicht, ob am 1. Juli 1976 irgendeine Verbesserung kommt. Niemand von Ihnen hat diesbezüglich eine klare Erklärung abgegeben. Aber der Herr Bundeskanzler hat in seinem Schreiben an die österreichischen Landwirte – ich weiß nicht, in wievielfacher Auflage es hinausgegangen ist – sehr wohl wörtlich erklärt, daß weitere Verbesserungen für die bäuerliche Bevölkerung im Sozialbereich, wie zum Beispiel die Umwandlung der Zuschußrenten in Pensionen, in Vorbereitung seien. Das war noch wenige Tage vor der Wahl.

Was ist in Vorbereitung? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.*) Was haben Sie behauptet in Ihren Unterlagen „Tatsachen und Argumente“ für die Funktionäre als Argumentation für den Wahlkampf vor den Nationalratswahlen? Ich lese es Ihnen vor; es war die Nummer 20. 1971 haben Sie das geschrieben, das war die Information für alle Ihre Funktionäre: Unter der SPÖ-Regierung, heißt es, wurden an Stelle des von der ÖVP ausgedachten Systems der Zuschußrenten echte Bauernpensionen geschaffen. – Ja, wissen Sie denn nicht, daß das Gesetz am 12. Dezember 1969 beschlossen worden ist? Sind Sie denn so arm an Argumenten für die bäuerliche Bevölkerung, daß Sie diese Leistungen auch noch dieser Regierung zuschreiben müssen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Selbst der Abgeordnete Pansi hat vor kurzem hier erklärt, und Dr. Haider hat es dann in einer sachlichen Berichtigung klargestellt, daß auch für die Zuschußrentner im Jahre 1969 wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind. Das ist sehr wohl erklärt worden. (*Abg. Pansi: Er hat etwas berichtigt, was ich nie gesagt habe; ich habe im Protokoll nachgesehen!*)

Nun aber hören Sie, was mit den Zuschußrentnern offenbar geschehen soll. Sie kennen doch die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers. Aber man muß es wieder in Erinnerung rufen:

„schrittweise Leistungsverbesserungen im Pensionsrecht, wie beim Hilflosenzuschuß und im bäuerlichen Zuschußrecht.“

Bei letzterem „sollen soziale Härten, wie sie

unter anderem durch die fiktive Anrechnung eines Ausgedinges entstehen könnten,“ – wie wenn sie nicht tatsächlich entstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren – „unverzüglich fürsorgerechtlich mit allen zuständigen Stellen gelöst werden,“ – und dann sagte der Herr Bundeskanzler einen Satz dazu, der nicht im Manuskript stand – „wobei der Bund von sich aus bereit ist,“ einen kleinen „Beitrag zu leisten“.

Wissen Sie, was das heißt? Menschen, die seit 19 Jahren in das gesetzliche System der Altersversicherung einbezogen sind, schieben Sie jetzt ab und überantworten sie der Fürsorge, überantworten die Verantwortung, was mit diesen Leuten weiterhin geschieht, den Ländern und Gemeinden. Das ist Ihre Sozialpolitik für die Zuschußrentner und keine andere. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn dem nicht so ist, dann sagen Sie doch endlich, was Sie vorhaben und wann Sie das vorhaben.

Hohes Haus! Ich darf nun kurz einige Dinge zusammenfassen. Laut Grünem Bericht über die Lage der Landwirtschaft müssen die Bergbauern des Alpengebietes im Jahre 1976, so wie es schon 1974 war, einen realen Einkommensverlust hinnehmen. Die für die Sicherung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes notwendigen Mittel wurden von der derzeitigen Bundesregierung wiederholt versprochen, tatsächlich aber wurde nur eine Umschichtung von Förderungsmitteln aus dem Grünen Plan in das Bergbauern-Sonderprogramm vorgenommen. Für die Auszahlung des Bergbauernzuschusses des Bundes im Jahre 1976 nach der vom Landwirtschaftsministerium erlassenen Einteilung in drei Erschwerniszonen fehlen 96 Millionen Schilling.

Woher wollen Sie diese Mittel beschaffen? Wissen Sie, was wir bereits hören, und zwar aus Kreisen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft? Es stehen für das Jahr 1976 im Bergbauern-Sonderprogramm für die Regionalförderung, also Besitzfestigung, Umstellung und Almwirtschaft, 136 Millionen Schilling. Man könnte ja diese Mittel dafür hernehmen, die man braucht, die Bergbauernzuschüsse auszubezahlen, weil man hiefür ja nicht nur 58 Millionen Schilling braucht, die im Budget stehen, sondern 154 Millionen. Das heißt also, es blieben dann nur mehr 40 Millionen Schilling für die betriebliche Investitionsförderung übrig. Das wäre die Konsequenz.

Ich hoffe und wünsche es der gesamten Land- und Forstwirtschaft in Österreich und insbesondere den Bergbauern, daß Sie, Herr Minister Dr. Weihs und Herr Staatssekretär Haiden, derartige Vorstellungen nicht hegen. Und wenn Sie derartige Vorstellungen nicht haben, dann wäre

Dr. Halder

es sicherlich günstig, die Angelegenheit nächstens sehr deutlich klarzustellen. (Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Da wird zuerst etwas behauptet, und dann verlangt man eine Klarstellung!)

Weiters wird amtlich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft berichtet, daß die Investitionstätigkeit im Bergbauerngebiet schon im Jahre 1974 zurückgegangen ist und laufend weiter zurückgeht. Im Grünen Bericht für das Jahr 1974, also im amtlichen Bericht des Ministeriums, steht, daß im Jahre 1974 erstmals die Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft nicht mehr zurückgegangen ist, sondern sogar ansteigt. Und es heißt ausdrücklich, daß diese Tatsache auf einen Rückstau hinweist.

Was heißt das? Warum stagniert die Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft? Weil sie offenbar keine Möglichkeiten mehr für Zuerwerb finden und weil die Arbeitsplätze für außerlandwirtschaftlichen Haupterwerb fehlen; sie müssen daher in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben verbleiben. Das ist die wahre Ursache für diese Entwicklung. Und das alles bei sinkendem Einkommen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. (Abg. Pansi: Herr Dr. Halder! Wo nehmen Sie diese Behauptung her? Im Grünen Bericht steht etwas ganz anderes!) Im Grünen Bericht für das Jahr 1974, Herr Abgeordneter Pansi, Sie gehören selber der Kommission an. Ich glaube, Sie können das ja selber nachlesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gerade bei dieser Situation wäre also eine wirksame Investitionsförderung für die Land- und Forstwirtschaft unerlässlich. In Wahrheit ist zwar eine weitere Verbesserung in Aussicht gestellt, aber eine reale Verkürzung der Förderungsmittel eingetreten. Haben Sie nicht gehört, wie schon Abgeordneter Dr. Zittmayr erklärt hat, daß die Mittel des Grünen Planes im Jahre 1976 um 40 Millionen niedriger sein werden als im Jahre 1975?

Was ist im Bereich der Mehrwertsteuer Ihr Vorhaben? Es ist davon gesprochen worden. Was ist mit der EWG-Politik? Nach wie vor scheitern Ihre Bemühungen zu unserem großen Bedauern. Deshalb hat sich auch die Bundesregierung gezwungen gesehen, im laufenden Jahr etwa eine halbe Milliarde Schilling bereitzustellen, um den Rinderabsatz in das Ausland überhaupt möglich zu machen. Wenn es mit der EWG einmal funktionieren würde und wir in unsere traditionellen Absatzmärkte der EWG wieder exportieren könnten wie seinerzeit, dann könnte man sich diese Mittel ersparen, und man könnte mit einer halben Milliarde Schilling sehr viel in der Land- und Forstwirtschaft nutzbringend an Förderungsmaßnahmen unterbringen.

Was haben Sie vor mit den Fonds? Meinen Sie, es sei damit getan, daß Sie die Fonds nun umschichten? Darin liegen doch nicht die wahren Probleme.

Was ist mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes wegen der Einheitsbewertung geschehen? Die Mitteilung, die aus dem Finanzministerium kam, war doch völlig irreführend. In Wahrheit ging es nur darum, daß man die seinerzeitige Kundmachung des Finanzministeriums vom Jahr 1971 mit dem Bewertungsgesetz in der damaligen Fassung hätte in Einklang bringen müssen.

Es wäre nach meinen Informationen nur darum gegangen, daß man nur einen Satz, beziehungsweise nur eine Ziffer verändert hätte, daß man eine Bodenklimazahl von 100 anstatt von 90 einem Hektarsatz von 20.000 S gegenübergestellt hätte. Dann wäre die Angelegenheit rechtlich bereinigt. Diese Möglichkeit hat der Finanzminister heute noch.

Und was tun Sie mit den Beratungskräften der Landwirtschaftskammern? Sie wissen doch, wieviel Arbeit sie für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft leisten und sicher gerne leisten. Ich kritisiere das nicht. Sie brauchen doch die Mitarbeit für die Erarbeitung der Unterlagen für den Bergbauernzuschuß, für sämtliche Bundesförderungsmaßnahmen, für die Mineralölsteuerrückvergütung. Sie brauchen eine ganze Menge statistischer Unterlagen. Die Landwirtschaftskammern tun das gerne. Unverständlich ist nur das eine: Warum Sie ab 1. Jänner 1976 dann den bisher üblichen Bundesbeitrag für den Personalaufwand der sehr wertvollen Beratungskräfte samt Reisekosten von zwei Dritteln auf die Hälfte verkürzen. Warum tun Sie das? Dann muß uns aber auch das Bundesministerium sagen, wie wir die vom Bundesministerium gewünschte Arbeit in den Landwirtschaftskammern tun sollen. Dann bitte sagen Sie uns das auch.

Die Bewertungszuschüsse mußten auf Grund der finanziellen Entwicklung beim Bund nun um ein Drittel gekürzt werden.

Was heißt die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, daß man eine Umschichtung in der Förderung zugunsten der Bergbauern vorhat? Es hat dann in einer Erklärung im Anschluß an einen Ministerrat geheißen: auf Kosten der Rüben- und Getreidebauern.

Jetzt frage ich mich: Was erhalten die überhaupt an Förderung, und was wollen Sie denen wegnehmen? Sagen Sie es doch! Oder wollen Sie hier nur verunsichern, wie es in anderen Bereichen offenbar auch die Absicht ist, zu verunsichern? Oder wollen Sie vielleicht wieder den Zwist schüren, den es vielleicht

Dr. Halder

einmal gegeben hat zwischen Körndl- und Hörndlbauern, also zwischen Getreidebauern und Bergbauern, zwischen Getreidebauern und Viehbauern im Alpenland? Wollen Sie den etwa wieder aufreißen? Wir werden da nicht mittun, weil wir wissen, daß die Bergbauern und die Flachlandbauern sehr viel zusammenarbeiten und sich gegenseitig in ihrer Wirtschaftsführung ergänzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Länder fühlen sich auch allmählich verunsichert. Was geschieht nicht alles mit den Länderkompetenzen! Was wird da nicht überall herumphilosophiert, möchte ich fast sagen. Und es kommen immer wieder Gesetzentwürfe, die dann wieder zurückgezogen werden. Was weiterhin geschieht, weiß man nicht genau: mit den Kompetenzen um die Marktordnung, um die Preisregelung, um die Raumordnung, um den Umweltschutz, mit den Länderkompetenzen zur Erlassung von Landeslandwirtschaftskammergesetzen, und, Herr Staatssekretär Haiden, mit dem Berggebieteentwicklungsgesetz. Man hätte meinen können, da fließen die Mittel nur so ins Berggebiet. In Wahrheit stand in Ihrem Entwurf nicht eine einzige Verpflichtung des Bundes drinnen, irgendeinen Schilling an Förderung für das Bergbauerntum zu leisten. Es gab lediglich Versprechungen in den Generalklauseln, aber keine Ausformung, daß man hätte sehen können: Hier haben Sie tatsächlich eine zusätzliche Förderung für das Bergbauerntum vor. Wenn das herauszufinden gewesen wäre, hätten wir Ihren Vorschlag sehr gerne entgegen genommen und sicherlich auch dankend unterstützt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Kapitel „Zuschußrentner“ brauche ich mich nicht mehr zu wiederholen. Ich sage also abschließend: Eine traurige Bilanz bei der Gegenüberstellung der Erklärungen der Bundesregierung einerseits mit den Realitäten des Bundesbudgets für 1976 – hier nur Versprechungen, Ankündigungen –, andererseits eine rückläufige Förderung. An Stelle klarer, glaubhafter Zusagen oder zumindest Aussagen laufend immer wieder neue Verunsicherungen!

Damit unterstützt man nicht die Selbsthilfe der Bauern, mit dem allen ist den Bauern sicherlich nicht geholfen. Ihre Lage wird sich sehr wahrscheinlich leider weiterhin verschlechtern nach dem, was uns hier nun vorliegt.

Nach den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers hätten wir gemeint, es könnte wirklich wieder einiges positiv weitergehen. Aber nach dem, was das Budget aussagt, hat die Bauernschaft die Hoffnungen vorerst einmal wieder fahren lassen müssen.

Ich möchte nur behaupten, daß die Zeche nicht nur die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung zu bezahlen hat, sondern diese

Zeche wird sehr bald einmal die ganze Volkswirtschaft und das ganze österreichische Volk zu bezahlen haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn so manches öffentliche Gemeinwesen und so manche Staaten haben es bitter bereuen müssen, wenn sie eine Zeitlang ihre eigene Land- und Forstwirtschaft, ihre bäuerlichen Familienbetriebe vernachlässigt haben.

Sie brauchen doch nur zu sehen, was derzeit in der Sowjetrepublik geschieht. 47 Millionen Menschen arbeiten dort in der Land- und Forstwirtschaft – in Amerika sind es 4 Millionen! Und diese 4 Millionen in Amerika erzeugen zehnmal soviel wie diejenigen – wie gesagt, 47 Millionen, vielleicht sind es nur 37 Millionen; es war im Fernsehen, es ist also öffentlich gebracht worden; ich habe die Ziffern im Augenblick nicht da – in der Sowjetunion. Aber immerhin, seien es nur 37 oder 47 Millionen, der Vergleich allein zeigt schon auf, daß hier nicht alles paßt.

Was würden wir tun, wenn wir etwa eine so glorreiche Landwirtschaft hätten wie in Amerika? Auf 100 Hektar nur eine Arbeitskraft. Die bäuerlichen Familienbetriebe wären weg. Was passiert jetzt hier? So manche fortschrittliche Leute sehen, daß einfach nicht mehr drinnen ist bei den teils sinkenden Produzentenpreisen, bei den laufend steigenden Betriebsmittelpreisen, als zu extensivieren, den sogenannten biologischen Landbau zu betreiben! Sie kommen aber schon drauf, daß das auch nicht drinnen ist.

Andere wieder gehen dazu über, daß sie Intensivviehhaltung machen oder Massenviehhaltung betreiben. Was heißt denn das: Intensiv- und Massenviehhaltung? – Daß immer mehr Tiere auf immer weniger Raum mit immer weniger Arbeitskräften gehalten werden. Das ist keine gesunde Landwirtschaft. Zwingen Sie den Bauernstand, die bäuerliche Familie nicht in eine solche Entwicklung! Das wünscht nämlich die Land- und Forstwirtschaft selber nicht.

Wenn Sie das alles bedenken, was ich Ihnen heute leider vorhalte mußte, dann hoffe ich, daß im Laufe des Jahres mehr für die Land- und Forstwirtschaft und insbesondere für die Bergbauern geschieht, als hier in diesem Budget für 1976 zum Ausdruck kommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dem Herrn Präsidenten Schnell versichern, daß wir im Laufe der Budgetberatungen noch genügend Zeit haben

Dr. Gruber

werden, seine irrgen Auffassungen zu berichten, die er heute zum Punkt „Ganztagschule“ beziehungsweise „Tagesheimschule“ von sich gegeben hat.

Wir werden auch noch über die Frage der Schulbuchaktion ziemlich viel zu reden haben. Ich vermeide ausdrücklich den Begriff „Gratisschulbuch“. Denn ich habe schon einige Male hier gesagt: Die Schulbücher sind nicht gratis, weil das ganze österreichische Volk diesen enormen Aufwand natürlich berappen muß.

Wenn wir jetzt wieder sehen, daß auch für das Budget 1976 der Betrag von 1,1 Milliarden Schilling im Budget für die Schulbuchaktion vorgesehen ist, dann straft der Herr Finanzminister den Herrn Unterrichtsminister eigentlich Lügen, der immer wieder behauptet hat: Schon im Jahr 1975 würde dieser enorme Betrag nicht gebraucht werden. Der Finanzminister muß also einen Grund dafür haben, warum er den gleichen Betrag wieder einsetzt; weil er eben annehmen muß, daß im Jahr 1975 dieser Betrag auch tatsächlich gebraucht wurde.

Hier genügt es auch nicht, daß der Abgeordnete Sekanina bei der Debatte zur Regierungserklärung gemeint hat: Der Rechnungshof hat ja selbstverständlich das Recht, eine Aktion zu kritisieren, so wie halt irgendwer in Österreich das Recht hat, etwas, was die Regierung macht, zu kritisieren!

Herr Abgeordneter Sekanina, ich glaube, hier liegt doch ein gewisser Unterschied vor: Der Rechnungshof ist immerhin das Instrument des Nationalrates. Und wenn hier eine Kritik ausgesprochen wird, dann wird sie namens des Nationalrates ausgesprochen. Wir werden ja sehen, ob Sie sich mit dem Rechnungshofbericht – wie er vorliegt – identifizieren und damit auch die Kritik des Rechnungshofes an diesen Maßnahmen anerkennen oder nicht.

Ich möchte aber doch die Frage aufwerfen, welchen Stellenwert der Bereich „Bildung“ im Budget 1976 überhaupt hat. Der Finanzminister hat davon gesprochen, daß es Bereiche gibt, in denen in nächster Zeit kein oder nur ein geringer Zuwachs der Ausgaben vorzusehen ist. Er scheint auch den Bereich „Bildung“ zu diesen Bereichen zu zählen, wo also in der nächsten Zeit nicht mehr geschehen kann, und glaubt, daß eben der Bereich „Bildung“ bereits in den letzten Jahren einen derartigen Nachholbedarf befriedigt hat, daß man den Bildungsbereich ausklammern kann.

Die Bedeutung der Bildung wird dokumentiert durch den Finanzminister selbst, der in seiner Rede diesem Bereich ganze sechs Zeilen widmet. Von diesen sechs Zeilen ist zunächst einmal die trockene Feststellung, wieviel, wie

viele Milliarden im Budget vorgesehen sind. Die nächste Feststellung ist, daß es gelang, ein hohes Niveau der Bildungsreform zu erreichen. Das ist eine sehr fragwürdige Formulierung. Denn es geht nicht darum, ein Niveau der Bildungsreform zu erreichen, sondern unseren Kindern die entsprechenden Bildungseinrichtungen in genügender Zahl und in genügender Qualität zur Verfügung zu stellen und nicht einfach nur von Reformen hier zu reden und zu träumen.

Aber die bemerkenswerteste Feststellung trifft der Finanzminister, wenn er sagt: Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung waren in den vergangenen Jahren Schwerpunkte der Budgetpolitik. Damit gibt er indirekt zu, daß für das kommende Jahr dieser Bereich kein Schwerpunkt mehr ist, sondern daß das eben nur für die Vergangenheit zutreffend wäre.

Es ist aber in dem Zusammenhang wohl die Frage erlaubt: War in der Zeit der sozialistischen Regierung der Bildungsbereich tatsächlich ein Schwerpunkt?

Nun möchte ich versuchen, den Herrn Finanzminister an Hand seiner eigenen Unterlagen zu interpretieren, die er uns zur Verfügung gestellt hat. Ich habe schon gesagt: In seiner Budgetrede hat er nur ganz wenig dazu zu sagen gewußt. Aber wir haben ja Unterlagen bekommen, und es lohnt sich, diese Unterlagen auch tatsächlich zu studieren.

So heißt es auf Seite 25, daß für das Kapitel „Unterricht“ im Jahre 1975 16,1 Milliarden Schilling vorgesehen waren, während 1970 nur 8,7 Milliarden Schilling zur Verfügung standen. Und dann heißt es, daß das eine Steigerung von 85 Prozent bedeutet.

Im selben Zeitraum ist der Umfang des Gesamtbudgets um 112 Prozent gestiegen. Das heißt mit anderen Worten: Der Bereich Unterricht und Kunst konnte mit der Steigerung des Gesamtbudgets in diesem Zeitraum nicht Schritt halten, oder mit anderen Worten, es war ein sinkender Anteil des Unterrichtsbudgets am Gesamtbudget festzustellen.

Aber man kann noch eine andere Betrachtungsweise anwenden. Es ist heute schon davon die Rede gewesen, daß man da die eingetretene Inflation berücksichtigen muß. Wenn man den entsprechenden Deflator hennimmt, der 52 ausmacht, und die 16,1 Milliarden mit diesem Deflator multipliziert, dann kommt genau der Betrag von 8372 Millionen Schilling heraus. Das heißt mit anderen Worten: Der Aufwand für Unterricht und Kunst im Jahre 1970 war höher, als er im Jahre 1975 gewesen ist. Oder wenn Sie das anders betrachten: Trotz einer Steigerung der Gesamtschülerzahl hat der Finanzminister,

Dr. Gruber

der Androsch heißt, weniger für Unterricht und Kunst ausgegeben als die Finanzminister der ÖVP vorher. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das habe ich deshalb gesagt, weil man einmal mit dem Märchen aufräumen muß, daß in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung der Bereich Bildung, insbesondere der Bereich Unterricht und Kunst, einen Schwerpunkt in diesem Budget erreicht hat.

Ich habe gesagt, man hat die Steigerung der Schülerzahlen noch gar nicht mitberücksichtigt, die immerhin im gleichen Zeitraum 11 Prozent betragen hat. Ein anderer Gesichtspunkt sind eben die Schülerzahlen, auf die ich jetzt noch kurz hinweisen möchte, weil es auch der Finanzminister in seinen Unterlagen tut.

Sehr richtig, die Zahl der Pflichtschüler ist bereits seit einiger Zeit sinkend, aber im Bereich der Berufsschüler haben wir eine Steigerung vom Jahre 1974/75 auf das heurige Schuljahr von über 5000, und im Bereich der höheren Schulen, seien es AHS oder auch berufsbildende Schulen, haben wir ebenfalls eine Steigerung, die zwar der Finanzminister nur mit etwa 5000 angibt, aber nach einer anderen Schätzung, nämlich der offiziellen Schätzung des Statistischen Zentralamtes – man hätte nur die Schulstatistik zur Hand nehmen brauchen –, sind es etwa 10.000 Schüler mehr, die im heurigen Jahr im Bereich der höheren Schulen vorhanden sind.

Was bedeutet das? Das bedeutet selbstverständlich notwendigerweise eine höhere Klassenzahl und würde selbstverständlich auch eine höhere Lehrerzahl bedeuten. Denn da kann ich nicht sagen, wir setzen in den Dienststellenplan, in den Dienstpostenplan nicht mehr ein. Wenn die Schüler da sind, muß ich einfach mehr Klassen führen und muß auch mehr Lehrer einsetzen. Allein schon daraus ergäbe sich für den Dienstpostenplan eine Konsequenz, die der Finanzminister allerdings nicht gezogen hat.

Der Finanzminister sagt auch, daß wir steigende Maturantenzahlen haben. Jawohl. Diese steigenden Maturantenzahlen bedingen auch steigende Zahlen an den Hochschulen. Hier ist davon die Rede, daß vom vergangenen Studienjahr auf das heurige Studienjahr eine Steigerung von 7,2 Prozent eingetreten ist und vom Studienjahr 1969/70 bis zum vorigen Studienjahr eine Steigerung von 53,2 Prozent.

Nun muß ich fragen: Woher kommen diese höheren Maturantenzahlen, woher kommen diese höheren Hochschülerzahlen? – Doch nicht von der sozialistischen Bildungspolitik. Denn in diesen Jahren, da die Sozialisten an der Macht sind, sind diese höheren Maturantenzahlen oder Studentenzahlen nicht produziert worden, sondern das geht auf eine Mobilisierung der

Begabungsreserven bereits in der Zeit der ÖVP-Regierung zurück, wo eben eine Bildungspolitik betrieben wurde, die tatsächlich einen Schwerpunkt dargestellt hat in der gesamten Regierungspolitik.

Nun möchte ich aber doch auch noch auf diese höheren Schüler- und Studentenzahlen kurz zu sprechen kommen.

Der Herr Finanzminister sagt an einer Stelle seiner Unterlagen, die er uns zur Verfügung stellt, daß daher keine weiteren Dienstposten mehr vorzusehen waren. Wie schaut es nun in Wahrheit aus? Ich habe gesagt, die höheren Schülerzahlen sind ja nicht wegzuleugnen, Herr Finanzminister. Es sind etwa 15.000 im Schuljahr 1975/76. Wie wollen Sie diese höhere Schülerzahl entsprechend mit Lehrern versorgen, wenn Sie sagen: Wir wollen nicht mehr Lehrer einstellen. Das heißt doch, Sie müssen die Lehrverpflichtung, die ja nun einmal absolviert werden muß, mit Mehrdienstleistungen abgelten, und Sie wissen selber ganz genau, daß Ihnen das nicht billiger kommt, als wenn Sie die entsprechenden Dienstposten vorsehen. Wenn Sie hier aus optischen Gründen eine solche Haltung einnehmen, dann ist sie meines Erachtens unverständlich.

Es kommt aber noch etwas dazu: Wir haben ja jetzt noch ein bedeutendes Lehrerdefizit, sowohl im Bereich der Pflichtschulen – ich verweise etwa auf Oberösterreich mit mehr als 2000 Manko – als auch im Bereich der höheren Schulen, wo auch mehr als 2000 Professoren fehlen. Sie tun das so einfach ab und sagen: Es werden nicht mehr Lehrer eingestellt.

Und nun zum Hochschulbereich. Dort ist eine ähnliche Situation. Der Herr Finanzminister sagt uns zwar, daß seit 1969/70 die Studentenzahlen um 53,2 Prozent gestiegen seien, und dann sagt er uns auch, um wieviel in der Zeit die Zahl der Lehrkanzeln und die Zahl der Assistenten vermehrt wurden. Das ist eine sehr interessante Feststellung. Sie sagen, in der Zeit von 1970 bis 1975 wurde die Zahl der Lehrkanzeln von 906 auf 1105 erhöht. Wissen Sie, Herr Finanzminister, wieviel Prozent das ausmacht? Das sind 22 Prozent, gegenüber einer Steigerung der Studentenzahlen von 53,2 Prozent. Die Zahl der Assistenten wurde erhöht von 3440 auf 4242, das ist eine Steigerung von 24 Prozent. Die Steigerung der Studenten: 53,2 Prozent. Das ist eine ganz eindeutige Verschlechterung der Situation an unseren Hochschulen. Das kann einfach nicht weggelugnet werden. Aber Sie sagen: Damit wurde in den letzten Jahren in diesem Bereich der Nachholbedarf weitestgehend befriedigt, für 1976 ist daher keine Erhöhung im Dienstpostenplan vorgesehen. Das ist auch eine Methode, die Probleme zu

Dr. Gruber

bewältigen, nur glaube ich, nicht die geeignete Methode.

Ähnlich ist die Situation im Bereich des Sachaufwandes, des Verwaltungsaufwandes. Die Situation bei den Bundesschulen ist die schlechteste, die wir je gehabt haben. Bei den Landesschulräten sind Schulden in Millionenhöhe vorhanden. Die Landesschulräte können keine Beträge an die Bundesschulen überweisen, weil sie selbst kein Geld haben. Das führt dazu, daß die einzelnen Schulen von den Firmen unter Druck gesetzt werden. Die Firmen weigern sich, Lieferungen an die Schulen zu tätigen. Die Drohung, den Strom für eine Bundesschule zu sperren, ist nicht in einem einzelnen Fall, sondern in mehreren Fällen ausgesprochen worden. Ein derartig unwürdiger Zustand war noch nie vorhanden.

Bis jetzt hat sich der Finanzminister immer damit beholfen, daß er gesagt hat: Wir machen ja ein Budgetüberschreitungsgesetz, vielleicht ein zweites; da tun wir dann das hinein, was fehlt, und bedecken das aus den Mehreingängen. Herr Finanzminister! Diesen Weg haben Sie in Zukunft nicht mehr, denn Sie werden, fürchte ich, keine Mehreinnahmen mehr haben. Daher ist die Befürchtung berechtigt, daß es zu weiteren Verschlechterungen bei den Bundeschulen kommt.

Ein weiteres Kapitel darf ich kurz erwähnen: Studienförderung. Wir haben steigende Schülerzahlen als Begründung für einen höheren Budgetansatz im Bereich des Unterrichtsressorts. Bitte, das mag so hingehen. Im Bereich der Universitäten haben wir ein Mehr von 30 Millionen Schilling eingesetzt, das sind 12 Prozent mehr. Ich frage mich, wie es zu dieser Steigerung kommen kann, wenn wir auf der anderen Seite eine ständig sinkende Zahl von Anspruchsberechtigten haben und auch keine höheren Studienförderungen ausbezahlt werden.

Frau Bundesminister! Selbst wenn Sie im kommenden Jahr eine Novelle zum Studienförderungsgesetz vorlegen werden, wird das nicht mehr budgetwirksam werden, sodaß ich mich sehr frage, wie Sie dieses Mehr von 30 Millionen Schilling einsetzen werden. Es ist nur zutiefst bedauerlich, daß wegen Ihrer Weigerung, die Anpassung jährlich vorzunehmen, immer weniger Studenten in den Genuss von Studienförderungsbeträgen kommen. Es gibt derzeit nach Ihrer eigenen Untersuchung an den Universitäten nur 16 Prozent der Studierenden und an den Kunsthochschulen nur 19 Prozent, die ein Stipendium erhalten. Je mehr die Einkommen nominell steigen – nicht der Kaufkraft nach –, umso mehr sinkt natürlich die Zahl der Anspruchsberechtigten und sinken auch die

Stipendien, und es tritt eine Situation ein, die für viele Studenten einfach unhaltbar geworden ist.

Das geht alles zu Lasten der Familienerhalter, denn je weniger die Stipendien in Anspruch genommen werden können, desto mehr müssen selbstverständlich die Familien in die Tasche greifen. Da mutet es etwas sonderbar an, wenn auch die Steigerungen im Familienlastenausgleichsfonds rühmend hervorgehoben werden.

Herr Finanzminister! Es ist davon die Rede, daß etwa 640 Millionen Schilling mehr für die Leistungen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zur Verfügung stehen. Darf ich Sie aber daran erinnern, daß von diesen 640 Millionen Schilling mehr allein 390 Millionen zu Lasten der Schülerfreifahrt gehen? Das heißt mit anderen Worten: Die Familien bekommen überhaupt keine bessere Leistung, sondern das Mehr, das hier aufgewendet wird, geht auf Kosten der Tariferhöhungen bei der Post oder bei der Bahn. Das ist natürlich auch eine Begründung, wie man sozusagen Familienförderung höher ansetzen kann, wenn man damit die Defizite der Bundesbetriebe abzudecken versucht.

Noch eine Bemerkung in diesem Zusammenhang, weil Sie selbst heute bereits zu der Frage der Beamtenbezüge Stellung genommen haben. Herr Finanzminister! Sie haben erklärt, da sind, glaube ich, 5,1 Milliarden Schilling mehr oder eine Steigerung um 9,2 Prozent enthalten. Sie haben dann so getan, als ob damit auch eine Verbesserung der Beamtenbezüge gewährleistet wäre.

Herr Finanzminister! Sie müssen nur Ihre eigenen Unterlagen studieren. Dort ist ganz genau angeführt, wofür diese 5 Milliarden Schilling Verwendung finden. Sie finden dafür Verwendung, um die Arbeitszeitverkürzung bei den Lehrern und die Auswirkung der Bezugserhöhung vom vergangenen Juli abzugelten. Aber das ist doch keine Verbesserung im Jahre 1976! Das ist doch bereits eine laufende Verpflichtung, die Sie eingegangen sind. Dazu kommen nach Ihrer eigenen Aussage als Begründung noch die Vorrückungen in Frage. Aber für eine Abgelösung der Teuerung im Jahre 1976 – weder für die vertraglich fixierte Teuerungsabgeltung noch für die künftige Regelung – ist überhaupt nichts drinnen. Da haben Sie heute, glaube ich, auch dem Hohen Haus eine falsche Information gegeben.

Nun ein letztes Kapitel, das ich kurz streifen möchte, weil ich mich immer damit beschäftige. Es ist der Bereich des Wohnungsbaues, auf den heute bereits einige Male hingewiesen wurde. Warum ich es doch noch einmal tue, hat folgende Gründe:

Dr. Gruber

Erstens: hat der Finanzminister den Wohnungsbau, der doch in früheren Jahren immer eine ganz eminente Rolle in unseren Beratungen und Auseinandersetzungen gespielt hat, mit keinem einzigen Wort erwähnt. Aber es wäre ja noch nicht so schlimm, wenn man das einfach übergegangen und erklärt hätten, eine verbale Beteuerung nützt nicht sehr viel. Zugegeben!

Aber wie sieht es denn mit den Ansätzen aus? Hier haben wir die Steigerung drinnen, die einfach auf Grund höherer Steuereingänge zu erwarten ist; das macht 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Und da glauben Sie, mit 5 Prozent Steigerung können Sie konjunkturstützende oder arbeitsplatzsichernde Maßnahmen treffen, wo Sie doch zugeben müssen, daß 5 Prozent auf jeden Fall unter der Inflationsrate liegen, die Sie selber für das nächste Jahr annehmen, wenn Sie 7 Prozent hier zugrunde legen.

Auch der Hinweis, daß auf dem Bausektor im heurigen Jahr keine so große Steigerung wie in den vergangenen Jahren eingetreten ist, heißt noch lange nicht, daß wir nicht eine höhere Steigerungsrate als im sonstigen Bereich zu verzeichnen haben.

Wenn man sich diese Budgetziffern ansieht, kommt man zu dem zwingenden Schluß, es kann auf dem Sektor des Wohnungsbaus im nächsten Jahr real weniger geleistet werden als im heurigen Jahr, und dabei waren wir schon im heurigen Jahr in diesem bekannten Engpaß. (*Bundesminister Dr. Androsch: Wohnbau ist Landessache!*) Nein, er ist nicht Landessache. In der Gesetzgebung, Herr Bundesminister, wenn ich Sie aufklären darf, ist der Bund zuständig, nur in der Vollziehung sind die Länder zuständig. (*Abg. Josef Moser: Für Verordnungen sind die Länder zuständig!*) Herr Minister Moser! Die Länder können doch nicht Verordnungen herausgeben, die nicht durch ein Bundesgesetz gedeckt sind. Die gesamte Finanzierung ist durch Bundesgesetz geregelt. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Josef Moser: Das ist eine Frage der Länder!*)

Aber der Betrag, der zur Verfügung steht, wird doch nicht höher. Schauen Sie sich doch das Budget an! Ich weiß schon, Sie sind in einer etwas peinlichen Situation. Vergrößern Sie die Peinlichkeit nicht dadurch, daß Sie sich da noch zu Wort melden. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Es steht weniger Geld zur Verfügung bei einer Inflationsrate, die über dieser Steigerungsrate liegt, das heißt mit anderen Worten, es kann weniger auf dem Wohnbausektor gemacht werden als im heurigen Jahr.

Nun komme ich noch auf eine Philosophie

zurück, Herr Minister Moser, die Sie und der ehemalige Staatssekretär Weikhart sehr heftig in der Zeit der ÖVP-Regierung immer wieder vertreten haben. Damals hat man immer das Lied gehört: Im Budget ist kein einziger Schilling drin! – Wenn man gesagt hat, es sind doch Milliarden drin, dann haben Sie gesagt: Das sind die zweckgebundenen Gelder, die an die Länder zu überweisen sind. Aber im Budget selber, haben der Abgeordnete Weikhart und der Abgeordnete Moser immer gesagt, ist gar nichts drin, kein Schilling. Und was ist jetzt an Budgetmitteln drin? 70 Millionen Schilling für die Wohnungsverbesserung aus Budgetmitteln, aber für die Wohnbauförderung kein einziger Schilling!

Das erwähne ich nicht deshalb, weil wir uns Ihrer Philosophie von seinerzeit angeschlossen hätten, sondern weil Sie heute selbst gegen Ihre seinerzeitige Beweisführung verstoßen und weil Sie heute genau das Gegenteil von dem tun, was Sie uns damals gepredigt haben. (*Abg. Josef Moser: Wieviel Baukapital wird mit den 70 Millionen gezahlt im Bau?*)

Herr Minister Moser, ich darf Ihnen noch etwas sagen: Sie waren ja mit einer der Antragsteller beim Wohnbauförderungsgesetz im Jahre 1967, wo Sie gesagt haben, außer dem Budget, also den zweckgebundenen Einnahmen, müßte man noch 35 Prozent an Budgetmitteln zuschießen. Sie waren einer der Antragsteller. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Moser.*) Wieviel würde denn das jetzt ausmachen, wenn man 35 Prozent der zweckgebundenen Mittel zur Verfügung hätte? 2,7 Milliarden Schilling! Mit 2,7 Milliarden Schilling, Herr Minister Moser, könnten Sie konjunkturstützend und arbeitsplatzsichernd wirken. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber das haben Sie ja nicht getan, was Sie selber seinerzeit versprochen haben.

Meine Damen und Herren! Man kann nur sagen: Diese Budgetphilosophie stimmt hinten und vorne nicht mit den Realitäten überein, weder mit den Realitäten im Bildungsbereich noch auch mit den Realitäten im Bereich des Wohnungsbauens.

Aber was kümmert Sie das? Schon Hegel hat ja seinerzeit gesagt, als man ihn auf den Widerspruch zwischen seiner Philosophie und den Tatsachen hingewiesen hat: „Ums so schlimmer für die Tatsachen!“

Nach diesem Grundsatz scheinen Sie auch handeln zu wollen: Ums so schlimmer für die Tatsachen im Bereich der Bildungspolitik und im Bereich des Wohnungsbauens, wenn sie nicht mit unserer Budgetphilosophie übereinstimmen.

Aber, meine Damen und Herren von der Linken, dieser Philosophie können und wollen wir nicht folgen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 69 Abs. 6 der Geschäftsordnung verfüge ich die Zuweisung der Regierungsvorlage 2 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vereinbarungsgemäß weise ich die folgenden Vorlagen zu:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen geändert wird (19 der Beilagen),

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (34 der Beilagen) und

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (35 der Beilagen)

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung;

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Griechenland und der Türkei andererseits beim Weiter-

versand von Waren aus Österreich samt Anhängen (24 der Beilagen),

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben (25 der Beilagen),

Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien (26 der Beilagen) und

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (38 der Beilagen)

dem Außenpolitischen Ausschuß;

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird (36 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengegesetz geändert wird (37 der Beilagen)

dem Verkehrsausschuß.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die selbständigen Anträge 3/A bis 5/A eingebracht worden sind.

Ferner ist die Anfrage 4/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 3. Dezember 1975, um 9 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 45 Minuten